



Dieter Bingen / Simon Lengemann (Hrsg.)

Deutsche Besatzungspolitik in Polen 1939–1945

Eine Leerstelle deutscher Erinnerung?

Dieter Bingen/Simon Lengemann (Hrsg.)
Deutsche Besatzungspolitik in Polen 1939–1945

Schriftenreihe Band 10398

Dieter Bingen/Simon Lengemann (Hrsg.)

Deutsche Besatzungspolitik in Polen 1939–1945

Eine Leerstelle deutscher Erinnerung?

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch unser weiteres Print- sowie unser Online- und Veranstaltungsangebot. Dort finden sich weiterführende, ergänzende wie kontroverse Standpunkte zum Thema dieser Publikation.

Die Inhalte der zitierten Internetlinks unterliegen der Verantwortung der jeweiligen Anbieter. Für eventuelle Schäden und Forderungen können die Bundeszentrale für politische Bildung sowie die Autorinnen und Autoren keine Haftung übernehmen.

Bonn 2019

© Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Projektleitung: Simon Lengemann, bpb
Lektorat: Klara Fischer

Umschlaggestaltung, Satzherstellung und Layout: Naumilkat – Agentur für Kommunikation und Design, Düsseldorf

Umschlagabbildung: © Muzeum Ziemi Wieluńskiej. Die Trümmer der Kleinstadt Wieluń nach der deutschen Bombardierung am frühen Morgen des 1. September 1939
Druck und Bindung: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main

ISBN 978-3-7425-0398-5

www.bpb.de

Inhalt

DIETER BINGEN / SIMON LENGEMANN	
Einleitung	7
JOCHEN BÖHLER	
Traumatische Erinnerungen hier – vergessene Taten dort. Überfall und Besetzung in Polen 1939–1945	16
JAN GRABOWSKI	
Die polnische Gesellschaft unter deutscher Besetzung. Unterdrückung, Widerstand und selektive Solidarität	35
DIETER BINGEN	
Unfähig zu trauern? Warum es in Deutschland schwerfällt, polnischer Opfer zu gedenken	50
ALEIDA ASSMANN	
Vom neu gewonnenen Dialog zurück zum Monolog? Asymmetrische Erinnerungskulturen in Polen und Deutschland	64
MILOŠ ŘEZNÍK	
Denk-mal. Ein Medium in Vergangenheit und Zukunft	75
Dokumentation der Debatte um ein Denkmal für die polnischen Opfer der deutschen Besetzung 1939–1945	86
Autorenverzeichnis	161
Bild- und Textnachweis	163

Einleitung

Der deutsche Überfall auf Polen am 1. September 1939 markierte den Auftakt zum Zweiten Weltkrieg. Es begann ein totaler Krieg, in dem Millionen Menschen der nationalsozialistischen Barbarei zum Opfer fielen und nichts Geringeres als die Unterwerfung und Neuordnung Europas und die Versklavung der überfallenen Völker das Ziel der Angreifer war. Die Bombardierung des polnischen Kleinstädtchens Wieluń durch deutsche Kampfflieger und die Beschießung der Westerplatte vor Danzig durch das Kadettenschulschiff »Schleswig-Holstein« gehören in Polen zum Allgemeinwissen. In der deutschen Erinnerungskultur dagegen wurde dem 1. September 1939 nie die Aufmerksamkeit zuteil, die angesichts der Folgen für die Menschen in Polen und so vielen anderen Ländern zu erwarten wäre. Wie lässt sich dieser gravierende Unterschied dies- und jenseits der Oder erklären?

Mit dieser Frage soll nicht in Abrede gestellt werden, dass der Zweite Weltkrieg und die deutschen Verbrechen in der geschichtsinteressierten Öffentlichkeit, den Medien sowie der schulischen und außerschulischen historischen Bildung Deutschlands eine herausragende Position innehaben – mittlerweile seit Jahrzehnten. Doch es sind andere Topoi, die in der deutschen Erinnerungskultur und ihrem Gedenkkalender für die Jahre 1939 bis 1945 im Vordergrund stehen: der Völkermord an den europäischen Juden – der Holocaustgedenktag erinnert an die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar 1945; das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa am 8. Mai 1945; das Attentat auf Adolf Hitler durch die Gruppe um Claus Schenk Graf von Stauffenberg am 20. Juli 1944; die Bombardierung deutscher Städte, besonders verbunden mit jener Dresdens am 13. Februar 1945; und schließlich die millionenfache Flucht und Vertreibung aus den östlichen Provinzen des Deutschen Reiches von 1944/45 bis 1950.

Diese im öffentlichen Diskurs exponierten Daten und Ereignisse erfassen wichtige Aspekte der NS-Zeit. Doch sie werfen auch Fragen auf, etwa nach der prominenten Stellung jener, die zwar durch die deutsche Terror-

maschinerie zu Opfern wurden, deren Schicksal aber auch die Behauptung anderer als allein deutscher Täterschaft ermöglicht. Vor allem jedoch fällt der selektive Charakter des öffentlich sichtbaren Gedenkens auf, das ganze Gruppen Verfolgter und Ermordeter zum Teil bis heute nur nachgeordnet berücksichtigt: Roma und Sinti, Homosexuelle, politische Gegnerinnen und Gegner im linken Spektrum, Menschen mit Behinderung, Millionen von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern oder in besonderem Maße als »Asoziale« und »Berufsverbrecher« Verfolgte – um nur einige zu nennen – stehen in Deutschland weit weniger im Fokus.

Auch der 1. September 1939, Auftakt für das polnische Leid unter deutscher Besatzung, bleibt eigenartig blass. Noch mehr gilt das für den 23. August desselben Jahres, als mit dem Hitler-Stalin-Pakt die Grundlage für den deutschen und am 17. September den sowjetischen Angriff auf Polen und die Teilung des Landes zwischen Deutschland und der Sowjetunion gelegt wurde. In dieser Blässe des Wissens spiegelt sich das Ausbleiben von Empathie, ja eine gewisse Gleichgültigkeit angesichts dessen, was den Bürgerinnen und Bürgern Polens durch die deutsche Besatzungspolitik seit den Septembertagen 1939 bis in die letzten Kriegesmonate widerfuhr. Obwohl für die Vorgeschichte deutsch-polnischer Beziehungen kein idyllisches Bild gezeichnet werden sollte – man denke etwa an die Teilungen Polens ab dem späten 18. Jahrhundert – so verwundert diese Haltung doch umso mehr, als zwischen den Nachbarn seit Jahrhunderten enge und auch freundschaftliche Verflechtungen in den verschiedensten Bereichen bestehen.¹

Offizielles Gedenken und historische Wissenslücken

Auf höchster offizieller Ebene ragen in jüngerer Vergangenheit wenige positive Beispiele des Gedenkens an die von Deutschen verursachten Leiden in Polen während des Zweiten Weltkrieges heraus. Am 1. September 2009 nahm Bundeskanzlerin Angela Merkel auf Einladung von Ministerpräsident Donald Tusk an einer Gedenkfeier auf der Danziger Westerplatte teil und stellte nüchtern fest: »Kein Land hat so lange unter deutscher Besatzung gelitten wie Polen.«² Was eigentlich eine schlichte Beschreibung der Tatsachen ist, erfuhr in Polen große Aufmerksamkeit; derlei hört man selten aus Deutschland. Zum anderen wurde der polnische Präsident Bronisław Komorowski eingeladen, am 1. September 2014 vor dem Deutschen Bundestag zu sprechen. Vielleicht war es nicht zuletzt diese Geste, die ihn dazu bewog, dort das »Wunder der Versöhnung« zu beschreiben. Zuletzt fand die Teilnahme von Außenminister Heiko Maas an den

Feierlichkeiten zum 75. Jahrestag des Warschauer Aufstandes auf Einladung seines Amtskollegen Jacek Czaputowicz und seine empathische Ansprache vor deutschen und polnischen Jugendlichen am 1. August 2019 hohe mediale Beachtung in Deutschland und in Polen.

Von diesen herausragenden Ereignissen abgesehen wird die deutsche Zurückhaltung auf höchster staatlicher Ebene in puncto Gedenken bei unseren polnischen Nachbarinnen und Nachbarn mit einiger Bitterkeit registriert. Bei aller berechtigten Kritik an einer Ritualisierung der Erinnerung zeigen nicht zuletzt die Sondersitzungen des Deutschen Bundestages am 27. Januar eines jeden Jahres, dass ein solcher Rahmen durchaus ein würdevolles, sensibles, empathisches, öffentlich wirksames und inhaltliche Impulse setzendes Gedenken ermöglichen kann. Eine Ritualisierung des Gedenkens dieser Art wüssten in Polen viele Menschen zu schätzen.

Eine lebendige Erinnerungskultur kann allerdings nicht verwirklicht werden ohne historisches Wissen. Raphael Utz konstatierte jüngst ernüchtert: »Ist das Ausmaß der deutschen Kriegsverbrechen in Polen der deutschen Öffentlichkeit wenigstens in Umrissen bekannt? Ich glaube nicht. Und als Universitätsdozent kann ich Ihnen leider auch nicht von wunderbarem Allwissen unserer Abiturienten berichten. Noch immer prägt eine gewisse Gleichgültigkeit den deutschen Blick auf Polen – wenn er sich denn überhaupt einmal auf unseren größten östlichen Nachbarn richtet.«³ Als Schlagworte mögen vielen noch »Sender Gleiwitz«, »Blitzkrieg«, »Warschauer Aufstand« (oder waren es zwei?) und dann natürlich das deutsche Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau im besetzten Polen als Symbol für den Holocaust einfallen. Auch hier ist also von einem umfassenden Nichtwissen oder allenfalls von höchst selektiven Kenntnissen auszugehen. Über das Leiden und Sterben der polnischen Zivilbevölkerung ist bei den meisten Deutschen nur Bruchstückhaftes bekannt.

Polen und der Holocaust

Dass der Zivilisationsbruch des Holocaust inzwischen prominent in das kollektive Gedächtnis der Deutschen eingeschrieben ist, sollte unbedingt als eine Errungenschaft begriffen werden. Mit Auschwitz, dem Warschauer Ghetto und in jüngerer Vergangenheit auch den Vernichtungslagern der »Aktion Reinhardt« wird die Ermordung der europäischen Juden aus gutem Grund eng mit dem Gebiet der Zweiten Polnischen Republik verbunden – doch drohen dabei auch Gefahren: Erstens geraten angesichts dieses singulären Verbrechens die Leiden der nicht-jüdischen polnischen Bevölkerung aus dem Blick. Zweitens wird durch die starke Assoziation

Polens mit der Shoah, ganz abgesehen von den Mordaktionen weiter östlich, eine widersinnige, partielle Verschiebung der historischen Verantwortung von Deutschland nach Polen begünstigt. Eine solche Lesart lässt sich gleichsam noch 80 Jahre später von jener nationalsozialistischen Strategie in die Irre führen, die bewusst den Massenmord in seiner brutalsten Konsequenz von Deutschland und dem Rest des Kontinents in den Osten verlegte. Daraus ergibt sich drittens ein starker Fokus auf die Diskussion über Antisemitismus unter Polinnen und Polen, bei manchen ebenfalls verbunden mit einem Entlastungsversuch für das deutsche Selbstbild.

Unbestritten gab es in Polen, wie in vielen Gesellschaften West- und Mitteleuropas, eine unselige antisemitische Tradition, und unter deutscher Besatzung zeigte die polnische Bevölkerung alle menschenmöglichen Verhaltensweisen gegenüber dem Schicksal der jüdischen Nachbarinnen und Nachbarn. Diese können nicht aus dem Kontext der deutschen Terrorherrschaft gelöst werden, die nach dem Prinzip des *divide et impera* geradezu diabolisch die Konflikte des Zusammenlebens in der kulturellen Vielfalt der Polnischen Republik für ihre rassenpolitischen Zwecke ausnutzte. Erst unter diesen Bedingungen konnten bestehende Spannungen eskalieren und Teil des Zivilisationsbruches werden. Stimmen im deutschen Diskurs, die unter Verweis auf das Verhalten der ethnischen Polinnen und Polen die eigene historische Schuld zu relativieren suchen, blenden diesen Kontext bewusst aus.

Auf polnischer Seite ist das Verhältnis zwischen jüdischen und ethnisch polnischen Bürgerinnen und Bürgern der Zweiten Republik eines der kontroversesten und schmerzhaftesten Kapitel der Vergangenheit. Die Fragen nach den möglichen und in der Realität deutscher Besatzung auftretenden Verhaltensweisen – die Rettung von jüdischen Mitmenschen, die Indifferenz ihnen gegenüber sowie die Mitwirkung an ihrer Ermordung – beschäftigen nicht nur polnische Historikerinnen und Historiker, sondern bewegen auch die breite Öffentlichkeit und Politik. Die Ursachen sind komplex, aber zweifellos bleibt es für einen nicht unbedeutenden Teil der polnischen Gesellschaft kaum verstehbar, dass es beschämend *und* befreiend sein kann, die schmerzhaften Seiten der eigenen Vergangenheit wahrzunehmen und sich ihnen zu stellen. Des ungeachtet verbieten sich eine auf die gegenwärtige polnische Mehrheitsgesellschaft bezogene Schwarz-Weiß-Malerei und unterkomplexe kollektive Zuschreibungen. Schließlich wird in Polen bis in die Denkströmungen, die eher einem heroischen oder martyrologischen Narrativ verpflichtet sind, darauf hingewiesen, dass unterschiedliche Handlungsoptionen wahrgenommen wurden und dass die vielen polnischen »Gerechten unter den Völkern« nicht nur von deutschen Tätern, sondern auch von einer feindlichen polnischen Nachbar-

schaft verfolgt wurden. Bei der Eröffnung des »Museums für die Polen, die während des Zweiten Weltkrieges Juden gerettet haben – Museum für die Familie Ulma« im südpolnischen Markowa betonte Präsident Andrzej Duda zwar, dass »tausende von Polen den Mut aufbrachten, um wahre Mitmenschen und Mitbürger zu sein, um barmherzig zu sein, um jener Lehre zu folgen, die sich für uns alle aus dem christlichen Glauben ergibt, der Nächstenliebe.«⁴ Doch in der offiziellen Präsentation des Museums wird durchaus eingeräumt, dass es sie gab, »die Koexistenz, häufig nebeneinander, eines ganzen Spektrums menschlicher Haltungen – vom Heldentum über Gleichgültigkeit bis hin zu extrem negativen Beispielen für Verhaltensweisen.«⁵

Sowohl dieses historische Geschehen als auch die darüber geführte erinnerungspolitische Auseinandersetzung in Polen – am deutlichsten wohl rund um die Novellierung des »Holocaust-Gesetzes«⁶ – fallen in Deutschland ins Gewicht, wenn über Polen und den Zweiten Weltkrieg gesprochen wird. Keinesfalls sollte all jenen, die sich damit kritisch auseinandersetzen, die Relativierung deutscher Schuld vorgeworfen werden. Bei den meisten Beteiligten an diesen Debatten spielen das Aufrechnen von Verantwortung und die Herstellung von Opferkonkurrenzen ausdrücklich *keine* Rolle, und das ist auch der Anspruch dieses Bandes: Anlässlich des 80. Jahrestages des deutschen Überfalls auf Polen soll kritisch evaluiert werden, wie es hierzulande um die Erinnerung an die Gesamtheit der Bürgerinnen und Bürger der Zweiten Polnischen Republik bestellt ist, die Opfer des Nationalsozialismus wurden. Unterschiede zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen in Polen werden dabei nicht eingeblendet, aber eben auch nicht zum Fokus der Analyse.

In Bewegung geraten ist die Diskussion um deutsche Verbrechen in Polen während des Zweiten Weltkrieges durch eine Initiative, die sich für ein Denkmal in Berlin einsetzt, das an alle polnischen Opfer der deutschen Besatzung zwischen 1939 und 1945 erinnert. Aus diesem Vorschlag hat sich eine lebhaft und andauernde öffentliche Debatte entwickelt, in der aus verschiedenen Perspektiven und Überzeugungen heraus Vor- und Nachteile eines solchen Zeichens, aber auch grundsätzliche Fragen öffentlichen Gedenkens, Erinnerns und der Vermittlung historischen Wissens erörtert werden. Warum erfahren in Deutschland polnische Opfer der deutschen Besatzungspolitik bislang so wenig Aufmerksamkeit? Wird ein Denkmal für alle Polinnen und Polen der Situation der jüdischen Bevölkerung in Polen gerecht? Ist die Erinnerung an einzelne Nationen als Opfer zeitgemäß? Bedeutet andererseits eine Orientierung an Opferkategorien aus der Perspektive der Täter die Reproduktion nationalsozialistischer Diskriminierungsmaßstäbe? Können Denkmäler aus Stein und Stahl zu einer

lebendigen Erinnerungskultur beitragen? Schließen symbolische Verdichtungen und Museen oder Orte der Information und des Austausches einander aus oder können sie einander ergänzen?

Aufbau des Bandes

In der Auseinandersetzung um die geeignete Form der Erinnerung an polnische Opfer des Zweiten Weltkrieges will diese Publikation nicht Partei ergreifen. Die Herausgeber sind jedoch überzeugt davon, dass es in puncto Anerkennung, Gedenken und Wissensvermittlung zu diesem wichtigen Kapitel nationalsozialistischer Gewaltherrschaft noch Nachholbedarf – wenn nicht gar eine Leerstelle zu füllen – gibt. Wir haben uns daher entschieden, anlässlich des 80. Jahrestages des deutschen Überfalls auf Polen die jüngere Debatte um ein »Polendenkmal« chronologisch zu dokumentieren, damit die Leserinnen und Leser sich auf Basis einer Auswahl wichtiger Beiträge in deutsch- wie polnischsprachigen Zeitungen und Online-Medien eine Übersicht über die Argumente verschaffen und selbst eine Meinung bilden können. Niveau sowie Art und Weise dieses Meinungsstreites können als positives Beispiel für eine nicht ausschließlich in der Fachdisziplin ausgetragene historische Debattenkultur angesehen werden. Um die naturgemäß auf Zuspitzung ausgerichteten Positionierungen zu flankieren, werden der Dokumentation für diesen Band verfasste Aufsätze vorangestellt. Diese präsentieren zum einen wesentliche Ergebnisse der intensiven deutschen, polnischen und internationalen geschichtswissenschaftlichen Forschung zur nationalsozialistischen Besatzungspolitik und zum Holocaust in Polen; denn geschichtspolitische Debatten werden gewissermaßen im luftleeren Raum ausgefochten, wenn sie nicht auf der Grundlage soliden historischen Wissens geführt und rezipiert werden. Zum anderen sollen die Essays zu Spezifika des deutschen Blickes auf Polen, zu Möglichkeiten transnational-dialogischer Erinnerung und zum Denkmal als Medium kollektiver Erinnerung auf einer abstrakteren Ebene Impulse für ein gelingendes Gedenken liefern. Die Herausgeber hoffen, durch dieses Arrangement aus Wissensvermittlung, Metaebene und kontroversen Perspektiven einen Beitrag leisten zu können zu fundierter historisch-politischer Bildung und einer Erinnerung an die polnischen Opfer deutscher Verbrechen im Zweiten Weltkrieg, die ebenso würdig wie lebendig ist.

Zunächst stellt Jochen Böhler in seinem Beitrag wesentliche Aspekte des deutschen Überfalls und der Besatzungspolitik in Polen vor. Böhler skizziert die aufeinanderfolgenden Phasen der Radikalisierung und die

verschiedenen Opfergruppen, die dem deutschen Besatzungsterror ausgeliefert waren, der von täglicher Drangsalierung bis zum industriell durchgeführten Massenmord reichte. Den Forschungsstand von Ereignis- und Strukturgeschichte der Jahre 1939 bis 1945 beschreibt der Autor kompakt und hebt dabei besonders die im deutschsprachigen Diskurs – lange Jahre auch in der Wissenschaft – oftmals übergangene Perspektive der Opfer hervor. Böhler konstatiert, dass schon mit dem Überfall auf Polen das begann, was man »Vernichtungskrieg« nennt, und fragt schließlich auch, warum die juristische Aufarbeitung der deutschen Verbrechen an der polnischen Zivilbevölkerung weitestgehend ausgeblieben ist.

Jan Grabowski lenkt anschließend den Blick auf die innergesellschaftlichen Dynamiken und Reaktionen in Polen unter deutscher Besatzung. Zunächst habe sich in der polnischen Bevölkerung, überrumpelt und der Strukturen eigener Staatlichkeit beraubt, trotz Repressionen Widerstand gezeigt – vom Schwarzmarkt bis zum bewaffneten Kampf. Die Solidarität der Bevölkerung sei jedoch an ihre Grenzen gestoßen, insbesondere die jüdischen Polinnen und Polen betreffend. Der Autor zeigt auf, welche Auswirkungen das deutsche Besatzungsregime auf das Verhalten ethnischer Polen der jüdischen Bevölkerung gegenüber verursachte: Neben zahlreichen Beispielen der Rettung jüdischen Lebens – unter hohen Risiken für die eigene Existenz – fanden sich Gleichgültigkeit, Ausnützen der Situation sowie aktive Zuarbeit und Beteiligung an der Ermordung jüdischer Nachbarinnen und Nachbarn. Diese Seite polnischer Reaktionen auf den nationalsozialistischen Terror sieht Grabowski in der heutigen Mehrheitsgesellschaft Polens als Gegenstand einer Auseinandersetzung, die wegen des Fokus auf »eigenes« Leid und den heroischen Widerstand recht erbitert geführt wird.

Dieter Bingen argumentiert in seinem Essay, dass es gar nicht die innerpolnischen Debatten um Heroismus und Martyrium der polnischen Nation oder um den Umfang des polnischen Antisemitismus sind, die bei vielen Deutschen das Verdrängen und Vergessen der verbrecherischen Besatzungspolitik begründen. Vielmehr betont er erstens die weit ins 18. Jahrhundert zurückgehende Vorstellung von zivilisatorischer und kultureller Asymmetrie: Er konstatiert ein deutsches Überlegenheitsgefühl gegenüber Polen, das in eine lange währende und sich radikalisierte antipolnische Politik geführt hat. Zweitens gebe es im gesellschaftlichen Diskurs in Deutschland immer wieder den Entlastungsversuch, die deutsche Schuld mit der polnischen Minderheitenpolitik vor 1939 sowie dem Verlust der deutschen Ostprovinzen und der damit einhergehenden Flucht und Vertreibung aufzurechnen. Trotz Jahrzehnten deutscher Vergangenheitsaufarbeitung und einer »kopernikanischen Wende« in den deutsch-polnischen

Beziehungen seien Unkenntnis, Ignoranz und Gleichgültigkeit dem polnischen Leid gegenüber westlich der Oder noch immer bestimmend.

Aleida Assmann fragt nach den grundsätzlichen Bedingungen für ein Erinnern und Gedenken im Zeichen gegenseitigen Respekts. Das nationale Gedächtnis akzeptiere im Umgang mit schuldhafter Vergangenheit üblicherweise nur drei sanktionierte Rollen, nämlich die des Siegers, die des Märtyrers und die des Opfers. Alle anderen Narrative seien so schmerzhaft, dass sie auf offizieller Ebene »vergessen« würden. Diesem egozentrischen Monolog stellt die Autorin eine dialogische Form der Erinnerung gegenüber, die ebenfalls Platz für eigenen Ruhm und eigenes Leiden bieten, aber auch die Perspektiven der Nachbarn mit ins eigene Gedächtnis aufnehmen solle. Assmann sieht in diesem Punkt Nachholbedarf für die deutsche Erinnerungskultur, denn der Blick auf Polen im Zweiten Weltkrieg sei von blinden Flecken geprägt. Nur durch deren Sichtbarmachung könnten Asymmetrien des Erinnerns zwischen beiden Nationen abgebaut und die Grundlage für ein wirklich gemeinsames europäisches Gedenken geschaffen werden.

Schließlich durchmisst Miloš Řezník die Geschichte und den Charakter physischer Gedenkzeichen im öffentlichen Raum. Neben den klassischen, im Wortsinne monumentalen Denkmälern habe sich in der Spätmoderne eine eigene Tradition entwickelt, in der diese Logik hinterfragt, alteriert und parodiert wird. Zudem habe nach der Erschütterung der beiden Weltkriege, der Gewaltherrschaften und allen voran des NS-Terrors eine besondere Denkmalform an Bedeutung gewonnen. Mahnmale und Gedenkstätten dienten nicht dem Feiern, sondern vor allem dem Gedenken an die Opfer und dem Mahnen der Gegenwart und zukünftiger Generationen. Somit blieben die charakteristischen Zeichen des modernen Denkmals erhalten: die Verbindung zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sowie die kollektive Identitätsbildung einer Massengesellschaft. Řezník zufolge zeigt nicht zuletzt die Touristifizierung von Denkmälern, dass sie nach wie vor Menschen beschäftigen, anziehen und ansprechen. Auch die lebhaften Debatten um Ästhetik, Funktion und Gegenstand dieser Zeichen belege, dass das Medium Denkmal noch immer wirkmächtig in Erinnerungsdiskursen sei.

Danksagung

Dieser Band hätte nicht entstehen können ohne das Engagement von Kolleginnen und Kollegen, denen die Herausgeber hier danken wollen. Zunächst Hans-Georg Golz, Leiter des Fachbereichs Print bei Bundeszen-

trale für politische Bildung, der das Projekt von Anfang an unterstützt und begleitet hat, und seiner Kollegin Hanna Liever. Darüber hinaus haben die Lektorin Klara Fischer und der Übersetzer Bernhard Hartmann außerordentlich zum Gelingen des Projektes beigetragen; ebenso die Kollegin Emilie Mansfeld im Deutschen Polen-Institut. *Last but not least* sind wir der Autorin und den Autoren sehr verbunden, dass sie trotz vielfältiger anderer Verpflichtungen binnen denkbar kurzer Frist ihre exzellenten Beiträge beige-steuert haben.

Darmstadt/Bonn, 1. August 2019
Dieter Bingen und Simon Lengemann

Anmerkungen

- 1 Vgl. zu den Teilungen Polens S.53 in diesem Band; zum engen Verhältnis der Nachbarn Dieter Bingen/Andrzej Kaluza/Basil Kerski/Peter Oliver Loew (Hrsg.), *Polnische Spuren in Deutschland. Ein Lesebuchlexikon*, Bonn 2018.
- 2 Bulletin der Bundesregierung vom 1. September 2009, Nr. 90–1, www.bundesregierung.de/resource/blob/975954/771112/776ecafe4d1715e2919550e9c62c5b33/90-1-bk-data.pdf?download=1, S.1.
- 3 Raphael Utz, Impulsvortrag zur Veranstaltung »Opfer der deutschen Besatzungs-politik in Polen 1939–1945. Was erinnern? Wie gedenken?«, Berlin 11.3.2019, www.youtube.com/watch?v=IEaf4YZHq54&list=PLhw9JDR83-zl9FrK-23dTo81UZD9rVCT1&index=2&t=0s (Min. 37:33–38:05).
- 4 Andrzej Duda, Rede bei der Eröffnungsfeier des »Museums für die Polen, die wäh- rend des Zweiten Weltkrieges Juden gerettet haben – Museum für die Familie Ulma«. Deutsche Übersetzung, 17.3.2016, www.prezydent.pl/download/gfx/prezydent/pl/defaultaktualnosc/5386/33/1/wystapienie_muzeum_niemiecki.rtf, S. 3.
- 5 Muzeum Polaków Ratujących Żydów podczas II wojny światowej im. Rodziny Ulmów, Sad Pamięci www.muzeumulmow.pl/pl/muzeum/sad-pamieci/ (Die zitierte Passage wurde von Dieter Bingen aus dem Polnischen übersetzt, Anm. d. Red.).
- 6 Gesetz über das Institut des Nationalen Gedenkens – Kommission für die Verfol- gung von Verbrechen gegen das Polnische Volk, 26.1.2018, [http://orka.sejm.gov.pl/opinie8.nsf/nazwa/771_u/\\$file/771_u.pdf](http://orka.sejm.gov.pl/opinie8.nsf/nazwa/771_u/$file/771_u.pdf). Das Gesetz verbietet, der polnischen Nation die Verantwortung oder Mitverantwortung für vom nationalsozialistischen Deutschland begangene Verbrechen zuzuschreiben, ebenso die von der deutschen Besatzungsmacht im besetzten Polen eingerichteten Vernichtungslager als »polni- sche Vernichtungslager« zu bezeichnen. Die Strafandrohung von bis zu drei Jahren Gefängnis wurde nach zahlreichen Protesten aus dem In- und Ausland in einer Novelle der Novelle wieder zurückgenommen.

Traumatische Erinnerungen hier – vergessene Taten dort

Überfall und Besatzung in Polen 1939–1945

Die Deutsche Besatzung in Polen als Leerstelle

Die deutsche Besatzung in Polen ist den Menschen in Deutschland heute merkwürdig fern, obwohl sie weniger als ein langes Menschenleben zurückliegt und somit in unserem Nachbarland immer noch Menschen wohnen, die sich an ihre Kindheit unter NS-Herrschaft erinnern. Obwohl der Zweite Weltkrieg uns in landesweiten Debatten bis in die Gegenwart immer wieder einholt, wirkt Polen dabei oft wie eine Leerstelle. Während der sogenannten Goldhagen-Debatte Mitte der 1990er Jahre etwa, bei der es als Reaktion auf das von dem US-amerikanischen Politikwissenschaftler Daniel Goldhagen geschriebene Buch »Hitlers willige Vollstrecker« um die Frage ging, wie vermeintlich ganz normale deutsche Polizisten ab 1942 zu Massenmördern werden konnten, wurde ein anderer Aspekt völlig vernachlässigt: die räumliche Nähe des Geschehens zum Deutschen Reich. Das Reserve-Polizeibataillon 101, das Goldhagen für seine Fallstudie heranzog, hatte nicht in viele Tausend Kilometer entfernten Gegenden zehntausende von Juden getötet, sondern nur knapp 400 Kilometer östlich der ehemaligen deutsch-polnischen Grenze.¹ Eine Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung, die etwa zur selben Zeit in Deutschland auf Reisen ging als Goldhagens Buch erschien, thematisierte Verbrechen der deutschen Wehrmacht in Ost- und Südosteuropa, sparte aber, auch in ihrer überarbeiteten Fassung, den Schauplatz Polen nahezu vollständig aus.²

Dass die Wehrmacht in Polen bereits vom ersten Kriegstag an Zehntausende, überwiegend nichtjüdische Zivilisten ermordet hatte, davon hatte man im Westen derzeit immer noch wenig Ahnung. Dabei hatte die polnische Geschichtsschreibung dies bereits seit den 1960er Jahren umfangreich erforscht und belegt. Bahnbrechend sind hier die Arbeiten von Szymon

Die Besetzung Polens durch deutsche und sowjetische Truppen 1939



Politische Situation am 1.9.1939

- Staatsgrenze
- - - Grenze des Protektorats Böhmen und Mähren
- Deutsches Reich
- 1938/39 an das Deutsche Reich angeschlossene und annektierte Gebiete
- Slowakei (Verbündeter des Deutschen Reiches)
- Sowjetunion
- Polen
- Freie Stadt Danzig
- sonstige Staaten

1 : 8 000 000
 0 200 km

© mr-kartographie, Gotha 2018

Beginn des 2. Weltkrieges und Teilung Polens

- 24.8.1939 deutsch-sowjetischer Nichtangriffsvertrag (Hitler-Stalin-Pakt)
- 1.9.1939 deutscher Angriff auf Polen, Beginn des 2. Weltkrieges
- ➔ deutscher Vorstoß 1. – 27.9.1939
- ➔ sowjetischer Einmarsch ab 17.9.1939
- 28.9.1939 deutsch-sowjetischer Grenz- und Freundschaftsvertrag
- am 28.9.1939 vereinbarte Interessengrenze

- von deutschen Truppen besetzt
- von sowjetischen Truppen besetzt
- s von slowakischen Truppen besetzt

Datner, der als Erster auf Grundlage von Augenzeugenvernehmungen zu Wehrmachtverbrechen in Polen 1939 publizierte und diese als Massenphänomen charakterisierte.³ Wer war Szymon Datner? Geboren 1902 im habsburgischen Krakau war er ein Teenager, als Polen 1918 nach über einem Jahrhundert wieder auf die europäische Landkarte zurückkehrte, von der Preußen, Österreich und Russland das Land Ende des 19. Jahrhunderts getilgt hatten. Er wurde in der Zweiten Polnischen Republik Geschichtslehrer in Białystok im Norden des Landes. Im September 1939 fiel nicht nur die deutsche Wehrmacht in Polen ein. Am 17. September folgte die Rote Armee und besetzte den Osten des Landes. Wie im geheimen Zusatzprotokoll des Hitler-Stalin-Paktes vorgesehen wurde Ostmitteleuropa in einen deutschen und einen sowjetischen Herrschaftsbereich aufgeteilt, und in letzterem lag Białystok. Als Hitler zwei Jahre später, im Juni 1941, den Pakt kündigte und gegen Stalin in den Krieg zog, besetzten die Deutschen die Stadt und errichteten für die jüdischen Einwohner ein Ghetto. Die Lebensbedingungen hier waren, wie überall sonst auch, eher Sterbensbedingungen – im Ghetto wurde das Massensterben notdürftig verwaltet. Datners Frau und Tochter überlebten nicht, er selbst floh 1943 zu den sowjetischen Partisanen. Ab 1944 sammelte er Überlebendenberichte, um die Geschichte der Ermordung von Millionen jüdischen und nichtjüdischen Polinnen und Polen durch die deutsche Besatzung in seiner Heimat zu dokumentieren.⁴

Überlebendenberichte – das war die Grundlage der polnischen und jüdischen Geschichtsschreibung nach der Katastrophe. Noch vor Kriegsende setzte ein umfangreiches Quellenbeschaffungsprogramm ein. Im Laufe von Jahrzehnten wurden hunderttausende Berichte der Forschung zur Verfügung gestellt, vom Untergrundarchiv des Warschauer Ghettos noch unter deutscher Besatzung über die Historikerinnen und Staatsanwälte der Volksrepublik Polen bis hin zu Steven Spielbergs Film- und Video-Archiv. Diese Zeugnisse des Grauens aus erster Hand hatten westliche Forscher bis vor einem Vierteljahrhundert nahezu vollständig ignoriert. Das ist einer der Hauptgründe, warum man in Deutschland so wenig über die Realität der deutschen Besatzung in Polen weiß. Liest man vor dem Hintergrund der von Datner verwendeten Augenzeugenberichte die Kriegstagebücher und Einsatz- und Erlebnisberichte deutscher Soldaten in Polen 1939, die im Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg im Breisgau lagern, kommt man zu dem eindeutigen Schluss, dass die Wehrmacht 1939 Massenerschießungen an polnischen Zivilisten vorgenommen hat.

September 1939 – Auftakt zum Vernichtungskrieg

Die deutsche Besatzungsherrschaft in Polen eröffnete ab September 1939 ein neues Kapitel in der Geschichte des Krieges. Das Ziel war, wie Hitler es einige Tage vor dem Angriff in seiner Ansprache auf dem Obersalzberg vor der höheren Generalität formuliert hatte, »nicht das Erreichen einer bestimmten Linie, sondern die Beseitigung von Polens lebendiger Kraft«⁵. Einen Anlass zur Täuschung der Weltöffentlichkeit würde er selber schaffen, Polen solle als der Aggressor dastehen. Bewaffnete Spezialverbände sollten hinter der einmarschierenden Wehrmacht gegen die polnische Bevölkerung tätig werden.

Dieses Programm wurde in den kommenden Wochen in die Tat umgesetzt. Am Vorabend des Überfalls inszenierten deutsche Polizisten angebliche polnische Überfälle auf deutsche Einrichtungen im Grenzgebiet, der bekannteste darunter die Besetzung des Radiosenders Gleiwitz.⁶ Kurz darauf begann mit dem Bombardement der grenznahen polnischen Kleinstadt Wieluń und der Beschießung der Westerplatte, einer Militärbasis vor Danzig, der Zweite Weltkrieg.

Der Massenmord wurde in Polen im Herbst 1939 durch die Zusammenarbeit dreier Täterformationen in die Tat umgesetzt: Wehrmacht, Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und Chefs der Zivilverwaltung. Die Berliner Polizeizentrale sammelte im Sommer 1939 in einem »Sonderfahndungsbuch« die Namen von etwa 30 000 polnischen Bürgerinnen und Bürgern, die als »Reichsfeinde« eingestuft wurden. Diese Informationen wurden der Polizeizentrale aus den Reihen der deutschen Minderheit in Polen zugetragen. Zeitgleich wurden Todesschwadronen als Einsatzgruppen aufgestellt, die diese Menschen verhaften und Massensexekutionen im Rücken der einmarschierenden Truppe durchführen sollten. Als Verbindungsmänner zwischen beiden Formationen – der Polizei und der Wehrmacht – wurden den Armeen sogenannte Chefs der Zivilverwaltung zugeteilt, die eine reibungslose Koordination gewährleisten sollten.

Den Einsatzgruppenkommandeuren lagen nur mündliche Erschießungsbefehle vor, sie ließen daher in den ersten Septembertagen zunächst nur einzelne Personen ermorden und berichteten darüber nach Berlin. Als dann schnell klar wurde, dass die NS-Führung diesen Kurs nicht nur deckte, sondern mehr erwartete, gingen die Opferzahlen sprunghaft nach oben. Bis zur Monatsmitte gingen die Einsatzgruppen zum organisierten Massenmord über. Die Namenslisten, die sie mit sich führten, hätten ihnen allerdings alleine wenig geholfen. Diejenigen, die darin aufgeführt waren, mussten schließlich zunächst identifiziert und verhaftet werden. Dabei bediente man sich einer Miliz, die sich in den ersten Septembertagen



Deutsche Soldaten durchsuchen am 4. September 1939 Einwohner von Częstochowa (Tschenstochau) nach Waffen. In der Stadt werden an diesem Tag über 200 Einwohner von der Wehrmacht ermordet.

aus Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen spontan gebildet hatte und die dann bald von der SS übernommen worden war: der »Volksdeutsche Selbstschutz«. Die Männer dieses paramilitärischen Verbandes kannten sich bestens in der Umgebung aus, in der sie eingesetzt waren; sie kannten ihre polnischen Nachbarinnen und Nachbarn und verstanden deren Sprache. Der »Selbstschutz« wurde auch eigenständig aktiv und wütete brutal unter der jüdischen und nicht-jüdischen polnischen Bevölkerung. Ende des Jahres hatten Einsatzgruppen und »Selbstschutz« in den polnischen Westgebieten zusammen weit über 50 000 Menschen ermordet.⁷ Einzelne Einsatzgruppen gingen zudem systematisch gegen polnische Jüdinnen und Juden vor. Sie inszenierten auf ihrem Weg nach Osten Massaker mit mehreren hundert Opfern, um die restliche jüdische Bevölkerung zur Flucht in das sowjetisch besetzte Ostpolen zu zwingen.⁸

Die Wehrmachtführung protestierte wiederholt gegen diese Massaker, übersah dabei aber geflissentlich, dass sich im September 1939 die Morde der Einsatzgruppen mit denen der Wehrmacht in etwa die Waage gehalten hatten. Tatsächlich war es sogar die Wehrmacht, die mit Massenerschießungen begonnen hatte. Weder die Augenzeugen dieser Verbrechen noch die polnische Nachkriegshistoriographie wussten sich einen Reim darauf

zu machen. Wieso wurden deutsche Soldaten, die man im Ersten Weltkrieg noch ganz anders kennengelernt hatte, gewissermaßen über Nacht zu Mördern? Was brachte deutsche Soldaten dazu, bereits ab den ersten Stunden des 1. September 1939 polnische Zivilisten zu ermorden?

Die Antwort liefert ein Abgleich deutscher und polnischer Quellen. In den ersten chaotischen Tagen des Krieges unterschied die Wehrmacht kaum zwischen polnischen Soldaten und Zivilisten. Vor dem Angriff hatte man bereits in allen Einheiten Befehle verlesen, in denen vor der angeblichen Hinterhältigkeit der ethnisch-polnischen und jüdischen Bevölkerung gewarnt wurde. Dies gründete sich weniger auf nationalsozialistisch indoktrinierte sondern eher auf jahrhundertealte Vorurteile. Die Rede war zum Beispiel von Brunnenvergiftungen und vom hartnäckigen Mythos der polnischen Aufständischen, die im 19. Jahrhundert im russischen Teilungsgebiet zu mehreren Erhebungen gegen das Zarenreich geführt hatten; außerdem – 1939 noch manchem deutschen Offizier gegenwärtig – hatte es zwischen 1918 und 1921 im deutsch-polnischen Grenzgebiet blutige, bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen zwischen polnischen und deutschen Paramilitärs gegeben. Aus Sicht der Wehrmacht steckte Polen der bewaffnete Widerstand gewissermaßen im Blut, weswegen im Vorgehen gegen das Land beim kleinsten Anzeichen einer Teilnahme der Bevölkerung am Kampf kein Pardon gegeben werden sollte. Adolf Hitler hatte zudem in seiner erwähnten Ansprache vor der höheren Generalität gut eine Woche vor Angriffsbeginn größte Härte gefordert. Polen musste innerhalb kürzester Zeit besiegt werden, um die Eröffnung einer zweiten Front durch dessen westliche Verbündete zu verhindern.

Befohlene Eile und Härte sowie althergebrachtes und bestärktes Misstrauen führten zu einer radikalen Kriegführung, in der ein bloßer Verdacht der Partisanentätigkeit genügte, um die männlichen Einwohner eines Dorfes aus Rache und ohne Kriegsgerichtsverfahren zu erschießen und die Ortschaft selbst niederzubrennen. Über 10000 Zivilisten wurden in Folge dieser Partisanenphobie, die sich innerhalb der Truppe breitgemacht hatte, ermordet. Nach etwa zwei Wochen, als evident wurde, dass es keine polnische Partisanenbewegung gab, ebten Massenerschießungen und Brandstiftungen allmählich ab, zumal mit diesen, wie man bei den vorgesetzten Stellen kritisch vermerkte, wertvolle Unterkünfte und Vorräte sinnlos vernichtet wurden. Für die Herausbildung einer polnischen Partisanenbewegung vor November 1939 gibt es weder in den Wehrmachtakten, noch in den Augenzeugenberichten, noch in den Akten des polnischen Untergrundes, noch in der einschlägigen Forschung zum bewaffneten Widerstand im Zweiten Weltkrieg auch nur den kleinsten Hinweis.⁹ Der legendäre Rittmeister Witold Pilecki begann mit dem Auf-

bau einer Geheimen Armee »erst« im November 1939. Im Frühjahr 1940 provozierte er dann seine Verhaftung mit dem Ziel, in das eben errichtete Konzentrationslager Auschwitz überstellt zu werden, um dort den Widerstand aufzubauen – was ihm gelang.¹⁰

Die Wehrmachtführung nutzte noch andere Wege der Zerstörung. Bis heute ist in Deutschland weitgehend unbekannt, dass die deutsche Luftwaffe über 150 polnische Ortschaften bombardierte, unabhängig davon, ob darin polnisches Militär stationiert war oder nicht. Außerdem beschossen deutsche Kampfflieger gezielt und gewissermaßen als Sport Flüchtlingskolonnen, wie aus Protokollen abgehörter deutscher Piloten in britischer Gefangenschaft hervorgeht.¹¹ Da nur wenige Dokumente der Luftwaffe selbst existieren, stützen sich Berichte über diese Kriegsverbrechen überwiegend auf Aussagen von Überlebenden, die, wie beschrieben, bis heute in Deutschland kaum wahrgenommen werden. Doch lassen sich Befehlswege und Verantwortlichkeiten in Einzelfällen auch anhand deutscher Dokumente sehr gut nachweisen, wie etwa im Falle der grenznahen Kleinstadt Wieluń, die bereits in den ersten Minuten des Krieges zu Übungszwecken dem Erdboden gleichgemacht wurde und in deren Trümmern hunderte von Männern, Frauen und Kindern auf furchtbare Weise ums Leben kamen. Dennoch konnte der Militärgeschichtler Horst Boog wiederholt die NS-Legende streuen, der Luftangriff habe eigentlich einer polnischen Kavalleriebrigade in der Nähe der Stadt gegolten.¹² Wie wenig bisweilen das, was in Deutschland zum Thema des Krieges und der Besatzung in Polen unter Fachleuten diskutiert wird, mit richtigem historischen Handwerk zu tun hat, wird aus einer simplen Tatsache ersichtlich, die bei der Debatte um Wieluń völlig unter den Tisch fiel: Die deutsche Luftwaffe zerstörte im September 1939 nicht nur Wieluń und sie griff nicht nur Warschau an. Den Terror des Bombenkrieges erlitten zeitgleich zehntausende Bewohnerinnen und Bewohner polnischer Ortschaften und Kleinstädte. In Boogs Theorie eines »bedauerlichen Irrtums« kommen sie nicht vor.

Die Chefs der Zivilverwaltung (CdZ), die in den ersten Wochen im besetzten Polen als Verbindungsglied zwischen Militär und Polizei agierten, sind eine für Studien interessante Gruppe, denn sie saßen an einer Schlüsselposition und bestimmten maßgeblich die Linien der zukünftigen Besatzungspolitik. Sie waren direkt in den Massenmord involviert und sie bereiteten die Entrechtung der gesamten Bevölkerung und die Isolierung der jüdischen Einwohner in Ghettos vor sowie teilweise auch deren Deportation nach Osten.¹³ Entgegen der landläufigen Meinung, so etwas wäre im »Dritten Reich« nur von »abartigen Gaunernaturen« durchgeführt worden, waren hier gewöhnliche Bürger am Werk. Die CdZs entstammten dem deutschen Verwaltungsapparat im Reich. Ihr Einsatz in Polen war

für sie ein weiterer Schritt auf der Karriereleiter, und sie hatten auch nach 1945 keine Konsequenzen für ihre Verbrechen von 1939 zu fürchten.¹⁴ Im Übrigen ist in der Bundesrepublik Deutschland auch kein deutscher Soldat oder Polizist für die während des Septembers 1939 begangenen Morde verurteilt worden.

Trotz solcher Erkenntnisgewinne durch den Abgleich der Perspektive von Besatzern und Besetzten nahmen Historikerinnen und Historiker die Augenzeugenberichte oftmals nicht ernst und taten deren Verwendung als sorglosen Umgang mit der kommunistischen Nachkriegshistoriographie ab. Die akribische Arbeit von Menschen wie Datner, die der mörderischen deutschen Besatzung entkommen waren, sollte aus dieser Sicht deshalb nichts wert sein, weil sie ihr Leben in das falsche Regime gerettet hatten. Zugleich war zu beobachten, dass diejenigen die Perspektive der besetzten Bevölkerung weitgehend ignorierten, die zwar Bücher über die deutsche Kriegs- und Besatzungspolitik im besetzten Osten zwischen 1939 und 1945 schrieben, aber weder des Russischen noch des Polnischen mächtig waren. Man stelle sich vor, ein französischer Kollege oder eine französische Kollegin schreibe ein Buch über den Deutsch-Französischen Krieg 1870/71, ohne ein Wort Deutsch zu verstehen. Kein Wunder, dass noch weit in das neue Jahrtausend hinein eine Geschichtsschreibung zum Zweiten Weltkrieg die deutsche Bücherlandschaft beherrschte, die – wenn auch durchaus kritisch – die Perspektive der Täter einnahm und die Opfer nahezu vollständig ausblendete.

Mit einem konventionellen Krieg hatte der deutsche Krieg gegen Polen 1939 von Anfang an nichts zu tun. Für die gesamte Bevölkerung des Nachbarlandes war das Kriegsvölkerrecht de facto außer Kraft gesetzt worden. Der Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 wird in der Forschung gemeinhin – und zu Recht – als Vernichtungskrieg bezeichnet. Hier wurden weite Teile der Zivilbevölkerung und der gegnerischen Truppen zu Freiwild erklärt, die Ermordung von Jüdinnen und Juden war Teil des Kalküls. Ein qualitativer Unterschied zu Polen 1939 ist dabei jedoch kaum zu erkennen – ein quantitativer eigentlich auch nicht, berücksichtigt man die Kürze dieses ersten Einsatzes. Die Proteste der Wehrmachtführung gegen das Vorgehen der Konkurrenz von Polizei und SS führten allerdings dazu, dass die anfänglich eingerichtete Militärverwaltung bereits am 25. Oktober 1939 durch eine Zivilverwaltung ersetzt wurde. Die kommenden bevölkerungspolitischen Maßnahmen im besetzten Polen wollte die NS-Führung nicht weiter von der Willfährigkeit der Generalität abhängig machen. Der Chef der SS, Reichsführer Heinrich Himmler, wurde zum »Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums« ernannt und hatte fortan im besetzten Polen freie Hand für jede Art »ethnischer Säuberung«.¹⁵

Die deutsche Besetzung in Polen 1939–1945

Nach dem Abklingen der Kampfhandlungen im Oktober 1939 wurde das besetzte Polen – zum wiederholten Mal in seiner Geschichte – zwischen Deutschland (mit dem 1938 »angeschlossenen« Österreich) und Russland aufgeteilt. Der östliche Teil des deutsch besetzten Gebietes wurde zum Generalgouvernement, in dem das Völkerrecht keine Anwendung fand und nichtdeutsche Einwohnerinnen und Einwohner jederzeit der Besatzungswillkür zum Opfer fallen konnten. Der westliche Teil wurde annektiert und galt fortan als Reichsgebiet, aber auch hier standen zwei der nationalsozialistischen Tötungsanlagen¹⁶, Auschwitz–Birkenau und Kulmhof.

Die 1939 in Gang gesetzte Gewaltwelle wurde bis ins Jahr 1940 unter dem Decknamen »Außerordentliche Befriedungsaktion« fortgesetzt, bei der mindestens 6 500 Menschen, 3 500 Widerstandskämpfer und 3 000 von den deutschen Besatzern als »Kriminelle« bezeichnete Menschen, ums Leben kamen.¹⁷ Besonders hervorzuheben sind des Weiteren die Ermordung von Universitätsprofessoren aus Krakau 1939 und aus Lemberg 1941.¹⁸ Während der gesamten Besatzungszeit waren außerdem Angehörige der katholischen Kirche, Tragpfeiler polnischer kultureller Identität, auch wegen ihres Beistandes für Verfolgte, besonders gefährdet. Rund 2 800 polnische Priester und Ordensleute, darunter ein Fünftel aller Diözesanpriester in Polens Grenzen von 1939, wurden im Zweiten Weltkrieg ermordet.¹⁹

Die deutschen Pläne für das von der Karte getilgte Polen waren nicht kompliziert und folgten streng rassistischen Grundsätzen. Nur Angehörigen der deutschen Minderheit, den sogenannten »Volksdeutschen«, wurde die deutsche Staatsbürgerschaft angeboten. Polinnen und Polen galten als slawisch und standen somit in der Rassenhierarchie knapp oberhalb von Jüdinnen und Juden sowie Sinti und Roma. In den annektierten Gebieten wollte man so bald als möglich keine dieser nichtdeutschen Bevölkerungsgruppen mehr antreffen, und allerorten setzte eine Suche nach »deutschem Blut« ein, während die übrige »rassisch minderwertige« Bevölkerung in das Generalgouvernement abgeschoben werden sollte. Die Deportationen verliefen eher chaotisch denn organisiert. Obwohl eine beträchtliche Zahl von Polizisten beteiligt war, waren sie relativ ineffektiv und die tatsächlichen Deportationen blieben bei unter 50 Prozent der geplanten Deportationsquoten. Dennoch wurden im Laufe der ersten zwei Besatzungsjahre knapp eine halbe Million jüdische und nicht-jüdische Polinnen und Polen vom neuen Reichsgebiet in das Generalgouvernement geschafft.²⁰

Bereits im September 1939 begannen die deutschen Besatzer außerdem überall im besetzten Polen damit, ein dichtes Netzwerk an Lagern aufzubauen, in denen Zivilisten interniert wurden. Auch das deutsche Lager in

Auschwitz wurde Anfang 1940 zunächst zu dem Zweck errichtet, die ostoberschlesischen Gefängnisse zu entlasten, die durch die Massenverhaftungen der Einsatzgruppen überfüllt waren.²¹ Im Laufe der nächsten Jahre schossen im Generalgouvernement und in den annektierten Gebieten tausende Polizeihaftanstalten, Konzentrations- und Zwangsarbeitslager mit Nebenlagern aus dem Boden.²² Polnische Jüdinnen und Juden wurden ab 1939 außerdem vom Rest der nicht-deutschen Bevölkerung getrennt und in Ghettos gesperrt, in denen bald aufgrund des Mangels ein Massensterben einsetzte. Ab 1940 wurden außerdem zunehmend Jüdinnen und Juden aus dem ganzen deutsch besetzten Europa in die Ghettos deportiert.



Jüdische Männer und Frauen aus Wien in einer notdürftigen Unterkunft im Ghetto von Opole Lubelskie, Juni 1941

Parallel zu diesen »ethnischen Säuberungen« erlebte das besetzte Land einen gigantischen Raubzug. Jüdischer und polnischer Besitz wurde umstandslos beschlagnahmt, Geschäfte wurden enteignet und deutschen Treuhändern unterstellt. Museen, Archive und Bibliotheken wurden geplündert, deren Inhalte teils zerstört, teils ins Deutsche Reich geschafft, von wo ein beträchtlicher Teil nie wieder den Weg zurück nach Polen gefunden hat.

Den Zerstörungen der deutschen Luftwaffe zu Kriegsbeginn folgte die gezielte Schleifung ganzer Innenstädte zu Kriegsende, teils aus Rache, teils als Politik der verbrannten Erde. Hinzu kamen weitgehende Zerstörungen durch die Rückzugsgefechte der Wehrmacht mit der Roten Armee.

Die Folgen der deutschen und sowjetischen Besatzung von September 1939 bis Juni 1941 waren für die Bevölkerung Vorkriegspolens mit nichts bisher Dagewesenem vergleichbar. Die unerwartet rasche Niederlage der polnischen Streitkräfte hatte die Gesellschaft traumatisiert. Der unkontrollierbare Vormarsch der Wehrmachtdivisionen, der Angriff der Sowjetunion im Osten zweieinhalb Wochen später, die massenhafte Verfolgung der Zivilbevölkerung und die anhaltende Bombardierung von Städten und Flüchtlingskolonnen führten zum Zusammenbruch der polnischen staatlichen Strukturen. Die meisten sozialen und politischen Organisationen, Berufsverbände und Gewerkschaften sowie Jugend-, Sport- und Kulturvereine wurden geschlossen oder von den Besatzern verboten. Mit der Zerstörung von Politik, Gesellschaft und Kultur wurden auch die familiären Bindungen geschwächt. Viele Familien wurden im Zuge von Mobilmachung, Flucht, Chaos und Deportationen auseinandergerissen. Ein wachsendes Gefühl von Unsicherheit und Angst vor der Zukunft wurde durch die zunehmende ethnische Zersplitterung der multikulturellen polnischen Gesellschaft noch verstärkt. Während die Gefahr für Leib und Leben zunahm, wurden die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in einen Konkurrenzkampf ums Überleben gezwungen. Dieser Prozess wurde in einer Politik des *divide et impera* bewusst von beiden Besatzermächten unterstützt.²³

Auf den politischen, sozialen und kulturellen Zusammenbruch folgte ein wirtschaftlicher Kollaps, der die städtischen Gebiete besonders hart traf, da er den Großteil der Fabriken, Fertigungs- und Handwerksbetriebe, Geschäfte und Bankinstitute betraf. Viele Menschen hatten all ihre finanziellen Ressourcen verloren und kämpften täglich um das Nötigste. Sie waren daher gezwungen, wertvolle Gegenstände, Schmuck, Devisen, Möbel, Gemälde, zu verkaufen, um eine weitere Woche zu überleben. In der Mitte des geteilten Landes verschlechterte sich die ohnehin schwierige Lage der Bevölkerung noch aufgrund des wachsenden Zustroms von Flüchtlingen und Deportierten. Hunderttausende Menschen mussten zusätzlich aufgenommen, untergebracht, ausgerüstet und ernährt werden. Die rücksichtslose Politik der Verfolgung, Deportation und Verarmung schuf eine Atmosphäre allgegenwärtiger Unsicherheit, Willkür und Bedrohung. In dieser Situation hatte die ethnisch polnische Bevölkerung im besetzten Gebiet die Wahl zwischen drei Optionen: Anpassung, Zusammenarbeit oder Widerstand.²⁴

Der deutsch-sowjetische Pakt vom August 1939 hatte von Anfang an ein Verfallsdatum. Nach dem Sieg über Frankreich im Jahr 1940 bereitete sich das nationalsozialistische Deutschland auf einen Angriff auf die Sowjetunion vor, der am 22. Juni 1941 startete. Die Lebensraumpolitik, die im deutsch besetzten Polen seit knapp zwei Jahren in die Tat umgesetzt worden war, sollte nun – wie von Hitler bereits in den 1920er Jahren geplant – auf die Gebiete östlich davon erweitert werden. Im vormals sowjetisch besetzten Ostpolen setzte daraufhin Ende Juni 1941 eine zumeist bewusst von den deutschen Besatzern initiierte Welle von Pogromen ein. Polnische und ukrainische Zivilisten töteten hier mit deutscher Duldung und teilweise auch Hilfe mehrere tausend Jüdinnen und Juden, die der Kollaboration mit den Sowjets beschuldigt wurden.²⁵ Der gnadenlosen deutschen und sowjetischen Besatzungspolitik war es innerhalb von zwei Jahren teilweise gelungen, die polnische Gesellschaft zu atomisieren und ihre ethnischen und religiösen Gruppen voneinander zu entfremden. Es gab eine Anzahl christlicher Polinnen und Polen, die unter der deutschen Besatzung polnische Jüdinnen und Juden beraubten und ermordeten und mit der deutschen Besatzungsmacht kollaborierten.²⁶ Doch ebenso wie die Errichtung von Tötungsanlagen auf polnischem Boden waren diese Untaten direkte Folgen der gnadenlosen Besatzung, die von der deutschen Führung nicht nur einkalkuliert, sondern bewusst herbeigeführt worden waren. Im besetzten Polen war jeder und jede, der oder die nicht zum Besatzungsapparat gehörte, buchstäblich Freiwild; Hunger und Seuchen grassierten nicht nur in den Ghettos. Unter diesen tödlichen Bedingungen begann mancherorts ein Kampf aller gegen alle, der oftmals stärkere Überlebenstriebe und niedrigste Instinkte, die bis dahin durch ein Mindestmaß an mitmenschlichen Regungen zurückgehalten worden waren, zum Vorschein brachte. Dafür die christliche oder jüdische Bevölkerung verantwortlich zu machen, heißt Opfer der deutschen Besatzung zu Tätern aus eigenem freiem Willen zu stilisieren. Man darf auch nicht vergessen, dass auf Hilfe für ihre jüdischen Mitbürger für ethnische Polen die Todesstrafe stand, und dass dennoch eine große Zahl aus den Ghettos geflüchteter Juden nur deshalb den Krieg überlebte, weil sie Unterschlupf und Verpflegung in polnischen Bauernhäusern fand.

Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 eröffnete neue Spielräume für bevölkerungspolitische Planungen. Zusammengefasst bildeten sie den »Generalplan Ost«, der für den Fall eines deutschen Sieges eine wahnwitzige Neuordnung Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas vorsah. Deutsches Siedlungsgebiet sollte bis zum Ural reichen, wo Armeen von Bauernsoldaten die Grenze des »Tausendjährigen Reiches« in einem ewigen Kampf mit »asiatischen Horden« verteidigen sollten. Wer in diesem Gebiet wohnte und als nicht »germanisierbar« galt, war unerwünscht.

Tatsächlich plante man in Berlin die Deportation von 50 Millionen Menschen, deren Tod dabei bewusst in Kauf genommen wurde.²⁷ Der Kriegsverlauf machte diese Planungen in ihrer Gesamtheit obsolet, aber zumindest ansatzweise wurden solche Programme in Gang gesetzt, und zwar weit hinter der Front: im besetzten Polen. Aus dem Raum Zamość wurden Ende 1942 insgesamt 100 000 Menschen – meist Bäuerinnen und Bauern – für ein weiteres megalomanes deutsches Siedlungsprojekt vertrieben; viele von ihnen fanden sich in den Konzentrationslagern Auschwitz und Majdanek wieder. Ungefähr 30 000 Kinder waren unter den Deportierten, von denen etwa 10 000 wohl nicht überlebt haben.²⁸ Das Zamośćer Land wurde zum einzigen Raum, in dem die sogenannte Lebensraumpolitik in den besetzten Gebieten in Ansätzen umgesetzt wurde; in den besetzten Gebieten der Sowjetunion war aufgrund der nur kurzen Besatzungszeit und sich rasch ändernden Frontlinien nicht daran zu denken.



»Festnahmeaktion in Szczawin« gegen Mitglieder des polnischen Widerstands durch Angehörige des Grenzpolizeikommissariats im Sommer 1942

Der nationalpolnische Widerstand begann sich bald nach der Niederlage 1939 zu formieren. Weiß man hierzulande eigentlich, dass der polnische Staat damals gar nicht wirklich untergegangen ist? Die Regierung

floh zunächst nach Paris, dann nach London ins Exil. Im deutsch besetzten Land selbst wurde ein weitreichendes, parastaatliches Netzwerk aufgebaut, mit eigenem Schul- und Universitätssystem, eigenem Justizwesen und sogar einer eigenen Armee, der polnischen Heimatarmee (Armia Krajowa). Innerhalb dieses Untergrundstaates wurde eine eigene Abteilung gegründet, die Nachrichten über die deutsche Vernichtungspolitik gegen die jüdische Bevölkerung sammelte und außer Landes schmuggelte. Leider unternahmen die Alliierten trotzdem keine gezielten Schritte, den Holocaust zu stoppen.²⁹ Vor diesem Hintergrund kann man das Ausmaß des Schadens gar nicht groß genug einschätzen, den eine Episode aus der ZDF-Produktion »Unserer Mütter, unsere Väter« anrichtete, indem sie Mitglieder des nationalpolnischen Widerstands als fanatische antisemitische und willige Mittäterinnen und Mittäter bei der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung porträtierte.³⁰

Mit dem Anwachsen der polnischen Widerstandsbewegung nahmen die Anti-Partisanen-Operationen an Zahl und Brutalität ständig zu und gipfelten in der blutigen Niederschlagung des Warschauer Aufstandes im Herbst 1944 mit 150 000 meist zivilen Opfern.³¹ Allein im Stadtteil Wola wurden innerhalb von nur drei Tagen im August von SS-Einheiten und Ordnungspolizei 30 000 Zivilisten ermordet.

Schätzungsweise 1,6 Millionen polnische Zivilisten und 300 000 polnische Kriegsgefangene wurden in der Besatzungszeit zu wahrhaft mörderischer Sklavenarbeit im Reich eingesetzt, um dort deutsche Arbeitskräfte zu ersetzen, die als Soldaten an die Ostfront entsandt worden waren. An ihren Arbeitsplätzen wurden sie kaum oder gar nicht entlohnt, diskriminiert und misshandelt. Schätzungsweise 150 000 Menschen, die größtenteils aus Polen und der Sowjetunion deportiert worden waren, sollten den Einsatz im Reich nicht überleben.³² Die deutsche Bevölkerung begegnete Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern überall im Reich und wurde mit keinem NS-Verbrechen persönlich so umfassend konfrontiert, denn sie wurden in Rüstungsbetrieben ebenso wie auf Baustellen, in der Landwirtschaft, im Handwerk oder in Privathaushalten eingesetzt.

Bis zum Sommer 1941 waren Jüdinnen und Juden im deutsch besetzten Polen bereits seit fast zwei Jahren rechtlos, Tausende wurden ermordet oder starben an Krankheiten und Unterernährung. Ihre systematische Verfolgung beschränkte sich jedoch bis dahin in erster Linie darauf, sie von der übrigen Bevölkerung zu isolieren. Sie wurden in Ghettos konzentriert, mit dem Ziel, sie zukünftig aus dem deutschen Machtbereich hinauszudrängen. Als aber der erwartete schnelle Sieg in der Sowjetunion ausblieb, änderten die Deutschen ihre Pläne und trafen in der zweiten Jahreshälfte 1941 Vorbereitungen, die jüdischen Menschen in Polen umzu-

bringen (»Aktion Reinhardt«). Bis Kriegsende wurden zwischen 2 975 000 und 3 150 000 Juden aus Polen in den Tötungsanlagen Kulmhof, Auschwitz, Belzec, Sobibor, Majdanek und Treblinka ermordet oder bereits bei Massendeportationen aus den Ghettos und Lagern erschossen. Ungefähr dieselbe Anzahl von Juden, die aus anderen europäischen Ländern nach Polen deportiert wurden, erlitt das gleiche Schicksal.³³ Im April 1943 entschlossen sich die letzten Bewohnerinnen und Bewohner des Warschauer Ghettos zum verzweifelten, aussichtslosen Widerstand. Mehrere Wochen dauerte es, bis die Deutschen den Aufstand niedergeschlagen hatten. In Deutschland weiß man über diese Dinge gemeinhin so wenig, dass sogar ein Bundespräsident diese Erhebung mit dem Aufstand des nationalpolnischen Widerstands im August 1944 verwechseln konnte.³⁴

Fazit

Mit dem Vormarsch der Roten Armee 1944/45 brach die deutsche Herrschaft in Osteuropa zusammen. Vor dem Rückzug bemühten sich die deutschen Besatzer nicht nur, die Spuren der Verbrechen zu beseitigen, sie betrieben zugleich eine Politik der verbrannten Erde. Sowohl das Warschauer Ghetto als auch der Rest der Innenstadt wurden nach den beiden Aufständen 1943 und 1944 systematisch dem Erdboden gleichgemacht.

Der materielle Schaden, den Deutschland Polen durch Krieg, Raub und Zerstörung zufügte, war immens. Die gesamte Bevölkerung Vorkriegspolens – bis auf diejenigen, denen es gelungen war, rechtzeitig das Land zu verlassen – war im Zuge des Zweiten Weltkrieges den deutschen Besatzern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Kurz zusammengefasst konnte man, je nach »ethnischer Zugehörigkeit«, die oftmals von den Deutschen mit obskuren Methoden »ermittelt« wurde, als ehemaliger Bürger oder ehemalige Bürgerin der Zweiten Polnischen Republik unter der deutschen Besatzung als vermeintliches oder tatsächliches Mitglied des Widerstands oder im Rahmen von Racheaktionen ermordet werden, man konnte ins Reich zur Zwangsarbeit deportiert werden (mit relativ schlechten Aussichten, lebend zurückzukehren), man konnte in oder außerhalb eines Ghettos an Hunger oder Krankheiten sterben, man konnte in einer der Tötungsanlagen dem Massenmord zum Opfer fallen, man konnte aber auch völlig grundlos ermordet werden, wenn es einem Repräsentanten des Besatzungsapparates so gefiel.³⁵ Von fünf polnischen Staatsangehörigen Vorkriegspolens – und dazu zählen Männer und Frauen, Kinder und Alte, ob sie Polnisch, Jiddisch oder Ukrainisch sprachen – sollten nur vier den Krieg überleben.³⁶ Dazu kamen Folgen der Brutalisierung des Zusam-

menlebens und moralische Verwüstungen, die die deutsche Besatzungsherrschaft in der polnischen Gesellschaft hinterlassen hatte. Das heißt, dass buchstäblich jede Familie im heutigen Polen traumatische Erinnerungen an die Zeit zwischen 1939 und 1945, dass sie schmerzliche Verluste aus diesen Tagen zu beklagen hat. Aber wir fragen nicht wirklich nach der Lebenswirklichkeit unter der deutschen Besatzung in Polen, wir ignorieren weitgehend die Berichte derjenigen, die sie überlebt haben. Was sagt das über unsere Beziehung zum Nachbarland im Osten aus?

Anmerkungen

- 1 Vgl. Daniel Jonah Goldhagen, *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust*, Berlin 1996 (engl. Original 1996). Im Gegensatz dazu Christopher Browning, *Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die »Endlösung« in Polen*, Reinbeck 1993 (engl. Original 1992). Zur Debatte siehe Julius H. Schoeps/Rudolf Augstein (Hrsg.), *Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust*, Hamburg 1997, sowie Dieter Pohl, *Die Holocaustforschung und Goldhagens Thesen*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 1/1997, S. 1–48.
- 2 Vgl. Hannes Heer/Birgit Otte (Hrsg.), *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944. Ausstellungskatalog*, Hamburg 1996; Hans-Günther Thiele (Hrsg.), *Die Wehrmachtausstellung. Dokumentation einer Kontroverse*, Bonn 1997; Ulrike Jureit (Hrsg.), *Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944. Ausstellungskatalog*, Hamburg 2002.
- 3 Vgl. Szymon Datner, *Crimes Committed by the Wehrmacht during the September Campaign and the Period of Military Government (1. Sept. 1939–25. Oct. 1939)*, in: *Polish Western Affairs* 3/1962, S. 294–338; Szymon Datner, *55 dni wehrmachtu w Polsce. Zbrodnie dokonane na polskiej ludności cywilne w okresie 1.1X–25.X.1939 r.*, Warschau 1967.
- 4 Vgl. Katrin Stoll, *Transcending the Divide Between History and Memory. Szymon Datner's Practical Holocaust Historiography in the Early Post-War Period*, in: *Holocaust. A Journal of Culture and History* 1–2/2015, S. 4–23.
- 5 Franz Halder, *Kriegstagebuch: Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1942*, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Stuttgart, 1964, Bd. 1, S. 30 (29.8.1939). In der Mitschrift, die der amerikanische Journalist Louis P. Lochner dem britischen Botschaftsrat übergab und die als Dokument L-003 vom Nürnberger Militärgerichtshof registriert, aber nicht als Beweisstück verwendet wurde, findet sich die Passage »So habe ich, einstweilen nur im Osten, meine *Totenkopfverbände* bereitgestellt mit dem Befehl, unbarmherzig und mitleidlos Mann, Weib und Kind polnischer Abstammung und Sprache in den Tod zu schicken. Nur so gewinnen wir den Lebensraum, den wir brauchen.« (Hervorhebung des Verfassers). Obwohl das Dokument offenbar nach der Niederschrift noch redaktionell überarbeitet wurde, stimmt es inhaltlich weitgehend mit anderen

- Abschriften der Rede überein, siehe Winfried Baumgart, Zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht am 22. August 1939. Eine quellenkritische Untersuchung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3/1968, S. 120–149.
- 6 Vgl. Florian Altenhöner, Der Mann, der den 2. Weltkrieg begann. Alfred Naujocks. Fälscher, Mörder, Terrorist, Münster, 2010.
 - 7 Vgl. Klaus-Michael Mallmann/Jochen Böhler/Jürgen Matthäus, Einsatzgruppen in Polen. Darstellung und Dokumentation, Darmstadt 2008; Stephan Lehnstaedt/Jochen Böhler (Hrsg.), Die Berichte der Einsatzgruppen aus Polen 1939. Vollständige Edition, Berlin 2013; Wiesław Trzeciakowski, Selbstschutz w Bydgoszczy i powiecie bydgoskim 1939–1940, Bydgoszcz 2017; Christian Jansen/Arno Weckbecker, Der »Volksdeutsche Selbstschutz« in Polen 1939/40, München 1992.
 - 8 Vgl. Alexander B. Rossino, Nazi Anti-Jewish Policy during the Polish Campaign. The Case of the Einsatzgruppe von Woysrsch, in: German Studies Review 1/2001, S. 35–53; Alfred Konieczny: W sprawie policynych grup operacyjnych Streckenbacha i von Woysrscha na Górnym Śląsku w wrześniu i październiku 1939 r., in: Studia Śląskie. Seria Nowa 10/1966, S. 225–270.
 - 9 Vgl. Jochen Böhler, Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939, Frankfurt am Main 2006, passim.
 - 10 Vgl. Dagmar Mallett (Hrsg.), Freiwillig nach Auschwitz. Die geheimen Aufzeichnungen des Häftlings Witold Pilecki, Zürich 2013.
 - 11 Vgl. Datner, 55 dni, S. 92–102; Sönke Neitzel/Harald Welzer, Soldaten. Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben, Frankfurt am Main 2011, S. 84f.
 - 12 Vgl. Jochen Böhler (Hrsg.), »Grösste Härte...« Verbrechen der Wehrmacht in Polen September–Oktober 1939. Ausstellungskatalog, Osnabrück 2005 (die deutsch-polnische Wanderausstellung wurde zusammen mit meinen polnischen Kolleginnen und Kollegen Paweł Kosiński, Agnieszka Rudzińska und Paweł Machcewicz vom Institut des Nationalen Gedenkens in Warschau realisiert); Hans-Erich Volkmann, Wolfram von Richthofen. Die Zerstörung Wieluńs und das Kriegsvölkerrecht, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 2/2011, S. 287–328; Horst Boog, Bombenkriegslegenden, in: Militärgeschichtliche Beiträge 9/1995, S. 22–29; ders., Völkerrecht und Menschlichkeit im Luftkrieg, in: Hans Poepfel (Hrsg.), Die Soldaten der Wehrmacht, München 1998, S. 256–323.
 - 13 Vgl. Seev Goshen, Eichmann und die Nisko-Aktion im Oktober 1939. Eine Fallstudie zur NS-Judenpolitik in der letzten Etappe vor der »Endlösung«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1/1981, S. 75–96.
 - 14 Vgl. Jochen Böhler, Ordinary Clerks or Trailblazers of Destruction? The »First Wave« of Chiefs of Civil Administration and Their Implementation of Nazi Policy During the German Invasion of Poland in 1939, in: Dapim. Studies on the Holocaust 1/2015, S. 17–40.
 - 15 Vgl. Hans Umbreit, Deutsche Militärverwaltungen 1938/39. Die militärische Besetzung der Tschechoslowakei und Polens, Stuttgart 1977.
 - 16 Der weit verbreitete Begriff »Vernichtungslager« ist eher irreführend, siehe Raphael Utz, Die Sprache der Shoah. Verschleierung – Pragmatismus – Euphemismus, in: Jörg Ganzenmüller/Raphael Utz (Hrsg.), Orte der Shoah in Polen. Gedenkstätten zwischen Mahnmal und Museum, Köln 2016, S. 25–48.

- 17 Vgl. Dieter Schenk, Hans Frank. Hitlers Kronjurist und Generalgouverneur, Frankfurt am Main 2006, S. 184–191; Martin Winstone, *The Dark Heart of Hitler's Europe. Nazi Rule in Poland under the General Government*, London 2015, S. 57–69.
- 18 Vgl. Jochen August, »Sonderaktion Krakau«. Die Verhaftung der Krakauer Wissenschaftler am 6. November 1939, Hamburg 1997; Dieter Schenk, *Der Lemberger Professorenmord und der Holocaust in Ostgalizien*, Bonn 2007.
- 19 Vgl. Dieter Bingen, *Die katholische Kirche in Polen unter den Diktaturen des 20. Jahrhunderts, 1939–1989*, in: Martin Greschat (Hrsg.), *Deutsche und polnische Christen. Erfahrungen unter zwei Diktaturen*, Stuttgart-Berlin-Köln 1999, S. 139–170, hier S. 146.
- 20 Vgl. Phillip T. Rutherford, *Prelude to the Final Solution. The Nazi Program for Deporting Ethnic Poles, 1939–1941*, Lawrence/KS 2007, S. 74–193; Martin Broszat, *Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945*, Stuttgart 1961, S. 85–102; Czesław Madajczyk, *Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945*, Berlin (Ost) 1987, S. 233–260; Gerhard Wolf, *Ideologie und Herrschaftsrationalität. Nationalsozialistische Germanisierungspolitik in Westpolen*, Hamburg 2012, S. 107–265; Czesław Łuczak, *Polityka ludnościowa i ekonomiczna hitlerowskich Niemiec w okupowanej Polsce*, Posen 1979, S. 117–136; Dieter Schenk, *Hitlers Mann in Danzig. Albert Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen*, Bonn 2000; ders., *Hans Frank. Hitlers Kronjurist und Generalgouverneur*, Frankfurt am Main 2006; Catherine Epstein, *Model Nazi. Arthur Greiser and the Occupation of Western Poland*, Oxford 2010.
- 21 Vgl. Konieczny (Anm. 8), S. 246.
- 22 Vgl. Dieter Pohl, *Verfolgung und Massenmord in der NS-Zeit 1933–1945*. Darmstadt 2003, S. 144. Eine erste Bestandsaufnahme bietet Czesław Pilichowski (Hrsg.): *Obozy hitlerowskie na ziemiach polskich, 1939–1945*, Warschau 1979. Siehe auch das laufende Projekt »Encyclopedia of Camps and Ghettos, 1933–1945« des United States Holocaust Memorial Museum (USHMM) zur Erfassung und Beschreibung der deutschen Lager und Ghettos im Reichsgebiet, in den besetzten Gebieten sowie auf dem Territorium der mit Deutschland verbündeten Staaten, www.ushmm.org/research/publications/encyclopedia-camps-ghettos.
- 23 Vgl. Kazimierz Wyka, *Życie na niby. Szkice z lat 1939–1945*, Warschau 1985 (1957), S. 90–91; Jacek Andrzej Młynarczyk, *Die zerissene Nation. Die polnische Gesellschaft unter deutscher und sowjetischer Herrschaft 1939–1941*, in: Klaus-Michael Mallmann/Bogdan Musiał (Hrsg.), *Genesis des Genozids. Polen 1939–1941*, Darmstadt 2004, S. 145–147; Hans-Jürgen Bömelburg/Bogdan Musiał, *Die deutsche Besatzungspolitik in Polen 1939–1945*, in: Włodzimierz Borodziej/Klaus Ziemer (Hrsg.), *Deutsch–polnische Beziehungen 1939–1945–1949. Eine Einführung*, Osnabrück 2000, S. 43–112, hier: S. 91–93.
- 24 Vgl. Ludwik Landau, *Kronika lat wojny i okupacji*, vol. 1: wrzesień 1939 – listopad 1940, Warschau 1962, S. 39.
- 25 Vgl. Kai Struve, *Deutsche Herrschaft, ukrainischer Nationalismus, antijüdische Gewalt. Der Sommer 1941 in der Westukraine*, Berlin 2015; Witold Mędykowski, *W cieniu gigantów. Pogromy 1941 r. w byłej sowieckiej strefie okupacyjnej: kontekst historyczny, społeczny i kulturowy*. I., Warschau 2012.

- 26 Vgl. Jochen Böhler/Jacek Andrzej Młynarczyk, Collaboration and Resistance in Wartime Poland (1939–1945). A Case for Differentiated Occupation Studies, in: *Journal of Modern European History* 2/2018, S. 225–246. Siehe außerdem den Beitrag von Jan Grabowski in diesem Band.
- 27 Vgl. Mark Mazower, *Hitlers Imperium. Europa unter der Herrschaft des Nationalsozialismus*, München 2009, S. 192–198; Mechthild Rössler/Sabine Schleiermacher (Hrsg.), *Der »Generalplan Ost«. Hauptlinien der NS-Planungs- und Vernichtungspolitik*, Berlin 1996.
- 28 Vgl. Pohl (Anm. 22), S. 52f.
- 29 Vgl. Grzegorz Górski, *The Polish Underground State, 1939–1945*, Lublin 2012; Evan McGilvray, *A Military Government in Exile. The Polish Government-in-Exile, 1939–1945*, West Midlands 2010; David Engel, *Facing a Holocaust. The Polish Government-in-Exile and the Jews, 1943–1945*, Chapel Hill 2012; Jan Karski, *Mein Bericht an die Welt. Geschichte eines Staates im Untergrund*, München 2011 (engl. 1944).
- 30 Vgl. Magdalena Saryusz-Wolska/Carolyn Piorun, Verpasste Debatte. »Unsere Mütter, unsere Väter« in Deutschland und Polen, in: *Osteuropa* 11–12/2014, S. 115–132.
- 31 Zur deutschen Partisanenbekämpfung in Polen siehe umfassend Daniel Brewing, *Im Schatten von Auschwitz. Deutsche Massaker an polnischen Zivilisten 1939–1945*, Darmstadt 2016. Zum Warschauer Aufstand siehe Włodzimierz Borodziej, *Der Warschauer Aufstand 1944*, Frankfurt 2001. Opferzahl nach Andrzej Krzysztof Kunert, *Bezpowrotne polskie straty osobowe w Powstaniu Warszawskim*, in: Wojciech Materski/Tomasz Szarota (Hrsg.) *Polska 1939–1945. Straty osobowe i ofiary represji pod dwiema okupacjami*, Warschau 2009, S. 185.
- 32 Vgl. Pohl (Anm. 22), S. 61; Michael Thad Allen, *Hitler's Slave Lords. The Business of Forced Labour in Occupied Europe*, Stroud 2004.
- 33 Vgl. Jochen Böhler/Jacek Andrzej Młynarczyk (Hrsg.), *Der Judenmord in den eingegliederten polnischen Gebieten 1939–1945*, Osnabrück 2010; Stephan Lehnstaedt, *Der Kern des Holocaust. Bełżec, Sobibór, Treblinka und die Aktion Reinhardt*, München 2017; Stephan Lehnstaedt/Robert Traba (Hrsg.), *Die »Aktion Reinhardt«. Geschichte und Gedenken*, Berlin 2018. Zahlen nach Grzegorz Berendt, *Straty osobowe polskich Żydów w okresie II wojny światowej*, in: Wojciech Materski/Tomasz Szarota, *Polska 1939–1945*, S. 75; Pohl (Anm. 22), S. 109.
- 34 Vgl. Beate Kosmala, *Ghettoaufstand. Helden wider Willen*, in: Hans Henning Hahn/Robert Traba (Hrsg.), *Geteilt / Gemeinsam. Deutsch-Polnische Erinnerungsorte*, Bd. 1, Paderborn 2015, S. 375–399; Karl-Rudolf Korte, *Gesichter der Macht. Über die Gestaltungspotenziale der Bundespräsidenten. Ein Essay*, Frankfurt am Main 2019, S. 223.
- 35 Vgl. Jochen Böhler, *Nur ein Leben als ob*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, 2.10.2017, S. 6.
- 36 Vgl. Mateusz Gniazdowski, *Bevölkerungsverluste durch Deutsche und Polen während des Zweiten Weltkrieges. Eine Geschichte der Forschungen und Schätzungen*, in: Robert Traba (Hrsg.): *Krieg und seine Folgen*, Leverkusen 2007/2008, S. 65–92, hier: S. 89.

Jan Grabowski

Die polnische Gesellschaft unter deutscher Besatzung

Unterdrückung, Widerstand und selektive Solidarität

Der Schock des Septemberfeldzugs

Der Kriegsausbruch überraschte die polnische Gesellschaft ebenso sehr wie Regierung und Militär. Trotz der großen Übermacht Deutschlands glaubten die Polen an einen Sieg, nach Beistandsgarantien Englands und Frankreichs im Frühjahr 1939 hoffte man auf die Solidarität der westlichen Alliierten. Das Tempo, in dem die Wehrmacht die Verteidiger überrollte, bedeutete für die polnische Gesellschaft einen tiefen Schock. Die Parolen »Wir geben keinen Zentimeter her!« oder »In einer Woche sind wir in Berlin!«, mit denen die polnischen Soldaten in den Kampf zogen, klangen nach wenigen Tagen wie blanker Hohn. In nur zwei Wochen brachen die Deutschen den Widerstand der polnischen Armee, die Hauptstadt Warschau ergab sich nach dreiwöchiger Belagerung in den letzten Septembertagen. Vollendet wurde das Zerstörungswerk durch die sowjetische Invasion, die am 17. September begann und jede Hoffnung auf eine Fortsetzung des Kampfes durch die Reste der polnischen Armee östlich des Sans zunichte machte. Einen Tag später überschritten die polnische Regierung und der Oberbefehlshaber die Grenze nach Rumänien und begaben sich ins Exil. Binnen eines Monats waren der polnische Staat und mit ihm die wichtigsten Regulierungs- und Kontrollinstanzen des sozialen Lebens kollabiert.

Annektion und Kolonialherrschaft

Ende Oktober 1939 kristallisierten sich die deutschen Pläne für das eroberte Polen heraus: Die westlichen und nördlichen Territorien wurden

dem Reich einverleibt (als Eingegliederte Ostgebiete), und aus Zentralpolen wurde ein merkwürdiges Gebilde herausgeschnitten: das Generalgouvernement (GG), dessen voller Name anfangs Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete lautete, und das von Hans Frank, einem Hitler-Vertrauten, regiert wurde. Für die polnische Gesellschaft war diese Aufteilung von fundamentaler Bedeutung: In den annektierten Gebieten herrschte starker Germanisierungsdruck; selbst Polinnen und Polen mit entfernter deutscher Abstammung wurden in die Deutsche Volksliste (DVL) eingetragen, wer sich widersetzte, kam ins Konzentrationslager. Auf diese Weise landeten über drei Millionen polnische Staatsbürger auf der DVL, die entsprechend der »Brauchbarkeit« der Eingetragenen in vier Abteilungen untergliedert war. Noch vor Ende des Jahres 1939 wurden Tausende, später Hunderttausende polnischer Bürgerinnen und Bürger aus den annektierten Gebieten ins GG deportiert – dies betraf neben jüdischen auch ethnische Polen.

Die Besatzer betrachteten das GG (Hans Frank sprach vom »Nebenland des Reiches«) einerseits als Pufferstaat, andererseits als typische Kolonie – und deren Einwohner als billige Arbeitskräfte. Die Deutschen waren, verglichen mit anderen besetzten Ländern, nicht an Kollaboration auf staatlicher Ebene interessiert und hatten keine Pläne für Formen partieller Autonomie. Die Herrschaft im Generalgouvernement basierte vielmehr auf einer Politik des Zwangs und des mit der Zeit anwachsenden Terrors. Nachdem bis Anfang 1940 mehr als 150 000 Polinnen und Polen sich noch freiwillig zur Arbeit im Reichsgebiet verpflichtet hatten, versiegte der Zustrom billiger Arbeitskräfte angesichts der sklavereiartigen Arbeitsbedingungen schon bald. Die Besatzer erfüllten die geforderten Quoten nun durch Deportationen und andere Zwangsmaßnahmen. Die wirtschaftliche Ausbeutung des GG äußerte sich auch in der Requirierung von Lebensmitteln bei den Bauern, Raubbau an Wäldern und Kohle sowie hohen Kontributionen, die der Stadtbevölkerung auferlegt wurden.

Das mangelnde Interesse der Deutschen an der Anwerbung von Kollaborateuren belegt die sogenannte Aktion AB (Außerordentliche Befriedungsaktion) zwischen Mai und Juli 1940, der 7 000 Menschen zum Opfer fielen, darunter 3 500 Polinnen und Polen aus Politik, Wissenschaft, Jurisprudenz, Sport und Kunst. Ziel war die Dezimierung der Geistes- und Führungseliten der polnischen Gesellschaft. Einer ähnlichen Aktion in den annektierten polnischen Gebieten (der sogenannten Intelligenzaktion) fielen Zehntausende höher gebildeter Polen zum Opfer, Zehntausende andere kamen in Konzentrations- und Arbeitslager. Den Auftakt zur Vernichtung der polnischen Intelligenz bildete am 6. November 1939 die sogenannte Sonderaktion Krakau mit der Inhaftierung von Professoren der Jagiello-

nen-Universität. Sie wurden nach Sachsenhausen und Dachau deportiert; manche von ihnen starben dort, andere kehrten nach mehrmonatiger KZ-Haft nach Hause zurück. Das besetzte Polen sollte ein Reservoir billiger, unqualifizierter Arbeitskräfte bilden. Daher wurden die polnischen Universitäten geschlossen, Presse und polnisches Radio wurden liquidiert. Nach einer gewissen Zeit erschienen unter deutscher Zensur wieder einige Publikationen – plumpe Instrumente der NS-Propaganda. Daneben erlaubten die Deutschen Sensations- und halbpornographische Zeitschriften. Die Schulbildung für Polen wurde auf ein Minimum und auf Technisch-Handwerkliches begrenzt.

In den annektierten Gebieten wurden die polnische Verwaltung und fast alle polnischen Organisationen aufgelöst. Im Generalgouvernement mussten die Besatzer angesichts des Mangels an autochthonen oder zugezogenen Deutschen für die kommunale Verwaltung weitgehend auf die nichtdeutsche Bevölkerung zurückgreifen. Die Leitungsfunktionen der Organe der Kommunal- und Stadtverwaltung (Kreishauptmänner, Landräte, Oberbürgermeister) übernahmen meist Deutsche, doch auf den untergeordneten Ebenen amtierten polnische Beamte und Funktionäre. Amtssprachen waren Deutsch und Polnisch, rechtlich verbindlich war aber nur das Deutsche.

Im Gerichtswesen errichtete das Besatzungsregime ein zweigleisiges System, in dem deutsche (Sonder-)Gerichte sowie polnische Gerichte nebeneinander existierten. Ersterer waren mit deutschen Juristen besetzt und verhandelten Angelegenheiten, die (Volks-)Deutsche betrafen, sowie alle Fälle, in denen »das Interesse des Deutschen Volkes berührt« wurde. Dazu gehörten politische Vergehen, Untergrundaktivitäten, aber auch Verstöße gegen die Kriegsverordnungen für Wirtschaft und Handel. Zudem waren sie zuständig für die »jüdischen Fälle«, das heißt alle Verstöße gegen die Vorschriften für die jüdische Bevölkerung: das Nichttragen des Davidsterns, das Verlassen des Ghettos, Schmuggel oder Geschlechtsbeziehungen mit »Ariern«. In der polnischen Gerichtsbarkeit eliminierten die Deutschen das Oberste Gericht, behielten aber die bisherige Struktur mit Amts-, Kreis- und Berufungsgerichten bei. Diese blieben zuständig für gewöhnliche Kriminalfälle (Diebstähle, Einbrüche, Überfälle usw.) und entschieden über das Gros der Zivilklagen. An den Gerichten arbeiteten (gestützt auf das polnische Straf- und Zivilrecht der Vorkriegszeit) die bereits vor dem Krieg dort tätigen Richter, Staatsanwälte und Anwälte – mit Ausnahme der jüdischen Juristen, die bereits in den ersten Monaten der Besatzung aus ihren Ämtern entfernt worden waren.

Ähnlich verhielt es sich mit der Polizei. Hitlers Dekret über die Gründung des Generalgouvernements wurde am 12. Oktober 1939 veröffentlicht.¹

Im GG erließ Hans Frank am 26. Oktober die Ausführungsbestimmungen zum »Wiederaufbau der Verwaltung«.² Am 30. Oktober 1939 forderte der Höhere SS- und Polizeiführer im Generalgouvernement F. W. Krüger unter Androhung strenger Strafen bei Zuwiderhandlung alle polnischen Polizisten zum Dienstantritt in der neuorganisierten Polizei auf.³ Krügers Anordnung zeigte die erhoffte Wirkung: Schon im Januar 1940 hatte die Ordnungspolizei über 10 000 Mitarbeiter, darunter 1 173 Kriminalbeamte.⁴ Nach Überprüfung und Entfernung der meisten höheren Offiziere wurde die neu geschaffene Polnische Polizei im Generalgouvernement – in Anlehnung an ihre Uniformfarbe besser bekannt als »Blaue Polizei« – dem Kommandeur der Ordnungspolizei (KdO) unterstellt, wobei auch hier die Vorkriegsstrukturen erhalten blieben und von den bisherigen Funktionären getragen wurden. Offiziell gegründet wurde die »Blaue Polizei« am 17. Dezember 1939, 1943 erreichte sie mit rund 20 000 Mitgliedern ihren höchsten Personalstand. Sie war die einzige von den Deutschen zugelassene bewaffnete polnische Formation im besetzten Polen. Das von den Besatzern im GG eingeführte Herrschaftssystem kann man ohne zu übertreiben als europäische Variante des Kolonialsystems bezeichnen.

Die Widerstandsbewegung

Schon in den ersten Besetzungstagen entstanden Keimzellen der späteren Widerstandsbewegung, aus der sich dann der Polnische Untergrundstaat – ein singuläres Phänomen im besetzten Europa – entwickelte. Die polnische Résistance, der militärische Arm der Exilregierung (die nach der französischen Niederlage von Frankreich nach London zog), formierte sich um militärische Organisationen wie *Służba Zwycięstwu Polski* (Dienst für den Sieg Polens, SZP), *Związek Walki Zbrojnej* (Verband für den bewaffneten Kampf, ZWZ) und später die *Armia Krajowa* (Heimatarmee, AK). Der Widerstand gegen die Besatzungsmacht ergriff nach und nach das ganze Land und alle Lebensbereiche der unterworfenen Gesellschaft. Die Jüngsten – Jungen wie Mädchen – traten den Untergrundpfadfindern der *Szare Szeregi* (Grauen Reihen) bei. Ältere Jugendliche besuchten die *tajne komplety*, illegalen Gruppenunterricht in polnischer Geschichte und Sprache, Kampftechniken und Militärtaktik. Andere beteiligten sich an »kleinen Sabotageaktionen«, indem sie patriotische Parolen an Häuserwände malten oder sichtbare Symbole – wie Hakenkreuzflaggen oder Schilder – der Besatzungsherrschaft aus dem öffentlichen Raum entfernten.

Es entstand ein Netz von Zivil- und Militärgerichten, die Ehrenstrafen und Todesurteile verhängten. In den Jahren 1942–1944 wurden

einige tausend Todesurteile an Kollaborateuren, Agenten und Verrätern vollstreckt. Der Untergrund erarbeitete »Verhaltenskodizes für aufrechte Polen« als moralische Richtlinien durch die Besatzungswirklichkeit. Echte polnische Patrioten gingen demnach nicht ins Kino – um der deutschen Propaganda zu entgehen – und lasen keine der von den Besatzern herausgegebenen polnischsprachigen Zeitungen. Jegliches Fraternisieren mit den Deutschen war streng verboten, wer sich privat mit ihnen einließ, wurde sozial geächtet. Ab 1942 entwickelte sich ein höchst dynamisches Untergrundverlagswesen, es erschienen Broschüren, Wochenzeitschriften, Bücher und Gedichtbände, zudem gab es illegale literarische Salons und Kabarets.

Auf den angesichts der Entwicklung an der Ostfront wachsenden Widerstand der polnischen Gesellschaft reagierten die Deutschen mit verstärktem Terror. Dazu gehörte die Deportation von Polinnen und Polen in Konzentrations- oder Arbeitslager. Berüchtigt war insbesondere das Konzentrationslager Auschwitz, wo im Juni 1940 die ersten ethnisch polnischen Häftlinge eintrafen. Von 1940 bis 1945 starben dort mehr als 75 000 von ihnen – was angesichts der viel größeren Zahl jüdischer Opfer oftmals vergessen wird. Die Todesstrafe wurde zunehmend auch für triviale Verstöße gegen das Besatzungsrecht verhängt, etwa für das Hören ausländischer Radiosender – der Besitz eines Radios war seit Ende 1939 grundsätzlich verboten –, das Halten unbringter Schweine und Kühe oder das Umgehen der Arbeitspflicht. Immer öfter kam es auch zu Kollektivbestrafungen. Von 1943 an wurden die Familien flüchtiger Verdächtiger verhaftet und erschossen sowie ganze Dörfer niedergebrannt, in denen die Gendarmerie Partisanen entdeckte oder die im Verdacht standen, Partisanen zu unterstützen. In Warschau begannen Straßenrazzien, die Verhafteten wurden später zu Hunderten öffentlich exekutiert.

Eine andere Form des Widerstands der polnischen Gesellschaft gegen die Besatzer war die allgemeine Missachtung wirtschaftlicher Anordnungen, vor allem durch einen gut entwickelten Schwarzmarkt vom Land in die Stadt geschmuggelter Lebensmittel. Die Kartenrationen für die ethnischen Polen (von den Juden ganz zu schweigen) waren unzureichend, weshalb diese Art der Versorgung für viele überlebensnotwendig war. Während der gesamten Besatzungszeit versuchte die Polizei mit drakonischen Strafen, aber letztlich erfolglos, den Schmuggel zu unterbinden.

In politischer Hinsicht blieb der größte Teil der polnischen Gesellschaft der legalen Regierung der Republik Polen im Londoner Exil treu. Im Untergrund dominierten die wichtigsten Vorkriegsparteien – Sozialisten, Nationaldemokraten und Bauernpartei. Auch hier agierten Gesandte der Exilregierung, die in Polen über einen eigenen Verwaltungs- und Justiz-

apparat verfügte. Radikale Parteien, vor allem die Kommunisten, hatten geringen gesellschaftlichen Rückhalt. Mit dem Herannahen der Ostfront wurde der Untergrund zunehmend von kommunistischen Elementen durchdrungen, doch bis zum Kriegsende bildeten sie eine Randerscheinung der Widerstandsbewegung. Politisch und emotional waren die Polen und Polen auf London und die Westalliierten ausgerichtet.

Wendepunkt aus Sicht der polnischen Gesellschaft war das Jahr 1943, in dem der Besatzungsterror ein zuvor ungekanntes Ausmaß annahm und die tragischen Nachrichten aus Wolhynien, wo ukrainische Nationalisten die polnische Zivilbevölkerung mordeten, die Krise noch vertieften. Das »Massaker in Wolhynien« mit 40 000 bis 60 000 Opfern rief in den ethnisch polnischen Gebieten ein breites Echo hervor. Ein weiterer Schlag für die traumatisierte polnische Gesellschaft war die Entdeckung der Massengräber von mehr als 4 400 polnischen (Reserve-)Offizieren bei Katyn durch deutsche Einheiten im April 1943. Es handelte sich um Opfer des im Frühjahr 1940 auf Stalins Befehl vom NKWD verübten größten Massenmords an kriegsgefangenen Polen (insgesamt über 21 000) in der Geschichte. Für Polen bedeutete dies nicht nur den Verlust der Blüte der Intelligenz – betroffen waren neben Militärs Tausende Ärzte, Juristen und Lehrer –, sondern auch das Ende aller Illusionen über das Wesen des sowjetischen Systems.

Die polnische Gesellschaft und die Shoah

Die Haltung der polnischen Gesellschaft zur Ermordung der Juden gehört zu den schmerzlichsten Themen ihrer Geschichte und sorgt bis heute für innerpolnische Konflikte und Kontroversen. Die Fragen der Judenrettung, der Indifferenz wie auch der Mitwirkung von Polen an der Ermordung der Juden beschäftigen nicht nur polnische Historiker, sondern bewegen auch die Öffentlichkeit und zeitigen regelmäßig nervöse Reaktionen der führenden Organe und Institutionen des polnischen Staates. Die Ursachen dafür sind komplex, aber zweifellos befindet sich die polnische Gesellschaft noch mitten in der Auseinandersetzung um eine vollständige und ehrliche Aufarbeitung ihrer Vergangenheit. Wenn hier ausgeführt wurde, dass die Polen gegenüber den deutschen Besatzern gesellschaftliche Solidarität zeigten und umfassenden aktiven wie passiven Widerstand leisteten, so muss einschränkend ergänzt werden, dass sich die polnische Gesellschaft während des Zweiten Weltkrieges hauptsächlich über ethnische Kriterien definierte. Minderheiten, zumal die Jüdinnen und Juden, standen außerhalb der Solidargemeinschaft, und die deutsche Propaganda wusste den starken Vorkriegsantisemitismus geschickt für ihre Zwecke zu nutzen.

Im Zeichen einer Politik von *divide et impera* konnten die Besatzer hier anknüpfen – was sonst bei der unter ihnen leidenden und mit Hass gegen sie erfüllten polnischen Gesellschaft kaum möglich war. Dennoch dachten in zwei Punkten die deutschen Herrscher und Teile der polnischen Öffentlichkeit ähnlich: Der erste war der Hass auf die Bolschewiken, der zweite die Abneigung gegen die Juden. In der Zwischenkriegszeit propagierte die nationaldemokratische Propaganda, unterstützt von der Kirche, regelmäßig den Kampf gegen die »Judäokommune«. Die Juden als religiöse und ethnische Gemeinschaft wurden aus der Bürgergemeinschaft ausgeschlossen, die alle Bürger der Republik hätte umfassen sollen. Dieses kollektive Bewusstsein der Vorkriegszeit in Polen erleichterte den NS-Propagandisten wenig später die Arbeit deutlich.

Im Frühjahr 1940 berichtete Jan Karski als Gesandter des polnischen Untergrundstaates der polnischen Regierung in Frankreich, die breite Masse der polnischen Gesellschaft hege keine Sympathien für die Juden: »Ihr Verhältnis zu den Juden ist überwiegend rücksichtslos, oft erbarmungslos. Sie [die breiten Massen, Anm. d. Autors] nutzen größtenteils die Privilegien, die ihnen die neue Situation gibt. Die Lösung der Judenfrage durch die Deutschen – ich muss das im vollen Bewusstsein der Verantwortung für meine Worte so sagen – ist ein wichtiges und recht gefährliches Instrument zur moralischen Befriedung breiter Schichten der polnischen Gesellschaft.« Und er führte weiter aus: »Das Volk hasst seinen Todfeind, aber diese Frage schafft gleichsam einen schmalen Steg, auf dem sich die Deutschen und ein Großteil der polnischen Gesellschaft einvernehmlich begegnen.« Diese Situation bedrohe – so Karski – nicht nur die Moral der kämpfenden Nation, sondern vertiefe auch die Kluft zwischen ethnischen Polen und Juden. Damit drohe auch eine Spaltung unter den Polen, »von denen die einen voller Abscheu und Empörung über die barbarischen Methoden der Deutschen sind (im Bewusstsein der drohenden Gefahr), während die anderen diese Methoden (und also auch die Deutschen!) neugierig und oft begeistert betrachten und der ersten Gruppe ihre ›Gleichgültigkeit‹ in einer so wichtigen Frage übel nehmen [...] Die Bildung einer breiteren Front stieße auf große Schwierigkeiten seitens der breiten Schichten der polnischen Gesellschaft, deren Antisemitismus keineswegs abgenommen hat.«⁵

Karskis Bericht schildert die Mentalität der polnischen Gesellschaft im ersten Besatzungsjahr, doch man kann die Feststellung riskieren, dass die Ermordung der polnischen Juden kaum einen Rückgang antisemitischer Einstellungen in der polnischen Mehrheitsgesellschaft bewirkte. Der große israelische Shoah-Forscher Yehuda Bauer fasste jüngst die dunkle Seite innerpolnischer gesellschaftlicher Dynamiken unter deutscher Besatzung so zusammen: »Es gab Polen, die Juden der polnischen Polizei übergaben,

Orte des Terrors und der Vernichtung

Politische Situation im November 1942

- Großdeutsches Reich einschließlich angeschlossener und annektierter Gebiete
- vom Deutschen Reich besetzte Gebiete
- mit dem Deutschen Reich verbündete und abhängige Staaten
- neutrale Staaten
- Staatsgrenzen 1942
- Staatsgrenzen 1937
- Westgrenze der Sowjetunion 1941
- Hauptstadt

Terror und Vernichtung

- Vernichtungslager
- KZ-Hauptlager, sonst. wichtige Konzentrationslager
- KZ-Außenlager (Auswahl)
- Stamm- und Durchgangslager für sowjetische Kriegsgefangene (> 25 000 Opfer)
- Vernichtungsstätten für psychisch Kranke und behinderte Menschen (Aktion T4)

- Arbeitslager für Juden
- großes Ghetto für Juden (> 30 000 Insassen)

Massenerschießungen von Juden

- > 5 000 Opfer
- 500 – 5 000 Opfer



L. Liechtenstein
LUX. Luxemburg
S. Serbien

die sie wiederum an die Deutschen weiterreichte. Es gab jene, die Juden direkt den Deutschen auslieferten; und da gab es jene, die selbst Juden ermordeten.«⁶ Wenngleich Bauers



Szene aus dem Ghetto in Tarnów im Jahr 1941. Der Fotograf Augustyn Dagnan rettete jüdischen Polen das Leben, indem er in seiner Mühle ein Versteck einrichtete.

Worte jenen ethnischen Polen nicht gerecht werden, die mit Schmerzen und Entsetzen die vor ihren Augen geschehende Auslöschung der polnischen Juden verfolgten oder versuchten, deren Leben zu retten, so gelten sie zweifellos für einen beträchtlichen Teil. Fast alle erhaltenen jüdischen Zeugnisse – es sind deren Hunderte – benennen übereinstimmend die Alltäglichkeit antijüdischer Einstellungen und Verhaltensweisen unter den Polen »auf der arischen Seite«, wie zeitgenössisch im Polnischen die nicht-jüdischen Räume und im übertragenen Sinne auch die Mehrheitsgesellschaft als Ganzes genannt wurden.

Anders als in meisten anderen besetzten Ländern erfolgte in Polen die Ermordung der Jüdinnen und Juden nicht im Verborgenen, sondern vor aller Augen, sodass schon im Sommer 1942 allgemein bekannt war, was in Treblinka, Sobibor, Kulmhof, Belzec und Auschwitz geschah. Eine der ersten Stufen der deutschen Vernichtungspolitik war die Isolierung der Juden vom Rest der Bevölkerung. Zu diesem Zweck wurde im Oktober 1941 für Juden, die ohne Armbinde und ohne Passierschein außerhalb des Ghettos aufgegriffen wurden, die Todesstrafe eingeführt. Dieselbe Strafe drohte allen, die Juden Unterschlupf oder sonstige Hilfe gewährten. Hartnäckig hält sich die Überzeugung, die lokale Bevölkerung und die lokalen polnischen Organisationen und Institutionen hätten bis zur Liquidierung der Ghettos im Jahr 1942 kaum oder keinen Einfluss auf Leben und Sterben der Juden gehabt. Das liegt daran, dass wir meist von geschlossenen, wie in Warschau oder Krakau durch Mauern vom Rest der Stadt abgetrennten Ghettos sprechen. Die meisten polnischen Juden lebten aber

in (halb)offenen Ghettos, wo die physische Abgrenzung von den nicht-jüdischen Vierteln – Holzzäune oder Stacheldraht – weit weniger relevant war als die psychologische Isolation von der Außenwelt. Darüber hinaus waren Hunderttausende polnischer Juden überhaupt nicht in Ghettos eingesperrt, sie kamen erst im Frühjahr und Sommer 1942 kurz vor der Deportation ins Vernichtungslager in die geschlossenen Viertel. Von Isolation konnte in diesem Fall keine Rede sein. Wichtiger ist, dass die Deportation der polnischen Juden, die immer nach demselben Muster abliefen, in Hunderten polnischen Orten zu einem öffentlichen Spektakel wurde, bei dem insgesamt Millionen von Polen zusahen. Diese »Aktionen« genannten Gewaltorgien der Deutschen verliefen unter aktiver Beteiligung von ethnischen Polen, die auf unterschiedliche Weisen zum Tod ihrer jüdischen Nachbarn beitrugen. Tausende verfolgten, wie die Juden in die Todeszüge getrieben wurden, beteiligten sich an der Durchsuchung der eben erst geräumten Ghettos, sie plünderten die Habe der Deportierten und zerrten zurückgebliebene Juden aus Bunkern und Verstecken. Auf systematischere Weise wirkten – freiwillig oder unter dem Zwang der Deutschen – Feuerwehrleute, Baudienstler und allen voran die Angehörigen der »Blauen Polizei« im Prozess der Vernichtung mit.

Während der Liquidierungsaktionen entschlossen sich Hunderttausende Jüdinnen und Juden zur Flucht auf die »arische Seite«. Für sie war die Haltung der ethnischen Polen, ihr Mitgefühl oder dessen Fehlen, von grundlegender, ja existenzieller Bedeutung. Nach der Auflösung der Ghettos lagen Leben oder Tod der untergetauchten Juden maßgeblich in deren Hand. Aus Sicht der Deutschen waren die Juden außerhalb der Ghettos, ohne die Markierung durch Armbinden, kaum zu fassen. Hier kamen ihnen die »blauen« Polizisten, Nachbarn, zufällige Passanten und die sogenannten Schmalzowniks – die »berufsmäßig« Juden aufspürten – zur Hilfe. Für sie war die fehlende Armbinde kein großes Problem bei der Identifizierung jüdischer Opfer. Die meisten Untergetauchten wurden aufgrund von Denunziationen verhaftet, »vertraulichen Informationen«, von denen es in den Dokumenten der Zeit nur so wimmelt. Nichtassimilierte Juden wurden oft an ihrem schlechten Polnisch erkannt. Ein falscher Akzent, Schwierigkeiten bei der Suche nach dem richtigen Wort oder der falsche Gebrauch von Redewendungen konnten Entdeckung und Tod bedeuten. Ebenso gefährlich waren ein »schlechtes« Äußeres – Beschneidung, schwarze Locken, dunkler Teint – und mangelnde Kenntnis der katholischen Liturgie, katholischer Gebete oder typischer polnischer Speisen.

Unter diesen Umständen erforderte die Rettung von Juden außergewöhnlichen Mut und Entschlossenheit. Ende 1942 gründeten ethnische und jüdische Polen gemeinsam den Judenhilfsrat Żegota, die einzige derartige



»Blaue« Polizisten und Feuerwehrleute bei der Löschung des Feuers in der Mühle des Fischl, Tarnów 1941 (?)

Organisation im besetzten Europa. Die Żegota war Teil der Strukturen des polnischen Untergrundstaats, sie hatte ein eigenes Budget und ein Netz von Mitgliedern, die – unter überaus harten Bedingungen – den verbliebenen Juden in ihren Verstecken zu helfen versuchten. Das bekannteste Żegota-Mitglied – in Deutschland kennt man außer ihr insbesondere noch Władysław Bartoszewski – war Irena Sendler, die Leiterin der Kinderabteilung. Mit ihren Mitarbeiterinnen gelang es ihr, Hunderte jüdischer Kinder aus dem Ghetto zu retten und in polnischen Familien oder Waisenhäusern unterzubringen. Die Żegota agierte vor allem in Warschau und Krakau. In der Provinz und auf dem Land waren Jüdinnen und Juden auf individuelle Hilfe angewiesen, die nur sehr schwer zu finden war. Polen, die auf eigene Faust Juden versteckten oder ihnen anderweitig halfen, drohte die Todesstrafe. Diese stand damals auf viele Vergehen, was freilich kaum jemanden von Schwarzmarktgeschäften oder der Mitwirkung im bewaffneten Widerstand abhielt. Zur gefährlichsten Form der Konspiration wurde die Judenrettung, weil sie gesellschaftlich unerwünscht war: sie musste vor den Nachbarn und mitunter den eigenen Angehörigen geheimhalten werden. Verdächtigungen führten oft zu Denunziationen und in deren Folge zu Gendarmeriebesuchen, die den Tod der versteckten Juden sowie nicht selten der sie schützenden Polen bedeuteten. Welchen Ängsten

und Gefahren polnische Judenretter ausgesetzt waren, veranschaulicht ein Artikel aus einer illegalen Schrift der nationalistischen Nationalen Streitkräfte (Narodowe Siły Zbrojne, NSZ): »Wer Juden bei sich versteckt, ist als Verräter an der polnischen Sache anzuklagen. Denn jeder aufrechte Pole weiß, dass im neu erstandenen Polen weder für Deutsche noch für Juden Platz sein wird.«⁷

Der Chronist des Warschauer Ghettos Emanuel Ringelblum reflektiert in seinem 1943 im Bunkerversteck geschriebenen letzten Buch vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen auf der »arischen Seite«, in Verstecken und Lagern, die Ursachen für die Katastrophe des polnischen Volkes. Er beschreibt die verbrecherische Perfidie der Deutschen, richtet aber auch bittere Vorwürfe an die polnischen Juden, ihre Führer, die Mitglieder der Judenräte und die Funktionäre der jüdischen Polizei. Eine Teilschuld sieht er bei der polnischen Mehrheitsgesellschaft, die den sterbenden Juden die staatsbürgerliche Solidarität verwehrt habe. Rhetorisch fragt Ringelblum: »Warum, fragen wir, vermochte man die Pest des Denunziantentums, der Spitzelei und der Kollaboration mit den Deutschen innerhalb der eigenen Gesellschaft einzudämmen, unternahm aber nichts gegen die ungeheure Welle der Erpressungen und Denunziationen gegen die Handvoll nach dem Pogrom gegen das ganze Volk übriggebliebener Juden? Ist es nicht eine Schande auf ewig, dass etwa in Tschenstochau kaum ein jüdischer Bewohner gerettet wurde, nur weil dort auch vor dem Krieg eine jüdenfeindliche Stimmung herrschte? Warum stellte die polnische antisemitische Presse ihre Hetze gegen die Juden nicht vorübergehend ein? Warum erhalten die wenigen Idealisten, die Juden schützen und ihnen Zuflucht gewähren, so selten Unterstützung von der Gesellschaft oder großer Teile derselben?« Für die in den Gaskammern von Belzec, Treblinka, Majdanek und Sobibor sterbenden Juden, so Ringelblum, sei die Haltung der polnischen Gesellschaft de facto irrelevant: »Aber für die wenigen, die noch in einer unterirdischen Höhle, einem Vorstadtversteck oder als Arier an der Oberfläche leben, ist das keine bloß theoretische Frage. Von der Einstellung der polnischen Gesellschaft hängt es maßgeblich ab, ob dieser kleine Rest der Welle des deutschen Hasses und der Gleichgültigkeit der polnischen Gesellschaft trotzen kann.«⁸ Wenige Monate nach Niederschrift dieser Worte wurde Ringelblum in den Ruinen des Warschauer Ghettos erschossen. Maßgeblichen Anteil an seinem Tod hatten Angehörige einer Sonderbrigade der polnischen Kriminalpolizei.

Von drei Millionen polnischen Juden unter deutscher Herrschaft (nicht eingerechnet jene, die in die UdSSR flüchteten) überlebten knapp 30 000, also rund ein Prozent. Die Vernichtung der polnischen Juden war so umfassend, dass ein ganzes Volk mit einer reichen Tradition, mit eigener Sprache und Gebräuchen, zu existieren aufhörte. Polnische Histori-

kerinnen und Historiker untersuchen derzeit sowohl die Dimension der ethnisch polnischen Beteiligung am deutschen Plan der Ermordung der polnischen Juden als auch die Beispiele der Rettung von Juden. Die Meinungen zu diesem Thema sind geteilt, doch steht außer Zweifel, dass während der Liquidierung der Ghettos und der Deportation in die Vernichtungslager ethnische Polen unmittelbaren und messbaren Einfluss auf das Ausmaß der jüdischen Tragödie hatten.⁹

Schluss

Am 1. August 1944 begann auf die Kunde vom Anrücken der Roten Armee der Warschauer Aufstand. Die Deutschen warfen massive Kräfte ins Gefecht, während auf Befehl Stalins die sowjetische Offensive vor der polnischen Hauptstadt stoppte. Der Aufstand dauerte zwei Monate, es starben fast 200 000 Menschen, überwiegend Zivilisten. Nach der Niederschlagung ließ Hitler die Stadt dem Erdboden gleichmachen: Nach der Zwangsaussiedlung der Einwohner zogen von Oktober 1944 bis Januar 1945 deutsche Brandkommandos von Haus zu Haus und zerstörten systematisch Viertel für Viertel. Als am 17. Januar 1945 die Rote Armee Warschau befreite, war die entvölkerte Stadt ein Trümmermeer.

Ähnlich wie Warschau ging auch die polnische Gesellschaft aus dem Krieg verstümmelt, traumatisiert und zur Unkenntlichkeit verändert hervor. Vor allem wurde Polen erstmals in der Geschichte ein ethnisch homogener Staat. Das war eine Folge der Shoah und der Verschiebung des Staatsterritoriums nach Westen. Die meisten ethnischen Ukrainer, Weißrussen und Litauer, die vor dem Krieg polnische Staatsbürger gewesen waren, fanden sich in der Sowjetunion wieder. Die in den Westgebieten verbliebenen Deutschen wurden nach und nach in die vier alliierten Besatzungszonen zwangsumgesiedelt. Als Folge dieser »verschlafenen Revolution« (Andrzej Leder, der die Umwälzungen der Jahre 1939–1956 als fremdbestimmt und bis heute nicht verarbeitet analysiert, Anm. d. Red.) erwachten die Polen nach dem Krieg in einem Land, das kaum noch an das Polen der Vergangenheit erinnerte. Neben den ethnischen Veränderungen hatte sich ein tiefgreifender gesellschaftlicher Wandel vollzogen: Der Landadel als politisch wirkmächtige Kraft war verschwunden, die Intelligenz – bis dahin die Bastion des Polentums – von beiden totalitären Systemen dezimiert worden. Gestützt auf die Sowjetmacht rissen die verhassten Kommunisten die Macht an sich. Es begann eine neue Epoche.

Aus dem Polnischen von Bernhard Hartmann

Anmerkungen

- 1 Reichsgesetzblatt, Teil I, 24. Oktober 1939, Nr. 210.
- 2 Verordnungsblatt des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete (VblGG), 26. Oktober 1939, Nr. 1.
- 3 Verordnungsblatt des Generalgouverneurs (VBlGG), 1939, S. 16.
- 4 AAN, zespół Rząd GG,teczka 641, k. 15–19, zitiert nach: A. Hempel, Pogromowcy klęski. Rzecz o policji granatowej Generalnego Gubernatorstwa, Warschau 1989, S. 38f.
- 5 In voller Länge erschien Karskis Bericht erstmals in: D. Engel, An Early Account of Polish Jewry under Nazi and Soviet Occupation Presented to the Polish Government-in-Exile, February 1940, in: Jewish Social Studies 1983, Nr. 45 (1), S. 1–16, hier: S. 12f.; die polnische Version erschien in: Mówią Wieki 1992, Nr. 11. Bezeichnenderweise wurde Karskis Bericht den Alliierten in einer zensierter Fassung übermittelt, in der die hier zitierte Stelle fehlte.
- 6 Yehuda Bauer, Israel's Stupid, Ignorant and Amoral Betrayal of the Truth on Polish Involvement in the Holocaust, 4.7.2018, www.aaetz.com/opinion/premium-okay-so-the-poles-didn-t-murder-jews-1.6242474 (Die zitierte Passage wurde von der Redaktion übersetzt, Anm. d. Red.).
- 7 »Propaganda Centralna«, Februar 1943.
- 8 Emanuel Ringelblum, Stosunki polsko-żydowskie w czasie drugiej wojny światowej, Warschau 1988, S. 31f.
- 9 Vgl. Jan Grabowski, Barbara Engelking (Hrsg.), Dalej jest noc. Losy Żydów w wybranych powiatach okupowanej Polski, 2 Bde., Warschau 2018; Kritik an den dort vertretenen Thesen äußern vor allem Historiker des polnischen Instituts für Nationales Gedenken (IPN). Diese stützt sich jedoch nicht auf eigene Forschungen, sondern stellt lediglich die Methodik der in »Dalej jest noc« vertretenen Beiträge infrage. In polnischer Sprache sind die betreffenden Texte auf der IPN-Website www.ipn.gov.pl zugänglich, die ausführlichen Er widerungen der Autoren unseres Bandes finden sich auf der Website des Polnischen Zentrums für Holocaust-Forschung www.holocaustresearch.pl.

Dieter Bingen

Unfähig zu trauern?

Warum es in Deutschland schwerfällt, polnischer Opfer zu gedenken

Vor mehr als fünfzig Jahren haben Margarete und Alexander Mitscherlich die Grundlagen kollektiver deutscher »Unfähigkeit zu trauern« erforscht und analysiert, wie schwer sich die deutsche Bevölkerung damit tut, sich der Nazivergangenheit zu stellen.¹ Kann man dieses Urteil – immerhin sind seitdem zwei Generationen nachgewachsen – nunmehr ad acta legen? Fühlen wir, die deutsche Bevölkerung, uns nicht gar als Weltmeister der Vergangenheitsbewältigung und Gedenkkultur, die anderen Nationen gerne Ratschläge erteilt, wie diese es uns erfolgreich gleich tun könnten?

Um diesen Fragen auf den Grund zu gehen, beginnen wir mit einer provokant klingenden These: Die Polen seien *Opfer zweiter Klasse* in der deutschen Wahrnehmung von NS-Opfern im Zweiten Weltkrieg. Ist das wahr? Es könnte wie eine unnötige Dramatisierung, eine um Aufmerksamkeit heischende Klage klingen. Es ist aber eine aktuelle Bestandsaufnahme der Qualität in Deutschland geführter bzw. nicht geführter Diskurse im Jahr 2019, in dem des deutschen Überfalls auf Polen vor achtzig Jahren gedacht wird, der den Beginn des Zweiten Weltkrieges markiert.²

Die Abwehr gegen die These, die Polen seien Opfer zweiter Klasse und die Behauptungen, es sei nun wirklich genug, es müsse doch einmal ein Schlussstrich gezogen werden; all das meint offensichtlich, »die Polen« hätten doch schon genug für sich erhalten – genug Schuldbekennnisse, genug Geld und genug Land. Dabei ist es bemerkenswert, dass die Schlussstrichdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland mit einem Auf und Ab schon seit über fünfzig Jahren geführt wird: Bereits im Jahr 1965, als eine ernsthafte juristische Aufarbeitung der deutschen NS-Verbrechen eben erst eingesetzt hatte, plädierten der damalige Bundesjustizminister Ewald Bucher und mit ihm viele Politikerinnen und Politiker aller großen Parteien vehement, aber glücklicherweise vergebens, die Verjährungs-

frist von zwanzig Jahren für die Strafverfolgung von Mord, darunter auch von NS-Mordtaten, beizubehalten. Wobei anzumerken ist, dass die dann doch beschlossene Aufhebung der Verjährungsfrist wenig praktische Auswirkung hatte; wurde doch kaum ein (kein?) deutscher Polizist, SS- oder Wehrmachts-Angehöriger vom General bis zu den niedrigsten Rängen von einem bundesdeutschen Gericht für Tötungsdelikte in Polen verurteilt, die nicht im Zusammenhang mit der Judenvernichtung standen.

Der Historiker Raphael Utz formulierte vor Kurzem:

»In der polnischen Erfahrung besonders bitter und für uns besonders beschämend ist, wie nach dem Krieg in Deutschland mit diesen Kriegsverbrechen und den für sie Verantwortlichen umgegangen worden ist. Niemand, der auf deutscher Seite am Massaker von Wola beteiligt war, [bei dem während des Warschauer Aufstands 1944 im Warschauer Stadtteil Wola innerhalb von drei Tagen 30000 Zivilisten von SS-Einheiten und Ordnungspolizei ermordet wurden, D.B.] wurde in der Bundesrepublik jemals deswegen zu einer Strafe verurteilt. Im Gegenteil, der militärisch verantwortliche Heinz Reinefarth machte nach dem Krieg eine glänzende Karriere. Nicht nur führte er unbehelligt eine Rechtsanwaltskanzlei, sondern er wurde als Abgeordneter in den schleswig-holsteinischen Landtag gewählt und dann Bürgermeister von Westerland auf Sylt. Einem Auslieferungsantrag Polens wurde nicht entsprochen und im Entnazifizierungsverfahren wurde Reinefarth freigesprochen. Ermittlungen der Staatsanwaltschaft – tatsächlich in diesem Fall wegen des Massakers von Wola – wurden ohne Anklageerhebung wieder eingestellt. An mangelnden Beweisen lag das nicht.«³

Das in Deutschland vielfach geäußerte Gefühl, es sei »genug«, ist erfahrungsgemäß mit viel Ignoranz verbunden; bar elementarer Grundkenntnisse oder Zeichen des Interesses, bar der Empathie für die Opfer. Im Gegenteil ist die Perspektive von den Nachkommen der Täter oft mit Gefühlskälte und einer Weigerung verknüpft, sich für das Schicksal der Opfer zu öffnen. Demnach gälte im Hinblick auf polnische Zivilopfer immer noch das legendäre Verdikt der Sozialpsychologen Mitscherlich über die kollektive deutsche »Unfähigkeit zu trauern«.

Es ist zudem weitgehend unstrittig, dass, wenn an die deutsche Besatzungsherrschaft 1939 bis 1945 in Polen erinnert wird, der Zivilisationsbruch, der mit den Begriffen Holocaust oder Shoah verbunden ist, im Vordergrund steht: die systematische Ermordung von Millionen polnischer Juden in deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern im besetzten Polen. Unter den etwa sechs Millionen ermordeten europäischen Juden

waren die Hälfte Bürgerinnen und Bürger der Zweiten Polnischen Republik (1918–1939). Das Wissen um dieses Geschehen ist in der deutschen Öffentlichkeit heute zumindest in Umrissen vorhanden, infolge zahlreicher Maßnahmen der historisch-politischen Bildung und der Pflege der unterschiedlichsten Orte des Gedenkens und der Erinnerung an diese Menschheitsverbrechen. Bei aller Bildungsarbeit der vergangenen Jahrzehnte ist das Wissen aber weiterhin äußerst lückenhaft. Noch viel rudimentärer oder gar nicht vorhanden ist in Deutschland das Wissen über die Verfolgung und Ermordung von Millionen nicht-jüdischen polnischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern der polnischen Republik der Zwischenkriegszeit. Dabei gelten wohl auch die gezielte Vernichtung von herausragenden Zeugnissen der materiellen Kultur Polens, etwa Bibliotheken und Kunstwerken oder die Ausraubung ganzer Städte in Deutschland als weitgehend unbekannt – eine enorme Leerstelle in der deutschen Erinnerungslandschaft.

Dabei wurde die polnische Zivilbevölkerung seit den ersten Tagen im September 1939 Opfer von Rechtslosigkeit, Verfolgung und Ermordung durch die Besatzer, wie es Jochen Böhler und Jan Grabowski in ihren Beiträgen eindrücklich beschreiben. Das wenigste davon ist der deutschen Öffentlichkeit bekannt. Wenig wird an die polnischen Zivilopfer und die 1,8 Millionen polnischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Deutschland erinnert. Kaum Aufmerksamkeit gibt es dafür, dass ca. 17 Prozent der Bevölkerung der Polnischen Republik im Zweiten Weltkrieg zu Tode kam oder dass das KZ Auschwitz zuerst für Angehörige der intellektuellen und politischen Elite Polens errichtet wurde.

Warum tun sich viele Deutschen so schwer mit der Erinnerung und dem Gedenken an die Opfer deutscher Besatzungspolitik in Polen? Ich denke, es gibt zwei Hauptgründe für das Nichtwissen oder Nichtwissenwollen, für das Verdrängen und Vergessen. Erstens reicht die Vorstellung von zivilisatorischer und kultureller Asymmetrie bis weit ins 18. Jahrhundert zurück: Es bestand ein deutsches Überlegenheitsgefühl gegenüber Polen, das in eine antipolnische Politik führte. Zweitens gibt es im gesellschaftlichen Diskurs in Deutschland immer wieder den Entlastungsversuch, die deutschen Menschheitsverbrechen in Polen von 1939 bis 1945 aufzurechnen: einerseits mit der polnischen Politik vor 1939 gegenüber der deutschen Minderheit im Lande und andererseits mit Flucht, Vertreibung und Rache an Deutschen sowie dem Verlust der deutschen Ostprovinzen. Damit wird Polen im deutschen Erinnerungsnarrativ mit anderen Erzählsträngen verflochten und verzerrt: So wird Polen – selbst Opfer kommunistischer Besatzung und umfangreicher Gebietsabtretungen an die Sowjetunion – im deutschen Erinnerungsnarrativ als Landnehmer wahr-

genommen. Zudem scheint im deutschen Diskurs neben der Aufarbeitung der umfassenden Menschheitsverbrechen am europäischen Judentum nicht genug Raum dafür zu sein, auch die – mit der Shoah einhergehenden – nicht-jüdischen Opfer Polens zu berücksichtigen.

Der Blick von oben

Eine Art kolonial-überheblicher Blick von Deutschland auf Polen lässt sich bis ins 18. Jahrhundert zurückverfolgen. Dieser Blick verschärfte sich im Zuge der historischen und politischen Verflechtungen beider Nationen bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Das deutsche kulturelle Gedächtnis dem Nachbarland gegenüber wird bis auf den heutigen Tag am tiefsten von den Polen-Stereotypen der letzten drei Generationen geprägt.

Das innenpolitisch zerrissene und militärisch wehrlose Polen verlor 1772 aufgrund einer Teilungsvereinbarung über ein Viertel seines Staatsgebiets und ein Drittel seiner Bevölkerung an seine Nachbarn Preußen, Russland und Österreich. Ein preußisch-russischer Teilungsvertrag besiegelte die zweite Teilung 1793. Das restliche Polen wurde in einer dritten Teilung 1795 Russland, Preußen und Österreich zugeschlagen. Polen verschwand so für 123 Jahre von der politischen Landkarte Europas. Nach der Niederschlagung polnischer Freiheitsbewegungen im russischen und preußischen Teilungsgebiet wurden alle polnischen Sonderrechte im preußischen Teilungsgebiet (Großherzogtum Posen) beseitigt. 1852 wurde Deutsch zur alleinigen Verhandlungssprache bei Gericht. Die nach der Gründung des Deutschen Kaiserreichs 1871 betriebene Polenpolitik hatte nicht nur das Ziel, die nationalpolnischen Bestrebungen zu unterdrücken und die Polen im Deutschen Reich möglichst umfassend zu germanisieren. Polinnen und Polen wurden wie Katholikinnen, Sozialdemokraten und Angehörige anderer nationaler Minderheiten zu »Reichsfeinden« erklärt. Im Zuge des sogenannten »Kulturkampfes« zwischen dem Deutschen Reich und der katholischen Kirche kam es zu Verhaftungen von polnischen Geistlichen. In der Folgezeit konzentrierte sich die preußisch-deutsche Regierung auf eine Zurückdrängung der polnischen Sprache. 1873 wurde Deutsch zur alleinigen Unterrichtssprache in der Provinz Posen. In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts wurde auch der Gebrauch der polnischen Sprache im Religionsunterricht untersagt. Mit der Enteignung von polnischem Grund und Boden sowie der Ansiedlung von Deutschen ebendort sollte dem Polentum zusätzlich die Substanz entzogen werden.

Die armen Polen

Cartoon von E. Bismarck



„Wenn das so weiter geht, werden uns die Preußen noch so behandeln wie wir die Ruthenen.“

— 216 —

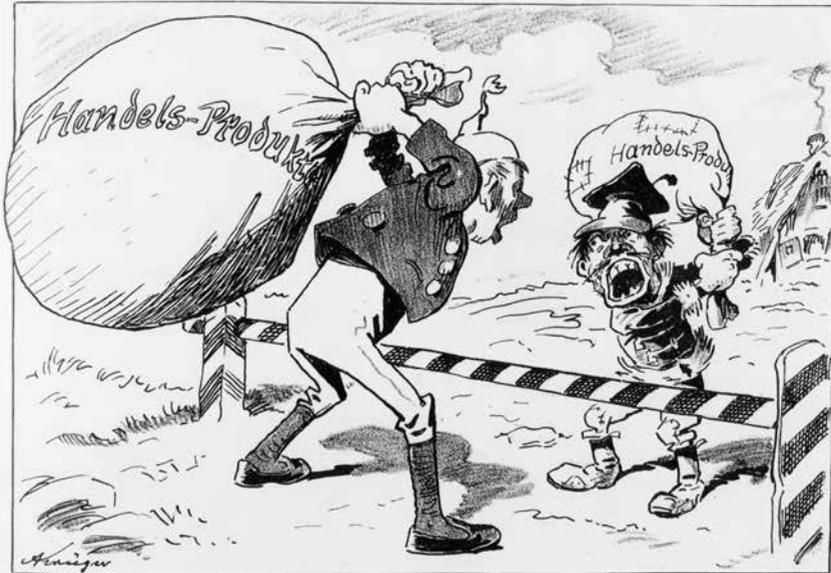
Karikatur aus dem »Simplicissimus« im Juni 1908 mit dem Titel »Die armen Polen« und der Bildunterschrift »Wenn das so weiter geht, werden uns die Preußen noch so behandeln wie wir die Ruthenen.« In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden national-ukrainische Parteien, die für die Beseitigung der polnischen Vorherrschaft im größten Kronland Österreichs eintraten. Dadurch verschärfen sich die Gegensätze zwischen Polen und Ruthenen, wie die Ukrainer in Altösterreich damals auf Deutsch genannt wurden. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts kam es zu umfangreichen Agrarstreiks in Ostgalizien, auch Kämpfen mit zahlreichen Opfern auf beiden Seiten, in denen polnische Großgrundbesitzer und ukrainische Bauern einander gegenüberstanden.

In der wilhelminischen Epoche waren sowohl die staatliche Politik als auch der gesellschaftliche und intellektuelle Diskurs von deutschnationaler und damit antipolnischer Agitation und Politik umfassend geprägt.⁴ Völkische Ideologie, wachsender Rassismus und die imperiale und koloniale Haltung brachen mit der Monarchie nicht zusammen, sondern waren ein Ballast, der von deutschen Eliten in die Weimarer Republik hinübergetragen und dort noch weiter angereichert wurde mit der Frustration und Demütigung eines Deutschlands als Außenseiter der europäischen Politik. Nur widerwillig erfolgte während der Weimarer Republik die Anerkennung eines polnischen Staates. Die neue deutsch-polnische Grenze empfanden die meisten Deutschen aber als durch gewaltsame Abtrennung entstandene »blutende Grenze«.

Als Polen im November 1918 als unabhängiger Staat wiedererstand, waren weder die Staatsform noch die Grenzen des neu entstandenen Polens festgelegt. Im Versailler Vertrag von 1919 erhielt Polen fast die gesamte ehemalige Provinz Posen und weite Teile Westpreußens (Pommerellen) links der Weichsel zugesprochen. In strittigen Gebieten, zum Beispiel um Allenstein und Marienwerder in Ostpreußen sowie in Oberschlesien sollten hingegen Volksabstimmungen entscheiden. Während es in den Abstimmungen im südlichen Ostpreußen und in westpreußischen Gebieten 1920 nur wenige Stimmen für Polen gab, weshalb die Gebiete größtenteils bei Deutschland verblieben, stimmten 1921 in den ober-schlesischen Abstimmungsgebieten immerhin 40,4 Prozent für Polen. Die folgende Teilung Oberschlesiens nach einer Empfehlung des Völkerbundes konnte auch der dritte schlesische Aufstand im Sommer 1921 nicht verhindern. Dabei wurde die Teilung von Deutschen und Polen gleichermaßen als ungerecht verurteilt. Die Einrichtung eines dreißig bis neunzig Kilometer breiten »polnischen Korridors«, der Polinnen und Polen durch Westpreußen hindurch einen ungehinderten Zugang zur Ostsee gewährte, sowie die Erklärung Danzigs zur »Freien Stadt« unter dem Protektorat des Völkerbundes trugen weiter zur Belastung des deutsch-polnischen Verhältnisses bei.

Die Stereotype gegenüber Polen im kollektiven Gedächtnis der Deutschen haben sich teilweise aus der Zwischenkriegszeit bis in die Bundesrepublik konserviert: Im Denken verdienstvoller Verständigungspolitikern der Weimarer Republik ließen sich die Politik des Ausgleichs mit dem Westen, insbesondere mit Frankreich, mühelos mit einer Politik der Drohgebärden gegenüber Polen und geheimen Verbindungen mit der Sowjetunion vereinbaren. So zum Beispiel im Schreiben des Außenministers der Weimarer

Zollkrieg mit Polen



Michel: »Nun sollst du gleich mal sehen, wer den Kürzeren zieht!«

Karikatur aus dem »Kladderatsch« im Juli 1925 mit dem Titel »Zollkrieg mit Polen« und der Bildunterschrift »Michel: »Nun sollst du gleich mal sehen, wer den Kürzeren zieht!« Im deutsch-polnischen Zollkrieg (1925 bis 1934) hoffte die Reichsregierung, durch die Aufhebung der zollfreien Einfuhr von Kohle aus dem nach dem Ersten Weltkrieg polnisch gewordenen Teil Oberschlesiens eine Revision der deutsch-polnischen Grenze zugunsten Deutschlands zu erreichen. Zwei Drittel des polnischen Kohleexports gingen nach Deutschland.

Republik Gustav Stresemann an die deutsche Botschaft in London vom 19. April 1926, in dem er die Hauptlinien der deutschen Polenpolitik ausführlich niederlegte und jede Regelung in einem *Modus vivendi* mit Polen ablehnt: »Eine friedliche Lösung der polnischen Grenzfrage, die unseren Forderungen wirklich gerecht wird, wird nicht zu erreichen sein, ohne daß die wirtschaftliche und finanzielle Notlage Polens den äußersten Grad erreicht hat und den gesamten polnischen Staatskörper in einen Zustand der Ohnmacht gebracht hat. [...] Es wird [...] unser Ziel sein müssen, eine endgültige und dauerhafte Sanierung Polens so lange hinauszuschieben, bis das Land für eine unseren Wünschen entsprechende Regelung der Grenzfrage reif und bis unsere politische Machtstellung genügend gekräftigt ist.«⁵

An den Geheimbrief knüpfte 35 Jahre später Georg Ferdinand Duckwitz an, der 1970 als Staatssekretär im Auswärtigen Amt der Bonner Republik den westdeutsch-polnischen Normalisierungsvertrag auf deutscher Seite aushandelte. In einer Aufzeichnung vom 8. Februar 1961 bezieht sich Duckwitz im Zusammenhang mit den regierungsinternen Erörterungen über das polnische Drängen auf ein langfristiges Handelsabkommen positiv auf den Geheimbrief von Stresemann und stellt »erstaunliche Parallelitäten« zu der Situation 1961 fest.⁶ Diese Fundstelle ist nur einer der zahllosen Belege für die *longue durée* eines traditionell antipolnischen Denkens bis weit in die 1960er Jahre hinein. Wie lange Zeit hat es schließlich gedauert, bis die allmähliche Verabschiedung von negativer Polenpolitik auch bei einem so hervorragenden der Verständigung verpflichteten Diplomaten wie Duckwitz vollzogen war!

Polen als Hauptgegner im Osten

Die westdeutsche Politik gegenüber Polen bleibt unverständlich, wenn man nicht die tiefe Wirkung berücksichtigt, die eine breite antikommunistische Grundströmung in den ersten Jahren des westdeutschen Teilstaates ausgeübt hat. Nach der grausamen deutschen Besatzungspolitik in Polen folgte die wachsende Angst vor furchtbarer Vergeltung angesichts der deutschen Brutalitäten und Verbrechen gegen die Bevölkerung. Die Grausamkeiten gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung beim Einmarsch der sowjetischen Truppen in das alte Reichsgebiet wirkten als Katalysator dieser Ängste, und die Züge der Heimatvertriebenen, der Zonenflüchtlinge und der spät und ausgemergelt heimkehrenden Kriegsgefangenen in den Jahren nach 1945 festigten das Bild eines unmenschlichen kommunistischen Regimes, eines nicht funktionierenden Wirtschaftssystems und einer vermeintlich feindlichen Gesinnung der Menschen im Osten immer mehr.

Dabei galt: nicht *mitgegangen*, aber *mitgefangen*, *mitgegangen*: Polen war der kommunistische Nachbar eines ebenfalls kommunistisch gewordenen Teils Deutschlands. Die negativen Emotionen, die mit dem Erlebnis der schrittweisen kommunistischen Gleichschaltung in der Sowjetischen Besatzungszone und der Angst vor der Ausdehnung der sowjetischen Macht verbunden waren, übertrugen sich auf Polen, das selbst Opfer kommunistischer Zwangsherrschaft geworden war. Dazu gesellte sich das von Vertriebenen-funktionären verbreitete Bild vom Verlust eines Raumes, der durch deutsche Siedler im Osten in jahrhundertelanger Kulturarbeit gewonnen worden sei und nun wieder dem Chaos und der Misswirtschaft überantwortet werde.⁷ Zweifellos wurden die westdeutsche Haltung und Politik gegen-

über Polen durch die Massenvertreibungen und Zwangsaussiedlungen aus den deutschen Ostprovinzen und den Verlust von knapp einem Viertel des deutschen Reichsterritoriums in den Grenzen von 1937 am stärksten geprägt.

Als Vertreiberstaat galt in Deutschland Polen, nicht die Sowjetunion und die westalliierten Siegermächte, die die tatsächliche Gebietsabtretung 1945 und die Massenaussiedlung der Deutschen ab Kriegsende sanktioniert hatten. Die Ostprovinzen jenseits von Oder und Neiße, die 1937 zu Deutschland gehört hatten, gingen an Polen; nur die nördliche Hälfte von Ostpreußen an die Sowjetunion. So wurde oder blieb Polen mehr noch als die große, mächtige und gefürchtete Sowjetunion für Deutschland emotional ein verhasster Gegner und das traditionelle Opfer von Mangel an Respekt.

Wenn die Kategorie des Hasses irgendwo für zwei europäische Völker in der Mitte Europas zutreffend war, dann für das deutsch-polnische Verhältnis im 20. Jahrhundert. Infolgedessen eignete sich die deutsche Beziehung zu Polen von allen außenpolitischen Themen der Bonner Republik am ehesten für eine negative innenpolitische Instrumentalisierung und Profilierung. Historische Stereotype und Vorurteile gegenüber Polinnen und Polen, die politische Interessenlage im Ost-West-Konflikt, das unterschiedliche Gewicht und die unterschiedliche politische Legitimation der Bundesrepublik einerseits und des kommunistischen Polens andererseits, die Erfahrungen von Flucht und Vertreibung und der Verlust von alten deutschen Provinzen an Polen sowie außerdem ein uneingestandenes Schuldgefühl derer, die sich von Polen nicht an den Pranger stellen lassen wollten; dieses unheilige *Mixtum compositum* aus Gefühlen, Haltungen und Erwartungen hob Polen von allen außenpolitischen Partnern, Freunden und Gegnern der Bonner Republik ab.

Einzigartige Last

Der deutschen Besatzungspolitik in Polen ging es nicht nur um die millionenfache Verfolgung und Ermordung von Menschen, es ging ihr um ein Programm der Zerstörung des polnischen Staates und seiner Infrastruktur bis hin zur Entseelung der polnischen Nation. Der tausendjährigen Geschichte Polens, zeitweise das größte Reich in Europa, das von kultureller, religiöser und ethnischer Vielfalt geprägt war, sollte ein unwiderrufliches Ende bereitet werden. Adolf Hitler selbst hatte am 22. August 1939 seinen Generälen erklärt, dass sein Ziel die »Vernichtung« und die »Beseitigung der lebendigen Kräfte« Polens sei.⁸

Ein weiterer spezifischer Aspekt, der Polen von den anderen osteuropäischen Besatzungsoptionen der NS-Politik unterscheidet, ist der schwere Ballast auf den Schultern Polens, den das nationalsozialistische Regime auf diese »ausgelagert« hatte: Der industriell organisierte Massenmord an den europäischen Juden. Die größten deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager, die vor allem für die europäischen Juden errichtet wurden, entstanden im besetzten Polen – in der unmittelbaren Nachbarschaft zu Deutschland und in unmittelbarer Nähe zu umwohnenden nicht-jüdischen Polinnen und Polen. Damit wurde ein großer Teil der Last der bis heute andauernden »Bewältigung« des Holocaust auf polnischen Boden und auf die polnische Gesellschaft übertragen. Das hat die Folge, dass in internationalen Medien – meistens zwar eher im oberflächlichen Missverständnis als in verzerrender Absicht – aus den nationalsozialistischen deutschen Konzentrationslagern in Polen häufig »polnische Konzentrationslager« werden. Das belastet das ohnehin komplexe Verhältnis zwischen ethnischen Polen und Juden zusätzlich. Diese Last haben »die Deutschen« ihrem Nachbarland Polen aufgebürdet, sonst keiner anderen Nation. Auch darin haftet den deutsch-polnischen Beziehungen etwas im negativsten Sinne Einmaliges an.

Dessen sind sich breite Schichten unserer Gesellschaft bis heute kaum bewusst. Der Zivilisationsbruch der deutschen Vernichtungspolitik gegenüber den europäischen Juden kann und darf nicht infrage gestellt werden. Die rassistische Politik gegenüber den nichtjüdischen Polen wird dabei bis heute in Deutschland aber zu wenig wahrgenommen.

»Wunder der Versöhnung«

Vor dem Hintergrund der historischen Belastungen und der langen Dauer der innenpolitischen Instrumentalisierung der Beziehungen zu Polen kann eines gar nicht stark und nachdrücklich genug unterstrichen werden: Aus deutscher Perspektive begleitete die Regelung keines anderen bilateralen Verhältnisses ein so hohes Maß an Selbstkritik, Überwindung überkommener Stereotype und konkreter Verzichtleistungen wie die Beziehung zu Polen. Es erscheint im Rückblick geradezu als List der Geschichte und Triumph der Vernunft, dass diejenigen, die eine neue, entspannende Ostpolitik bremsen und hochemotionale innerbundesrepublikanische Auseinandersetzungen in polnischen Angelegenheiten verursachten, gegen ihren Willen eines erreicht haben: Sie haben dazu beigetragen, dass das Verhältnis zu Polen nach Jahrzehnten so tief beackert war, dass eine positive Beziehung zu Polen so unstrittig war wie nie zuvor in der modernen Geschichte der bilateralen Beziehungen.

Das muss mit großem Nachdruck gesagt werden, weil ohne das große zivilgesellschaftliche Engagement in Deutschland und ohne die freundliche Aufnahme dessen in der polnischen Gesellschaft diese historische Wende im Verhältnis zu Polen nicht hätte stattfinden können. Es war vor allem auch eine – heute würde man sagen: zivilgesellschaftliche – Bewegung von unten, die seit den 1960er Jahren zur Abkehr von deutsch-polnischen Beziehungen führte, die der katholische Intellektuelle und Politiker Stanisław Stomma mit »Fatalismus der Feindschaft« umschrieb. Am 10. September 2014 sprach der damalige polnische Staatspräsident Bronisław Komorowski in seiner Rede zum 75. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen vor dem Deutschen Bundestag sogar vom »Wunder der Versöhnung«.

So kann auch auf jahrzehntelange wissenschaftliche wie öffentliche, von gegenseitigem Respekt getragene, deutsch-polnische historische Debatten über die Ursachen und Folgen des Zweiten Weltkrieges und des Nationalsozialismus für Deutsche und Polen zurückgeblickt werden – ein Erfahrungsschatz, den wir in den Beziehungen mit Russland, der Ukraine und Belarus leider nicht haben. Die deutsch-polnischen Debatten haben eine Tiefe erreicht und – ungeachtet der gelegentlichen und aktuellen Rückschläge – eine Vertrauensbasis geschaffen, die wir uns auch im Verhältnis zu unseren anderen östlichen Nachbarn wünschen.

Und doch wird nach den Jahrzehnten deutscher Vergangenheitsaufarbeitung deutlich: Das Kontinuum von Gleichgültigkeit, Unkenntnis, Desinteresse, ja von schlichter Ignoranz ist nicht ganz durchbrochen worden,⁹ und je deutlicher darauf hingewiesen wird, dass es eine Leerstelle in unserer Erinnerung gibt, desto heftiger wird die Abwehr und der Versuch der Ablenkung von diesem Befund.

Unfähigkeit zu trauern 2.0 – Oder doch fähig?

Ungeachtet der benannten positiven Ergebnisse von Verständigung und Versöhnung bleibt die beschriebene Kontinuität frappierend. Zuletzt hat der Jenaer Historiker Raphael Utz in einem Vortrag im März 2019 eine kleine, recht perifer erscheinende Geschichte prägnant auf den Punkt gebracht. Es ging um die im letzten Jahr in der ARD ausgestrahlte Fernsehserie »Babylon Berlin«, die das Publikum in die Endzeit der Weimarer Republik versetzte. Recht am Anfang der Serie gab es eine eigentlich banal erscheinende Episode, in der ein geheimnisvoller Zug im Jahr 1929 die deutsch-sowjetische (!) Grenze in Tauroggen überquert. Dabei lagen in der Zwischenkriegszeit Litauen und Polen als unabhängige Staa-

ten zwischen Deutschland und der Sowjetunion: Es gab keine gemeinsame deutsch-sowjetische Grenze vor der deutsch-sowjetischen Komplizenschaft bei der Zerstörung Polens im September 1939. Als interessant hält Utz fest, »dass es fast niemandem aufgefallen ist. Lediglich ein paar findige Kollegen haben sich in sozialen Netzwerken geäußert und die Reaktionen waren insgesamt: Naja, ist doch nicht so schlimm, ist doch nicht so wichtig.«¹⁰

Doch jedes Gedenken an die Opfer der deutschen Besatzungspolitik in Polen muss sich mit den Folgen der hier beschriebenen Vorbehalte, Fluchten und der Gleichgültigkeit auseinandersetzen. Das gilt vor allem gegenüber einer relativierenden Erinnerungskultur, die beispielsweise ein Gedenken an Polinnen und Polen in das Gedenken an die Opfer deutscher Rassenpolitik im gesamten europäischen Osten einzubetten versucht oder die Erinnerung an die deutschen Verbrechen im besetzten Polen in einer tausendjährigen deutsch-polnischen Nachbarschaftsgeschichte aufheben will, indem die Jahre 1939 bis 1945 nur als schlimme Episode dargestellt werden.

In Polen seit drei Jahren von interessierter politischer Seite verstärkt in die Diskussion eingebrachte Reparationsforderungen würden in der polnischen Gesellschaft nicht ihr Echo finden, wenn es in Deutschland ein größeres Verständnis für das in Polen weit verbreitete Gefühl gäbe, dass die Deutschen sich für das Schicksal Polens und seiner Menschen im Zweiten Weltkrieg bisher zu wenig interessiert haben. Es geht vielen Polinnen und Polen offensichtlich nicht darum, Reparationen in Höhe von mehreren Hundert Milliarden Euro zu erhalten. Es geht um andere Gesten, die signalisieren: Das Deutschland von heute und seine Gesellschaft verstehen, was geschehen ist. Sie haben verstanden, dass die deutschen teilweise genozidalen Verbrechen an den Bürgerinnen und Bürgern Polens für sich stehen; sie haben verstanden, dass die Menschheitsverbrechen sich nicht schlicht mit minderheitenfeindlicher polnischer Politik in der Zwischenkriegszeit begründen lassen; sie haben verstanden, dass sich diese Verbrechen auch nicht relativieren lassen durch die Ereignisse nach 1945 und dass die Wirrungen polnischer Innenpolitik der Jetztzeit noch viel weniger einen Grund für Relativierung hergeben. Der Holocaust wird auch um keinen Deut weniger gedenkwürdig mit dem Hinweis auf israelische Politik heute.

Wenn diese blickverengende, relativierende Denkweise die einzig richtungweisende gewesen wäre, hätte es nicht 1965 den Versöhnungsbrief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder, nicht 1970 den Kniefall des deutschen Bundeskanzlers Willy Brandt vor dem Ghettodenkmal in Warschau gegeben. Diejenigen, die damals aufeinander zugegan-

gen sind, hat ihr Gedenken freier gemacht, und damit haben sie es ihren Gesellschaften erleichtert, sich von dem »Fatalismus der Feindschaft« zu lösen.

Ein halbes Jahrhundert nach diesen denkwürdigen Gesten wird in Deutschland der offenbar sehr schwere Schritt getan, sich des Zivilisationsbruchs gegenüber unserer Nachbarnation Polen stärker gewahr zu werden. Beginnend mit auch nur einem kleinsten gesellschaftlichen Diskurs wird Polens als erstes Opfer des Zweiten Weltkrieges erinnert, das zudem am längsten unter der deutschen Besatzungspolitik zu leiden hatte; vom ersten bis fast zum letzten Tag des Zweiten Weltkrieges. Diese erhöhte Aufmerksamkeit hat sicherlich auch damit zu tun, dass am Vorabend des 80. Jahrestages, der an den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges erinnert, unerbittlich klar wurde: Die letzten Überlebenden, die letzten Zeitzeugen, die noch Zeugnis von den Jahren 1939 bis 1945 ablegen können, verlassen uns in der allernächsten Zeit. Es gibt eine letzte Gelegenheit, die Generation der überlebenden Opfer und die Generation, für die der Zweite Weltkrieg unendlich weit zurück liegt, in einem Raum zu versammeln, in einem Erinnerungs- und Gesprächsraum. Es ist eine letzte Gelegenheit für die nachgewachsenen Generationen, denen, die die Bühne bald verlassen werden, Fragen zu stellen und zu zeigen: wir haben verstanden, wir werden nicht vergessen, wir werden ehren, und – was am wichtigsten ist – wir werden nicht zulassen, dass Ähnliches wieder geschieht. Nur reflektiertes Erinnern schafft eine lebenswerte und Leben achtende Zukunft.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Margarete Mitscherlich/Alexander Mitscherlich, *Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens*, München-Zürich 2007 (1967).
- 2 Vgl. Christoph von Marschall, *Deutschland kann der Kontroverse nicht mehr ausweichen*, in: *Der Tagesspiegel*, 6.5.2019.
- 3 Raphael Utz, *Impulsvortrag zur Veranstaltung »Opfer der deutschen Besatzungspolitik in Polen 1939–1945. Was erinnern? Wie gedenken?«*, Berlin 11.3.2019, www.youtube.com/watch?v=IEaf4YZHq54&list=PLhw9JDR83-z19FrK-23dTo81UZD9rVCT1&index=2&t=0s (Min. 35:12–36:27).
- 4 Vgl. Hans Henning Hahn, *Rezension zu: Volkman, Hans-Erich, Die Polenpolitik des Kaiserreichs. Prolog zum Zeitalter der Weltkriege*, Paderborn 2016, in: *H-Soz-Kult*, 26.09.2018, www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-25614.
- 5 »Der Reichsminister des Auswärtigen Stresemann an die Botschaft in London«, in: *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik*, B2,1, S.363–376, hier S.364. Vgl. auch Martin Walsdorff, *Westorientierung und Ostpolitik. Stresemanns Rußlandpolitik in der Locarno-Ära*, Bremen 1971, S. 171 ff.

- 6 Den Geheimbrief in Kopie beilegend meint Duckwitz: »Seine Ausführungen erscheinen im gegenwärtigen Zeitpunkt in höchstem Maße lesenswert. Die Vorgänge um die deutsch-polnischen Beziehungen im Jahre 1925/26 weisen eine erstaunliche Parallelität zu Fragen auf, die sich heute im Hinblick auf die deutsch-polnischen Beziehungen stellen: Erscheint es aus politischen Gründen, insbesondere im Hinblick auf die ungelöste deutsch-polnische Grenzfrage, opportun, dem polnischen Wunsch auf Abschluß eines langfristigen Handelsabkommens entgegenzukommen? Welchen Umfang sollte gegebenenfalls eine derartige deutsch-polnische Vereinbarung haben?« (Politisches Archiv/Auswärtiges Amt, Abt. 7, Bd. 589c, Aufzeichnung Duckwitz, 8.2.1961).
- 7 Vgl. Christoph Kienemann, *Der koloniale Blick gen Osten. Osteuropa im Diskurs des Deutschen Kaiserreiches von 1871*, Paderborn 2018, S. 266–278 (5.3. Die Vertreibung der Deutschen als Dekolonisationserfahrung?).
- 8 Vgl. »Zweite Ansprache des Führers am 22. August 1939« in: *Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945*. Aus dem Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes D,7, S. 171 f., hier S. 171.
- 9 Vgl. Joanna Maria Stolarek/Raphael Utz, *Weißer Flecken in der deutschen Erinnerungskultur?*, 22.5.2019, <https://forumdialog.eu/2019/05/22/weisse-flecken-in-der-deutschen-erinnerungskultur/>.
- 10 Utz (Anm. 3), (Min. 20:45–20:57).

Vom neu gewonnenen Dialog zurück zum Monolog?

Asymmetrische Erinnerungskulturen in Polen und Deutschland

Gedächtnisrahmen

Seit den 1990er Jahren ist in Deutschland eine neue Erinnerungskultur entstanden. Was war das Neue an dieser Erinnerungskultur? Um das verständlich zu machen, möchte ich den Begriff des *sozialen Rahmens* nutzen, den der Soziologe Maurice Halbwachs in die Gedächtnisforschung eingeführt hat. Halbwachs betont, dass man sich erinnert, um zu erzählen, sich mitzuteilen und dazuzugehören. Der Rahmen ist somit die Gelenkstelle zwischen Individuum und Kollektiv. Die einzelne Person übernimmt ihn von der Gruppe, er kommt also gewissermaßen von außen, wird aber erst wirksam, wenn er benutzt und internalisiert wird.

Mit dem Rahmen gibt die Gesellschaft dem Individuum die jeweils geltenden Auswahl-, Bewertungs- und Deutungsmuster für die eigenen Erinnerungen vor. Auf diese Weise organisiert der Rahmen die Dynamik von Erinnern und Vergessen. Der Rahmen hält das gemeinsame Gedächtnis aber nicht nur zusammen und aufrecht; er kontrolliert auch, was eingeschlossen und ausgeschlossen wird, denn wie Bilderrahmen schließen auch die sozialen Rahmen etwas ein und vieles aus.

Damit sind wir bei der Logik des Vergessens, die von Gedächtnisrahmen diktiert wird. Sie wird besonders deutlich bei den Rahmen des nationalen Gedächtnisses. In Paris zum Beispiel gibt es unter den Metrostationen solche wie Iéna und Austerlitz, die nach Orten siegreicher Schlachten Napoleons benannt sind. Eine Metrostation, die an die von Napoleon verlorene Schlacht bei Waterloo erinnert, wäre in Paris undenkbar – in diese Station kann man dagegen in London einsteigen. Mit anderen Worten: Das Gedächtnis der Nation erinnert die Siege und vergisst die Niederlagen. In diesem Sinne hat der französische Historiker Ernest Renan bereits nach

der Niederlage Frankreichs im Deutsch–Französischen Krieg betont, dass die Identität einer Nation nicht nur darin besteht, was die Angehörigen dieser Nation gemeinsam erinnern, sondern auch in dem, was sie gemeinsam vergessen.

Fragen wir spezifischer nach den Regeln von Erinnerung und Thematisierung einer Gesellschaft: Worüber kann, soll, darf gesprochen werden und was wird übergangen und ins Schweigen verbannt? Welche Erinnerungen lässt eine Gesellschaft wieder aufleben, welche behält sie für sich? Wofür bestehen Interesse, Aufmerksamkeit und Empathie, was bleibt ausgeschlossen und im Dunkeln? Diese Fragen hängen aufs Engste mit Emotionen zusammen, die Erinnerungen stützen. Während Stolz, der Wunsch nach Anerkennung und ein positives Selbstbild die Auswahl des zu Erinnernden bestimmen, sind Gefühle wie Schuld und Scham verantwortlich für die Ausgrenzung und Verdrängung von Gedächtnisinhalten. Das hat bereits der Philosoph Friedrich Nietzsche gewusst:

»Das habe ich gethan«, sagt mein Gedächtniss. »Das kann ich nicht getan haben« – sagt mein Stolz und bleibt unerbittlich. Endlich – giebt das Gedächtniss nach.«¹

Es ist schwierig, sich gegen diesen psychologischen Mechanismus zu richten und dem sozialen Konformitätsdruck zu widerstehen. Denn was für Einzelne gilt, gilt auch für Wir-Gruppen: Es wird erinnert und vergessen, um dazugehören, und alles vermieden, was den Ausschluss aus der Gruppe nach sich ziehen könnte. Der soziale Rahmen hat somit einen hohen Grad an Verbindlichkeit. Er wirkt wie ein Filter, der die Auswahl der Erinnerungen steuert und ihre Relevanz bestätigt. Erinnert wird, was die Identität der Gruppe stärkt, und die Identität der Gruppe befestigt wiederum die Erinnerungen; das Verhältnis zwischen Erinnerungen und Identität ist also zirkulär. Wie lange sich diese Rahmen halten und weitergegeben werden, hängt davon ab, ob sie gebraucht werden, d. h. ob sie dem gewünschten Selbstbild und den Zielen der Gruppe entsprechen oder nicht. Die Dauer der Rahmen wird nicht dadurch begrenzt, dass Einzelne nicht mehr Teil der Gruppe sind, sondern dadurch, dass die Rahmen dysfunktional und durch andere ersetzt werden.

Monologisches und dialogisches Erinnern

Geschichte beschränkt sich im nationalen Gedächtnis meist auf einen ruhmreichen, ehrenwerten oder zumindest akzeptablen Ausschnitt. An-

gesichts einer schuldhaften oder traumatischen Vergangenheit gibt es üblicherweise nur drei sanktionierte Rollen, die das nationale Gedächtnis akzeptieren kann: die des Siegers, der das Böse überwunden hat; die des Widerstandskämpfers oder Märtyrers, der gegen das Böse gekämpft hat; und die des Opfers, das das Böse passiv erlitten hat. Was jenseits dieser Positionen und ihrer Perspektiven liegt, kann gar nicht oder nur sehr schwer zum Gegenstand eines akzeptierten Narrativs werden und wird deshalb auf der offiziellen Ebene vergessen.

»Das kollektive Gedächtnis vereinfacht«, schreibt Peter Novick. »Es sieht alles aus einer einzigen, emotional besetzten Perspektive. Es kann keine Ambivalenzen aushalten und reduziert Ereignisse zu Archetypen.«² In nationalen Gedächtniskonstruktionen verstärken sich mentale Bilder zu Ikonen und Narrative zu Mythen, die mit Überzeugungskraft und emotionalem Gewicht ausgestattet sind. Diese Mythen lösen die geschichtliche Erfahrung aus ihren historischen Kontexten heraus und verwandeln sie in zeitlose Erzählungen.

Der französische Historiker Marc Bloch schrieb bereits in den 1920er Jahren: »[H]ören wir auf, in alle Ewigkeit von Nationalgeschichte zu Nationalgeschichte zu plaudern, ohne uns zu verstehen.«³ Damit kritisierte er den monologischen Charakter des nationalen Gedächtnisses. Er sprach von einem »Dialog unter Schwerhörigen, von denen jeder völlig verkehrt auf die Fragen des anderen antwortet.«⁴

Nach Ende des Kalten Krieges kam es zu einer Öffnung der osteuropäischen Archive. Was die Forschung über den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust auf der Grundlage dieser Öffnung zutage förderte, führte in den 1990er Jahren zu plötzlichen Erinnerungsschüben in mehreren Gesellschaften Europas und brachte dabei fest etablierte, positive nationale Selbstbilder ins Wanken. Im Zuge dieser Entwicklungen entstand das, was ich eine dialogische Form der Erinnerung nennen möchte. Sie ist eine historische Innovation und bietet ebenfalls Platz für eigenen Ruhm und eigenes Leid, aber sie nimmt auch das den Nachbarn zugefügte Leid mit ins eigene Gedächtnis auf. Diese neue Erinnerungskultur hat klare Voraussetzungen: sie braucht engagierte Bürgerinnen und Bürger, den Wunsch nach Aufklärung und vor allem die Freiheit und Anerkennung historischer Forschung.

Hier einige Beispiele: Aufgrund neuer Dokumente über die Kollaboration der Vichy-Regierung mit dem nationalsozialistischen Deutschland konnte Frankreich nicht mehr nur eine Widerstands-Nation sein. General De Gaulle hatte noch verkünden können: »Vichy, ce n'est pas la France«. Aber auch die ehemalige DDR war nicht mehr eine reine Widerstandsnation, sondern musste neben den kommunistischen Opfern auch mit der bislang ausgeschlossenen Geschichte der jüdischen Opfer während und

nach der NS-Zeit beschäftigen. Österreich konnte sich nach der Affäre um den Bundespräsidenten Kurt Waldheim, der seine Vergangenheit als Wehrmachtsoffizier verschwiegen hatte, nicht mehr als unschuldiges erstes Opfer Hitlers behaupten; und durch die Diskussionen um das von polnischen Bürgerinnen und Bürgern organisierte Pogrom in Jedwabne 1941 sowie das 1946 durch die polnische Miliz durchgeführte Pogrom an Jüdinnen und Juden in Kielce musste sich auch Polen mit Fragen des Antisemitismus beschäftigen. Sogar die neutrale Schweiz setzte eine Historiker-Kommission ein, die auf ihre Banken und ihre Grenze als Orte der Kollaboration hinwies.

Mit der Rückkehr persönlicher Erinnerungen und der Intensivierung wissenschaftlicher Forschung wurden die Eindeutigkeit und Ausschließlichkeit der herrschenden nationalen Narrative und ihre Rahmen plötzlich infrage gestellt. Richard Sennett hat einmal betont, dass es einer Vielfalt widerstreitender Erinnerungen bedarf, um unangenehme historische Fakten anzuerkennen.⁵ In diesem Sinne bietet die Konstellation der Europäischen Union einen einmaligen Rahmen für den Umbau von monologischen in dialogische Gedächtniskonstruktionen.

Unterschiedliche Lehren aus der Geschichte

Der Aufbau eines dialogischen Erinnerungsrahmens für die europäischen Nationen hat Fortschritte und Rückschritte erlebt. Wir sollten auch auf die Rückschritte achten, denn hier ergeben sich Probleme und aktueller Handlungsbedarf. Erinnerungen sind nicht gleichartig, und auch die Lehren, die aus ihnen gezogen werden, können sehr unterschiedlich sein. Die historische Lehre des Holocaust zum Beispiel, die im Gedächtnis Europas inzwischen in Denkmälern, Jahrestagen und Museen verankert ist, wird in Deutschland ganz anders formuliert als in Israel. In Deutschland heißt die Lehre: »Nie wieder Täter sein!« Die Erinnerung ist mit einer klaren Mahnung versehen, nie wieder Menschen aufgrund ihres ethnischen oder religiösen Andersseins zu diskriminieren, zu verfolgen oder gar umzubringen. Diese Erinnerung ist mit einem Appell verbunden, die Menschenwürde zu achten und sich für Menschenrechte einzusetzen. In Israel lautet die Botschaft anders: »Nie wieder Opfer sein!« Ein Volk, das wie die Juden Europas millionenfach verfolgt und ermordet worden ist, und das erst einen eigenen Staat gründen musste, um sich selbst gegen solche Aggressionen zu wehren, zieht eine ganz andere Lehre aus der Geschichte. Die Formel »Nie wieder Opfer sein!« artikuliert die anhaltende Sorge um die eigene Sicherheit. Diese Sorge manifestiert sich in einer starken Präsenz

des Militärs und in Schutzwällen an der Grenze. So wie der Artikel über die Menschenwürde Teil der deutschen Verfassung ist, ist das Existenzrecht des Staates Israel »Teil der deutschen Staatsraison«, wie Angela Merkel es ausgedrückt hat. Diese beiden Lehren passen für Deutschland und Israel gut zusammen, sie sparen jedoch auf tragische Weise die Palästinenser als »Opfer der Opfer« aus.⁶ An diesem Beispiel wird gleichzeitig deutlich, wie stark historische Erinnerungen weiterhin das nationale Selbstbild bestimmen, zukünftiges Handeln ausrichten und unversöhnlich aufeinander treffen können.

Auch innerhalb Europas ist die transnationale Erinnerungskultur gespalten und hat dabei den Ost-West-Gegensatz vertieft. Es geht dabei um die beiden Erinnerungen an Hitlers Holocaust und Stalins Gulag. Mit der Stockholmer Erklärung aus dem Jahr 2000 und der daraus erwachsenen International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) entstand einerseits eine wirkmächtige Kraft für die transnationale Erinnerung an den Holocaust. Seit 2005 ist der 27. Januar ein verpflichtender Gedenktermin in den Mitgliedsstaaten der EU. In den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten dagegen blieb die Erinnerung an die Verbrechen Stalins, an den Gulag und an die Zeit der sowjetischen Unterdrückung die dominante Erinnerung, Erfahrung und Geschichtsreferenz. Sie verankerten ihr kollektives Selbstbild in entsprechenden Jahrestagen, Denkmälern und Nationalmuseen, in denen sie ihre je eigene Opfergeschichte ausstellten. Die Bereitschaft, auch diese östliche Leidens-Erfahrung anzuerkennen und ins europäische Gedächtnis aufzunehmen, wurde über Jahrzehnte durch ein Denkverbot blockiert: Die beiden Totalitarismen des nationalsozialistischen Faschismus und des Stalinismus durften nach der Wende auf keinen Fall in einem Atem genannt werden. Dieses Veto hat unter anderen der israelische Historiker und Mitbegründer der Stockholm-Deklaration Yehuda Bauer zu einer Diskurs-Norm erhoben und damit einen quasi-verbindlichen Denkraum für westliche Intellektuelle geschaffen.

Die eine Geschichtserinnerung kann auf europäischer Ebene aber nicht dauerhaft durch die andere aussperrt und verdrängt werden. Deshalb haben sich Vertreter west- und osteuropäischer Staaten für eine Erweiterung des europäischen Gedächtnisses eingesetzt und dafür plädiert, den 23. August 1939, Tag des Hitler-Stalin- bzw. Ribbentrop-Molotow-Paktes, in den Gedenkkalender der EU aufzunehmen. Dieser Pakt hatte beiden Diktatoren im Zweiten Weltkrieg durch gegenseitige Zugeständnisse erhebliche Freiheiten für ihre unterschiedlichen Formen von Gewaltpolitik eingeräumt. Das Europäische Parlament hat diesen Antrag bereits 2009 angenommen, doch ist dieser Beschluss bisher nahezu folgenlos geblieben, weil er anders als die Holocaust-Erinnerung nicht mit einer internationalen

task force (so ein sprechender Namensbestandteil der IHRA bis zu ihrer Umbenennung 2013) und konkreten Projekten der Umsetzung verbunden wurde.⁷

Um die Erinnerungsdynamik innerhalb der EU besser zu verstehen ist es obendrein wichtig, sich klar zu machen, dass im Westen und Osten aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges ganz unterschiedliche Lehren gezogen wurden. Deutschland hatte mit dem »Dritten Reich« die Steigerung in einen gewalttätigen Nationalismus und verbrecherischen Nationalsozialismus erlebt. Das führte dazu, dass in Deutschland der Begriff der Nation zunächst verbraucht, ja verbrannt war. Die Aufnahme in den transnationalen Verbund der EU wurde unter diesen Umständen als eine Befreiung von der eigenen Geschichtslast erfahren. Die Distanz von und Befangenheit gegenüber allen Symbolen der Nation hält hier in gewissen Kreisen noch immer an.

Genau entgegengesetzt ist die Erfahrung, die Polen in Europa gemacht hat. In die DNA dieser Nation, deren Staat durch die Eroberungszüge europäischer Supermächte wiederholt von der europäischen Landkarte getilgt wurde, ist das bleibende Bedrohungsbewusstsein eingeschrieben, dass sich ein solches Schicksal wiederholen könnte. Dagegen wird ein starker Nationalstaat aufgeboten, der sich nach innen und außen stolz und kämpferisch behauptet. Nach der Wende wurde die EU zunächst als eine Schutzmacht des polnischen Nationalstaats gefeiert, die dem eigenen Land ein neues politisches Selbstbewusstsein gab und seiner Kultur Autonomie und Sicherheit garantierte. Dass innerhalb der EU allerdings auch gewisse Grenzen des Nationalstaats eingehalten werden müssen, weil sich die Mitgliedstaaten der Föderation auf gemeinsame rechtliche Grundlagen und Werte geeinigt haben, wurde dann bald übersehen. Nach dem Regierungswechsel zur PiS-Partei ist die EU in den Augen der polnischen Regierung von einer freundlichen Schutzmacht zu einem erklärten Feindbild mutiert.

Deutschland und Polen: Asymmetrien und blinde Flecken

Während die jüdischen Opfer inzwischen im Gedächtnis der Deutschen tief verankert sind, blieben andere Opfergruppen weiterhin von einem gemeinsamen Bewusstsein in der Gesellschaft ausgeschlossen. Das lässt sich gut am Verhältnis der Deutschen zum Nachbarland Polen zeigen, das weiterhin durch Gedächtnislücken und Provokationen bestimmt ist. Während die Bombardierung Dresdens fest im deutschen nationalen Gedächtnis verankert ist, weiß man hierzulande kaum etwas von der Zerstörung War-

schaus durch die Deutschen in Vergeltung des Warschauer Aufstands (1944), der hierzulande meist mit dem durch Brandts Kniefall (1970) berühmt gewordenen Ghetto-Aufstand (1943) verwechselt wird. Im Gedächtnis der Deutschen ist auch noch nicht angekommen, dass im deutschen Vernichtungskrieg nicht nur drei Millionen polnische Juden, sondern auch drei Millionen nicht-jüdische Polen ermordet wurden. Gedächtnislücken werden ferner durch ein verbreitetes Narrativ erzeugt, das die Verbrechen der Wehrmacht erst mit dem Russlandfeldzug 1941 beginnen lässt. Dieses Narrativ prägte die gleichnamige Ausstellung ebenso wie den TV-Dreiteiler »Unsere Mütter, unsere Väter«. In dieser Serie wurde das Problem des Antisemitismus obendrein über die Grenze zur polnischen Heimatarmee hin verschoben, die aus dem Untergrund gegen die nationalsozialistische Besatzung Widerstand leistete. Ein weiteres notorisches Problem entstand durch die politischen Interventionen von Erika Steinbach, die für ein »sichtbares Zeichen« für die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung nach 1945 im deutschen nationalen Gedächtnis warb und dabei durch ihre revisionistischen Ansichten über die Gültigkeit von Staatsgrenzen skandalisierte.

Das erste Opfer Hitlers war aber nicht Österreich, wie das offizielle Narrativ jenes Landes während des Kalten Krieges lautete, sondern Polen. Mit dem deutschen Angriff und der Zerstörung der Hauptstadt sollte diese Nation einmal mehr von der Landkarte verschwinden. Die Aggression und Gewalt gegen Polen und der Mord an den Juden, der eine 1000-jährige europäische Geschichte des Zusammenlebens und der Nachbarschaft beendete, gehören zusammen. Um Asymmetrien und Verschiebungen zu beenden, sollte demnächst in Berlin ein Denkmal – und idealerweise auch ein Forschungs- und Kulturzentrum – für die polnischen Opfer der deutschen Besatzung von 1939 bis 1945 entstehen, wodurch das deutsche nationale Gedächtnis gegenüber dem polnischen Nachbarn hoffentlich dialogischer wird.

Solange die verengten nationalen Geschichtsbilder dominieren, herrscht in Europa weiterhin »ein Dialog unter Schwerhörigen«, um nicht zu sagen: ein schwelender »Krieg der Erinnerungen«. Aus der Sackgasse heroischer Mythen und Opferkonkurrenz führt allein, um mit Peter Esterhazy zu sprechen, »ein geteiltes europäisches Wissen über uns selbst als Täter und Opfer«. ⁸ Die Rückkehr persönlicher Erinnerungen, die Intensivierung wissenschaftlicher Forschung und der kreative Beitrag der Kunst in Filmen, Büchern und Ausstellungen hat die Eindeutigkeit und Ausschließlichkeit der herrschenden nationalen Narrative infrage gestellt und in Gedenkort, Museen, Schulbüchern und Ausstellungen korrigiert. Es geht dabei keineswegs um ein vereinheitlichtes europäisches Master-Narrativ, sondern allein um die dialogische Bezogenheit und gegenseitige Anschluss-

fähigkeit nationaler Geschichtsbilder. Dialogisches Erinnern ist im nationalen Gedächtnis verankert, überschreitet jedoch die Grenze der Nationen durch eine transnationale Perspektive. Denn erst auf der Basis der wechselseitigen Anerkennung von Opfern kann sich der Blick auf eine gemeinsame Zukunft öffnen.

Die Rückkehr monologischer Gedächtnisrahmen

Diese vielversprechenden Entwicklungen sind leider schon wieder rückläufig. Wir erleben gerade, wie ein neues starkes Bekenntnis zur Nation im Stil des 19. Jahrhunderts den Rahmen der EU zu sprengen droht. Wie in Polen ist auch in Ungarn Europa inzwischen zum Feindbild geworden. Ein transnationaler Blick auf die eigene Geschichte wird dort massiv bekämpft, das Geschichtsbild wird von oben diktiert; was nicht in den monologischen Geschichtsbildern passt, wird abgeschnitten. Wie in Polen gerade monologisches und dialogisches Erinnern in einer Gerichtsverhandlung prototypisch aufeinanderprallen, kann das Beispiel des Museums des Zweiten Weltkrieges in Gdańsk (Danzig) zeigen. Es wurde nach einer langen Vorbereitungsphase von acht Jahren, unterstützt von hochkarätigen internationalen Wissenschaftlern, im März 2017 eröffnet. Den Anstoß dazu gab eine Skizze des Historikers Paweł Machcewicz, die vom damaligen Ministerpräsidenten Donald Tusk begeistert aufgenommen wurde, der Machcewicz auch gleich als Gründungsdirektor einsetzte. In diesem Museum wurde der Zweite Weltkrieg erstmalig als eine europäische Beziehungsgeschichte erzählt. Es stellte

- transnationale Beziehungen dar,
- war multiperspektivisch ausgerichtet,
- würdigte zivile Opfer des Krieges,
- und vertrat pazifistische Werte.

Das Museum wurde jedoch von der PiS-Regierung zwei Wochen nach seiner Eröffnung bereits wieder geschlossen und der Direktor wurde entlassen. Die Ausstellung befindet sich derzeit in einem latenten Umbau, der die Botschaft und Ästhetik des Museums kontinuierlich untergräbt. Der Abbau des Museums wird derzeit noch verhindert durch den ehemaligen Direktor, der gegen den Staat einen Gerichtsprozess führt, in dem er sein Urheberrecht an der Ausstellung einklagt. An die Stelle dieses Museums soll ein Museum der benachbarten Westerplatte treten, das zeigt, wie einige polnische Helden acht Tage lang gegen den deutschen Überfall tapfer Widerstand geleistet haben. Die Logik dieses Museums ist genau entgegengesetzt:

- Es enthält nur eine Perspektive,
- es befestigt den Mythos der Nation, indem es sich ausschließlich
- auf Helden und Märtyrer konzentriert und einen
- heroischen Kult des Krieges feiert.

Der Kult des Krieges enthält jedoch auch die Gefahr der Verherrlichung von Gewalt. Nach der Ermordung des Danziger Bürgermeisters Paweł Adamowicz, am 14. Januar 2019, der das von Machcewicz entwickelte Museum nach Kräften unterstützt hatte, kommentierte ein Historiker in der »Washington Post«: »Wir scheinen gerade die Lektionen des Zweiten Weltkrieges zu verlernen und zu einer Bereitschaft öffentlicher Gewalt wie in den 1920ern und 1930ern zurückzukehren.«⁹

Auch in Deutschland hat die AfD der dialogischen europäischen Erinnerungskultur offen den Kampf angesagt. Björn Höcke fordert »eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad«, möchte also wieder zurück zu einer stolzen Nation mit einem monologischen Geschichtsbild. Alles, was nicht die Größe und Ehre des nationalen Kollektivs vermehrt, wird angeprangert, angefangen beim »Denkmal der Schande« für die ermordeten Juden Europas in der Mitte Berlins über die Gedenkstätten ehemaliger Konzentrationslager bis hin zu den Stolpersteinen in deutschen Städten.

Fazit

»Es ist gut, wenn wir Erinnerungen austauschen und erfahren, was die anderen von unseren Geschichten denken. [...] Die gesamte europäische Geschichte ist zusehends Allgemeingut, das für einen jeden ohne die Verpflichtung nationaler oder anderer Befangenheiten zugänglich ist.«¹⁰ Diesen Satz hat György Konrad vor elf Jahren ausgesprochen. Er wäre entsetzt zu sehen, wie in Europa das Rad der Geschichte gerade wieder zurückgedreht wird. In vielen Staaten Europas werden heute die alten Prinzipien eines monologischen Nationalstaats, der selbstherrlich über seine Geschichte entscheidet und dabei die historische Wissenschaft zensiert und die Kunst reglementiert, wieder eingesetzt. Dabei wird gerade wieder vergessen, dass es eben diese egomanen und monologischen Nationen waren, die den Ersten und Zweiten Weltkrieg entfesselt haben. In den Medien und Museen Russlands, Ungarns und Polens wird die Geschichte von der Regierung auf das Passende zugeschnitten. Die Polen dürfen dabei nur entweder als Helden oder Opfer gezeigt werden, auf keinen Fall aber dürfen die Opfer der eigenen Politik erscheinen. In der dritten und vierten post-Holocaust-Generation geht es aber nicht mehr nur um Schuld und Schande, sondern auch um Verantwortung und Empathie. Von Schuld und

Schande spricht, wer glaubt, die Ehre der Nation wider besseres Wissen und Gewissen retten zu müssen; von Empathie spricht, wer auf die Würde der Person setzt und damit die Demokratie stärkt.

Europa, so meine These, muss die Geschichte kennen, aus der es nach den heißen Weltkriegen und dem Kalten Krieg hervorgegangen ist. »Dialogisches Erinnern« ist zwar noch keineswegs eine allgemein praktizierte Form des Umgangs mit einer geteilten Gewaltgeschichte, bleibt aber doch trotz offenbaren Rückschlägen eine große kulturelle und politische Chance, die in dem Projekt Europa enthalten ist. Die Konstellation der Europäischen Union bietet, um es zu wiederholen, einen einmaligen Rahmen für den Umbau von monologischen in dialogische Gedächtnis-Konstruktionen. Ohne eine europäische Verständigung über diese Geschichte und ihre bis heute anhaltenden Folgen kann die Integration nicht weiter fortschreiten. Nationale Aufrüstung und Alleingänge machen es unmöglich, einen gemeinsamen Richtungssinn – und nichts anderes heißt ja Orientierung – in der aktuellen Krise zu gewinnen und eine gemeinsame Zukunft zu imaginieren. Die Wahrheit über die eigene Geschichte kennenzulernen zu dürfen, gilt in der EU als eine Selbstverständlichkeit. Wissenschaft und Kunst, Literatur, Museen und Filme können dazu beitragen. Aufklärung und Bildung sind Grundrechte in einem demokratischen Staat, denn aufgeklärte Bürger schwächen die Nation nicht, sondern stärken sie.

Der Essay basiert auf einem Vortrag der Autorin am 15. Januar 2019 in der Berliner Topographie des Terrors und wurde für diesen Band überarbeitet.

Anmerkungen

- 1 Friedrich Nietzsche, *Jenseits von Gut und Böse. Vorspiel einer Philosophie der Zukunft*, Leipzig 1886, S. 68.
- 2 Peter Novick, *The Holocaust in American Life*, Boston-New York 1999, S. 4 (Die zitierte Passage wurde von Aleida Assmann übersetzt, Anm. d. Red.).
- 3 Marc Bloch, *Für eine vergleichende Geschichtsbetrachtung der europäischen Gesellschaften* [1928], in: Matthias Middell/Steffen Sammler (Hrsg.), *Alles Gewordene hat Geschichte. Die Schule der Annales in ihren Texten 1929–1992*, Leipzig 1994, S. 121–167, hier: S. 159.
- 4 Ebd.
- 5 Vgl. Richard Sennett: *Disturbing Memories*, in: Patricia Fara/Keraly Patterson (Hrsg.), *Memory*, Cambridge 1998, S. 10–26, hier S. 14.
- 6 Was ich hier mit der »tragischen« Verflechtung nationaler Traumata andeute, habe ich in einem Aufsatz an anderer Stelle näher erläutert, vgl. Aleida Assmann, *One Land and Three Narratives: Palestinian Sites of Memory in Israel*, in: *Memory*

- Studies 2018, Vol 11(3), S. 287–300; hier: S. 292. Die politische Lage spitzt sich in dem Maße weiter zu, wie ein gegenseitiger Verdrängungswettbewerb der beiden nationalen Traumata fortschreitet. Hier ist die Abwandlung einer berühmten Formel von Bernd Faulenbach für die Diktaturen des Nationalsozialismus und der DDR hilfreich: Weder darf die Shoah unter Verweis auf die Nakba relativiert werden, noch darf die Nakba durch den Verweis auf die Shoah bagatellisiert werden.
- 7 Zu den Schwierigkeiten gerade der ostmitteleuropäischen Staaten, eine inklusivere Gedenkkultur in der EU zu etablieren, vgl. Stefan Troebst, Kampf der Erinnerungskulturen? Europäische Identitätsstiftung durch EU-Geschichtspolitik, in: Ronald Grätz (Hrsg.), Kann Kultur Europa retten?, Bonn 2017, S. 65–78, hier insbes. S. 68–70.
 - 8 Peter Esterhazy, Alle Hände sind unsere Hände, in: Süddeutsche Zeitung (SZ), 11.10.2004, S. 16.
 - 9 Piotr H. Kosicki, A Political Assassination, Broadcast Live, 6.2.2019, www.washingtonpost.com/outlook/2019/02/06/political-assassination-broadcast-live/?noredirect=on&utm_term=.8a3a121bba46 (Die zitierte Passage wurde von Aleida Assmann übersetzt, Anm. d Red.).
 - 10 György Konrád, »Aufbruch«. Rede zur Eröffnung des 50-jährigen Bestehens der Aktion Sühnezeichen am 3. Mai 2008 im Haus der Kulturen der Welt in Berlin.

Denkmal

Ein Medium in Vergangenheit und Zukunft

»Nur der Blick auf den Sternenhimmel richtet ihn auf und versöhnt ihn ein wenig, weil er erkennt, dass selbst die Epoche der Denkmäler, auch der am meisten beständigen, ein Scheißdreck gegen die Ewigkeit ist.«¹ Diese Worte aus »Der blutige Roman«, 1924 vom tschechischen Expressionisten Josef Váchal geschrieben, verwendeten die Prager Historiker Zdeněk Hojda und Jiří Pokorný siebenzig Jahre später als Losung für ihr Buch, das mit dem treffenden Neologismus »Denkmale und Vergessensmale« betitelt ist.² Die Worte bringen mehrere Probleme der Denkmalkultur auf den Punkt: In einer der Hochphasen des modernen Denkmalwesens verweist Váchal auf die in das Wesen des Denkmals eingeschriebene, konstitutive, wenn auch problematische Ambivalenz von Verewigung und Vergänglichkeit, Historisierung und Vergegenwärtigung. Er fasst damit ironisch das wichtigste Spannungsverhältnis des Denkmaldiskurses zusammen. Zugleich zeichnen sich in seinen Worten bereits einige subversive Umgangsformen mit Denkmälern ab, die erst für die Spätmoderne charakteristisch werden und das Medium Denkmal vor neue Herausforderungen, aber auch vor neue Perspektiven stellen. Diese Herausforderungen und Perspektiven sind auch die Hauptthemen der folgenden essayistischen Betrachtung.

Beschäftigt man sich mit der Etymologie des Begriffs »Denkmal«, so ist es hilfreich, den Blick nicht nur auf das Deutsche, sondern auch auf andere europäische Sprachen zu richten. Während nämlich im Deutschen das Wort »denken« den Kern bildet, sind viele andere Sprachen hier noch genauer und prägnanter: Das griechische *μνημόσυλον* (*mnēmósylon*), wörtlich »Gedächtnishilfe«, wie es im Neuen Testament zu finden ist, bildete im 16. Jahrhundert die Grundlage für die deutsche Wortneubildung »Denkmal«.³ Einen ähnlichen semantischen Hintergrund hat das lateinische *monumentum* und mit ihm der entsprechende Begriff in allen germanischen, romanischen und baltischen Sprachen, in die er Eingang fand. Auch in den slawischen Sprachen lehnen sich die äquivalenten Bezeichnungen stark an Erinnerung und Gedächtnis an (*pamjatnik*, dt. Denkmal,

und *pomník*, dt. Erinnerungsmal, etc.). Letztere vermögen dabei besser als die meisten anderen Sprachen in Europa, zwei zentrale Bedeutungsebenen des Begriffes zu unterscheiden:

Die erste Bedeutungsebene bezeichnet die materiellen und teilweise auch immateriellen Zeugnisse der Vergangenheit, insbesondere wenn sie als solche wahrgenommen und für erhaltenswert befunden werden: Baudenkmale, Kunstwerke und andere Produkte menschlicher Tätigkeit, aber auch Texte, Lieder, Spuren von Siedlungen oder Wegen; selbst die Naturdenkmale gehören in diese Kategorie. Im Allgemeinen schließt diese Bedeutungsebene alle jene Artefakte ein, die Gegenstand der Denkmalpflege bzw. des Denkmalschutzes sind. Während etwa im Tschechischen



Boleslaw der Tapfere, der erste König von Polen, vor der Kathedrale in Gneszno (Gnesen), in der er 1025 gekrönt wurde. Dieses Denkmal von 1985 ist eine Nachbildung des 1925 geschaffenen und 1939 von den Nationalsozialisten zerstörten Denkmals.

oder Slowakischen bei dem Wort *památká* bzw. *pamiatka* (dt. Denkmal bzw. Erinnerungsmal) auch das Gedächtnis bzw. Gedenken wortbildend ist, ist das beim polnischen *zabytek* (dt. wörtlich »Überrest«) nicht der Fall, das diese erste Bedeutungsebene deutlicher abbildet. Die zweite Bedeutungsebene beschreibt Denkmale im engeren Sinn des Wortes, die uns im Folgenden auch mehr beschäftigen werden: Denk-male, gezielt zum Gedächtnis und zum Gedenken gesetzte Zeichen, meist in Form von komponierten Bilddarstellungen, Statuen, Obelisken, Steinen⁴ oder Gedenktafeln. Weil sie das Ziel haben, zum Erinnern und Gedenken zu führen oder gar zu mahnen, sind sie in der Regel auffällig, beeindruckend, unübersehbar und nicht selten entsprechend (über)dimensioniert – eben *monumental*.⁵ Die Bedeutungsunterscheidung zwischen Denkmälern *aus* der Vergangenheit und Denkmälern *für* die Vergangenheit setzte sich im deutschen Sprachgebiet seit dem späten 18. Jahrhundert durch.⁶

Denkmal der Moderne

Sowohl Etymologie als auch Funktionalität der Denkmale verweisen einerseits auf das für sie konstitutive Verhältnis zwischen Vergangenheit und Gegenwart (sowie perspektivisch meist auch der Zukunft), andererseits auf ihre Funktion der Identitätsstiftung. Denkmale verantworten die Bildung bestimmter kollektiver Identitäten und die Darstellung und Begründung damit zusammenhängender Denkformen, Werte, Interpretationen, Vorstellungen, Begriffe und Verhaltensnormen. Denkmale bezeugen oder interpretieren vergangenes Geschehen (oder jenes Geschehen, das zur Vergangenheit wird) und richten sich dabei mit ihrer Aussage und Zielsetzung nicht primär auf die Vergangenheit, sondern vielmehr auf die Gegenwart und Zukunft.

Zwar gab es Denkmale spätestens seit den alten Kulturen in Ägypten und Asien, sowie in Europa spätestens seit der Antike, im Mittelalter und in der Frühneuzeit;⁷ doch seit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert erhielten sie eine beispiellose Bedeutung und verbreiteten sich als identitätsstiftendes Erinnerungsmedium in einer beeindruckenden Weise. Dies sieht man nicht nur an der Anzahl und Dichte der neuen Denkmale, sondern auch daran, wie sich die Frequenz des explizit verwendeten Begriffs »Denkmal« im kulturellen und gesellschaftlichen Diskurs intensivierte.⁸ Für den deutschsprachigen Gebrauch lässt sich der Anstieg sogar schon während des gesamten 18. Jahrhunderts beobachten. Die Frequenz kulminierte um die Mitte des 19. Jahrhunderts, blieb aber weiterhin hoch und hat seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wieder zugenommen. Diese

Entwicklung hing eng mit der Linearisierung des Zeitverständnisses und der damit einhergehenden neuen Erfahrung und Perspektive im Hinblick auf den historischen Wandel zusammen.⁹ In der beginnenden Moderne wurde die Zeit endgültig als eine Achse verstanden, entlang derer historische Umwandlungen stattfinden, wobei nach jeder neuen Umwandlung die bestehenden Lebenswelten und gesellschaftlichen oder politischen Systeme unwiederbringlich zur Vergangenheit werden. Die zunehmenden Versuche, das Vergangene zu vergegenwärtigen, begegneten dieser neuen Perspektive als Konsequenz und Antwort zugleich. In der Annahme, dass der Wandel historisch sei und die Entwicklung daher eine Richtung habe, stellte sich die Frage nach dem Sinn und dem Telos dieser Entwicklung. So setzte man im Historismus des 19. Jahrhunderts voraus, dass zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft eine logische, möglicherweise gar teleologische Verbindung bestehe. Über den Charakter dieser Verbindung und damit die Richtung, in die sie verläuft, zu streiten, bedeutete nichts anderes, als einen Disput über die Gestaltung der Zukunft zu führen. Zukunftsvisionen bildeten daher die grundlegende Funktion des Historismus, der zum Phänomen des modernen europäischen Denkmals am meisten beigetragen hat. Die politischen Programme, die der Annahme einer teleologischen Entwicklung der Geschichte entsprangen, standen in dieser Logik der überzeitlichen Argumentationsweise – auch noch lange nachdem sie sowohl den aufgeklärten als auch den romantischen Glauben an eine allumfassende Vorsehung verlassen hatten.

Neben der veränderten Wahrnehmung von Zeit stellten die allmähliche Infragestellung und Auflösung ständisch organisierter Gesellschaften und lokaler Gemeinschaften, die von steigender sozialer Kommunikation und Mobilität begleitet wurden, einen weiteren Wandlungsprozess dar. Diesem Wandel folgten auch die Nachfrage nach neuen Identitäten sowie neuen gesellschaftlichen und politischen Konzepten und später dann die Formierung von Massengesellschaften. Neue Formen politischer und gesellschaftlicher Zugehörigkeit, Solidarität und Loyalität mussten erst formuliert, ausgehandelt und propagiert werden. Beide Prozesse – die Zeitlinearisierung verbunden mit der Historisierung und die neuen Formen der gesellschaftlichen Zugehörigkeit verknüpft mit Identitätsbildungsprozessen – hingen eng miteinander zusammen und benötigten neue Repräsentationsformen. Diese fanden ihre Darstellung beispielsweise in Visualisierungen oder symbolischen Plätzen und Räumen, die eine gemeinsame Performanz und Erfahrung der Repräsentation ermöglichten. Die Stunde des modernen Denkmals (Denkmal im engeren Sinne) hatte geschlagen, aber auch die der Denkmalpflege mit dem Ziel, Überreste und Artefakte vergangener Zeiten als authentische Zeugnisse zu bewahren (Denkmal im weiteren Sinne).¹⁰

Es ist kein Zufall, dass die Denkmalpflege in Deutschland, Frankreich und anderen Ländern gerade zu Beginn des 19. Jahrhunderts ihre Anfänge hatte. Was die Denkmale im engeren Sinne betrifft, so ist ihre Anhäufung als Teil der neuen Identitätsbildung zu verstehen: Einerseits fungierten Denkmale als Elemente von Herrschaftsrepräsentationen, die bereits in ein programmatisches Propagieren des staats- und dynastieorientierten Patriotismus mündeten, der aus moderner Sicht bisweilen »supranational« und »transregional« wirkt. Sie bildeten somit einen Teil der staatlichen Identitätspolitik, unter anderem in der Habsburgermonarchie und in Preußen. Andererseits fungierten Denkmale als Ausdruck der Nationsbildung, sowohl im Zuge der Revolution, wie in Frankreich, als auch im Kontext von ethnisch und sprachlich definierten nationalen Bewegungen, wie in Mitteleuropa. Wenn modernen Denkmalen häufig eine affirmative Rolle bei der Bestätigung und Verfestigung von Identitäten zugesprochen wird, so ist dieser Schluss doch häufig eine Täuschung. Denkmale sollten vielmehr neuere, noch nicht stabilisierte Identitäten und Werte propagieren und in den Diskurs einbringen. Sie waren Teil einer Agitation oder eines Engagements, dessen Ziele für die Mehrheitsgesellschaft oder Obrigkeit nicht selbstverständlich waren. Nur mit diesem Verständnis lässt sich erklären, dass Zeiten der gesellschaftlichen Destabilisierungen, politischen Umbrüche und kulturellen Herausforderungen von einer erhöhten Dichte an Denkmalerrichtungen, -umwidmungen und -stürzen begleitet oder im unmittelbaren Nachhinein reflektiert werden. Ein aktuelles Beispiel: Der Vorschlag, in Berlin ein Denkmal für die Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft und des Krieges in Polen zu errichten, erfolgt in einer Zeit, in der die zunehmende Geschichtsvergessenheit Besorgnis erregt, und in der zugleich – oder deswegen – etwas ins Gedächtnis und Bewusstsein der deutschen Bevölkerung gerufen werden soll, das dort bis heute nie in adäquatem Umfang angekommen ist. Auch an diesem Beispiel zeigt sich, dass das Spannungsverhältnis Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft als konstitutives Merkmal von Denkmalen wenig an Relevanz eingebüßt hat.

Spätmoderne Denkmallandschaft

Einige entscheidende Rahmenbedingungen, innerhalb derer Denkmale funktionieren, benutzt oder gar neu errichtet werden, haben sich zur Spätmoderne hin tief verändert. Diese Veränderungen lassen sich alle einerseits in die kontinuierliche Entwicklung des Mediums Denkmal stellen und andererseits durch die neue, gesellschaftliche und kulturelle Situation in der Spätmoderne erklären.

In Europa, insbesondere in der mittel- und osteuropäischen Region, kam es im 20. Jahrhundert zu gleich mehreren tiefen Einschnitten in die Denkmallandschaften und Denkmalkulturen. Mit dem Ausgang des Ersten Weltkrieges, der als erster auch den Charakter eines Vernichtungskrieges trug, begann eine präzedenzlose Welle von rasch aufeinanderfolgenden staatlichen Um- und Zusammenstürzen sowie Staatsgründungen und Regimewechseln, die bis auf wenige Ausnahmen immer von der Beseitigung vieler alter und der Errichtung vieler neuer, häufig den Staat und das Regime feiernder Denkmale gefolgt waren. Auch politische Systeme, die sich über Jahrzehnte hinweg hielten, wiesen innerhalb dieser Zeit weitgehende Verschiebungen in den Akzenten der Denkmalpolitik und Denkmalkultur auf, die ebenfalls von tiefen Einschnitten nicht frei waren. Dies gilt sicher vor allem für die kommunistischen Regime, aber nicht zuletzt auch etwa für die Bonner Republik.¹¹ Doch gerade für Länder wie Polen oder die ehemalige Tschechoslowakei ist die Abfolge von Denkmalzerstörungen, -errichtungen, -wiederzerstörungen und -wiederherstellungen für das 20. Jahrhundert geradezu sprichwörtlich geworden. Diese Erfahrung hat den Wert des Mediums Denkmal in den Augen der zeitgenössischen Bevölkerung alles andere als gefördert, was sich im aktuellen Umgang damit bemerkbar macht.

Zudem führte die Erschütterung der beiden Weltkriege, der Gewalt Herrschaften und allen voran des NS-Terrors und seiner Vernichtungspolitik sowohl zur quantitativen Zunahme als auch zu einem politischen und gesellschaftlichen Bedeutungszuwachs besonderer Denkmalformen: Mahnmale und Gedenkstätten. Deren Aufgabe besteht nicht im Feiern, sondern im Trösten und vor allem – im Laufe der Jahrzehnte zunehmend – im Gedenken an die Opfer und im Mahnen für die Gegenwart und Nachkommenschaft. Somit bleiben die charakteristischen Zeichen des modernen Denkmals erhalten: die Verbindung zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sowie die Identitätsbildung (in Form von gesellschaftlichem und historischem Bewusstsein). Auch die Funktion einer potenziell für ein Massenpublikum zugänglichen, öffentlichen Versammlungsstelle wird häufig betont. Doch diesmal finden die Versammlungen nicht (nur) in Form von Festen statt; vielmehr rückt das, was Geschichtsaufarbeitung genannt wird, in den Vordergrund. Diesen Fokus verfolgen auch die Denkmale für die Opfer der kommunistischen Herrschaft und anderer Diktaturen in Ost- und Mitteleuropa sowie teilweise verschiedene Versöhnungsdenkmale, die häufig auch als Gedenkstätten dienen und in Mitteleuropa insbesondere seit den 1990er Jahren Verbreitung gefunden haben. Diese Entwicklung wurde nicht nur vom beschleunigten Wandel der Kunst- und Architekturstile, der urbanistischen Konzepte und der



Mahnmal für die Opfer des Warschauer Stadtteils Wola, die Inschrift lautet: »In Erinnerung an die 50 000 Bewohner von Wola, die von den Deutschen während des Warschauer Aufstands 1944 ermordet wurden«.

raumplanerischen Zugänge im 20. Jahrhundert begleitet. In der Spätmoderne kam noch die Pluralisierung und Flexibilisierung gesellschaftlicher Zugehörigkeiten hinzu,¹² was umfassende, gesamtgesellschaftliche kollektive Identitäten infrage stellte und die identitätsstiftende Funktion – also eine der Hauptfunktionen des modernen Denkmals – problematisierte. Das bedeutet nicht, dass das Denkmal als Medium irrelevant geworden wäre: Die Intensität des »Denkmalens« (Wolfgang Wippermann) lässt nicht nach und die Dichte der Denkmale nimmt weiter zu. Doch die bereits über zwei Jahrhunderte währende Geschichte des modernen Denkmals im engeren Sinne (Denkmal *für* die Geschichte) führte dazu, dass diese erinnerungskulturellen Artefakte selbst zum historischen Denkmal im weiteren Sinne (Denkmal *aus* der Geschichte) geworden sind: Die Denkmale, Gedenkstätten und Mahnmale stehen mittlerweile selbst als historische Zeugnisse ihrer Entstehungszeit unter Denkmalschutz. Damit sind sie auch Zeugen vergangener Erinnerungskulturen und erhalten einen doppelten Denkmalcharakter. Einige von ihnen haben in ihrer ursprünglichen, intendierten Funktion inzwischen ausgedient, sie sind »kalte Erin-

nerungsorte« geworden und manchmal auch »Vergessensmale«¹³, weil sie die aktuellen Identifikationspotenziale nicht mehr bedienen. Das bedeutet aber keine Funktionslosigkeit, denn viele von diesen Denkmälern prägen nach wie vor Landschafts- und Stadtbilder und gehören zur lokalen Topographie: Man verabredet sich mancherorts zum Treffen »unter dem Schwanz«, womit das jeweils lokale Reiterstandbild gemeint ist; oder es wird die Geschichte der symbolischen Rolle als Denkmal selbst in den Vordergrund gerückt: in Deutschland können das Völkerschlachtdenkmal in Leipzig, die Walhalla bei Regensburg oder das Deutsche Eck in Koblenz dafür ein Beispiel liefern.

Hinzu kommen zwei weitere charakteristische Phänomene der Spätmoderne: Erstens der massenhafte und immer weiter zunehmende Tourismus, der das Leben der Menschen prägt und zum prominenten Bereich des Erlebniskonsums geworden ist. Die Denkmäler selbst, als solche und nicht primär wegen ihres intendierten Geschichtsbezuges, werden häufig zu beliebten touristischen Objekten, sie werden regelrecht »touristifiziert« oder für diverse Events funktionalisiert. Gerade in Deutschland unterziehen sich auch die »klassischen«, großen nationalen Denkmäler aus der Zeit des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts dieser Entwicklung, wie unter anderem das Kyffhäuser-Denkmal in Thüringen, auf dem ein Turmtreppenlauf veranstaltet wird und das als Hochzeitslocation gebucht werden kann,¹⁴ oder das Völkerschlachtdenkmal in Leipzig, das auf TripAdvisor den vierten Platz der Top-Sehenswürdigkeiten in der Stadt belegt.¹⁵ Der Chemnitzer Nischel, die monumentale Plastik des Kopfes von Karl Marx, zeigt, dass diese Entwicklung durchaus auch Denkmäler aus der Zeit des Staatssozialismus in der DDR betreffen kann. Hand in Hand damit geht auch ein zweites charakteristisches Phänomen der Spätmoderne; die Kommodifizierung und Kommerzialisierung von Denkmälern als Trendsymbole und Zeichen, die sich in Form von Gadgets und Souvenirs gut verkaufen. Auch bekannte Gedenkorte und Mahnmale unterliegen einem solchen touristischen Nutzungsmodus: Etwa das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin, das sogenannte Holocaust-Denkmal, auf dessen Stelen Touristen herumklettern, sich entspannen und zum Fotografieren posieren, während ihre Kinder Verstecken spielen. Selbst ein gemeinsames Erinnerungsfoto von lächelnden Paaren auf den Bahngleisen der Gedenkstätte von Auschwitz-Birkenau erfreut sich einer gewissen Popularität – man ist versucht, zu fragen, wann eigentlich die Vorhängegeschlösser am Tor der Gedenkstätte hinzukommen.¹⁶ Dieser Popularität schließt sich zunehmend der *dark tourism* an, der von problematischer oder traumatischer Vergangenheit gekennzeichneten Orten und Denkmälern eine zusätzliche vermeintliche Attraktivität verleiht.¹⁷

Zukunft des Denkmals

Mit diesen Phänomenen im engen Zusammenhang steht die ludische Einstellung der spätmodernen Konsum-, Erlebnis- und Unterhaltungsgesellschaft.¹⁸ Sie korrespondiert mit der Infragestellung von (traditionellen) Hierarchien, aber in der Denkmalkultur resultiert sie auch aus den mehrfachen Umwidmungen, Errichtungen und Abschaffungen von Denkmalen. Dies führt zur intensiven Suche nach einer neuen Denkmalsprache in funktionaler und ästhetischer Hinsicht, was mitunter sowohl in plakative Ironie münden als auch zur prinzipiellen Hinterfragung des Denkmals beitragen kann: Den Touristen, die Mitteldeutschland besuchen, ist die Souvenirplakette mit der Inschrift »Hier war Goethe nie« wohl bekannt, die nicht nur Besucherinnen und Besucher als Mitbringsel erwerben, sondern auch manche Ortsansässige an ihrer Haustür anbringen. In Tschechien wurden seit den 1990er Jahren zahlreiche Gedenktafeln dem nichtexistenten tschechischen Universalgenie Jára Cimrman gewidmet, so z.B. in Liberec (Reichenberg) mit der Inschrift: »Es ist wissenschaftlich eindeutig nachgewiesen worden, dass Jára Cimrman in dieser Druckerei wahrscheinlich fast nie gearbeitet hat.« In einem Verlagsitz im ostböhmischen Litomyšl (Leitomischl) wird mittels einer Gedenktafel daran erinnert, dass dort an einem gewissen Tag die berühmte Opernsängerin Dagmar Pecková ihr Kind stillte; und eine Tafel in der Altstadt von Brno (Brün) erinnert lapidar: »Am 5.9.2017 wurde an dieser Stelle diese Gedenktafel enthüllt«.



»Am 5.9.2017 wurde an dieser Stelle diese Gedenktafel enthüllt«.

Erledigt sich das Denkmal somit als Erinnerungsmedium und raumbildendes Kunstartefakt? Die erwähnten neuen Erscheinungen könnten dafür sprechen. Sie könnten aber auch ein Beleg dafür sein, dass Denkmale Menschen nach wie vor beschäftigen, anziehen und ansprechen – sicherlich manchmal als eine Art faszinierendes Kuriosum oder als Kulisse; doch zugleich sind wir derzeit Zeugen von lebhaften Debatten über neue Denkmalprojekte, neue Formen der Denkmalästhetik und der Funktionsweisen von Denkmalen. Die neuen Erscheinungen deuten wohl kaum ein Ende der Denkmalära an, denn deren wichtigste Funktionen stehen nach wie vor, wenn auch unter veränderten Rahmenbedingungen, im Fokus der Erinnerungskultur: Denkmale erscheinen stets als geeignete Medien, um Akzente zu setzen oder aber auf Themen oder Probleme hinzuweisen, denen keine adäquate Aufmerksamkeit gewidmet wurde oder die im gesellschaftlichen Bewusstsein nicht in ausreichendem Maße präsent sind. Noch mehr: Die vermeintlich problematischen Züge des aktuellen Umgangs mit Denkmalen und Gedenkstätten – ihre touristisch-kommodifizierende Vermarktung – mögen aus guten Gründen in vielen Fällen als Profanisierung erscheinen, aber durch sie können auch neue Impulse für die Denkmalkultur gesetzt und ihre weitere Gestaltung produktiv entwickelt werden. Denn charakteristisch für die spätmoderne Kultur ist nicht nur die Erlebnisorientierung, sondern auch die Tendenz zu weniger Textualität und verstärkter Visualisierung. So könnte das Medium Denkmal seine Daseinsberechtigung aus unerwartet starken, zusätzlichen Quellen schöpfen, auch wenn es dann nicht mehr das Denkmal des 19. Jahrhunderts sein wird.

Anmerkungen

- 1 Josef Váchal, *Krvavý román*, Prag 1924, S.260. Die zitierte Passage wurde von Miloš Řezník übersetzt (Anm. d. Red.).
- 2 Vgl. Zdeněk Hojda/Jiří Pokorný, *Pomníky a zapomínky*, Prag-Leitomischl 1996, S.7. Der Titel wurde von Miloš Řezník übersetzt (Anm. d. Red.).
- 3 Vgl. Friedrich Kluge: *Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache*. 24., durchgesehene und erweiterte Auflage. Bearb. v. Helmar Seebold, Berlin 2001, S.189; Reinhard Alings, *Monument und Nation. Das Bild vom Nationalstaat im Medium Denkmal. Zum Verhältnis von Nation und Staat im deutschen Kaiserreich 1871–1918*, Göttingen 1996, S.3.
- 4 Vgl. etwa das niederländische Wort *gedenksteen* als Bezeichnung für »Denkmal«.
- 5 Das muss allerdings nicht immer sein, wie zahlreiche recht kleine Gedenktafeln, Stolpersteine etc. beweisen. Darauf, wie in der Spätmoderne die »klassische« (moderne) Denkmallogik hinterfragt, alteriert und sogar parodiert und auf den Kopf gestellt wird, kommen wir später noch zurück.

- 6 Vgl. Alings (Anm. 3), S. 4–11.
- 7 Die beste Darstellung der vormodernen Denkmalkultur in Mitteleuropa liefert m. E. Thomas H. von der Dunk, *Das Deutsche Denkmal. Eine Geschichte in Bronze und Stein vom Hochmittelalter bis zum Barock*, Köln–Weimar–Wien 1999. Hier findet sich auch eine umfangreiche Bibliografie.
- 8 Vgl. für diesen Abschnitt DWDS-Wortverlaufskurve für »Denkmal«, erstellt durch das Digitale Wörterbuch der deutschen Sprache, www.dwds.de/r/plot?view=1&corpus=da%2Bdwds&norm=date%2Bclass&smooth=spline&genres=1&grand=1&slice=10&prune=0&window=3&wbase=0&logavg=0&logscale=0&xrange=1600%3A2000&q1=Denkmal, abgerufen am 17.4.2019.
- 9 Grundlegend dazu Reinhart Koselleck, *Zeitverkürzung und Beschleunigung. Eine Studie zur Säkularisation*, in: ders., *Zeitschichten. Studien zur Historik*, Frankfurt/M. 2003², S. 177–202.
- 10 Vgl. insb. Achim Hubel, *Denkmalpflege*, Frankfurt/M. 2011², hier auch weiterführende Bibliografie; Winfried Lipp, *Natur, Geschichte, Denkmal. Zur Entstehung des Denkmalbewußtseins der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt/M. 1987, insb. S. 257–270; Thomas Nipperdey, *Nationalidee und Nationaldenkmal in Deutschland im 19. Jahrhundert*, in: ders., *Gesellschaft, Kultur, Theorie. Gesammelte Aufsätze zur neueren Geschichte*, Göttingen 1976, S. 133–173.
- 11 Vgl. kritisch, aber einseitig auf Gedenkstätten des NS-Terrors konzentriert Wolfgang Wippermann, *Denken statt Denkmalen. Gegen den Denkmalwahn der Deutschen*, Berlin 2010, insb. S. 117–127.
- 12 Vgl. Rolf Eickelpasch/Claudia Rademacher, *Identität*, Bielefeld 2010³, S. 15–54; Heiner Keupp, *Ambivalenzen postmoderner Identität*, in: Ulrich Beck/Elisabeth Beck-Gernsheim (Hrsg.), *Risikante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften*, Frankfurt/M. 1994, S. 336–350.
- 13 Vgl. Zdeněk Hojda/Jiří Pokorný, *Pomníky a zapomníky*, Prag–Leitomischl 1996.
- 14 Vgl. www.kyffhaeuser-denkmal.de (abgerufen am 1.7.2019).
- 15 Vgl. www.tripadvisor.de/Attraction_Review-g187400-d592815-Reviews-Volkerschlachtdenkmal-Leipzig_Saxony.html (abgerufen am 1.7.2019).
- 16 Vgl. Valentin Groebner, *Endlich einmal alles richtig. Was macht der Tourismus mit der Vergangenheit?*, in: Thomas Steinfeld (Hrsg.), *Die Zukunft des Reisens*. Frankfurt/M. 2012, S. 125–145; ders., *Touristischer Geschichtsgebrauch. Über einige Merkmale neuer Vergangenheiten im 20. und 21. Jahrhundert*, in: *Historische Zeitschrift* 296/2013, S. 408–428; ders., *Retroland. Geschichtstourismus und die Sehnsucht nach dem Authentischen*, Frankfurt/M. 2018, S. 17–35.
- 17 Grundlegend John Lennon/Malcolm Foley, *Dark Tourism. The Attraction of Death and Disaster*, London 2000, insb. S. 1–12. Zu diesem Phänomen in Ostmitteleuropa neulich u. a. Magdalena Banaszekiewicz, *Turystyka w miejscach kłopotliwego dziedzictwa*, Krakau 2018.
- 18 Vgl. James E. Combs, *Play World. The Emergence of the New Ludenic Age*, Santa Barbara (CA) 2000, insb. S. 11–23.

Dokumentation der Debatte um ein Denkmal für die polnischen Opfer der deutschen Besatzung 1939–1945

Aufruf an den Deutschen Bundestag und die deutsche Öffentlichkeit. Ein Polen-Denkmal in der Mitte Berlins zum Gedenken an die polnischen Opfer der deutschen Besatzung 1939–1945

Berlin, 15. November 2017

Es gibt kaum eine polnische Familie, die nicht betroffen war und ist von der deutschen Besatzungsherrschaft von 1939–1945. In Deutschland ist dieses barbarische Unrecht nur unzureichend bekannt. Auf den Geheimpakt mit der Sowjetunion zur Aufteilung Polens am 23. August 1939 folgte am 1. September der deutsche Überfall auf Polen. Er war von massiven Kriegsverbrechen begleitet, Massenerschießungen von Kriegsgefangenen und Zivilisten, gezielte Ermordung Zehntausender der polnischen Eliten durch Einsatzkommandos der Polizei und SS, Zerstörung Hunderter polnischer Städte und Dörfer durch die deutsche Wehrmacht. Millionen polnischer Frauen und Männer wurden zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich verschleppt. In deutschen Vernichtungslagern auf polnischem Boden wurden Millionen Juden ermordet, davon drei Millionen polnische Staatsbürger. Weitere drei Millionen nichtjüdischer Polen wurden ebenfalls Opfer deutscher Verbrechen. Vor dem Rückzug der deutschen Truppen 1944/45 wurde die Hauptstadt Warschau dem Erdboden gleich gemacht. Verdienen diese unsäglich großen Opfer, Leiden und Erniedrigungen der Polen durch die verbrecherische deutsche Besatzung nicht ein eigenes Zeichen des Gedenkens in der Mitte unserer Hauptstadt? Ein Denkmal für die polnischen Opfer der deutschen Besatzung 1939–1945 ist seit langem ein gemeinsames Anliegen vieler sich um Verständigung und Versöhnung bemügender Deutscher und Polen. Es war ein Herzensanliegen Władysław Bartoszewskis, des 2015 verstorbenen Auschwitz-Überlebenden und Schirmherrn deutsch-polnischer Versöhnung. Erst jüngst hat

in Berlin der Kabinettschef des polnischen Präsidenten einen Ort vermisst, um einen Kranz niederzulegen. Das von der DDR in Friedrichshain errichtete »Denkmal des polnischen Soldaten und des deutschen Antifaschisten« entspricht in seiner künstlerischen und politischen Aussage diesem Anliegen nicht.² Gegenüber dem künftigen Dokumentationszentrum der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung im Deutschlandhaus am Askanischen Platz befindet sich eine öffentliche Grünfläche, die sich für die Errichtung eines Polen-Denkmal in besonderer Weise eignet. Sie bietet Platz für ein in die Höhe strebendes, weithin sichtbares Gedenkzeichen in der politisch-symbolischen Mitte der deutschen Hauptstadt. Diese reicht vom Reichstag mit dem sowjetischen Ehrenmal zum Brandenburger Tor mit dem Holocaust-Mahnmal und den Opferdenkmälern im Tiergarten, von den Vertretungen der Bundesländer zu den Mauer-Resten am Potsdamer Platz, vom Bundesrat am Leipziger Platz zum Abgeordnetenhaus, schließlich zur Topographie des Terrors und dem Askanischen Platz mit der Kriegeruine des Anhalter Bahnhof und dem Dokumentationszentrum der deutschen, polnischen und europäischen Geschichte von Flucht und Vertreibung und deren Ursachen und Folgen. Mit einem würdigen Polen-Denkmal am Askanischen Platz würde ein deutschpolnisches Zeichen gesetzt, das Krieg, Vernichtung, Flucht, Vertreibung und Versöhnung in den untrennbaren Zusammenhang von Ursache und Wirkung stellt. So kann auch der Streit um das Dokumentationszentrum beendet werden als Voraussetzung einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Polen in der historischen Aufarbeitung des Krieges und seiner Folgen. Das Ziel einer deutsch-polnischen Aussöhnung vergleichbar der gelungenen deutsch-französischen Freundschaft bleibt bisher unerreicht. Frankreich wurde selbst von der NS-Diktatur noch als Nation respektiert. Polen sollte als Nation vernichtet werden. Nur wenn das nicht vergessen und unser zweiter großer Nachbar Polen heute als Nation in seiner ganzen Würde und Freiheit geachtet wird, kann aus Nachbarschaft Freundschaft werden. Dem gilt es ein Zeichen zu setzen.

Für die Unterzeichner des Aufrufs siehe www.polendenkmal.de/assets/downloads/Polendenkmal/Unterzeichner-Polendenkmal.pdf

Deutsche wollen ein Denkmal für die während des Zweiten Weltkriegs ermordeten Polen errichten

Bartosz T. Wieliński

Das Denkmal soll dort entstehen, wo im November 1940 Joachim von Ribbentrop den sowjetischen Außenminister Wjatscheslaw Molotow in Berlin begrüßte. Wir fordern ein solches Denkmal seit Jahren.

»Gerade habe ich einen weiteren Unterstützer gewonnen. Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr Wolfgang Schneiderhahn hat den Aufruf zum Bau eines Denkmals für die polnischen Kriegsoffer unterzeichnet«, sagt Florian Mausbach. Der 73-jährige Stadtplaner und ehemalige Leiter des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung koordiniert das Projekt. Die Liste der Befürworter eines Denkmals für die polnischen NS-Opfer umfasst mittlerweile mehrere Dutzend bekannter und angesehenere deutscher Politiker jeglicher Couleur, Wissenschaftler und Diplomaten. [...]

Der Aufruf soll den Abgeordneten des Deutschen Bundestags übergeben werden.

Würde Mausbachs Plan Wirklichkeit, entstünde in Berlin nach dem Denkmal für die ermordeten Juden Europas, dem Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen und dem Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma ein viertes großes Denkmal für Opfer des Dritten Reichs. »Mein Sohn arbeitet in Polen. Er hat mich oft gefragt, warum wir in Berlin nicht an die Millionen ermordeter Polen erinnern. Warum wissen wir kaum etwas über die Verbrechen, die Deutsche in Polen begingen? Es ist einfach unsere Pflicht, ein solches Denkmal zu errichten«, betont Mausbach im Gespräch mit dieser Zeitung.

Ich frage: »Wollen Sie das Denkmal nicht vielleicht deshalb errichten, weil die PiS-Regierung Reparationsforderungen an Deutschland stellt?«

Mausbach widerspricht: »Die Debatte über ein Polendenkmal wird seit Jahrzehnten geführt. Deutschland musste dazu heranreifen. Obwohl unbestreitbar die Verschlechterung der Beziehungen zu Polen den Prozess beschleunigt hat.« Er erinnert daran, dass schon der ehemalige Auschwitz-Häftling und polnische Außenminister Władysław Bartoszewski ein Denkmal für die polnischen NS-Opfer gefordert habe. Und fügt an: »Wir sollten das Denkmal auch für uns selbst errichten. Manche AfD-Politiker behaupten, wir könnten auf die Errungenschaften der Wehrmacht stolz sein, und nennen Gedenkorte für Kriegsoffer Denkmäler der Schande. Das Polendenkmal wäre eine klare Absage an ein solches Denken.«

Mausbach hat schon einen passenden Standort gefunden: den Askani-schen Platz im Zentrum Berlins, unmittelbar neben dem Anhalter Bahn-hof. Am 12. November 1940 salutierte hier eine Ehrenkompanie vor Wjat-scheslaw Molotow, dem sowjetischen Außenminister, der mit dem Zug zu Gesprächen über die Aufteilung der Welt eintraf. Ihn empfing sein Amts-kollege Joachim von Ribbentrop. Der im Jahr zuvor von den beiden unter-zeichnete deutsch-russische Nichtangriffspakt markierte den Beginn der Tragödie um Polen und das zwischen Deutschland und der UdSSR aufge-teilte Mitteleuropa. Das Denkmal soll daran erinnern. [...]

Professor Krzysztof Ruchniewicz von der Universität Wrocław gefällt die Idee eines Denkmals für die polnischen Kriegsoffer. Er sagt: »Am erfreulichsten daran ist, dass es sich um eine Bürgerinitiative von Men-schen handelt, die etwas Gutes für Polen tun wollen.«

Ein deutscher Diplomat meint im Gespräch mit dieser Zeitung, vor Mausbach liege noch ein langer Weg: »Die Ausarbeitung des Projekts und die Abstimmung mit den Berliner Behörden wird Jahre dauern. Im Fall des Denkmals für die ermordeten Juden Europas vergingen zwischen dem ersten Aufruf und der feierlichen Einweihung fünfzehn Jahre.« Doch er betont: »Letztlich wurde es gebaut.«

Aus dem Polnischen von Bernhard Hartmann

Rzeczpospolita, 14. November 2017

Eine Chance für ein Denkmal für die polnischen NS-Opfer in Berlin

Piotr Jendroszczyk

Die Erinnerungslandschaft zum Zweiten Weltkrieg in der Hauptstadt Deutschlands könnte um ein Denkmal für die Opfer der Besatzung in Polen bereichert werden.

»Es gibt kaum eine polnische Familie, die nicht betroffen war und ist von der deutschen Besatzungsherrschaft von 1939-1945. In Deutschland ist dieses barbarische Unrecht nur unzureichend bekannt.« So beginnt der Aufruf an den Bundestag und die deutsche Öffentlichkeit zur Errichtung eines Denkmals im Berliner Stadtzentrum, das an die polnischen Opfer der deutschen Besatzung erinnern soll.

Initiator des Aufrufs ist der 73-jährige pensionierte Stadtplaner Florian Mausbach, der 14 Jahre lang das Bundesamt für Bauwesen und Raumplanung leitete. Er war in der Vergangenheit Initiator mehrerer Denkmäler zur Erinnerung an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus.

Das Denkmal soll am Askanischen Platz entstehen – gegenüber dem im Bau befindlichen Zentrum gegen Vertreibungen und neben dem Anhalter Bahnhof. Dort empfing im November 1940 Hitlers Außenminister Joachim von Ribbentrop seinen sowjetischen Amtskollegen Wjatscheslaw Molotow, mit dem er mehr als zwei Jahre zuvor die Teilung der Zweiten Polnischen Republik ausgehandelt hatte.

»Der Platz ist der ideale Standort für ein Denkmal der polnischen Opfer der deutschen Besatzung«, sagte Florian Mausbach dieser Zeitung. In der Nähe befinde sich das Holocaust-Denkmal, ebenfalls nicht weit entfernt lägen das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma, die Gedenksäule für die verfolgten Homosexuellen und das Museum Topographie des Terrors auf dem Terrain der ehemaligen Sitze von Gestapo und SS.

Wie Florian Mausbach versichert, stehen hinter seine Idee keine staatlichen Stellen. Seit einiger Zeit hätten ihn eine Reihe von Personen, vor allem Historiker, angesprochen und eine Initiative zum Gedenken an die polnischen NS-Opfer angeregt. »Ich habe die Sache auch mit meinem in Warschau lebenden Sohn besprochen. In einem gewissen Sinne handelt es sich um unser gemeinsames Projekt«, erklärt Mausbach.

Die Idee eines Polen Denkmals ist nicht ganz neu. Schon vor mehr als einem Jahrzehnt kamen aus den Reihen der in Deutschland lebenden Polen die ersten Vorschläge nach einem Gedenkort für die polnischen NS-Opfer. Vor sechs Jahren formulierte der frühere polnische Außenminister Władysław Bartoszewski das Anliegen im Namen der polnischen Regierung. Der Beauftragte des deutschen Innenministeriums Christoph Bergner versicherte damals, die Bundesregierung werde »den Vorschlag ernsthaft prüfen«.

Doch konkrete Schritte blieben aus. »Als ich das Thema ansprach, sagte man mir, die Initiative in dieser Sache müsse von deutscher Seite kommen«, sagte Botschafter Andrzej Przyłębski gegenüber dieser Zeitung. Hinzu kommt, dass über derartige Gedenkort in Berlin der Bundestag entscheidet. Deshalb ist der aktuelle Aufruf an dieses Gremium adressiert.

»Das deutsche Außenministerium will sich aus der Sache heraushalten. Nicht nur, weil die Initiative zu einer Zeit kommt, in der sich die Beziehungen zu Polen rapide verschlechtern, und die polnische Regierung den Vorstoß als Erfolg ihrer Deutschlandpolitik betrachten könnte. Sondern auch, weil andere Nationen ebenfalls Gedenkort für ihre Opfer einfor-

dern könnten«, sagte ein anonymes Gesprächspartner aus dem Umfeld des deutschen Außenministeriums dieser Zeitung.

Demgegenüber erklärt Dieter Bingen, der Direktor des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt, gegenüber dieser Zeitung: »Weder Russland, die Ukraine oder Weißrussland stellen derartige Forderungen. Abgesehen davon nimmt Polen eine absolute Sonderstellung ein. Es war das erste Opfer der verbrecherischen Vernichtungspolitik des damaligen Deutschlands. Das rechtfertigt die Existenz eines Polendenkmals im Herzen Berlins.«

Im Aufruf wird auf den deutschen Überfall auf Polen als Konsequenz des Ribbentrop-Molotow-Pakts und auf die entsetzlichen Verbrechen verwiesen, denen sechs Millionen polnischer Staatsbürger zum Opfer fielen.

Unser Berliner Gesprächspartner will nicht ausschließen, dass der Bundestag positiv auf den Aufruf zur Errichtung eines Polendenkmals reagiert. Gleichwohl werde es wohl nicht so bald errichtet werden. Um die Errichtung des Holocaust-Denkmal sei fünfzehn Jahre gestritten worden »Es wäre schon ein großer Erfolg, wenn endlich eine ernsthafte Debatte über die polnischen Opfer in der Zeit des Zweiten Weltkriegs geführt würde«, meint einer der Unterzeichner des Aufrufs.

Aus dem Polnischen von Bernhard Hartmann

Gazeta Prawna Codzienna, 15. November 2017

Deutschland: Politiker und Wissenschaft rufen den Bundestag zur Errichtung eines Denkmals für die polnischen NS-Opfer auf

Jacek Lepiarz

Eine Gruppe von deutschen Politikern und Wissenschaftlern hat am Mittwoch den Bundestag aufgerufen, im Zentrum von Berlin ein Denkmal zur Erinnerung an die polnischen Opfer der deutschen Besetzung während des Zweiten Weltkriegs zu errichten. Initiator des Projekts ist der Architekt Florian Mausbach. [...]

Mausbach und die Mitunterzeichner des Aufrufs, darunter die Ex-Bundestagspräsidenten Rita Süßmuth und Wolfgang Thierse, erinnern daran, dass die Errichtung eines Denkmals für die polnischen Opfer der deutschen Besetzung seit Jahren ein gemeinsames Anliegen aller sei, die

sich für die Verständigung und Versöhnung von Deutschen und Polen einsetzen.

Der beste Standort für das Denkmal wäre nach Ansicht der Unterzeichner der Askanische Platz am Anhalter Bahnhof – direkt gegenüber dem derzeit entstehenden Zentrum gegen Vertreibungen. Mit einem Denkmal an dieser Stelle würde, wie es im Aufruf heißt, »ein deutsch-polnisches Zeichen gesetzt, das Krieg, Vernichtung, Flucht, Vertreibung und Versöhnung in den untrennbaren Zusammenhang von Ursache und Wirkung stellt.«

Die Verfasser des Aufrufs betonen, dass wahre Freundschaft zwischen Polen und Deutschen erst möglich sei, wenn Polen »als Nation in seiner ganzen Würde und Freiheit geachtet« werde. [...]

Mausbach geht davon aus, dass sich das im September neugewählte Parlament mit der Realisierung des Projekts befassen wird. »Alles liegt in der Hand des Bundestags«, sagte er der Polnischen Nachrichtenagentur PAP.

Im Herzen Berlins erinnern Denkmäler an die ermordeten Juden, Homosexuellen, Sinti und Roma sowie an die sowjetischen Soldaten. Von einem Denkmal für die polnischen Opfer des Zweiten Weltkriegs ist seit Jahren die Rede, doch keine der bisherigen Initiativen kam über das Stadium erster Debatten hinaus. [...]

Der SPD-Politiker Markus Meckel sagte der PAP, er sei dagegen, jeder einzelnen Nation zu gedenken, die Opfer des Dritten Reiches war. »Wenn wir den Polen ein Denkmal errichten, selbst wenn angesichts von Millionen Opfern nichts dagegen spricht, dann stellt sich das Problem: Warum nicht auch Weißrussen, Ukrainern oder Russen?«

Anstelle eines Denkmals für die polnischen NS-Opfer plädiert Meckel für ein Denkmal, das im Geiste der Parole »Für eure und unsere Freiheit« an den polnischen Beitrag zur Freiheit der Deutschen vom 19. Jahrhundert bis zur Zeit der »Solidarność« erinnere. Ein solches Denkmal könnte seiner Auffassung nach am Ort des DDR-Denkmal im Friedrichshain entstehen. [...]

Aus dem Polnischen von Bernhard Hartmann

Zeit für ein neues Denkmal

Claudia von Salzen

Berlin ist reich an Denkmälern und Museen, an großen und kleinen Erinnerungsorten. Nun möchte eine Initiative auch den polnischen Opfern der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg ein Denkmal setzen, auf dem Askanischen Platz am Anhalter Bahnhof. Ein Polen-Denkmal gibt es bereits im Volkspark Friedrichshain, in der DDR wurde es polnischen Soldaten und deutschen Widerstandskämpfern gewidmet. Jetzt fragen einige, ob ein weiteres Denkmal wirklich sinnvoll sei. Wäre es nicht problematisch, in der Erinnerung an die NS-Opfer ein einzelnes Land hervorzuheben? Wird dadurch die Erinnerungskultur nicht immer weiter fragmentiert und auch noch nach Nationen getrennt? Wäre nicht also ein gemeinsames Denkmal für alle mittel- und osteuropäischen Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik der Sache angemessener?

Einen Ort, an dem aller Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft gedacht werden soll, gibt es in Berlin längst: die Neue Wache. Das Gebäude am Boulevard Unter den Linden zeigt zugleich die Problematik solcher Gedenkort. Denn je allgemeiner sie gehalten sind, je unpersönlicher sie erscheinen, desto stärker verlieren diese Erinnerungsorte an Wirkung – nicht nur für diejenigen, die an einem solchen Ort um ihre ermordeten Angehörigen trauern wollen. Das Ausmaß der nationalsozialistischen Verbrechen wird dort den Betrachtern nur schwer nahegebracht. So ist es kein Zufall, dass es ausgerechnet die kleinen Stolpersteine sind, die bei vielen Menschen großen Eindruck hinterlassen.

Vor einigen Jahren entstand die Idee, einen Gedenkort für alle »Opfer der NS-Lebensraumpolitik« zu schaffen. Denn nicht nur Polen, sondern auch Ukrainer, Russen, Weißrussen, Balten und andere wurden Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik. Für Historiker ist dies die korrekte Perspektive, doch allein schon der Begriff der »NS-Lebensraumpolitik« bleibt ein akademischer. Erst der nähere Blick auf das Geschehen und die Menschen, die es erlitten, macht Geschichte für ein größeres Publikum begreifbar.

Auch für andere Opfergruppen gibt es eigene Denkmale. Neben dem großen Holocaust-Mahnmal im Zentrum Berlins, das an die ermordeten Juden erinnert, sind Denkmale für Sinti und Roma, für verfolgte Homosexuelle und für die Opfer der sogenannten Euthanasie entstanden. Natürlich kann und darf es keinesfalls darum gehen, Opfergruppen gegenein-

ander auszuspielen, Juden gegen Nichtjuden, Polen gegen Russen. Aber ein großes Denkmal für alle würde schlimmstenfalls am Ende keiner Gruppe, keinem Land gerecht. Bis heute wissen die Deutschen ohnehin viel zu wenig über die Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik in Mittel- und Osteuropa. So werden sowjetische Opfer oft gleichgesetzt mit russischen, als hätte es nicht auch in der Ukraine und in Weißrussland unsägliches Leid gegeben.

Es gibt gute Gründe, sich in Deutschland eingehend mit der polnischen Erfahrung zu beschäftigen. Der Angriff auf Polen am 1. September 1939 markierte den Beginn des Zweiten Weltkriegs. Von Anfang an war klar, dass es sich um einen Vernichtungskrieg handelte, der mit der Ermordung der polnischen Intellektuellen begann und mit dem bis heute unfassbaren Massenmord an den Juden in Auschwitz endete. Bis zu sechs Millionen polnische Bürger wurden zwischen 1939 und 1945 getötet, etwa die Hälfte von ihnen waren Juden. Fast jede polnische Familie hat eine Geschichte zu erzählen, die von der Ermordung eines geliebten Menschen handelt, von einem im Krieg zerstörten Dorf oder von der Verschleppung zur Zwangsarbeit.

Trotz der entsetzlichen deutschen Verbrechen in Polen sind Deutsche dort in den vergangenen Jahrzehnten mit offenen Armen und offenen Herzen aufgenommen worden. Das ist das eigentliche Wunder der deutsch-polnischen Aussöhnung. Beschämend ist hingegen, dass den meisten Deutschen ein Land, das nur 80 Kilometer von Berlin entfernt liegt, bis heute viel fremder geblieben ist als Frankreich. Umso wichtiger ist es, dass jetzt der Anstoß zu einem Denkmal für die polnischen Opfer der deutschen Besatzung nicht von der Bundesregierung kommt, sondern aus der deutschen Gesellschaft.

Das deutsch-polnische Verhältnis hat sich drastisch abgekühlt, seit 2015 in Warschau die nationalkonservative Regierung an die Macht kam und im selben Jahr die Bundesregierung grünes Licht für die Aufnahme hunderttausender Flüchtlinge gab. Ein weiteres Argument gegen ein Polen-Denkmal in Berlin lautet, die Initiative komme zum falschen Zeitpunkt. Soll man auf ein Land zugehen, in dem Politiker gerade darüber diskutieren, eine Rechnung mit Reparationsforderungen nach Berlin zu schicken? Diejenigen in Warschau, die von Deutschland ohnehin kaum Gutes erwarten, mutmaßen schon jetzt, mit der Denkmal-Debatte wolle man in Berlin nur vom Thema Reparationen ablenken. Das Misstrauen gegenüber Deutschland sollte aber niemanden an der Umsetzung des Projekts hindern.

Erinnern! Aber woran?

Peter Jahn

Vor 75 Jahren, im Juni 1942, legte Konrad Meyer, Agrarwissenschaftler und SS-Sturmführer, der deutschen Führung wunschgemäß den »Generalplan Ost« vor. Seine Strategie: Die Bevölkerung in Polen und weiten Teilen der Sowjetunion solle getötet oder vertrieben werden (Meyer rechnete mit 30 bis 50 Millionen Menschen), um Platz zu machen für »germanische« Siedler. Die Menschen, deren millionenfachen Tod Meyer plante, um »Lebensraum« für das Deutsche Reich zu schaffen, galten den Nazis als »rassisch minderwertig«, ungeachtet ihrer jeweiligen Nationalität.

Meyer machte den rassistischen Hass gegenüber der Bevölkerung Osteuropas und der Sowjetunion zur Grundlage planmäßigen Handelns. Das andere zentrale Axiom nationalsozialistischer Ideologie, der auf Vernichtung zielende Antisemitismus, hatte zu diesem Zeitpunkt bereits Millionen jüdischer Opfer gefordert. Die Lebensraumideologie und der radikale Antisemitismus ergänzten einander in dem Bestreben, ein deutsches Kolonialreich im Osten Europas zu errichten.

Das Morden hatte dort schon vor dem »Generalplan Ost« begonnen: Vor allem im Westen Polens, der vollständig »germanisiert« werden sollte, hatten die Deutschen seit 1939 Zehntausende Menschen erschossen. Wo immer die Deutschen auf Widerstand stießen, töteten sie die polnische Bevölkerung systematisch. Allein während des Warschauer Aufstands 1944 ermordeten SS-Brigaden zwischen 100 000 und 150 000 unbewaffnete Zivilisten, Millionen weitere erlitten Deportation und KZ-Haft.

Doch die deutsche Vernichtungspolitik gegen die slawische Bevölkerung endete nicht an der Ostgrenze Polens. Sie steigerte sich noch nach dem Überfall auf die Sowjetunion: Drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene wurden erschossen oder kamen durch Hunger ums Leben, eine Million Einwohner Leningrads starben während der Blockade ihrer Stadt. Die Bewohner vieler Städte und ganzer Regionen wurden als »überflüssige Esser« von der Versorgung abgeschnitten und willentlich dem Hungertod preisgegeben. Wie in Polen wurde Partisanenwiderstand mit dem Mord an der Bevölkerung ganzer Landstriche bekämpft. Insgesamt fielen der deutschen Mordpolitik in der Sowjetunion vier bis fünf Millionen Menschen zum Opfer.

Im Jahr 2005 fand die deutsche Schuld an der Vernichtung von sechs Millionen europäischen Juden endlich Anerkennung durch die Errichtung der Gedenkstätte nahe dem Reichstag. Seitdem sind weitere Mahnmale entstan-

den, für ermordete Sinti und Roma, Behinderte und Homosexuelle. Die Mordpolitik gegen die nichtjüdische Bevölkerung Osteuropas aber ist ein Randthema geblieben. Diese Schuld endlich zu thematisieren ist überfällig.

Erste Bemühungen gibt es bereits: Seit 2013 setzt sich eine Gruppe von Wissenschaftlern und Politikern, der auch ich angehöre, dafür ein, den Opfern der »Lebensraumpolitik« mit einem Mahnmal im Berliner Tiergarten zu gedenken. Doch stecken die Pläne seit fast einem Jahr in politischen Grabenkämpfen fest.

Nun hat Mitte November eine andere Initiative vorgeschlagen, ein Denkmal für die polnischen Opfer der deutschen Besatzungsherrschaft in der Hauptstadt zu errichten. Das Denkmal soll am ehemaligen Anhalter Bahnhof gegenüber der geplanten Dauerausstellung Flucht, Vertreibung, Versöhnung stehen. Die prominentesten Unterstützer sind die ehemaligen Bundestagspräsidenten Rita Süßmuth und Wolfgang Thierse, der Direktor der Stiftung Topographie des Terrors Andreas Nachama und der Berliner Erzbischof Heiner Koch.

Angesichts des jahrzehntelangen Verdrängens und Verschweigens ist der erneute Vorstoß, an die Millionen polnischen Opfer zu erinnern, ein Schritt in die richtige Richtung. Und doch gehen die Pläne nicht weit genug: Weder erfassen sie den Kern noch die ganze Dimension der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik. Indem sich die Initiative ausschließlich auf die polnischen Opfer beschränkt, die Opfer in der Sowjetunion aber ausklammert, grenzt sie eine weitere Opfergruppe aus. Denn wir schulden auch jenen Gedenken, die jenseits der polnischen Grenzen von den Nazis als »slawische Untermenschen« verfolgt und ermordet wurden.

Fatal ist auch, dass auf diese Weise die Erinnerung an den nach rassistischen Kriterien verübten Völkermord der Nationalsozialisten nach Staatsangehörigkeiten fragmentiert wird – mit der Folge, dass man separate Gedenkabteilungen entlang heutiger Nationengrenzen schaffen müsste: Armenien, Aserbaidshan, Weißrussland ...

In das Gedenken an die ermordeten Juden wurden aus guten Gründen auch zum Christentum konvertierte Juden, Atheisten und die Kinder jüdischer Väter eingeschlossen, denn die Mörder entschieden anhand der »rassistischen« Zugehörigkeit darüber, wer sterben und wer leben sollte. Nicht anders war ihr Vorgehen in Osteuropa: Polen, Weißrussen, Ukrainer und Russen waren in diesen Kategorien allesamt »minderwertige Slawen«, deren einziges Überlebensrecht in ihrer Nützlichkeit als Sklaven lag. Trennen wir heute diese Opfer nach nationalen Kriterien, würden gewiss nicht überall in Berlin neue Gedenkorte entstehen. Stattdessen würden sich die Entscheidungsträger wohl mit dem Polenendenkmal begnügen. Und genau das darf nicht sein: Anders als die deutsche Mordpolitik, an die wir

doch erinnern müssen, würde unser Gedenken, das bisher nicht über die deutsche Grenze hinauskam, auch künftig an der EU-Ostgrenze enden.

Berliner Zeitung, 23. November 2017

Berlin braucht ein Denkmal für verfolgte und vertriebene Polen

Götz Aly

Repräsentiert von Rita Süßmuth (CDU) und Wolfgang Thierse (SPD) regt eine bürgerliche Initiative an, in Berlin ein Denkmal zu errichten, das den zivilen polnischen Opfern der deutschen Gewaltherrschaft zwischen 1939 und 1945 gewidmet ist. Dieser Vorschlag ist unbedingt zu fördern. Neben den 2,8 Millionen von Deutschen ermordeten polnischen Juden geht es um 2,6 Millionen christliche Polen, weit überwiegend Zivilisten, die infolge des deutschen Terrors verhungerten, zu Tode gefoltert, erschossen oder gehenkt wurden.

Ferner vertrieben Deutsche Hunderttausende Polen aus ihren Heimatorten, um dort Volksdeutsche anzusiedeln. Im besetzten Polen selbst mussten Millionen unter Zwang für die deutsche Kriegs- und Ernährungswirtschaft arbeiten, zudem wurden knapp zwei Millionen Polen und Polinnen, oft in jugendlichem Alter, nach Deutschland verschleppt, um dort vollständig entrechtete Zwangsarbeit zu verrichten. Bei Übertretungen irgendwelcher Anordnungen drohte der Tod; wurden die Geschundenen psychisch krank, verlegte man sie in Mordanstalten der »Euthanasie«; gebaren die Zwangsarbeiterinnen Kinder, ließ man die Säuglinge zu Tausenden verhungern und erfrieren.

Ziel war es, Polen und die polnische Kultur auszulöschen; die Intelligenz des Landes zu ermorden; die Arbeitsfähigen als Sklaven zu benutzen, einen kleineren Teil davon einzudeutschen, die anderen zu sterilisieren oder per »Vernichtung durch Arbeit« auszurotten. Zu den direkten Folgen der deutschen Aggression zählen auch der Hitler-Stalin-Pakt, die Deportationen und Massenmorde im 1939 bis 1941 sowjetisch besetzten früheren Ostpolen, schließlich die von Moskau erzwungene Westverschiebung des Landes 1945 und die kommunistische Herrschaft.

All das spielt im öffentlichen deutschen Gedächtnis eine geringe Rolle. Der 1. September, der Tag des mörderischen Überfalls auf Polen, wird in Deutschland gerne stumpf und dumpf ignoriert. Der häufige Verweis auf

die deutsch-französische Aussöhnung geht fehl. Dem Massaker im französischen Oradour fielen in den letzten Wochen der deutschen Besatzung 642 Menschen zum Opfer.

Solche Gewaltorgien gegen Zivilisten begingen Deutsche in Westeuropa nur sehr selten – in Polen jedoch vom ersten bis zum letzten Kriegstag ununterbrochen. Hinzu kommen die seit 1772 erfolgten Teilungen des Landes, an denen Preußen maßgeblich mitwirkte. Polen war stets Opfer deutscher Aggression; dagegen verlief die deutsch-französische Gewaltgeschichte einigermaßen ausgeglichen, denkt man an Frankreichs Rolle im Dreißigjährigen Krieg, an den Pfälzischen Erbfolgekrieg, die napoleonischen Verwüstungen und an den unglücklichen Frieden von Versailles.

Egal, welche Partei in Warschau regiert: Die deutsche Seite muss versöhnend vorangehen. Angesichts der Vorgeschichte verstehe ich, dass viele Polen heutige flüchtlingspolitische oder rechtsstaatliche Belehrungen Deutschlands befremdlich finden. Und noch etwas: Der vorgeschlagene Ort für das Denkmal vor dem (von Erika Steinbach initiierten) Vertreibungsmuseum wird leicht zum Vorwurf der Aufrechnerei führen.

Zudem liegt er ausgerechnet am Askanischen Platz, der an Eroberer wie Albrecht den Bären erinnert, die vor 900 Jahren die slawischen Regenten Ostelbiens niedermachten und die deutsche Ostkolonisation kriegsrisch vorantrieben.

die tageszeitung, 7. Dezember 2017

Ein Denkmal nur für polnische NS-Opfer? Das wäre ein falsches Signal

Stephan Lehnstaedt

Weit über fünf Millionen Menschen ermordeten die Deutschen im Zweiten Weltkrieg in Polen. Beschämend wenig ist davon in der heutigen deutschen Öffentlichkeit bekannt. Auch deshalb gibt es aktuell die Forderung, in Berlin ein Denkmal für die polnischen Opfer zu errichten.

Dabei wird vergessen, dass für die Mehrheit der ermordeten Polen bereits ein Denkmal existiert – das Holocaust-Mahnmal: Etwa zwei Drittel aller von Deutschen getöteten Polen waren jüdischer Herkunft. Am Berliner Stelenfeld allerdings wollte Präsident Dudas Kabinettschef keinen Kranz niederlegen. Darauf beziehen sich die Befürworter eines neuen

Denkmals: Es gebe keinen Ort des Gedenkens an die polnischen Opfer. Aber waren diese Juden denn keine polnischen Bürger?

Gefordert wird nun ein Denkmal nur für ethnische Polen. Dieses aber stünde für die Aufrechterhaltung des nationalsozialistischen Rassedenkens, was sämtlichen Antisemiten dies- und jenseits der Oder die Freudenstränen ins Gesicht triebe. Das Andenken an die polnischen Juden würde gewissermaßen über die Hintertür geschichtspolitisch »entsorgt«, die Minderheit einmal mehr zu Opfern – und Polen – zweiter Klasse. Ein Denkmal für die »wahren« Polen wäre außerdem eine gefährliche Annäherung an die momentane Diskussionskultur, wonach nur diejenigen das Volk sind, die religiös wie historisch dazugehören und sich nicht von der Mehrheit unterscheiden.

Polen wurden Opfer als Kommunisten und Nationalisten, als Juden, als Katholiken und Protestanten, oder einfach nur, weil sie zur falschen Zeit am falschen Ort waren. Darüber aufzuklären ist von höchster Wichtigkeit. Der Genozid an ethnischen Polen darf dabei aber nicht gegen den Genozid an jüdischen Polen – die Schoah – in Stellung gebracht werden. Es ist deshalb Zeit für ein deutsch-polnisches Museum, am besten in Berlin und in Warschau. Es könnte über die komplexe Vergangenheit aufklären und würde ein Zeichen für Verständigung setzen – und nicht für Nationalismus.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Dezember 2017

Schritt für Schritt

Paul Ingendaay

Zahlreiche Denkmäler erinnern in Berlin an die Opfer des Nationalsozialismus. Doch bis heute fehlt eine Gedenkstätte zu Ehren der polnischen Toten. Ändert sich das nun?

Es gibt nicht viele Podiumsdiskussionen, die heikle politische Befindlichkeiten berühren, aber ohne Missklang enden. Das öffentliche Gespräch über das sogenannte »Polen-Denkmal« in der Berliner Topographie des Terrors war von dieser Art, und das Verdienst gebührt auch dem geschickten Moderator Alfred Eichhorn. Was jetzt folgt, wird ungleich schwieriger. Die Debatte wird mühsam, allein schon durch die eingefrorene deutsch-polnische Gesprächsbeziehung. Dennoch muss sie geführt werden: ernsthaft, respektvoll, ohne Scheu.

Auf dem Tisch liegt der Vorschlag, den der ehemalige Präsident des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung Florian Mausbach angeregt und den eine überparteiliche Initiative mit Wolfgang Thierse (SPD) und Rita Süßmuth (CDU) an der Spitze kürzlich vorgestellt hat: zum Gedenken an die polnischen Opfer der deutschen Besatzung von 1939 bis 1945 ein Denkmal zu errichten, nämlich »in der Mitte Berlins«. Kaum eine polnische Familie, so der Aufruf an den Deutschen Bundestag, sei von der deutschen Besatzungsherrschaft nicht betroffen gewesen. Bis heute sei dieses Unrecht zu wenig bekannt. Die Liste der Unterstützer umfasst Politiker, Historiker und Experten auf dem Gebiet der polnisch-deutschen Beziehungen.

Mausbach verteidigte das Projekt mit Herzblut. Leider war nicht vom geplanten Standort die Rede: auf dem Askanischen Platz, gegenüber dem künftigen Dokumentationszentrum der Bundesstiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung« im Deutschlandhaus. Der dabei entstehende Konflikt zweier Gedenkkomplexe ist durchaus einkalkuliert. Mit einem Denkmal an diesem Ort, heißt es im Aufruf, würde »ein deutsch-polnisches Zeichen gesetzt, das Krieg, Vernichtung, Flucht, Vertreibung und Versöhnung in den untrennbaren Zusammenhang von Ursache und Wirkung stellt«. Man kann jedoch daran zweifeln, dass es sinnvoll ist, neues Gedenken auf ein älteres zu satteln. Konkurrierende Geschichtsbilder wären unvermeidlich.

Peter Jahn, ehemaliger Leiter des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst, hat einen anderen Plan. Er möchte einen Gedenkort für die »Opfer der NS-Lebensraumpolitik«, also eine Erweiterung um die sowjetischen Toten. Sicherlich würde man den Begriff »Lebensraum« im Zusammenhang mit dem deutschen Schuldeingeständnis ungern lesen wollen, aber Jahn berührt einen wichtigen Punkt: Soll Deutschland darüber diskutieren, wie viel (größere? andere?) Berechtigung das Gedenken an polnische Opfer gegenüber denen aus Russland, Weißrussland, der Ukraine oder den baltischen Staaten hat?

Leider kam Pawel Ukielski, der einzige Pole auf dem Podium, nicht ausreichend zu Wort. Der stellvertretende Direktor des Museums Warschauer Aufstand warnte einerseits davor, die Polen in den großen Opfertopf der »Slawen« zu werfen, und sagte andererseits, bei der Konzeption eines Denkmals wünsche Polen gewiss, von den Deutschen einbezogen zu werden. Doch er spreche nicht als Vertreter der polnischen Regierung. Der Aufruf an den Deutschen Bundestag sei ein guter Anfang, und weitere Schritte (jetzt klang es ein wenig nach Warnung) müssten »sehr sorgfältig« überlegt werden. »Ein falscher Schritt« könne der Idee »großen Schaden zufügen«. Man will es gern glauben.

Von der Schwierigkeit, die Opfergruppe genau zu definieren, ohne andere Opfergruppen herabzusetzen, hangelte sich das Gespräch zu der Frage, was

denn gegen ein solches Denkmal spreche. Das war der Augenblick von Uwe Neumärker, dem Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin. Neumärker fand die Debatte zu »täterlastig«. Ein Denkmal solle aufklären? Das könne es nicht. Ein Denkmal sei für das Gedenken da. Er, Neumärker, wisse schon, was geschehen werde, sei das Polen-Denkmal einmal beschlossen: Es kämen die anderen Opfergruppen – Weißrussen, Ukrainer, Litauer, Letten, Esten – durch die Tür, die jetzt »weit offen« stehe, und man hätte ein »nach Nationen getrenntes Gedenken« mit einem Schweif weiterer Gedenkorte. Wer könne das wollen?

Später meldete sich Markus Meckel aus dem Publikum und nahm Neumärkers Gedanken auf. Besser sei es, das Polen-Denkmal dorthin zu stellen, wo es schon sei, nämlich in Friedrichshain. Nur kennt es dort kaum einer. Weil es ein altes DDR-Monument ist, ein Dank an Polen und den antifaschistischen Kampf und all das. Natürlich müsse das Denkmal verändert werden, sagte Meckel, aber die Hauptschrift – »Für eure und unsere Freiheit«, auf Deutsch und Polnisch – sei großartig und verdiene bewahrt zu werden. Es gehe um den polnischen Anteil an der deutschen Freiheitsgeschichte, und das lasse sich bis zum Hambacher Fest zurückverfolgen. Eine schöne Idee, nur eben eine ganz andere als jene, die jetzt dem Deutschen Bundestag vorliegt. Wir werden berichten.

die tageszeitung, 12. Dezember 2017

Alle gehören einbezogen

Katrin Steffen

Polnische Opfer des Nationalsozialismus spielten im deutschen Erinnerungsdiskurs bislang kaum eine Rolle. Eine Diskussion darüber, wie diese Leerstelle gefüllt werden kann, ist sehr zu begrüßen und entspricht ganz den Zielen der Initiative zur Errichtung eines entsprechenden Denkmals. Polemiken bleiben dabei nicht aus. Als solche ist die Meinung Stephan Lehnstaedts in der taz vom 7. Dezember zu verstehen, der behauptet, den Initiatoren ginge es um ein Denkmal »nur für ethnische Polen«.

Dies steht nicht in dem Aufruf, im Gegenteil. Es geht gerade nicht darum, das Andenken an die polnischen Juden geschichtspolitisch zugunsten eines Gedenkens an nichtjüdische Polen zu »entsorgen«, sondern darum, in Deutschland aller Opfer der Besetzung in Polen zu gedenken und das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass dazu auch nichtjüdische Polen gehören.

Ohnehin lassen sich diese Gruppen nicht klar voneinander scheiden, haben sich doch Juden in Polen auch mit Polen identifiziert, sie sind als Polen und als Juden ermordet worden. Es kann kaum eine Aufgabe sein, dies erinnerungspolitisch zu trennen; genauso wenig, wie es eine deutsch-polnische Geschichte ohne jüdische Geschichte geben kann.

Befremdlich mutet es daher an, der Initiative zu unterstellen, sie hätte ein Denkmal für die »wahren« Polen im Sinn. Damit rückt Lehnstaedt den Unterstützerkreis in die Nähe nationalistischer und antisemitischer Kreise in Polen, die eine solche Trennung in »wahre« Polen (sprich: katholische, nationalpolnische, heterosexuelle Männer und Frauen) und die »Anderen« (sprich: Juden, Feminist*innen, Homosexuelle, Linke) vornehmen.

Von solchen Konzepten ist der Unterstützerkreis meilenweit entfernt. Es geht um das überfällige Sprechen über polnische Opfer der nationalsozialistischen Besetzung. Ein Gespräch, das die Opfergruppen nicht voneinander trennt, aber auch die Unterschiede des Verfolgungskontextes nicht vernachlässigt.

Wprost, 20. Dezember 2017

Entsteht in Berlin ein Denkmal zur Erinnerung an die polnischen Opfer des Dritten Reichs?

Maria Kądzielska

Mehr als 80 deutsche Wissenschaftler, Publizisten und Politiker unterzeichneten einen Aufruf zum Bau eines Denkmals für die polnischen NS-Opfer in Berlin, darunter Dr. Heiner Koch, Erzbischof von Berlin, und Rabbiner Andreas Nachama, Direktor der Topographie des Terrors. Ob das Denkmal entsteht, hängt aber vor allem von der laufenden öffentlichen Debatte ab.

Derzeit wird in der deutschen Öffentlichkeit und im Bundestag über den Bau eines Denkmals für die polnischen NS-Opfer im Zentrum Berlins debattiert. Bisher gibt es in der deutschen Hauptstadt abgesehen vom Holocaust-Denkmal kein Denkmal für die Opfer einer konkreten Nationalität. Die Initiatoren des Polendenkmals betonen, dass die Deutschen während des Kriegs mehr als 5 Millionen Polen ermordeten, worüber die deutsche Gesellschaft beschämend wenig wisse. Die Idee eines Polendenkmals wurde am 15. November am Sitz der Bundespressekonferenz von den Ex-Bundestagspräsidenten Rita Süßmuth und Wolfgang Thierse, dem

Direktor des Deutschen Polen-Instituts Dieter Bingen, dem Rabbiner und Direktor des Museums Topographie des Terrors Andreas Nachama sowie dem Stadtplaner Florian Mausbach vorgestellt.

Eine alternative Initiative, die ebenfalls Unterstützer im Parlament findet, propagiert die Errichtung eines gemeinsamen Denkmals für alle slawischen NS-Opfer, Polen ebenso wie Russen, Ukrainer und Weißrussen. »Das ist ein fragmentierter Zugang zur Geschichte. Später kommen dann die Ukrainer mit einem Denkmalprojekt, die einen noch anderen Blick auf die Geschichte haben. Deshalb ist das kein geeigneter Weg«, sagte Peter Jahn, der ehemalige Direktor des deutsch-russischen Museums in Karlshorst, während einer Podiumsdiskussion über das Denkmal im Dokumentationszentrum für Gestapo- und SS-Verbrechen »Topografie des Terrors« in Berlin. Stattdessen solle der polnischen Opfer gemeinsam mit den Angehörigen aller übrigen slawischen Nationen gedacht werden, denn – so Jahn – Hitler habe schließlich alle Slawen töten wollen.

»Ein Denkmal für alle Slawen wäre ein künstliches Konstrukt. Die Befürworter dieser Idee argumentieren mit den von Hitler verwendeten Kategorien und Plänen zur Vernichtung der Slawen im Osten. Ich teile diese These nicht im Geringsten«, kommentierte der Historiker und Vize-Direktor des Museums des Warschauer Aufstands Dr. Paweł Ukielski, der als Vertreter der polnischen Seite an der Diskussion in der »Topografie des Terrors« teilnahm, diese Position im Gespräch mit »Wprost.pl«. [...]

Für Ukielski lautet die Schlüsselfrage, wie das Denkmal aussehen und welche Inschrift es tragen soll. Seiner Ansicht nach müsste es wie andere derartige Formen des Gedenkens mit einem Ort verbunden sein, der gleichzeitig die Geschichte der Opfer erzählt. Alle damit verbundenen Fragen sollten mit polnischen Gedenkinstitutionen konsultiert werden. »Es ist noch vieles offen. Doch die deutsche Initiative wurde in Polen natürlich sehr wohlwollend aufgenommen und auch ich freue mich sehr, dass in Deutschland eine solche Debatte angestoßen wurde. Das bringt viel Gutes für die Erinnerung an die polnischen Opfer und das polnische Leiden während des Zweiten Weltkriegs und rückt auch das Verhältnis zwischen Tätern und Opfern zurecht«, resümierte Dr. Ukielski.

Der Initiator des geforderten Denkmals für die polnischen Opfer des Dritten Reiches, der pensionierte Stadtplaner Florian Mausbach, betonte während der Diskussion in der »Topografie des Terrors«, seine Initiative unterscheide nicht zwischen der Ethnie der Opfer, sondern umfasse alle betroffenen polnischen Staatsbürger. [...]

»Erst seit dem Ende des Kommunismus können die Polen ihre eigene Vision der Geschichte darstellen. Ich denke, die Diskussion um ein Polen-Denkmal bietet die einmalige Gelegenheit, in der deutschen Gesellschaft

eine Auseinandersetzung mit der polnischen Geschichtserfahrung anzustoßen«, sagte der in Warschau lebende deutsche Aktivist Leo Mausbach im Interview mit »Wprost.pl«. »Der polnische Untergrund, die Tragödie des Warschauer Aufstands oder Helden wie Witold Pilecki und Irina Sendler werden immer integraler Bestandteil der polnischen Identität sein. Jeder, dem an der deutsch-polnischen Versöhnung gelegen ist, muss darauf hinarbeiten, den Deutschen das Gewicht dieser Erinnerung für die Polen begreifbar zu machen. Dass in Deutschland ernsthaft über ein gemeinsames Denkmal für polnische und sowjetische NS-Opfer diskutiert wird, belegt eindrücklich den Mangel an Wissen und entsprechender Sensibilität.« [...]

Der Bundestag hat noch nicht endgültig über den Bau eines Polendenkmals entschieden. Alles hängt vom Ergebnis der öffentlichen Debatte ab. »Die deutschen wie die polnischen Mitglieder der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe verfolgen die Initiative mit großem Interesse«, sagte Thomas Nord, der Vorsitzende des gemeinsamen Gremiums von Sejm- und Bundestagsabgeordneten dem Westdeutschen Rundfunk (WDR): »Wir stehen seit längerem im Meinungsaustausch mit den polnischen Kollegen. Das Interesse ist auf beiden Seiten vorhanden, doch bevor es zu parlamentarischen Debatten kommt, sollten wir uns in den Fraktionen über das Konzept eines solchen Denkmals verständigen.«

Aus dem Polnischen von Bernhard Hartmann

Tygodnik Powszechny, 8. Januar 2018

Ein Ort in der Erinnerung

Grzegorz Szymanowski

Eine Gruppe von Deutschen ruft zum Bau eines Denkmals für die polnischen NS-Opfer in Berlin auf. Sie wollen das Wissen ihrer Landsleute über die an Polen begangenen Verbrechen des Dritten Reichs erweitern.

Florian Mausbach merkt vorab an, dass er kein Historiker ist. Doch als Stadtplaner hat er Erfahrung mit der Suche geeigneter Standorte. Sein in Warschau lebender Sohn Leo habe sein Interesse für die polnische Geschichte geweckt. Als ihm daher sein Sohn vor einem Jahr von der Idee erzählte, in Berlin ein Denkmal für die polnischen Opfer der deutschen Besatzung zu errichten, fiel ihm schnell ein passender Ort ein.

Der Askanische Platz – unmittelbar neben der seit Kriegsende unveränderten Ruine des Anhalter Bahnhofs – liegt in der Nähe des Berliner Zentrums. Dort sieht Mausbach, einst langjähriger Leiter des Bundesamts für Bauwesen und Raumplanung, den idealen Ort für das Denkmal, zu dessen Bau Władysław Bartoszewski schon 2013 aufrief. Seitdem kursiert die Idee unter Historikern und anderen Akteuren des deutsch-polnischen Austauschs.

Geht man vom Askanischen Platz Richtung Norden, gelangt man nach einigen hundert Metern zum Potsdamer Platz und dann zum Brandenburger Tor. In dessen Nähe befinden sich heute die wichtigsten Denkmäler für die Opfer des Nationalsozialismus, darunter das 2005 errichtete weitläufige Denkmal für die ermordeten Juden Europas.

»Mein Vorschlag wurde von vielen Historikern gut aufgenommen, also bat mein Sohn mich ein Jahr nach unserem Gespräch, ich solle ihn zu Papier bringen und veröffentlichen«, erzählt Mausbach dem »Tygodnik«.

Unbekanntes Unrecht

»Es gibt kaum eine polnische Familie, die nicht betroffen war und ist von der deutschen Besatzungsherrschaft von 1939–1945. In Deutschland ist dieses barbarische Unrecht nur unzureichend bekannt«, heißt es im ersten Satz des an den Bundestag und die deutsche Öffentlichkeit gerichteten Aufrufs. Die Initiatoren erinnern an das Schicksal Polens im Zweiten Weltkrieg und fragen: »Verdienen diese unsäglich großen Opfer, Leiden und Erniedrigungen der Polen durch die verbrecherische deutsche Besatzung nicht ein eigenes Zeichen des Gedenkens in der Mitte unserer Hauptstadt?«

Der Aufruf wurde von mehr als 80 deutschen Historikern, Politikern, Geistlichen und Kulturschaffenden unterzeichnet, darunter zwei Ex-Bundestagspräsidenten – die Christdemokratin Rita Süßmuth und der Sozialdemokrat Wolfgang Thierse – sowie der Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-polnische Zusammenarbeit Dietmar Woidke, der Erzbischof von Berlin Heiner Koch und der Rabbiner Andreas Nachama, Direktor des Museums Topografie des Terrors (das NS-Verbrechen dokumentiert).

Der Aufruf fand ein breites Medienecho. Auch deshalb, weil sich die offiziellen deutsch-polnischen Beziehungen in den letzten beiden Jahren deutlich verschlechtert haben. In Berlin hört man jene polnischen Stimmen, die von möglichen Reparationsansprüchen an Deutschland sprechen. Die Zeitung »Die Welt« schätzte, angesichts solcher »unverständlicher Forderungen« könne kaum mit der Errichtung des Denkmals gerechnet werden. Der Berliner »Tagesspiegel« hingegen kommentierte, gerade heute sei die Initiative notwendig. Die »FAZ« kritisierte den vorgeschlagenen Standort des Denkmals und wies darauf hin, dass auf der gegenüberliegen-

den Straßenseite das der Vertreibung von Deutschen aus Mitteleuropa nach 1945 gewidmete Dokumentationszentrum der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung entstehe, das in der Vergangenheit für Verstimmungen zwischen Berlin und Warschau sorgte. Die Initiatoren des Projekts sehen freilich gerade darin einen Vorteil des Standorts. Auf diese Weise könne der Streit um das Dokumentationszentrum beendet werden, schreiben sie in ihrem Aufruf an den Bundestag.

In der deutschen Hauptstadt steht zwar schon das Denkmal des polnischen Soldaten und des deutschen Antifaschisten, doch als in den 1970er Jahren in Ostberlin errichtete Huldigung an die, wie es damals hieß, kommunistische »Waffenbruderschaft« passt es nicht in die heutige Zeit und die heutigen Geschichtserzählungen. »Als Denkmal ist es obsolet geworden, und auch von offiziellen Staatsgästen wird es nicht besucht«, sagt der Sprecher der polnischen Botschaft in Berlin, Dariusz Pawłoś. Und fügt hinzu: »Wenn nun die Deutschen selbst die Errichtung eines neuen Denkmals vorschlagen, dann muss man diese notwendige und noble Geste wertschätzen.«

Zwei Initiativen

Eine Diskussion über den Denkmal-Aufruf im Dezember 2017 im Berliner Dokumentationszentrum Topografie des Terrors machte deutlich, dass die Initiatoren noch einen weiten Weg vor sich haben.

Kritiker verweisen darauf, dass die bisher in Berlin errichteten Denkmäler bestimmten Opfergruppen aus verschiedenen Ländern gewidmet seien – Juden, Homosexuellen, Sinti und Roma – statt ethnischen Gruppen aus einzelnen Staaten. Ein Denkmal für die polnischen NS-Opfer wäre ein Präzedenzfall, der neue Diskussionen auslösen könnte – zumal angesichts der Millionen zählenden Opfer des deutschen Terrors auf den Territorien des heutigen Weißrusslands, der Ukraine und Russlands.

Abgesehen davon existiert in Berlin seit 2013 eine Initiative, die den Bau eines Denkmals für alle Opfer der nationalsozialistischen »Lebensraum«-Politik in Osteuropa fordert. Dieser Gedenkort soll im Tiergarten, nicht unweit des Brandenburger Tors, entstehen und sowohl an Polen als auch an Bürger der Sowjetunion erinnern.

Für die Errichtung eines solchen Denkmals kämpft Peter Jahn, Historiker und langjähriger Direktor des Deutsch-Russischen Museums im Berliner Stadtteil Karlshorst. Bei der Debatte in der Topografie des Terrors sagte er, Polen und Sowjetbürger seien neben den Juden die zweite große Gruppe von NS-Opfern gewesen und gemäß der NS-Ideologie vor allem als »slawische Untermenschen« zum Opfer von Repressionen geworden. Ein Denkmal nur für die polnischen Opfer wäre unvollständig, so Jahn.

Jahns Initiative wurde von zahlreichen Berliner Museen und Gedenkstätten unterstützt. Dennoch gelang es in der abgelaufenen Legislaturperiode den Befürwortern in Gesprächen mit den Fraktionen nicht, die Unterstützung der Christdemokraten zu gewinnen. »Wir glauben, dass wir unser Ziel in der kommenden Legislaturperiode erreichen können«, sagen die Organisatoren auf Nachfrage des »Tygodnik Powszechny«.

»Das ist ein völlig falsches Konzept«, sagt dagegen Florian Mausbauch: »Man kann nicht alle NS-Opfer im Osten in einen Topf werfen. Ich denke, es wäre gut, wenn aus Polen deutlicher Protest gegen ein solches Denkmal laut würde.«

Einen ähnlichen Standpunkt vertritt Dariusz Pawłóś von der polnischen Botschaft: »Eine solche Lösung ist eindeutig nicht in unserem Sinne. Die UdSSR und das Dritte Reich haben gemeinsam Polen überfallen und so sein Schicksal besiegelt.«

Die Diskussion scheint sich nun dennoch auf diese beiden Vorschläge zu fokussieren. Das politische Berlin ist zwar seit September 2017 mit der sich hinziehenden Regierungsbildung beschäftigt (ein für die Bundesrepublik einmaliger Fall). Doch Mausbach und seine Mitstreiter haben bereits erste Antworten auf ihren Aufruf erhalten.

Der neue Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) schreibt in einem Brief an die Initiatoren, er sei »sehr offen« für die Idee des Gedenkens an die Opfer der deutschen Besatzung, doch er wolle noch nicht beurteilen, ob ein Denkmal für die polnischen Opfer oder eines für alle Opfer der »Lebensraum«-Politik im Osten die bessere Lösung sei. »Ich bitte um Verständnis dafür, dass ich die Bewertung Ihrer Initiative vorerst der Öffentlichkeit überlasse«, so Schäuble, der kraft seines Amtes in diesem Prozess eine wichtige Rolle spielt.

Wandel im Gedenken

Die Befürworter eines Denkmals für die polnischen NS-Opfer kündigen an, ihre Argumente nun noch aktiver öffentlich vortragen zu wollen. Angesichts zweier konkurrierender Initiativen zum Gedenken an die polnischen Opfer scheint eine solche Debatte unumgänglich.

Auch dem Bau der anderen Denkmäler für NS-Opfer in Berlin gingen solche Debatten voraus. Doch die deutsche Gedenkkultur unterliegt – wie jede andere – zeitbedingten Veränderungen und Neubestimmungen. Woran erinnert werde und woran nicht, hänge auch davon ab, wozu und in welcher Situation die jeweilige Geschichte notwendig sei, schreibt die deutsche Erinnerungsforscherin Aleida Assmann.

»Erst seit den 1980er Jahren wird das Gedenken an die unterschiedlichen NS-Opfergruppen offen thematisiert. Mit der Bildung der rot-grünen

Bundesregierung 1998 wurde es dann gewissermaßen Teil der Staatsideologie, dass wir Deutsche Verantwortung für die eigene Geschichte übernehmen müssen«, sagt Dr. Stefan Heinz von der Freien Universität in Berlin. »Das war aber erst möglich, als die meisten Täter tot waren, weshalb viele von ihnen nicht vor Gericht gestellt wurden.«

Heinz weiter: »Heute verhält es sich genau umgekehrt: Immer mehr Menschen halten die NS-Verbrechen für Ereignisse aus einer fernen Vergangenheit und lehnen neue Denkmäler ab. Aktuell registrieren wir eine wachsende Popularität der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland und eine schwindende Bereitschaft, sich als Gesellschaft mit den NS-Verbrechen auseinanderzusetzen.«

Tatsächlich forderte Anfang 2017 mit Björn Höcke ein führender Politiker der AfD eine »erinnerungspolitische Wende um 180 Grad«. Über das Holocaust-Denkmal sagte er: »Wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.« Der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland verkündete vor den Bundestagswahlen im September, die Deutschen hätten das Recht, auf die Errungenschaften ihrer Soldaten in den beiden Weltkriegen stolz zu sein. Derartige Wortmeldungen sind zwar weiterhin nur Randerscheinungen in der Debatte, doch die AfD erhielt bei der letzten Bundestagswahl mehr als zwölf Prozent der Stimmen und ist nun dritte Kraft im Parlament.

Der Historiker Stefan Heinz hält ein Denkmal für die polnischen Opfer für eine gute Idee, betont aber auch: »Ein Denkmal allein wird das gesellschaftliche Bewusstsein nicht verändern. Wir müssen dafür sorgen, dass die Erinnerung im Alltag lebendig bleibt. Damit sich die Geschichte nicht wiederholt, ist es von zentraler Bedeutung, Wissen an die junge Generation zu vermitteln.« Noch immer, so Heinz, wüssten nur wenige Deutsche, dass das Dritte Reich und die Sowjetunion Polen gemeinsam angegriffen und in den ersten beiden Kriegsjahren untereinander aufgeteilt haben.

Mit dem Rücken zu Polen

Auch Florian Mausbach hatte während der Diskussion in der Topografie des Terrors nichts dagegen, das Denkmal mit einer Ausstellung und einem Bildungsprogramm für Jugendliche zu verbinden. Diese Frage sei noch ebenso offen wie die Konzeption und der Entwurf des Denkmals. Mausbach räumte ein, auch er habe sein Wissen über die Geschichte Polens im Verlauf der Arbeit an dem Aufruf korrigiert.

Er sagt: »Wir Deutschen stehen immer noch mit dem Rücken zu Polen. Italien, Frankreich oder Großbritannien kennen wir gut, doch wir wissen zu wenig über die Länder östlich von uns.«

Und er fügt hinzu: »Jahrzehntlang lebten wir in Nachbarschaft zum sogenannten ›Ostblock«, und der ist noch immer in unseren Köpfen präsent. Ich wünschte, wir wüssten mehr über diese Staaten und die Unterschiede zwischen ihnen.«

Aus dem Polnischen von Bernhard Hartmann

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. März 2018

Es gibt keine Opfer zweiter Klasse

Krzysztof Ruchniewicz

Der Zweite Weltkrieg spielt in Polen trotz der seither verstrichenen Zeit immer noch eine große Rolle. Das zeigt die derzeitige emotionale Debatte über das Gesetz, in dem die polnische Beteiligung am Krieg und ihre Wahrnehmung im Ausland thematisiert werden. Und auch in anderen Ländern ist der Krieg noch gegenwärtig. Seine Spuren sind auch im Stadtbild Berlins immer noch sichtbar. Es geht nicht primär um die Ruinenreste oder Baulücken, die nach der Entfernung der zerstörten Häuser entstanden sind. Diese sind in den vergangenen Jahrzehnten fast völlig verschwunden, denn an ihrer Stelle wurden moderne Gebäude mit unterschiedlicher Nutzung gebaut. Ich denke hier vor allem an die Spuren und Zeichen, die an deutsche Verbrechen, an die rassistische Politik der Auslöschung von ganzen Bevölkerungsgruppen oder gar Nationen erinnern. Im Zentrum der Stadt befinden sich bereits einige Objekte dieser Art, allen voran das monumentale Mahnmal für die ermordeten Juden Europas.

Mehr als achtzig namhafte Persönlichkeiten, darunter die früheren Bundestagspräsidenten Rita Süßmuth und Wolfgang Thierse, haben im November einen von dem Architekten Florian Mausbach initiierten Aufruf an den Deutschen Bundestag unterzeichnet, ein weiteres Denkmal zu errichten: für die polnischen Bürger, die Opfer der deutschen Aggression während des Zweiten Weltkrieges wurden. Entstehen soll das Denkmal nach Vorstellung der Initiatoren im Zentrum Berlins, auf dem Askanienschen Platz vor der Ruine des Anhalter Bahnhofs.

Diese Platzierung ist nicht zufällig gewählt: In Sichtweite befindet sich das Deutschlandhaus, der Sitz der Bundesstiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung«. In unmittelbarer Nähe sind auch andere wichtige Einrichtungen und Denkmäler von Symbolcharakter wie die Topographie des

Terrors und das Holocaustmahnmal. Nach Meinung des Initiators Mausbach würde mit einem Polen-Denkmal an diesem Ort »ein deutsch-polnisches Zeichen gesetzt, das Krieg, Vernichtung, Flucht, Vertreibung und Versöhnung in den untrennbaren Zusammenhang von Ursache und Wirkung stellt«.

In Polen wandten die Deutschen vom ersten Tag des Krieges an einen bis dahin nicht gekannten Terror gegen die Zivilbevölkerung an. Neben der Ermordung eines Großteils der polnischen Juden wurde auch gegenüber der restlichen Bevölkerung Polens eine erbarmungslose Politik der Vernichtung und Ausbeutung betrieben. Der Zweite Weltkrieg war in Polen vom ersten bis zum letzten Tag ein Vernichtungskrieg. Die Bevölkerungsverluste Polens während des gesamten Krieges betragen fast sechs Millionen Bürger, die Hälfte von ihnen waren polnische Juden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg stand die Erinnerung an die polnischen Opfer des deutschen Besatzungsterrors in beiden deutschen Staaten lange Jahre nicht auf der Tagesordnung. Schließlich war es die DDR, die sich auf ihre spezifisch ideologische Art und Weise damit zu befassen begann. Im Volkspark des Berliner Stadtteiles Friedrichshain wurde 1972 feierlich ein »Denkmal des polnischen Soldaten und deutschen Antifaschisten« enthüllt. Es bestand aus verschiedenen Symbolen: einem Marmorrelief mit Rotarmisten, polnischen Soldaten und verbündeten deutschen Antifaschisten, aus einem Betonmast mit den Staatswappen der DDR und der Volksrepublik Polen sowie aus einer langen Mauer mit der Inschrift »Für eure und unsere Freiheit« in deutscher und polnischer Sprache.

Auf Initiative der polnischen Botschaft in Berlin wurden 1995 zusätzliche Tafeln angebracht, die den historischen Entstehungskontext des Denkmals erläuterten und weitere Informationen über den polnischen Beitrag zur Niederwerfung des »Dritten Reiches« ergänzten – erstaunlicherweise nicht nur in deutscher und polnischer, sondern auch in russischer Sprache. Dergestalt entstand ein widersprüchliches Gedenkensemble, ein interessantes Zeugnis des Mäanderns der Geschichtspolitik vor und nach 1989. Allerdings entspricht es nicht den heutigen Erwartungen an ein würdiges Gedenken an die polnischen Opfer des Nationalsozialismus, auch nicht an die Erinnerung an die Leistungen des deutsch-polnischen Versöhnungsprozesses.

Markus Meckel, Bürgerrechtler und letzter Außenminister der DDR in der demokratisch gewählten Regierung De Maizière, hat eine Umgestaltung dieses Denkmals vorgeschlagen. Ausgangspunkt dafür soll die Inschrift »Für eure und unsere Freiheit« sein. Das Ziel soll die Darstellung der Bedeutung und des Anteils Polens an der deutschen Freiheitsgeschichte sein. Das ist ein wichtiges Thema, es führt meiner Meinung nach

zu keinem deutsch-polnischen Diskurs. Zudem steht vor dem Reichstag schon ein Fragment der Mauer der Danziger Leninwerft, der Geburtsstätte der Solidarność. Es gibt keinen besseren symbolischen Erinnerungsort als diesen, um den polnischen Beitrag zur Erlangung der Freiheit durch die Deutschen zu verdeutlichen. Aber soll der Schlüssel zur Verbesserung unserer Beziehungen tatsächlich die Diskussion über die gemeinsame Freiheitsgeschichte sein? Denn Kontakte der antikommunistischen Oppositionen in Polen und der DDR gab es kaum, sie beschränkten sich auf Einzelpersonen.

Der Vorschlag eines neuen Denkmals für die polnischen Kriegsoffer hat ein breites Echo hervorgerufen – auch Kritik. Nach Meinung eines Teils der Kritiker ist es unangebracht, ein Denkmal speziell für die polnischen Opfer zu errichten. Man solle vielmehr an sämtliche Opfer der nationalsozialistischen Aggression in der Osthälfte Europas erinnern. Hier tut sich ein Dilemma auf, denn dem deutsch-sowjetischen Krieg der Jahre 1941 bis 1945 ging die einvernehmliche Teilung Polens zwischen NS-Deutschland und der Sowjetunion samt abgestimmter Okkupationspolitik (und Lieferung kriegswichtiger Güter aus der Sowjetunion an das Deutsche Reich) voraus.

Aus polnischer Sicht war der Besatzungsterror im sowjetisch okkupierten Osten des Landes genauso brutal wie derjenige im deutsch besetzten Teil. Auf Befehl Stalins wurden 21 000 Polen vom NKWD erschossen, mehr als 300 000 polnische Bürger ins Innere der Sowjetunion deportiert und etwa 100 000 verhaftet. Mit anderen Worten: Bezüglich der zwei Jahre von 1939 bis 1941 geht es aus polnischer Sicht um zweierlei Opferkategorien – solche des NS-Besatzungsterrors und solche der sowjetische Okkupationsgreuel. Der deutsche Angriffskrieg gegen die Sowjetunion der Jahre 1941 bis 1945 war ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die multiethnische Rote Armee hat den Nationalsozialismus besiegt und Berlin, »die Höhle der faschistischen Bestie«, erobert. Die veränderte öffentliche Wahrnehmung der Rolle der versunkenen UdSSR ändert daran nichts.

Andere Kritiker wiesen darauf hin, dass es für den Großteil der ermordeten Polen mit dem Holocaust-Denkmal bereits einen Gedenkort gibt. Die Forderung nach einem separaten Denkmal für die ethnisch polnischen Opfer würde die Rassenideologie der Nazis wieder zur Geltung bringen und damit die polnischen Juden abermals zu Polen »zweiter Klasse« degradieren. Es sollte auf keinen Fall in Frage gestellt werden, dass aller polnischen Opfer ohne Unterschied von Herkunft und Glauben zu gedenken ist. So sieht es der Aufruf auch vor. Doch dieser Kritik kann man entgegen, dass die polnische Herkunft der Opfer im Schatten des Holocausts verschwindet, dass bisher Polen Opfer »zweiter Klasse« sind.

Vielleicht sollte man sich – neben dem Gedenken – auch auf das Erinnern konzentrieren. Das Erinnern hängt mit der Überwindung der bösen historischen Vergangenheit zusammen. Einen unbeteiligten Beobachter der deutsch-polnischen Beziehungen kann der allgemeine Mangel an Erinnerungsorten für das »Wunder der Versöhnung« in Deutschland überraschen. In Warschau wurde vor einigen Jahren eine Gedenktafel für den Kniefall des Kanzlers Willy Brandt errichtet, der auch Namenspatron einer Schule in Warschau und eines Forschungsinstituts in Breslau ist. Und ebenfalls in Breslau wurde ein Denkmal für Erzbischof Bolesław Kominek errichtet, den Verfasser des bekannten Versöhnungsbriefes an seine deutschen Amtsbrüder vom November 1965. Es gibt in Deutschland keine symbolischen Orte dieser Art.

Man sollte daher die Idee von Florian Mausbach um die Erinnerung an Persönlichkeiten erweitern, die – der deutschen Verbrechen eingedenk und oft selbst davon betroffen – die Hand zur Versöhnung ausgestreckt haben. Es waren diese Menschen, die die Grundlagen für die gutnachbarlichen deutsch-polnischen Beziehungen nach 1989 geschaffen haben. Heute geht es nicht nur um das Gedenken an eine Gruppe von Opfern, sondern darum, zu zeigen, wie nach vielen Jahrzehnten der Feindseligkeit und des Hasses, diesem deutsch-polnischen »Fatalismus der Feindschaft«, eine normale Freundschaft und gute Nachbarschaft möglich wurden.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. April 2018

Ein Denkmal gegen die Bequemlichkeit

Dieter Bingen

Der Aufruf zur Errichtung eines Denkmals für die polnischen Opfer der deutschen Besatzung 1939 bis 1945 in der Mitte Berlins ist aus einer bürgerschaftlichen Initiative entstanden, die ein sichtbares Zeichen setzen will für etwas, was sich in Berlin nirgendwo an einem öffentlichen Ort des Gedenkens widerspiegelt: die deutsche Vernichtungs- und Versklavungspolitik in Polen. Die nahm ihren Anfang mit dem Einmarsch der Wehrmacht am 1. September 1939 – unmittelbar nach dem Abschluss des Molotow-Ribbentrop-Pakts mit dem Geheimen Zusatzabkommen zur Aufteilung Polens zwischen Deutschland und der Sowjetunion vom 23. August 1939. Die Kumpanei der Nachbarn im Westen und im Osten zwischen 1939 und 1941 ist in der polnischen Erinnerung allgegenwärtig.

tig. Sie darf aber nicht ablenken von unserer deutschen historischen Verantwortung.

Vom ersten Tag an war die deutsche Besatzungspolitik von massiven Kriegsverbrechen begleitet. Massenerschießungen von Kriegsgefangenen und Zivilisten, die gezielte Ermordung Zehntausender Angehöriger der polnischen Eliten durch Einsatzkommandos, die Zerstörung Hunderter polnischer Städte und Dörfer durch die deutsche Wehrmacht folgten. Der Warthegau wurde zum Experimentierfeld für Umsiedlungen nach rassistischen Prinzipien. Millionen polnischer Frauen und Männer wurden zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich verschleppt. Allein im Warschauer Aufstand 1944 verloren bis zu 200 000 Polen, vor allem Zivilisten, junge Menschen – die Zukunft Polens – ihr Leben. Schließlich waren es nach beinahe sechs Jahren deutscher Besatzung fast sechs Millionen polnische Bürger, darunter allein drei Millionen polnische Juden. Das überfallene Polen wurde zum ersten Experimentierfeld der menschenverachtenden nationalsozialistischen Tötungs- und Unterwerfungsmaschinerie, die später im gesamten europäischen Osten in Gang gesetzt wurde.

Für die allgemein menschenfeindliche deutsche Besatzungspolitik in Polen, dazu den Raub beziehungsweise die gezielte Vernichtung von polnischen Kunstschatzen und anderen materiellen Zeugnissen einer tausendjährigen Geschichte, fehlt nicht nur ein öffentlicher Ort des Gedenkens. Im Unterschied zum Holocaust gibt es auch kaum Wissen darüber in breiten Schichten der deutschen Gesellschaft. So füllt das geforderte Denkmal mit seiner Symbolik exemplarisch diese Wahrnehmungslücke in der deutschen Erinnerungskultur, kann aber nicht die bisher vernachlässigte Aufklärung in Medien, Öffentlichkeit und Bildungspolitik ersetzen.

Eine bisher wenig beachtete Begründung für ein besonderes Polen-Denkmal soll hier genannt werden. Die Nationalsozialisten haben den industriell organisierten Massenmord an den europäischen Juden überwiegend auf polnischem Boden begangen. In den vergangenen Wochen war deutlich zu sehen, welche großen Belastungen daraus für das Verhältnis von Juden und Polen entstanden sind. Indem es seine schlimmsten Verbrechen im besetzten Polen begangen hat, hat das nationalsozialistische Deutschland einen schweren Ballast auf den Schultern der Polen abgelegt. Auch darin haftet den deutsch-polnischen Beziehungen etwas Einmaliges an – und dem deutschen Handeln etwas exzeptionell Böses. Damit wurde ein großer Teil der Last der bis heute andauernden »Bewältigung« des Holocaust auf polnische Erde »ausgelagert«. Die Folgen dieser Stigmatisierung sind bekannt und in diesen Tagen in buchstäblich aller Welt Munde.

Ein Polen-Denkmal in der Mitte Berlins soll ein Ort der Erinnerung an alle verfolgten, gedemütigten, ermordeten Bürger Polens sein, dessen

Errichtung die Initiatoren des Aufrufs nicht von tagespolitischen Opportunitäten oder der Bewertung der aktuellen polnischen Geschichtspolitik abhängig gemacht sehen wollen. Es würde in Polen nicht nur auf Unverständnis, sondern zu Recht auf einhellige Ablehnung von der Rechten bis zur Linken und Generationen übergreifend stoßen, wenn des Schicksals von Polen im Zweiten Weltkrieg nicht gesondert gedacht würde, sondern es in einem Gedenken deutscher »Lebensraumpolitik« im Osten aufgehen würde. Gerade in der heutigen politisch angespannten bilateralen Situation kann das Polen-Denkmal eine unschätzbare Brückenfunktion übernehmen. Es handelt sich vielleicht um das einzige erinnerungspolitische Projekt, das die gesellschaftlichen und politischen Kräfte sowohl in Deutschland als auch in Polen vereinen kann. Ein sichtbares Zeichen, das in Polen unabhängig von politischen Orientierungen und Generationen spontan auf Zustimmung stoßen würde. Darauf weisen die ersten Stimmen aus unterschiedlichen politischen »Lagern« in Polen hin, wo das Projekt bereits positive Aufmerksamkeit erfährt.

TVP.info, 17. April 2018

Quelle: PAP

Deutsche wollen ein Denkmal für die polnischen Opfer des Zweiten Weltkriegs

»Indem es seine schlimmsten Verbrechen im besetzten Polen begangen hat, hat das nationalsozialistische Deutschland einen schweren Ballast auf den Schultern der Polen abgelegt. [...] Ein Denkmal für die polnischen Opfer des Zweiten Weltkriegs in Berlin würde an die Besatzungspolitik des Dritten Reichs in Polen erinnern, eine Wahrnehmungslücke in der deutschen Erinnerungskultur schließen und als Brücke zwischen beiden Ländern dienen«, sagt der Direktor des Deutschen Polen-Instituts.

Das Denkmalprojekt entstand auf Initiative deutscher Bürger, die »ein sichtbares Zeichen setzen [wollen] für etwas, was sich in Berlin nirgendwo an einem Ort des öffentlichen Gedenkens widerspiegelt: die deutsche Vernichtungs- und Versklavungspolitik in Polen.« Das schreibt der Direktor des Deutschen Polen-Instituts (DPI) Dieter Bingen in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«.

Bingen betont: »Das überfallene Polen wurde zum ersten Experimentierfeld der menschenverachtenden nationalsozialistischen Tötungs- und

Unterwerfungsmaschinerie, die später im gesamten europäischen Osten in Gang gesetzt wurde.«

Der DPI-Direktor, einer der Mitinitiatoren des Projekts, konstatiert, im Unterschied zum Holocaust gebe es »kaum Wissen [...] in breiten Schichten der deutschen Gesellschaft« über die katastrophalen Folgen der NS-Besatzungspolitik in Polen. [...]

Der DPI-Direktor betont, die Idee zu einem Denkmal für die polnischen NS-Opfer dürfe weder von der aktuellen bilateralen Situation zwischen Polen und Deutschland noch von der Geschichtspolitik der gegenwärtigen Warschauer Regierung abhängig gemacht werden.

Bis jetzt ist offen, wann das Denkmal für die polnischen Opfer errichtet werden könnte. Die Initiatoren des Aufrufs argumentieren, der in diesem Jahr anstehende 80. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs sei ein gutes Datum für die Präsentation eines konkreten Entwurfs oder die Grundsteinlegung. Der Bundestag hat in dieser Frage bislang noch keine Stellung bezogen.

Aus dem Polnischen von Bernhard Hartmann

Posen (Poznań), 21. April 2018

Brief an die Initiatoren des Baus eines Denkmals für die polnischen Opfer der Zweiten Weltkriegs in Berlin

Mit Wohlwollen und Genugtuung begrüßen wir die zivilgesellschaftliche Initiative zum Bau eines Denkmals für die polnischen Opfer der deutschen Besatzung im Zentrum Berlins.

Polen hatte die tragischsten Konsequenzen der Verbrechen des von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkriegs zu tragen – sowohl hinsichtlich der Todesopfer und materiellen Zerstörungen als auch in kultureller Hinsicht. Diese Verluste hemmten auf viele Jahre die Entwicklung unseres Landes.

Im Kriegsverlauf kam etwa ein Fünftel der Bewohner Polens ums Leben, die unwiederbringlichen materiellen Verluste waren enorm, sie überstiegen 40 Prozent des Werts des polnischen Nationalvermögens vor dem Krieg. Zwei Fünftel der Kulturgüter Polens wurden völlig zerstört und Polen verlor nach dem Krieg einen bedeutenden Teil seines Territoriums.

Diese Tatsachen drückten der Geschichte unseres Landes einen entsetzlichen Stempel auf und bilden bis heute eine tiefe Wunde im Bewusstsein vieler unserer Landsleute und beeinflussen die Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern.

Gleichzeitig ist in vielen Ländern auf der ganzen Welt das Wissen über die polnischen Verluste und Leiden unzureichend. Mehr noch, es gibt Versuche, den Polen die Schuld an den deutschen Verbrechen des Zweiten Weltkriegs oder dem Holocaust anzulasten.

Angesichts dessen halten wir die von deutschen Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Wissenschaft unternommene zivilgesellschaftliche Initiative zum Bau eines Denkmals für die polnischen Opfer der deutschen Besetzung im Zentrum Berlins für wertvoll und notwendig.

Wir begreifen diese Initiative als Ehrbezeugung gegenüber den Millionen unschuldigen polnischen Opfern des Zweiten Weltkriegs, als sichtbaren Beweis für die Bereitschaft zum ehrlichen Gespräch über die deutsche Verantwortung für die Verbrechen des Zweiten Weltkriegs, aber auch als Basis für eine auf der historischen Wahrheit gründende freundschaftliche Partnerschaft zwischen unseren Ländern.

Im Namen der Mitglieder des Akademischen Bürgerklubs (Akademicki Klub Obywatelski, AKO) in Posen:

Prof. Dr. Stanisław Mikołajczak – Vorsitzender

Prof. Dr. Stefan Zawadzki – stellvertretender Vorsitzender

Priester Prof. Dr. Paweł Bortkiewicz – Seelsorger des AKO Poznań

sowie die Vorstandsmitglieder: [...]

im Namen der Mitglieder der Klubs AKO in Warschau, Krakau, Lodz, Kattowitz, Lublin, Danzig (Gdańsk) und Thorn (Toruń)

Aus dem Polnischen von Bernhard Hartmann

Allgemeine Zeitung, 5. Mai 2018

Emphathie, kein Schuld kult

Andreas Rödder

Noch ein Denkmal deutscher Schuld in Berlin? Diesmal geht es um die polnischen Opfer der deutschen Besetzung zwischen 1939 und 1945. Ist es

nicht irgendwann zu viel, Berlin und das Land mit Denkmälern deutscher Schande zuzustellen? Und ist es nicht peinlich, historische Schuld bürokratisch getrennt nach Opfergruppen zu erinnern: Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle, Polen – eine nach der anderen? Und was Polen betrifft: Ist es nicht gerade die Regierung dieses Landes, die Gesetze gegen die Erinnerung eigener historischer Verstrickungen erlässt?

Ja: Die deutsche Schuldkultur hat sich verselbstständigt, bis zum selbstgerechten Sühnestolz. Ja: Die deutsche Erinnerung wird, typisch deutsch, penibel systematisch. Und, ja: In Polen geschieht gerade das Gegenteil von offener Aufarbeitung der Vergangenheit.

Und trotzdem bin ich für ein Denkmal. Aus Gründen der Empathie. Denn Empathie füreinander, das ist es, was Europa am dringendsten braucht.

Polen und Balten – sie waren die größten Verlierer des 20. Jahrhunderts. Nach dem Ersten Weltkrieg gewannen sie ihre staatliche Unabhängigkeit. Zwanzig Jahre später wurden sie zum Opfer des Hitler-Stalin-Pakts, der sie zur Beute Deutschlands und Russlands machte. Nirgends wütete der Zweite Weltkrieg schlimmer als in dieser Region. Die deutsche Besatzungsherrschaft behandelte die Polen als Untermenschen und brachte massenhaften Tod. Hier errichteten die Deutschen ihre Vernichtungslager, in denen die europäischen Juden ermordet wurden. Und von Osten her wurde Polen zum Opfer der sowjetischen Herrschaft, die nach 1945 andauerte.

Während die Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg die historische Versöhnung mit Frankreich ins Werk setzte, stand das Verhältnis zu Polen stets im Schatten des Ost-West-Konflikts – bis hin zu Fragen der Reparationen und der Wiedergutmachungen. Erst nach 1990 wurde die Entschädigung der polnischen Zwangsarbeiter zum Thema. Zugleich setzte sich das wiedervereinigte Deutschland für die Aufnahme Polens in die Europäische Union ein, was den Deutschen dort im Übrigen bis heute hoch angerechnet wird.

Was aber nie wirklich zusammenkam, waren die unterschiedlichen Perspektiven, die unterschiedlichen Erfahrungen und Erzählungen beider Länder. Zum Beispiel zur Frage der deutsch-polnischen Grenze und der Abtrennung der deutschen Ostgebiete 1945: Was die Deutschen als historische Amputation ihres Landes und als Verlust der Heimat betrachteten, galt den Polen als Ausgleich für die Gebiete, die sie an die Sowjetunion verloren hatten, als gerechte Strafe für ihre deutschen Unterdrücker und als Garant für ihre Sicherheit vor Deutschland. Oder die Sprache: Was die Deutschen als »Vertreibung« bezeichnen, nennen die Polen »Ausweisung«. Sie sagen, dass die deutsche Sicht nur das Leid der Vertriebenen auf ihrer Flucht im Blick habe, die parallelen Todesmärsche der Gefangenen aus den deutschen Lagern aber ausblende. Und Recht, ja: Recht haben sie alle.

Deshalb bringt es nichts, gegenseitig aufzurechnen. Was allein hilft, ist Verständnis für die Sicht der anderen: Warum denken sie so, wie sie es tun? Und es ist allemal besser, bei sich selbst anzufangen als dies zuerst von den anderen zu fordern. Für die Deutschen heißt das, sich klar zu machen: Die kollektive polnische Erinnerung ist von der Erfahrung geprägt, dass sie seit den polnischen Teilungen im 18. Jahrhundert wiederholt zum Opfer der Deutschen wurden. Auch wenn sich dies zu einem Komplex verselbstständigt hat, der mit den Realitäten zuweilen arg freihändig umgeht, und wie auch immer Polen sich verhalten – die Deutschen tun gut daran, die Erfahrungen und die Perspektive ihrer östlichen Nachbarn ernst zu nehmen und ihnen mit offenem Herzen entgegenzugehen.

Dann können sie auch der eigenen Vergangenheit unbefangener gedenken, einschließlich der Vertreibung der Deutschen nach 1945. Und daher wäre es eine große Geste, die polnischen Opfer in das öffentliche Bewusstsein Deutschlands zu stellen. Mit einem Denkmal. Nicht als Schuldkult, sondern aus Empathie.

Dzieje.pl, 14. Juni 2018

Ein Denkmal für die polnischen NS-Opfer in Berlin schlüge eine Brücke zwischen Polen und Deutschland

Dieter Bingen

»Der Bau des Denkmals wäre ein Symbol für den Bewusstseinswandel in Deutschland und für die Anerkennung Polens als Opfers des Zweiten Weltkriegs. Wir wollen die polnischen Opfer nicht nach ethnischen und religiösen Kriterien kategorisieren«, sagt Dieter Bingen vom Deutschen Polen-Institut in Darmstadt im PAP-Gespräch, einer der Initiatoren des Projekts eines Denkmals für die polnischen Opfer des Zweiten Weltkriegs in Berlin. [...]

PAP: In Deutschland gibt es das Projekt eines Denkmals für die Opfer der deutschen »Lebensraum«-Politik. Sie sehen das kritisch und sagen, die polnischen Opfer des Zweiten Weltkriegs verdienen ein eigenes Denkmal in Berlin ...

Dieter Bingen: Ja, denn ein Denkmal für die Opfer der »Lebensraum«-Politik spiegelt letztlich die rassistische deutsche Vorstellung vom wei-

ten, grauen slawischen Osten als Expansionsraum. Doch im Osten gab es nicht »deutschen Lebensraum«, sondern Völker und Kulturen. Ein solches Denkmal würde eine Opfergemeinschaft symbolisieren, die so nie existierte. Dagegen ist die Initiative zum Bau für die polnischen NS-Opfer das Resultat eines Bewusstseinswandels der Deutschen und der Anerkennung der Subjekthaftigkeit Polens.

Für die Deutschen ist Polen inzwischen der wichtigste Partner im Osten – analog zur Bedeutung Frankreichs im Westen Europas. Das ist etwas ganz Neues in der politischen Kultur Deutschlands. Vor 1945 hat die deutsche Intelligenz Polen als Objekt betrachtet. Es war kein Subjekt, nicht einmal Gegner. Russland weckte Faszination, Polen wurde marginalisiert. Erst die totale Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg hat den Bewusstseinswandel ermöglicht. Auch die schon ab Mitte der 1950er sichtbare Offenheit für die polnische Kultur hat dazu beigetragen. Später folgten der Brief der polnischen Bischöfe, die Politik Willy Brandts und andere wichtige Impulse. Unsere Initiative ist eine Konsequenz dieses Prozesses.

Sie soll auch bezeugen, dass Polen ab September 1939 das erste Opfer des Dritten Reichs war. Die verbrecherische Politik Deutschlands begann im besetzten Polen. Der Bau dieses Denkmals wäre also ein Symbol für den Bewusstseinswandel in Deutschland und die Anerkennung Polens als Opfer des Zweiten Weltkriegs. Wir wollen die polnischen Opfer nicht nach ethnischen und religiösen Kriterien kategorisieren. Sie alle wurden als Bürger Polens zu Opfern der verbrecherischen deutschen Politik, die auf die Zerstörung des polnischen Nationalwesens und der Kultur abzielte. Aber natürlich ist das Denkmal kein Ersatz für historische Bildung.

Wir müssen Entscheidungsträger und Politiker von unserem Vorschlag überzeugen. Wir müssen erklären, warum dieses Denkmal unverzichtbar ist. Unsere Initiative muss von der Öffentlichkeit akzeptiert und von der Gesellschaft mitgetragen werden. Die Entscheidung über den Bau sollte der Bundestag treffen. Die Initiatoren des Denkmalprojekts wären sehr glücklich, wenn bis zum 1. September 2019, dem 80. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs, die politische Zustimmung zum Bau des Denkmals vorläge.

Aus polnischer Sicht scheint das ein fernes Datum, aber in Deutschland sind Denkmal-Debatten wesentlich schwieriger als in Polen. Das ist eine Folge der zwölf NS-Jahre und des Kommunismus in der DDR. Dieses Denkmal wäre das erste derartige Denkmal in Berlin. Es wäre ein großes Symbol, zumal es nach dem Plan der Initiatoren mitten in Berlin, am Askanischen Platz, in der Nähe zu anderen Denkmälern und Gedenkortern stehen soll.

Das Denkmal würde die polnischen NS-Opfer ehren und eine wichtige Brücke von Deutschland nach Polen schlagen. Es kann auf breite öffentliche Zustimmung in beiden Ländern hoffen. Die Projektinitiatoren sind überzeugt, dass die polnische Öffentlichkeit das Denkmal über politische und Generationsgrenzen hinweg als aufrichtiges und wichtiges Symbol des deutschen Gedenkens an die polnischen Opfer der NS-Besatzung wahrnehmen wird.

Das Gespräch führte Michał Szukała (PAP).

Aus dem Polnischen von Bernhard Hartmann

Der Tagesspiegel, 2. August 2018

Die Nachbarn verstehen lernen

Stephan Lehnstaedt

Berlin debattiert zurzeit über ein Denkmal für die im Zweiten Weltkrieg ermordeten Polen. Die Befürworter wollen damit an die rund fünfzehn Millionen polnischen Staatsbürger erinnern, die Opfer der Deutschen wurden. Der Vorstoß deutscher Polenforscher will außerdem die seitdem stattgefundene Aussöhnung zwischen den beiden Ländern loben.

Doch jenseits aller Probleme bei der Zwangsvergemeinschaftung jüdischer und nicht jüdischer Polen ignoriert der Vorschlag eine zentrale Tatsache: die mangelnde Kenntnis und das geringe Interesse der Deutschen an ihrem Nachbarland. Laut einer aktuellen Umfrage waren zwei Drittel der Deutschen noch nie in Polen, und nur 29 Prozent empfinden Sympathie für die Nachbarn.

Ähnlich schlecht ist es um das Wissen über Polens Schicksal unter deutscher Herrschaft bestellt. Der Überfall 1939, der Massenmord und die Zerstörung des Landes haben sich tief ins historische Gedächtnis unserer Nachbarn eingegraben. Die genozidalen Verbrechen der Deutschen sind deshalb trotz bemerkenswerter Schritte der Annäherung nach wie vor ein wichtiges Thema für Politik und Gesellschaft – freilich nur jenseits der Oder, nicht bei uns.

Dieser Zustand ist Schulen und Gedenkstätten geschuldet, die ihren Fokus auf den Holocaust legen. Dafür gibt es gute Gründe, doch das darf nicht zur Folge haben, dass andere zentrale Aspekte der deutschen Gewaltgeschichte

unberücksichtigt bleiben. Und wo diese auf wenig Aufmerksamkeit stoßen, fällt die so viel längere deutsch-polnische Geschichte vollkommen dem Vergessen anheim. Das herausragende deutsch-polnische Geschichtsbuch, selbst ein Zeichen für die Versöhnung der beiden Länder, findet wegen überwiegend national ausgerichteter Lehrpläne nahezu keine Verwendung.

Diese Befunde sind ein Armutszeugnis erster Güte – auch für die Bemühungen um gegenseitige Annäherung. Die Initiatoren des Denkmals schließen deshalb zuvorderst von sich selbst auf andere. Sie setzen ihr eigenes Engagement und ihr Wissen mit einem gesellschaftlichen Zustand gleich, den es schlicht nicht gibt. Auf diese Weise würde das Denkmal, so ehrenwert die dahinter stehenden Absichten auch sind, zu einer inhaltsleeren Hülle ohne Relevanz. Und mehr noch: Anstatt das Wissen über den Partner zu vergrößern, das Verständnis füreinander zu erhöhen, die kritische Reflexion der gemeinsamen Geschichte zu stimulieren und die Verbrechen des Krieges in einen breiten Kontext einzuordnen, fördert es einmal mehr die gefürchtete Schlussstrichmentalität. Polen als Thema wäre damit auf Jahre hinaus gewissermaßen abgehakt.

Um wie viel größer wäre die Ausstrahlungskraft eines polnisch-deutschen Museums! Schon rein symbolisch wäre es ein Zeichen dafür, dass Polen die gleiche Hochachtung erfährt wie Russland, denn in Berlin-Karlshorst gibt es bereits eine eindrucksvolle Gedenkstätte, die sich den deutschen Verbrechen in der Sowjetunion widmet. Ein Museum steht auch für die tatsächliche materielle Wertschätzung und bietet ganz andere, zugleich umfassende und differenzierte Bildungsmöglichkeiten, die den besonderen Beziehungen der beiden Nachbarn Rechnung tragen können. Das geeignete Vorbild hierfür wäre das »Polin«-Museum in Warschau, das höchst avanciert die jüdisch-polnische Geschichte zeigt und als schwierige, aber durchaus erfolgreiche Beziehung charakterisiert.

Als ein binationales Projekt mit Wissenschaftlern und Kuratoren aus beiden Ländern wäre sogar ein Doppelmuseum mit je einem Haus in Berlin und in Warschau denkbar – und besonders reizvoll. Die Verbrechen aus den Jahren nach 1939 ließen sich in vielfältigen Kooperation erzählen, etwa mit dem Museum des Warschauer Aufstands, dem des Zweiten Weltkriegs in Danzig oder in Berlin mit der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, deren Ausrichtung inzwischen auch bei offiziellen polnischen Stellen auf Zustimmung trifft. Hier ginge es nicht nur um Faktenvermittlung, sondern auch um Perzeptionen und Deutungen auf beiden Seiten der Oder.

Das schließt explizit die Positionen und Sichtweisen der deutschlandkritischen polnischen Regierungspartei PiS ein. In deren Kreisen gilt das vorgeschlagene Denkmal einerseits als Schritt in die richtige Richtung, andererseits als Ablenkungsversuch der Deutschen vom unangenehmen Thema

der Reparationen. Derartige Aufladungen werden sich nie vermeiden lassen, aber ein Museum böte in diesem Fall den Raum, um die komplexe Gemengelage von deutschen Zerstörungen und Massenmord, verweiger-ten Zahlungen, dem polnischen Gewinn Pommerns, der Neumark und Schlesiens einerseits und dem Verlust östlicher Gebiete zwischen Wilna und Lemberg andererseits sowie zwischenstaatlicher Verzichtserklärungen durch mehrere Nachkriegsregierungen auszuleuchten.

Was hier nur angedeutet werden kann, ließe sich etwa im Rahmen einer Wechselausstellung multiperspektivisch darstellen – und gerade diese Vielschichtigkeit ist vonnöten. Beide Länder nehmen sich gegenseitig oft ein-dimensional wahr und ignorieren, dass es sich um lebendige Gesellschaften mit vielerlei Strömungen und Sichtweisen handelt. Nicht zuletzt rekurriert die PiS auf breite Wählerschichten, deren Anliegen und Motivationen hierzulande wenig bekannt sind. Diese zur Kenntnis zu nehmen, wäre ein wichtiger Schritt hin zu gegenseitigem Verständnis – und ist nicht mit der Übernahme dieser Positionen zu verwechseln. Aber Kooperation darf sich nicht nur auf genehme Partner beschränken. Das gilt natürlich für beide Seiten, und auch deshalb wäre ein Museum als Institution ein Ort des Austausches und des Dialogs.

Eine solche Einrichtung kann und muss deshalb den breiten Kontext bieten. Sie muss über die Teilungen Polens im 18. Jahrhundert informieren, die als ein Verbrechen an der polnischen Nation gelten, obwohl es damals noch gar kein Nationsverständnis gab. Sie muss von Migrationsbewegungen aus Deutschland erzählen, von der mittelalterlichen Ostsiedlung bis hin zum Generalplan Ost der Nationalsozialisten – und nuanciert über wahrgenommene Kontinuitäten und tatsächliche Unterschiede aufklären. Sie muss über die deutsche Begeisterung für den polnischen Novemberaufstand 1830/31 berichten, aber auch über den Unwillen der Frankfurter Nationalversammlung 1848, polnische Territorien nicht ins Reich einzugliedern. Und sie muss ausführlich auf das 20. Jahrhundert eingehen, von der vergleichsweise milden Besatzung im Ersten Weltkrieg, die den Grundstein für die polnische Staatlichkeit 1918 legte, bis hin zur Solidarnosc als Katalysator für den Zusammenbruch des Ostblocks.

Das Museum könnte sogar über weite Strecken ein positives Narrativ erzählen: So beschlossen 1453 die Danziger Stadtväter, dem polnischen König zu huldigen, weil sie nicht mehr unter der Herrschaft des Deutschen Ordens stehen wollten. 1697 wählte der polnische Sejm, das Parlament aller Adligen des Landes, den Wettiner August den Starken zum König. Zwei friedliche Herrschaftswchsel, beide Male ökonomisch motiviert. Als im 17. und 18. Jahrhundert Zehntausende Deutsche an der Weichsel oder in Wolhynien siedelten, taten sie es auf Einladung der pol-

nischen Herrscher. Und als im 19. Jahrhundert eine noch größere Anzahl von Polen ins Ruhrgebiet ging, um dort im Bergbau tätig zu werden, waren sie ebenfalls gefragte Arbeitskräfte.

Wie die Demoskopie zeigt, haben die Deutschen heutzutage viel Kredit in Polen. Wir werden von unseren Nachbarn mehr geschätzt, als wir sie schätzen. Das ist angesichts dieser Geschichte durchaus erstaunlich und nicht selbstverständlich. Doch dieser Normalisierung von polnischer Seite steht hierzulande viel Ignoranz und Unwissen gegenüber. Aber Polen ist ein zu wichtiger Partner und Freund, um ihm mit Geringschätzung zu begegnen.

Es ist eine ganz besondere Beziehung, und das nicht nur, weil Polinnen zahlenmäßig seit einigen Jahren bereits in der Statistik binationaler Ehen in Deutschland an der Spitze stehen. Sie ist seit Hunderten Jahren gewachsen, sie hat Höhen und Tiefen erlebt, und sie findet ihren Ausdruck auf vielen Ebenen, wirtschaftlich, persönlich, intellektuell, künstlerisch und politisch. Sie verdient mehr als nur ein Denkmal. Es ist höchste Zeit für ein polnisch-deutsches Museum, das die Geschichte einer lebendigen Beziehung vermittelt, Sichtweisen erklärt und das gegenseitige Verständnis zweier befreundeter Gesellschaften verstärkt.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. August 2018

Alle Toten verdienen denselben Respekt

Martin Aust

Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD aus dem März 2018 heißt es: »Bisher weniger beachtete Opfergruppen des Nationalsozialismus wollen wir anerkennen und ihre Geschichte aufarbeiten. Wir stärken in der Hauptstadt das Gedenken an die Opfer des deutschen Vernichtungskrieges im Osten im Dialog mit den osteuropäischen Nachbarn.« Diese Absichtserklärung trägt einer Leerstelle in der Topographie des Gedenkens in der Mitte Berlins Rechnung. Nachdem 2005 das Denkmal für die ermordeten Juden Europas vollendet worden war, sind weitere Denkmäler zum Gedenken an Opfer nationalsozialistischer Vernichtung entstanden: das Denkmal für die verfolgten Homosexuellen, das Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma sowie der Gedenk- und Informationsort für die Opfer der »Euthanasie«-Morde. Es fehlt die sichtbare Erinnerung an die osteuropäischen Opfer des deutschen Vernichtungskriegs. Polen hatte sechs Millionen Tote zu beklagen, die Sowjetunion circa 27 Millionen.

Hinter der Formulierung aus dem Koalitionsvertrag verbergen sich schwerwiegende Erinnerungskontroversen. Aktuell liegen drei Vorschläge vor. 2013 hat Peter Jahn, bis 2006 Direktor des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst, die Initiative Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik ins Leben gerufen. Sie will die Berliner Gedenktopographie um einen Ort zu erweitern, an dem der Opfer deutscher Lebensraum- und Vernichtungspolitik in Polen und in der Sowjetunion gedacht werden soll. 2017 schlug Florian Mausbach, ehemals Präsident des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, vor, auf dem Askanischen Platz ein Denkmal für die ermordeten Polen zu errichten.

Es würde auch einen Kontrapunkt zum gegenüber im Aufbau befindlichen Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung im Deutschlandhaus bilden. Ebenfalls 2017 rief bei einer Anhörung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Bundestag der Historiker Timothy Snyder dazu auf, in der deutschen Erinnerung an die Opfer des Zweiten Weltkriegs im östlichen Europa die Ukrainer an die erste Stelle zu setzen, da die Ukraine das Hauptkriegsziel Hitlers gewesen sei und die Ukrainer die meisten Opfer zu beklagen hätten (siehe dazu kritisch meinen Beitrag in der F.A.Z. vom 4. Dezember 2017).

Den Aufruf von Florian Mausbach für ein Denkmal für die ermordeten Polen habe ich 2017 auch unterschrieben. Es ist auf alle Fälle richtig, dass die deutschen Verbrechen an Polen im Zweiten Weltkrieg in der deutschen Öffentlichkeit nicht hinlänglich bekannt sind und ein sichtbares Zeichen der Erinnerung in Berlin verdient haben. Ebenfalls überzeugt der Vorschlag, dieses Zeichen im Berliner Stadtraum gegenüber der Stiftung Flucht, Vertreibung und Versöhnung zu setzen. Die Wahl dieses Ortes erinnert an einen unhintergehbaren Kausalzusammenhang: Der deutsche Vernichtungskrieg im Osten schuf die Situation, in der Deutsche schließlich aus dem östlichen Europa vertrieben worden sind.

Doch gibt es auch gewichtige kritische Fragen an die Initiative für ein Denkmal, das exklusiv der polnischen Opfer gedenkt. Es würde unweigerlich zu einer Nationalisierung des Gedenkens führen und damit zu einer Kaskade von nationalisierten Opferkonkurrenzen. Steht ein Denkmal für die polnischen Opfer, werden Russen, Belarussen und Ukrainer zu Recht fragen, wann und wo Denkmäler für ihre Opfer aufgestellt werden. Einen Verweis auf die Ehrenmale für die Rote Armee und Rotarmisten in Berlin im Treptower Park und im Tiergarten werden sie kaum akzeptieren. Diese Ehrenmale bedienen die Monumentalität der offiziellen sowjetischen Erinnerung an den Großen Vaterländischen Krieg, nicht jedoch die Trauer um Opfer von Kriegsverbrechen. Putins Annexion der Krim und der verdeckte Krieg Russlands im Donbass entziehen zudem sowje-

tischen Erinnerungsorten die Möglichkeit, als geteilte Orte für Ukrainer und Russen zu dienen.

Der Imperativ, mit Partnern in Osteuropa dialogisch zu erinnern, stößt hier gleich an mehrere Grenzen. Wohin der Blick sich wendet, fällt er auf nationalistische Inanspruchnahmen der Vergangenheit. Soll der Dialog auf höchster politischer Ebene mit den Präsidenten und Regierungschefs Polens, der Ukraine, Belarus und Russlands erfolgen? Welche Signale würde ein Bild aussenden, das sich am Vorbild von Kohl und Mitterrand orientierte und Merkel und Putin Hand in Hand an einem Erinnerungsort zeigte? Wissenschaftler aus allen fraglichen Ländern stehen zwar mit Kollegen in Deutschland in regem Austausch, jedoch zumeist in bilateralen Zusammenhängen, in denen die Implikationen für Dritte, die in die fragliche Geschichte involviert waren, ausgeblendet werden.

Blieben für den angestrebten Dialog die Gesellschaften. Die gesellschaftliche Verständigung ist so begrüßenswert wie kompliziert. In der polnischen Gesellschaft stehen sich exklusiv nationale Positionen und europäisch kontextualisierte Erinnerungen gegenüber. In der Ukraine stellt sich die Frage, ob es rechten nationalen Kräften gelingen wird, der Erinnerungskultur ihren Stempel aufzudrücken oder ob sich eine Erinnerungskultur etablieren kann, die ukrainische, sowjetische und europäische Bezüge aufgreift. In Russland laviert Putin zwischen der Pflege sowjetischer Größe, russischem Patriotismus und der Anknüpfung an gesellschaftliche Erinnerungsinitiativen, die auf das Gedenken der Opfer des Stalinismus und des Weltkriegs zielen.

Die Suche nach einem Denkmal, das die Leerstelle der Erinnerung an den Vernichtungskrieg im östlichen Europa füllt, erfolgt auf einem Feld, auf dem vier Beschreibungen zueinander in ein Verhältnis treten. Es handelt sich erstens um die Fremdbeschreibung der Opfer durch die deutschen Täter, zweitens um die Selbstbeschreibungen der Opfer, drittens um die Erinnerungssprache der Nachfahren der Opfer und viertens um die Kennzeichnungen, die eine deutsche Erinnerungskultur wählt, um die Beschreibungen der ersten drei Punkte aufeinander zu beziehen. Im Fall des Holocaust-Mahnmals ist dies verhältnismäßig eindeutig: Die Nationalsozialisten kündigten an, Juden zu vernichten, und setzten dies in die Tat um. Die Nachfahren der Opfer gedenken ihrer als Juden. Hier liegt eine Identität der Begriffe vor, die zu keinem Erinnerungskonflikt führt. Im Fall des deutschen Vernichtungskriegs in Polen und der Sowjetunion ist dies anders. Die deutschen Täter sprachen von Polen, in der Regel stellvertretend für alle Sowjetmenschen von Russen und Bolschewisten, bisweilen von Ukrainern und manchmal von Sowjets.

Die Selbstbeschreibungen von Menschen aus Polen und der Sowjetunion, die den Krieg erleben mussten, sind in einigen Fällen eindeutig in

ihrer nationalen Selbstbeschreibung, in anderen Fällen multipel. Exemplarisch für die polnische Selbstbeschreibung stehen die Kriegserinnerungen von Karolina Lanckorońska, die 1939 als Dozentin für Kunstgeschichte an der Universität Lwów (bis 1918 Lemberg, heute ukrainisch Lviv) tätig war. Sie hat sich im polnischen Widerstand engagiert und dokumentiert in ihren Memoiren eine polnische nationale Identifikation. Facettenreicher wird die Einschätzung bei einem Opfer deutscher Vernichtung wie Majer Bałaban.

Wie kein zweiter Historiker der Zeit zwischen den Weltkriegen steht er für eine jüdische Polonität, deren Vergangenheit er in seinen wissenschaftlichen Arbeiten ausgeleuchtet hat. Wie sollen wir die literarische Erinnerungsarbeit Vasilij Grossmans, der als sowjetischer Kriegsberichterstatter am Zweiten Weltkrieg teilnahm, in gängige Schemata von Identifikationen einordnen? Grossman wurde in der Ukraine in einer jüdischen Familie geboren, er war Sowjetbürger und schrieb auf Russisch. Den jüdischen und sowjetischen Opfern des Holocaust, und des Vernichtungskriegs hat er in seinem Epos »Leben und Schicksal« ein literarisches Denkmal gesetzt, das in der Sowjetunion erst 1988 erscheinen durfte.

Noch komplizierter wird es, wenn wir den Blick auf die Selbstbeschreibungen und aktuellen Geschichtspolitikern der Nachfahren der Opfer des deutschen Vernichtungskriegs richten. Hier treffen wir auf eine Vielzahl von Erinnerungskonflikten. Im Warschauer Museum, das an den Aufstand von 1944 erinnert, wie auch im Film »Miasto 44« begegnet uns ein polnischer Patriotismus, der hinter dem Kampf für die Nation ein Ausrufezeichen setzt, das den Blick auf Kontexte entweder reduziert oder ausblendet. Paweł Machcewicz's ursprüngliche Konzeption des Weltkriegsmuseums in Gdańsk, das die Warschauer Regierung momentan revidiert, wie auch der Film »Róża«, der von den Masuren 1945 erzählt, erhellen eine polnische Weltkriegserinnerung, die in europäischen Zusammenhängen steht und die Problematiken von Krieg und Nationsbildung in ihre Erzählung integriert.

Dieser Vielstimmigkeit steht eine polnische Geschichtsgesetzgebung gegenüber, die sich aufschwingt, die Interpretation der Vergangenheit juristisch zu regeln. Noch weiter gehen die Geschichtsgesetze in der Ukraine, welche die sowjetischen Bezüge ukrainischer Vergangenheit kriminalisieren, die Kollaboration im Holocaust und die ukrainischen Massaker an Polen 1943/44 jedoch verschweigen und die Ukrainer exklusiv entweder als Opfer oder Helden erinnert wissen möchten. Ähnliche Erinnerungsprozesse laufen in den baltischen Staaten ab. Da es estnische und lettische Waffen-SS-Verbände gab, werden Kollaborateure des deutschen Vernichtungskriegs als Widerstandskämpfer gegen die Sowjetunion erinnert.

Diametral entgegengesetzt sind geschichtspolitische Äußerungen von Regierungsvertretern in Russland und der Ukraine. Während die offizi-

elle russische Darstellung 2014 die Annexion der Krim mit einem Rückblick auf die Befreiung der Krim 1944 grell als abermalige Verteidigung der Halbinsel vor dem Faschismus darstellte, führte der ukrainische Präsident Poroschenko am Unabhängigkeitstag der Ukraine, dem 24. August 2017, aus, die russische Aggression im Donbass 2014 habe die Ukraine ebenso überraschend getroffen wie der deutsche Angriff 1941.

Auf diesem schwierigen erinnerungskulturellen Feld sollte die deutsche Suche nach Dialogpartnern sich nicht von kurzfristigen politischen Erwägungen, sondern von langfristigen Überlegungen leiten lassen. Die Geschichte enger deutscher Verhältnisse zu mehreren Ländern und Gesellschaften im östlichen Europa bemisst sich nach Jahrhunderten – und sie lässt sich kaum in bilaterale Verhältnisse aufspalten, ohne Auswirkungen auf die Beziehungen zu Dritten zu haben.

Aus Sicht der Osteuropäischen Geschichte als Disziplin, die sowohl die Beziehungsgeschichten mehrerer Nationen im östlichen Europa zueinander als auch zu Deutschland betrachtet, ist es unbedingt geboten, den Ruf nach einem Denkmal für die Opfer deutscher Vernichtungspolitik im östlichen Europa zu unterstützen. Die Sensibilität der Disziplin für multilaterale Verflechtungen legt jedoch große Vorsicht vor einer Nationalisierung von Erinnerung nahe, die einen Dominoeffekt von Erinnerungskonflikten auszulösen verspricht. Genau dieser Fall träte mit einem Denkmal für die ermordeten Polen ein. Selbstverständlich soll der polnischen Opfer gedacht werden. Doch gibt es gute Gründe, dieses Gedenken in einer Form aufzuheben, die den gesamten Komplex von deutscher Vernichtung im östlichen Europa von 1939 bis 1945 in den Blick nimmt. Dies spricht für ein Denkmal für alle Opfer des deutschen Vernichtungskriegs im östlichen Europa – am Askanischen Platz, in Sichtweite des Dokumentationszentrums der Stiftung Flucht, Vertreibung und Versöhnung.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. September 2018

Dieses Denkmal bauen wir ja nicht für uns selbst

Jochen Böhler

An einem angemessenen Gedenken an die Opfer deutscher Verbrechen in Osteuropa zwischen 1939 und 1945 scheiden sich die Geister. Der Bonner Osteuropa-Historiker Martin Aust, vormalig Unterstützer eines Hauptstadtdenkmals für die Opfer, die Krieg und Besatzung in Polen gefordert

haben, plädierte unlängst an dieser Stelle unter dem Titel »Alle Toten verdienen denselben Respekt« (F.A.Z. vom 27. August) stattdessen für ein Denkmal aller Opfer des deutschen Vernichtungskrieges. Doch hat ein »Polen-Denkmal« die besseren Argumente auf seiner Seite, ein »Denkmal für alle« dagegen einen entscheidenden Webfehler. Das Wichtigste zuerst: Dass alle Toten den gleichen Respekt verdienen, ist eine Auffassung, die selbstverständlich die Anhänger beider Initiativen teilen. Entscheidend ist aber: Soll ein Denkmal für die Opfer deutscher Kriegs- und Besatzungsverbrechen in Osteuropa ausschließlich an ein deutsches Publikum gerichtet sein, oder sollten wir dabei mitberücksichtigen, welche Gefühle es bei den wenigen heute noch lebenden Zeitzeugen und den unzähligen Familien derjenigen hervorrufen wird, denen es eigentlich gewidmet ist?

Um diese mit einem Denkmal in Berlin nicht vor den Kopf zu stoßen, bedarf es eines differenzierten Ansatzes. Die Opfer von NS-Vernichtungskrieg und -politik im Osten Europas dürfen nicht über einen Kamm geschoren werden. Das Schicksal der Bevölkerung eines der ehemals deutsch besetzten Länder, wie etwa des tausendjährigen direkten Nachbarn, als Adressat des Gedenkens lässt sich gerade noch mit den begrenzten Möglichkeiten eines Denkmals darstellen. Alles, was darüber hinausgeht, muss an inneren Widersprüchen und Reduzierungen scheitern und wird daher in seiner ungewollten Anonymität oder Diffusität »des Ostens« weder von deutschen Schulklassen noch von Überlebenden und Nachkommen aus unseren östlichen Nachbarländern verstanden und angenommen werden.

Wir Deutschen würden wieder auf unsere traditionellen Denkmuster vom weiten, ja unheimlichen »Osten« Europas hereinfallen. Wir hätten immer noch nicht verstanden, dass es diesen Osten gar nicht gibt. Deshalb ist es richtig, was im Koalitionsvertrag steht: »Wir stärken in der Hauptstadt das Gedenken an die Opfer des deutschen Vernichtungskrieges im Osten im Dialog mit den osteuropäischen Nachbarn.« Bei diesen wird sich keine Gruppierung finden, die sich als Opfer »im Osten« ohne nähere Spezifizierung angesprochen fühlt. Gerade ein grenzübergreifendes Verstehen sollte uns aber in diesem Zusammenhang unbedingt am Herzen liegen.

Und deshalb ist das angestrebte »Polen-Denkmal« auch ein Denkmal für die Menschen, die im Land Polen unter deutscher Besatzung lebten und litten. Bei Gesprächspartnern in Deutschland begegnet mir immer wieder (unabhängig von Bildungsstand und Parteibuch) weitgehende Unkenntnis darüber, was die deutsche Besatzung für die Zivilbevölkerung Vorkriegspolens, -litauens, -weißrusslands und so weiter konkret bedeutet hat – im Alltagsleben, aber auch in letzter grausamer Konsequenz im Sterben. Und bei meinen Gesprächspartnern in Polen – da finden sich Opfer der deut-

schen Besatzung buchstäblich in jeder Familie – herrscht (ebenfalls unabhängig von der politischen Orientierung) eine tiefe Enttäuschung, oft gar Verbitterung eben genau darüber.

Von Kollegen weiß ich, dass sich diese Konstellation in jedem anderen ehemals besetzten Land in Osteuropa genau so wiederfindet. Polen als Deutschlands in dieser Hinsicht größtem »unbekanntem« Nachbarn und Hauptschauplatz der Schoa kommt aber eine besondere Bedeutung zu. Es kann uns nicht gleichgültig sein, dass direkt neben uns fast vierzig Millionen (und unter uns etwa zwei Millionen) Menschen leben, mit denen uns eine dermaßen komplizierte und belastete Geschichte verbindet, über deren Realität bis 1945 und Bedeutung seit 1945 der Durchschnittsbürger hierzulande aber so gut wie nichts weiß. Ein »Polen-Denkmal« würde hier ein Zeichen setzen und zugleich unbedingt notwendige Aufklärungsarbeit anstoßen und zum Nachdenken anregen. Kritiker werfen den Initiatoren eines »Polen-Denkmal« vor, das Tor zu einer »Nationalisierung des Opferdiskurses« zu öffnen. Das Gegenteil ist der Fall: Aust selbst weist zu Recht darauf hin, dass Länder wie Polen ethnische Schmelztiegel waren. Die Initiative will nicht ethnischer Polen, sondern der Bürger der Zweiten Polnischen Republik – zu denen zählten 1939 eben unter anderen auch Juden und Ukrainer – gedenken, die den Deutschen während des Zweiten Weltkrieges auf unterschiedliche Art zum Opfer fielen. Indem man Staatsbürgerschaft statt ethnischer Zuordnung zum Kriterium macht, leistet man also nicht einer unseligen »Opferkonkurrenz« (ein furchtbares Wort) Vorschub – man vermeidet sie.

Auch wird gerne – wie von Aust – mit der tagesaktuellen nationalen Geschichtspolitik in Ländern wie Russland, der Ukraine oder Polen argumentiert, der man mit einem »Länder-Denkmal« angeblich Vorschub leisten würde. Wir sollten aber bedenken, dass generationelle Erfahrungen – und Denkmäler – eine längere Haltbarkeit haben als Legislaturperioden. Den Opferdiskurs innerhalb der ehemals besetzten Länder sollten wir als Land der ehemaligen Täter deren Gesellschaften heute – respektvoll – selbst überlassen. Wir »europäisieren« ihn jedenfalls nicht durch ein »Denkmal für alle« in Berlin.

Respekt für alle Opfer heißt daher nicht automatisch ein Gedenkort oder ein Denkmal für alle Opfer. Ich bin mir sicher: Die Bürger keines ehemals deutsch besetzten Landes im Osten oder Westen Europas würden sich durch ein Denkmal geachtet fühlen, das dessen Geschichte im Zweiten Weltkrieg und somit dessen Opfern nicht gerecht wird. Ostpolen war von 1939 an, Litauen, Estland und Lettland waren von 1940 an von der Sowjetunion brutal besetzt, deren Bürger dann wiederum selbst von 1941 an – wie der Westen der Tschechoslowakei und Polens schon von 1939

an – Opfer der deutschen Besatzungs- und Vernichtungspolitik in Ost- und Südosteuropa wurden.

Diese komplizierte Konstellation wirft die Frage nach dem Wechsel der Sowjetunion von der Täter- auf die Opferseite auf, der sich in einem »Denkmal für alle« nicht gebührend abbilden lässt: Wie soll man der Opfer in den zuerst sowjetisch besetzten Ländern gemeinsam mit den Opfern deutscher Verbrechen in der Sowjetunion angemessen gedenken, ohne das Andenken Ersterer zu beschädigen und somit Millionen unserer Nachbarn vor den Kopf zu stoßen? Im Falle Litauens, Lettlands, Estlands oder Ostpolens fänden sich an einem solchen kollektiven Gedenkort die Opfer sowjetischer Liquidierungsmaßnahmen von 1940/41 – eine direkte Folge der deutsch-sowjetischen Komplizenschaft in den ersten beiden Kriegsjahren und somit eben auch der deutschen Besatzungspolitik in Osteuropa – mit vielen ihrer Mörder und deren Helfern vereint, und das ist höchst problematisch. Die bereits bestehenden Denkmäler – für die ermordeten Juden, Sinti und Roma Europas, für die Opfer der »Euthanasie«-Morde sowie für die verfolgten Homosexuellen – sind diesem furchtbaren inneren Widerspruch nicht ausgesetzt.

Eine kollektive Form des Gedenkens wäre natürlich einfacher, als sich mit den Wirren des Zweiten Weltkriegs, vor allem mit der gewaltsamen Zerschlagung und Besetzung der Länder zwischen Deutschland und Russland durch das Dritte Reich (bis 1941 im Schulterschluss mit der Sowjetunion), auseinanderzusetzen. Aber den Hitler-Stalin-Pakt, der bei Aust keine Erwähnung findet, können und dürfen wir nicht einfach mit einem Denkmal in der Mitte der deutschen Hauptstadt zu einer Randnotiz der deutschen Geschichte machen.

Ein »Polen-Denkmal« dagegen birgt in sich die Chance, die Bürger unserer beiden durch die deutschen Kriegs- und Besatzungsverbrechen entzweiten Länder einander näherzubringen. Am Ende eines solchen Prozesses könnte irgendwann Versöhnung stehen. Sollte das nicht der eigentliche Sinn und Zweck eines solchen Denkmals sein?

Rzeczpospolita, 14. November 2018

Die NS-Politik gegenüber Polen ist ein weißer Fleck in der Geschichte Deutschlands

Marzena Tarkowska

Rzeczpospolita: Genau vor einem Jahr erging der Aufruf an den Bundestag und die deutsche Zivilgesellschaft, den Bau eines Denkmals für die polnischen Opfer der deutschen Besatzung in den Jahren 1939–1945 zu unterstützen. Wie waren die Reaktionen?

Dieter Bingen: Wir haben die Unterschriften wichtiger Persönlichkeiten gesammelt, die unseren Aufruf unterstützen, und daraus ergibt sich ein sehr pluralistisches Bild. Zu den Unterzeichnern gehören Wissenschaftler, Historiker und Politologen, aber auch Repräsentanten beider christlicher Kirchen – der Erzbischof von Berlin und der Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg – sowie anderer Glaubensrichtungen. Wir sammeln keine weiteren Unterschriften mehr. Es ging uns um einen starken Appell mit wichtigen Namen, der dem Bundestag übergeben wurde.

Vor einem Jahr hat sich das Bundesinnenministerium wegen der Frage der Kriegsreparationen von Ihrem Aufruf abgegrenzt. Hat sich daran etwas geändert?

Es gibt keine offizielle Stellungnahme des Innenministeriums zu unserer Initiative, im Ministerium kursieren verschiedene Meinungen, pro und contra. Die Außenminister Heiko Maas und Jacek Czaputowicz haben kürzlich gemeinsam erklärt, dass sie die Initiativen zum ehrenden Gedenken an die polnischen Opfer der deutschen Besatzung begrüßen. Die Reparationen und das Denkmal sind zwei verschiedene Themen.

Was ist die Geschichte dieser Idee?

Die Idee zum Bau eines Polendenkmals kam schon vor zehn Jahren in Franken auf, später unternahm Władysław Bartoś einen weiteren Vorstoß. Unser Aufruf ist das Resultat eines innerdeutschen historischen und politischen Diskurses, aber auch einer langen deutsch-polnischen Diskussion über die Vergangenheitsbewältigung. Das Denkmal soll die Tragödie der Polen in den Jahren 1939–1945 ins Bewusstsein rücken.

Die ehemalige Bundestagspräsidentin Prof. Rita Süssmuth hat der Deutschen Welle gesagt, nur wenige Deutsche wüssten von den während des Zweiten Weltkriegs in Polen begangenen Verbrechen. Empfinden Sie das auch so?

Das ist keine Empfindung, sondern eine Tatsache. Die NS-Politik gegenüber Polen ist ein weißer Fleck in der deutschen Geschichte. Sehr viel mehr weiß man über die systematische Auslöschung der polnischen und europäischen Juden. Doch die Ermordung von Polen begann schon in den ersten Septembertagen 1939. Sie war der erste Schritt zur systematischen Vernichtung der polnischen Eliten und zur Versklavung der Zivilbevölkerung. Die Deutschen wissen kaum, dass die Nationalsozialisten das Ende Polens und seiner damals tausendjährigen Präsenz auf der Landkarte der europäischen Zivilisation anstrebten.

Wird das Denkmal unsere Länder vereinen?

Wir wären glücklich, wenn in einem Jahr in der Sondersitzung des Bundestages zum 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen eine Mehrheit der Abgeordneten unser Denkmalprojekt unterstützen würde. Wir möchten den polnischen Nachbarn zeigen, dass wir begreifen, was wir allen Bürgern der Zweiten Polnischen Republik angetan haben. Interessanterweise gibt es im Bundestag Zustimmung aus allen Fraktionen: von rechts bis links, obwohl manche Abgeordnete sich auch skeptisch äußern – sie sorgen sich, dass andere Nationen ebenfalls ein Denkmal für sich fordern könnten. Auch in Polen gibt es Zustimmung aus verschiedenen politischen Richtungen. Vielleicht wird das Denkmal das einzige geschichtspolitische Projekt, das Deutsche und Polen aus unterschiedlichen politischen Lagern vereint.

Aus dem Polnischen von Bernhard Hartmann

Pro & Contra: Brauchen wir ein »Polen-Denkmal«?

Pro: Die Würdigung der Opfer Polens im Zweiten Weltkrieg wäre eine wichtige Geste

Dieter Bingen

Ein sichtbares Zeichen zu setzen für die Erinnerung und das Gedenken an die deutsche Vernichtungs- und Versklavungspolitik im Nachbarland Polen, die ihren Anfang mit dem Überfall der Wehrmacht am 1. September 1939 nahm – das war die Botschaft des bürgergesellschaftlichen Aufrufs vom 15. November 2017 zur Errichtung eines Denkmals für die polnischen Opfer der deutschen Besatzung 1939–1945 in der Mitte Berlins.

Von den ersten Tagen an war die deutsche Besatzungspolitik in Polen von massenhaftem Terror begleitet. Das Ziel war die Versklavung und Dezimierung der polnischen Zivilbevölkerung insgesamt, die gezielte Ermordung der polnischen Eliten und im Besonderen die systematische und vollständige Ermordung der Juden Polens.

Die größten deutschen Vernichtungslager, die vor allem für die jüdischen Polen und die europäischen Juden errichtet wurden, entstanden in der unmittelbaren Nachbarschaft zu Deutschland im besetzten Polen. Das Nachbarland wurde das erste Experimentierfeld der nationalsozialistischen Tötungs- und Unterwerfungsmaschinerie, die später im gesamten europäischen Osten in Gang gesetzt wurde. Das ist ein Ballast, an dem kein anderes direktes Nachbarland Deutschlands mit dieser Schwere tragen muss – bis heute. Auch darin haftet den deutsch-polnischen Beziehungen etwas Einmaliges an. Die Folgen sind bekannt und in diesen Tagen weltweit in den Medien zu lesen.

Für das, was zuweilen polemisch mit einem unsäglichen Wort – »Opferkonkurrenz« – bezeichnet wird, hat die deutsche Besatzungspolitik in Polen gesorgt. Schließlich waren fast sechs Millionen Bürger der II. Polnischen Republik – Juden, Christen, Atheisten – als Opfer der deutschen Täter, Männer und Frauen, zu beklagen. Daran mit einem Denkmal zu erinnern, ist eine symbolische Geste, von der wir annehmen, dass sie allgemein verstanden wird. Ein solches Denkmal wäre eine Reverenz an die in 1000 Jahren entwickelte kulturelle Vielfalt, die Bürgerinnen und Bürger der II. Republik Polen bis 1939 lebten und die nach dem deutschen Überfall am 1. September 1939 von der NS-Herrschaft vernichtet worden ist. Uns geht es um Erinnerung nach dem biblischen Motto: nichts hinzufügen und nichts weglassen.

Für dieses Geschehen fehlt nicht nur ein öffentlicher Ort des Gedenkens, nein, es ist überhaupt eine Leerstelle im deutschen kollektiven Gedächtnis, weitgehend unbekannt im Gegensatz zu dem weiter verbreiteten Wissen über die Schoa. Deshalb ist eine symbolische Verdichtung des Gedenkens an die Zerstörung des polnischen Kosmos in einem Denkmal ein Zeichen, das Aufmerksamkeit weckt und geradezu dazu auffordert, unsere historische Bildung zur Füllung der beschämenden Wissenslücke zu vertiefen.

Es geht also um die Würdigung der Geschichte und des Platzes Polens in Europa und in unserem Bewusstsein. Es wird gegen dieses Denkmalprojekt argumentiert, dass heute ein solches Gedenken nur in einem größeren Kontext, nicht national, gedacht werden kann. Doch es würde nicht nur in Polen, sondern in jedem der östlichen Nachbarländer auf Unverständnis stoßen, wenn das individuelle Schicksal des eigenen Landes und seiner Einwohner im Zweiten Weltkrieg in eine historisch schlicht unzulässige Vorstellung eines osteuropäischen »Lebensraums« integriert würde. Vielmehr würde mit der Bezugnahme auf einen rassenideologischen Begriff (»Lebensraum«) eine Opfergemeinschaft auf der Grundlage der NS-Täterideologie konstruiert.

Selbstverständlich wäre auch ein Ort der Aufklärung und Erinnerung an die Opfer der sogenannten »rassischen Neuordnung« vor allem, aber nicht nur, in Osteuropa begrüßenswert. Das wäre ein potenziell ergänzendes Projekt, das an ein deutsches Publikum gerichtet wäre.

Ein Polen-Denkmal wäre vor allem eine demonstrative Geste gegenüber unserem direkten Nachbarn Polen, dem Nachbarn in Europa, mit dem Deutschland seit Jahrhunderten die intensivsten Beziehungen hat.

Dieses wird bis heute in seiner Wirkmächtigkeit und Alltagsrealität nicht wirklich wahrgenommen und reicht von den fast zwei Millionen Menschen in Deutschland mit polnischem kulturellen, historischen, biografischen und sprachlichen Hintergrund bis hin zu einer Bundeskanzlerin, deren Großvater zu Ende des Ersten Weltkriegs Soldat in der polnischen Haller-Armee war, die für die Unabhängigkeit Polens kämpfte.

Diese in Europa wirklich einzigartige Verwobenheit zweier Nachbarn miteinander im Guten wie im Bösen macht das Abgründige deutscher Politik gegenüber Polen zwischen 1939 und 1945 umso unfassbarer. Die Polen-Denkmal-Initiative möchte ein sichtbares Zeichen in beide Richtungen setzen, nach Deutschland hinein und zum polnischen Nachbarn. Ein Zeichen, das bei den Überlebenden und den Nachfahren der Opfer der deutschen Besatzungsherrschaft auf Sympathie und Berührung stoßen würde. Es wäre das geschichtspolitische Projekt, das sowohl in Deutschland als auch in Polen das politische Lagerdenken überwinden kann.

Contra: Der Ort könnte Streit um ethnische Zugehörigkeiten befeuern

Stephan Lehnstaedt

In Berlin ist die offizielle Gedenkpoltik für Opfer des Zweiten Weltkriegs in einer Sackgasse angekommen. Die vier großen Erinnerungsorte an NS-Verbrechen – für den Holocaust, die sogenannte Euthanasie, für Sinti und Roma sowie für Homosexuelle – sind gesellschaftlich verankert und erfüllen wichtige Funktionen der öffentlichen Erinnerung. Doch darüber hinaus sind Millionen von Toten im gesellschaftlichen Diskurs nicht präsent.

Das gilt etwa für die in deutscher Kriegsgefangenschaft gestorbenen Rotarmisten, für im »Bandenkampf« ermordete Zivilisten, für »Asoziale«, »Berufsverbrecher« oder Zeugen Jehovas. Diese Gruppen entsprechen Tatkomplexen der deutschen Vernichtungspolitik.

In diese Richtung geht auch die aktuelle Anregung für einen Gedenkort zur »Lebensraumpolitik«, die in ganz Osteuropa Millionen Opfer forderte. Es ist ein berechtigtes Anliegen, denn natürlich dürfen diese Verbrechen nicht vergessen werden: Deutschland als Land der Täter muss stets die Täterschaft mit berücksichtigen. In dieser Hinsicht sind Denkmäler mindestens so sehr für die Toten wie für die Lebenden.

Aber der Vorschlag zeigt auch die ganze Problematik unserer Erinnerungskultur. Sie reproduziert nationalsozialistische Kategorien und fragt nicht nach den Selbstwahrnehmungen der Opfer: Wer im Holocaust starb, den definierten die Deutschen als Juden; aber sah er sich auch selbst so? Wer wird sich als »Berufsverbrecher« identifiziert haben? Schlimmer noch, momentan priorisieren wir die Täterschaft sogar, indem wir einzelner Verbrechen (prominent) gedenken, anderer aber gar nicht.

Die Idee eines Polen-Denkmals verspricht eine andere Herangehensweise. Völlig zu Recht weisen die Initiatoren darauf hin, dass in unserem Nachbarland nicht nur drei Millionen jüdische Einwohner ermordet wurden, sondern auch fast annähernd so viele nichtjüdische Menschen. Die gezielte Vernichtung der polnischen Eliten setzte im September 1939 ein und wies bereits zu diesem Zeitpunkt die Merkmale genozidaler Verfolgung auf.

Bei Kriegsende waren rund sechs Millionen Bürger der zweiten Polnischen Republik tot. Beschämend wenig von diesen Verbrechen ist im Gedächtnis und Bewusstsein der heutigen Deutschen verankert. Dass hier etwas getan werden muss, ist offensichtlich. Mit der bisherigen Einordnung in Tatkomplexe kommt man jedoch nicht weiter.

Die Massenmorde in Polen waren zwar in vielerlei Hinsicht miteinander verwoben, aber hinter Kriegshandlungen, Einsatzgruppen, Aufstands-

bekämpfung oder Umsiedlungen standen jeweils eigene Absichten. Darüber umfassend aufzuklären und zu informieren, wie das Gedenkstätten tun, ist von zentraler Bedeutung. Allerdings ist ein die Täterlogik aufhebendes »Polen-Denkmal« nur auf den ersten Blick eine unproblematische Lösung. Es gibt zwar nationalsozialistische Kategorien auf, handelt sich dafür aber geopolitische und nationale ein.

Das Polen der Vorkriegszeit hatte ganz andere Grenzen als heute. Wie sinnvoll ist es, der Toten eines so nicht mehr existierenden Staates zu gedenken? Natürlich ist die Grenzverschiebung eine Folge der deutschen Aggression, aber in dieser Sichtweise wäre auch ein Denkmal für die Sowjetunion konsequent, doch eines für die Ukraine nicht möglich, da sie damals nicht als eigenständiger Staat existierte. Das wiederum liefe de facto darauf hinaus, die Existenz ukrainischer Opfer zu negieren. Vorkriegspolen war ein ethnisch heterogenes Land. Unter den offiziell anerkannten Nationalitäten befanden sich neben Polen beispielsweise Juden, Litauer, Weißrussen, Deutsche oder Ukrainer.

Das Polen-Denkmal soll inklusiv sein und alle diese Gruppen einbeziehen. Damit aber fände eine Zwangsvergemeinschaftung statt, weil Juden, Ukrainer und andere zu »Polen« würden. Für die Hälfte der Opfer des Holocaust gilt dann nicht die deutsche Identifikation als Juden, sondern diejenige als Bürger der zweiten Polnischen Republik. Über die Verluste anderer Minderheiten gibt es keine exakten Zahlen. Als grober Richtwert kann allerdings eine Schätzung des Historikers Czeslaw Luczak gelten, der insgesamt von fast einer Million Toten ausgeht. Ist nun der polnische Bürger ukrainischer Nationalität ein polnisches oder ukrainisches Opfer?

Man sollte dergleichen nicht als »unschädliches Mehrfachgedenken« abtun (abgesehen von der Tatsache, dass bisher gar kein Gedenken stattfindet). Im Gegenteil würde ein Ort, der eigentlich zum Frieden mahnt, die Auseinandersetzungen um ethnische Zugehörigkeit befeuern. Die blutigen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts um Nation und Bevölkerung in Ostmitteleuropa sind keine verheilten Narben und sorgen immer wieder für diplomatische Spannungen.

Weil zugleich unstrittig ist, dass polnische Opfer ein Gedenken verdienen, muss nach dem Wie gefragt werden. Reinhart Koselleck hat einmal geschrieben, dass diese Frage stets neue Antworten erfordert. Wir sollten uns also auf die Suche begeben. Es wäre gut, dabei den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, nicht damals oder heute konstruierte Gruppen.

Rzeczpospolita, 13. Dezember 2018

Entsteht in Berlin ein Denkmal für die polnischen Opfer des Dritten Reichs?

Jędrzej Bielecki

Der deutsche Außenminister Heiko Maas unterstützt den Bau eines Denkmals für die polnischen Opfer des Dritten Reichs. Es handele sich um ein wichtiges Signal zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen. Das erklärte Maas am Donnerstag nach einem Gespräch mit seinem polnischen Amtskollegen in Berlin.

Jacek Czaputowicz sagte dazu: »Ich begrüße die positive Haltung von Minister Heiko Maas zu einem möglichen Denkmal für die polnischen NS-Opfer auf Berliner Boden. Es wäre ein Symbol und zugleich eine Bildungsstätte, die der deutschen Gesellschaft die historische Wahrheit über das Ausmaß der polnischen Verluste und Opfer während des Zweiten Weltkriegs nahebringen könnte.« Am Abend sprach der polnische Außenminister mit Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble über die Denkmalinitiative – die endgültige Entscheidung in dieser Sache trifft das Parlament. [...]

Aus dem Polnischen von Bernhard Hartmann

Gazeta Prawna Codzienna, 19. Januar 2019

Näher an einem polnischen Denkmal in Berlin

Łukasz Grajewski

Eine Gruppe deutscher Aktivisten bemüht sich um einen Ort des Gedenkens an die polnischen Opfer des Zweiten Weltkriegs.

»Es wäre ein für Berlin bislang einzigartiger Begegnungsort«, sagte Aleida Assmann, die führende Stimme im deutschen erinnerungspolitischen Diskurs, im Rahmen eines Podiumsgesprächs zur möglichen Form eines Denkmals für die polnischen NS-Opfer. Die gut besuchte Veranstaltung fand am Dienstag auf Initiative und in den Räumen der Topografie des Terrors statt, des Berliner Museums und Dokumentationszentrums für Verbrechen des Nationalsozialismus. Rund zweihundert Besucher – Bun-

destagsabgeordnete, Historiker, Journalisten und Studierende – reflektierten über die Präsenz der polnischen Opfer im deutschen historischen Diskurs und die Möglichkeiten, ihrer zu gedenken.

Die Idee zu einem Denkmal für die polnischen Opfer von Krieg und Besatzung entstand 2017 auf Initiative des Hauptstadtarchitekten Florian Mausbach, des ehemaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse (SPD) und des Direktors des Deutschen Polen-Instituts (DPI) Dieter Bingen. Die Initiatoren verfassten einen Aufruf, den bisher 115 Personen unterzeichneten, darunter prominente Vertreter verschiedener im Bundestag vertretenen Parteien, unter ihnen auch CDU-Politiker wie Paul Ziemiak, seit kurzem Generalsekretär der Partei, oder Elmar Brok, der seit 1979 ununterbrochen im Europäischen Parlament sitzt. Hinzu kommen Wissenschaftler, Sozialaktivisten und bekannte Historiker wie Timothy Garton Ash und Timothy Snyder. Der Aufruf stieß auf ein breites Medienecho, doch verbindliche Entscheidungen blieben vorerst aus. Nun ist das Interesse für die Initiative neu erwacht, weil sich dieses Jahr der Beginn des Zweiten Weltkriegs zum achtzigsten Mal jährt.

Die Initiatoren haben bereits einen Standort für das Denkmal gefunden: den Askanischen Platz unweit des absoluten Zentrums von Berlin. »Es gibt dort viel freien Platz und am nahen Eingang zum unterirdischen S-Bahnhof kann man eine Informationstafel oder Fotos zu den historischen Ereignissen anbringen«, erklärt Florian Mausbach im Gespräch mit dieser Zeitung. Der Architekt ist überzeugt, dass der Besuch des Gedenkortes zum Pflichtprogramm aller polnischen Berlin-Touristen gehören würde.

Der Historiker Jochen Böhrer von der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Experte für die deutsche Besatzung in Polen, verwies im Podiumsgespräch auf die Gestalt des Denkmals für die ermordeten Juden Europas, des bekanntesten Gedenkortes in Berlin: »Dort befindet sich ein Informationszentrum, in dem die Besucher Näheres über die Geschichte des Holocausts und die Bedeutung des Denkmals erfahren.« Mausbach sagt: »Unser Ziel ist es, in diesem Jahr einen politischen Beschluss zum Bau des Denkmals zu erreichen.« Diese Entscheidung muss der Bundestag treffen, weil das Denkmal die gesamtdeutsche Geschichte betrifft. Angesichts der Unterstützung von Politikern wie Brok, Thierse und Ziemiak ist ein positives Ergebnis nicht unwahrscheinlich. Nächste Schritte wären die Ausschreibung eines architektonischen Wettbewerbs und der Bau des Denkmals. »Das kann zwei bis fünf Jahre dauern«, schätzt der Architekt.

Die Teilnehmer des Podiumsgesprächs erklärten die Notwendigkeit eines Gedenkortes für die polnischen Opfer des Zweiten Weltkriegs. Aleida Assmann sagte, während in der Bundesrepublik die Erinnerung an die Zerstörung Dresdens durch alliierte Bombenangriffe lebendig sei, wisse

kaum jemand von der Zerstörung der polnischen Hauptstadt durch Deutsche nach der Niederschlagung des Warschauer Aufstands. Sie erinnerte daran, dass in der deutschen Wahrnehmung die drei Millionen auf polnischem Boden ermordeten jüdischen Opfer präsent seien, aber das Wissen darüber fehle, dass weitere drei Millionen NS-Opfer ethnische Polen gewesen seien. Jochen Böhler ergänzte, für die meisten Deutschen fingen die Kriegshandlungen des Dritten Reichs im Osten erst mit dem Angriff auf die Sowjetunion 1941 an: »Die Besatzung Polens wird übergangen.«

Mausbach verweist darauf, dass Polen seit tausend Jahren an Deutschland grenze, dass aber beide Länder ihre gemeinsamen Bindungen nie so betont hätten, wie es zwischen Deutschland und Frankreich 1963 mit der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags durch den deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer und den französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle geschehen sei. »Das Denkmal könnte ein solches Symbol sein«, meint der Architekt. Die Leiterin des Berliner DPI-Büros Emilia Mansfeld ist überzeugt, dass sich anlässlich des runden Jahrestags des Kriegsbeginns weitere Politiker für die Denkmal-Idee interessieren lassen. »Wichtig wäre auch eine Bundestagsresolution zu den polnischen Opfern des Nationalsozialismus«, sagt Mansfeld und erläutert, allein der Aufruf der Initiatoren habe dem Thema Aufmerksamkeit in der deutschen Öffentlichkeit verschafft: »Durch die laufende Debatte konnten wir zahlreiche begleitende Aktivitäten, Ausstellungen und Gesprächsrunden organisieren, die den deutschen Blick auf das, was sich während des Kriegs auf polnischem Boden abspielte, verändern.«

Freilich gibt es in Deutschland auch Stimmen, die sich gegen ein Denkmal für eine einzige Volksgruppe aussprechen. Die Linke fordert in einem Antrag die Errichtung eines Gedenkortes für alle Opfer des Nationalsozialismus in Osteuropa. Dieser Antrag erwähnt den Überfall auf Polen und die mörderische NS-Politik auf polnischem Boden, verortet sie aber im breiteren Kontext der Politik des Dritten Reichs gegenüber den Slawen. [...]

Aus dem Polnischen von Bernhard Hartmann

Pro & Contra: Brauchen wir ein Denkmal für die polnischen Opfer Nazi-Deutschlands?

Pro

Waldemar Czachur

Am 1. September 2019 gedenkt Europa des 80. Jahrestags des deutschen Überfalls auf Polen und damit des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges. Eine zivilgesellschaftliche Initiative setzt sich für die Errichtung eines Denkmals in der Mitte Berlins für die polnischen Opfer der deutschen Besetzung ein. Warum?

Das Wissen der Deutschen über das Schicksal der Polen unter deutscher Besetzung ist schwach ausgeprägt und damit auch das deutsche Gedenken an die polnische Erfahrung des Krieges und an die polnischen Opfer. Die Erzählung über den Zweiten Weltkrieg in Deutschland und Westeuropa entstand zu Zeiten des Kalten Krieges, somit in Abwesenheit und unter Auslassung Polens. Die Polen, gezwungen, dem sowjetischen Narrativ zu folgen, durften ihre eigenen Erfahrungen und ihre Sicht der Geschichte nicht darstellen.

Das Denkmal für die ermordeten Bürger Polens soll Deutsche und Europäer daran erinnern, was die deutsche Besetzung für Polen bedeutete. Es kann auch helfen, die unterschiedlichen Wahrnehmungen des Zweiten Weltkrieges in Mittel- und Osteuropa grundsätzlich zu diskutieren.

Hitler und Stalin, die am 23. August 1939 einen Nichtangriffspakt schlossen, lieferten Polen und die anderen Länder Mittel- und Osteuropas einer tragischen Zukunft aus. Unter dem Verwaltungsbegriff »territoriale Umgestaltung« verbarg der Hitler-Stalin-Pakt die gegenseitige Billigung einer Politik des Terrors und der Vernichtung des kulturellen Erbes der Regionen, die dem nationalsozialistischen und sowjetischen Totalitarismus zum Opfer fallen sollten.

Der deutsche Überfall auf Polen am 1. September 1939 war nicht nur eine militärische Operation, sondern der Beginn eines totalen Krieges, der auf die brutale Vernichtung der Polen und ihrer Kultur abzielte. Aufgrund von Kriegshandlungen und planmäßigen Morden an der Zivilbevölkerung, insbesondere an den polnischen Eliten, von Zwangsarbeit und Zwangsumsiedlungen, von Unterernährung sowie in Konzentrations- und in Vernichtungslagern starben etwa 5,6 Millionen polnische Bürger, von denen mehr als die Hälfte jüdischer Herkunft waren.

Die Folgen sind bis heute in Polen spürbar und in den Erinnerungen fast jeder Familie lebendig. Deshalb sind weitverbreitetes Unwissen und Unverständnis bei den Nachfahren der Täter heute für die Nachfahren der Opfer so schmerzhaft. Die Erinnerung daran ist für die polnische Identität und damit für die politische Kultur in Polen zentral. Das Denkmal wäre bleibender Ausdruck der Anerkennung des Nachbarn sowie des Willens, den Nachbarn zu verstehen.

Alle Opfer verdienen Respekt, nur kommt dieser erst dann zum Ausdruck, wenn den Opfern ihre Identität wiedergegeben wird, wenn ihre Namen und ihre Kultur, die vernichtet werden sollte, benannt werden. Es geht hierbei nicht um eine oberflächliche nationale oder ethnische Dimension von Identität: Ein solches Verständnis müsste zwangsläufig an der ethnischen Vielfalt der Zweiten Polnischen Republik scheitern.

Es geht um ein Bild menschlicher Schicksale, das für den heutigen Betrachter greifbar und lesbar ist. Indem Deutsche polnischer Opfer gedenken und ein Denkmal initiieren, zeigen sie, dass sie die Polen und ihr Leid ernst nehmen. Hingegen wäre es schwierig, an alle Opfer des deutschen Krieges im Osten zu erinnern, gab es diesen »Osten«, der vernichtet werden sollte, doch nur in der Ideologie.

Zu den polnischen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges zählen nicht nur die Opfer und materiellen Verluste, sondern auch die einzigartige Widerstandsbewegung. Diese war kein rein militärisches Unterfangen, sondern ein Untergrundstaat mit geheimen Universitäten und Standesämtern, in dem sich große Teile der Zivilbevölkerung engagierten. Die Geschichte Polens unter deutscher, aber auch sowjetischer Besatzung ist auch die Geschichte dieses Widerstands.

Der polnische Untergrundstaat kämpfte mit der Heimatarmee für Freiheit und Demokratie – Werte, die Grundlage der Europäischen Union sind. Deshalb sollte das Denkmal für die Opfer der deutschen Besatzung nicht nur an Unterdrückung und Leid, sondern auch an den Mut der Polen erinnern. So würde es in beispielhafter Weise die Idee des europäischen Erinnerungsdialogs verkörpern und zu einem in die Zukunft gerichteten Meilenstein der deutsch-polnischen Verständigung.

Contra

Sven Felix Kellerhoff

Kein Land Europas hat unter der nationalsozialistischen Herrschaft mehr gelitten als Polen. In den rund fünf Jahren Besatzung von September 1939 bis 1944/45 starb jeder sechste Pole, insgesamt 5,6 Millionen Menschen.

Mehr als die Hälfte davon waren polnische Juden, die in Vernichtungslagern, Gettos oder schlicht an der systematischen Zerstörung all ihrer Lebensgrundlagen zugrunde gingen. Die andere knappe Hälfte fiel der maßlos brutalen Besatzungsherrschaft zum Opfer oder wurde im Kampf für die Freiheit ihrer Heimat getötet.

Soll es angesichts dessen ein Denkmal speziell für die polnischen Opfer in Berlin geben? Das fordert eine Initiative, die unter anderem der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) unterstützt. In ihrem Aufruf heißt es: »Es gibt kaum eine polnische Familie, die nicht betroffen war und ist von der deutschen Besatzungsherrschaft von 1939–1945.« In Deutschland sei »dieses barbarische Unrecht nur unzureichend bekannt«. Rhetorisch fragt die Initiative: »Verdienen diese unsäglich großen Opfer, Leiden und Erniedrigungen der Polen durch die verbrecherische deutsche Besatzung 1939–45 nicht ein eigenes Zeichen des Gedenkens in der Mitte unserer Hauptstadt?«

Allerdings gibt es ein solches Denkmal in Berlin bereits, nämlich im Volkspark Friedrichshain im früheren Ost-Berlin. Dort steht seit 1972 das »Denkmal des polnischen Soldaten und des deutschen Antifaschisten«, errichtet in klar kommunistischer Ästhetik. Seit 1995 ist das Monument aus DDR-Zeiten zwar offiziell auch nicht kommunistischen Widerstandskämpfern und Soldaten gewidmet, doch das genügt vielen Polen nicht.

Sollte deshalb »ein in die Höhe strebendes, weithin sichtbares Gedenkzeichen in der politisch-symbolischen Mitte der deutschen Hauptstadt« errichtet werden? Die Antwort: auf keinen Fall. Jedenfalls nicht in näherer Zukunft. Das hat mehrere Gründe.

Erstens regiert gegenwärtig eine – zurückhaltend ausgedrückt – äußerst nationalbewusste Partei Deutschlands östliches Nachbarland. Ihrer zweifelhaften Justiz-»Reformen« wegen hat die EU-Kommission Polen verklagt. Diese Partei macht immer wieder mit antideutschen Ressentiments Stimmung, etwa durch regelmäßige Forderungen nach völkerrechtlich längst erledigten Reparationen. Solange die PiS diesen Kurs der Eskalation fortsetzt, gibt es keinen Raum für Verhandlungen über gemeinsame Geschichtsinitiativen auf Regierungsebene.

Zweitens kann ein solches Denkmal nicht entstehen, wenn die Initiatoren und ihre Unterstützer in Polen Unwahrheiten verbreiten. Ist das Unrecht, das Hitlerdeutschland Polen angetan hat, hierzulande »unzureichend bekannt«? Es hat noch nie einen Staat gegeben, der länger und mit mehr Engagement selbst verursachte Verbrechen der Vergangenheit aufgearbeitet hat als die Bundesrepublik.

Zwar gab es dabei viele Fehler und Unzulänglichkeiten, und natürlich sind gerade einmal gut tausend Urteile wegen Mordes gegen Täter des Holocaust unbefriedigend – angesichts von mindestens 250.000 aktiven

Tätern. Aber in keinem Land der Welt sind die dunklen Seiten der eigenen Vergangenheit stärker präsent als in Deutschland. Wer das verneint und stattdessen eine Unterwerfungsgeste der heute lebenden Menschen verlangt, erreicht höchstens das Gegenteil.

Drittens wäre es problematisch, jeder der vielen Opfergruppen des von Hitlerdeutschland begonnenen Krieges ein eigenes Denkmal zu errichten, möglichst noch alle im Umfeld des Regierungsviertels. Wollte man nach Nationen getrennte Memoriale für die Opfer aller heutigen Staaten errichten, die 1939 bis 1945 von der Wehrmacht besetzt waren, kämen rund 25 Gedenkstätten zusammen.

Besser kann man Ressentiments gegen eine seriöse Aufarbeitung der Vergangenheit gar nicht züchten. Würde man aber solche Mahnmale nur etwa für die besonders arg getroffenen Polen und Russen bauen, würden das Balten, Ukrainer, Serben oder Griechen zwangsläufig als Zurücksetzung empfinden.

Viertens kann es in Berlin kein Denkmal für Opfer einer anderen Nation geben, das Mythen verbreitet. Die Armia Krajowa, die polnische Heimatarmee (AK), war tatsächlich eine bedeutende Widerstandsbewegung gegen die brutalen deutschen Besatzer. Aber zugleich war sie höchst heterogen: In ihren Reihen gab es ebenso Liberale wie Antisemiten, Sozialisten wie Nationalisten. Auch im heutigen Polen wird über die Bewertung der AK heftig gerungen. Diesen Streit nach Berlin zu verlagern, hätte keine positiven, aber viele negative Folgen.

Die Aufarbeitung der Vergangenheit ist wichtig und richtig. Am besten einvernehmlich, jedenfalls aber in maßvoller Form. Das ist mit Polens aktueller Regierung sehr schwer. Bedauerlicherweise.

Berlin, 2. April 2019

Eckpunkte für die Erinnerung an die Opfer des deutschen Vernichtungskriegs 1939 – 1945. Information – Dialog – Gedenken

Markus Meckel, Peter Jahn und Martin Aust

Für seine selbstkritische Aufarbeitung der NS-Verbrechen als Teil der eigenen Geschichte hat Deutschland international großen Respekt erhalten. Im Zentrum stand hier der Völkermord an den europäischen Juden. Millionen von Opfern der nationalsozialistischen Mordpolitik in Osteuropa

sind dagegen bis heute in unserer deutschen Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus kaum im Blick – weitgehend vergessen sind die als »slawische Untermenschen« stigmatisierten Einwohner Polens, der Sowjetunion und der baltischen Staaten.

Der aktuelle Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD bekennt sich – achtzig Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs – dazu, das Gedenken an die Opfer des deutschen Vernichtungskriegs im Dialog mit Partnern im östlichen Europa zu stärken. Verschiedene Projekte konkurrieren um die Realisierung dieses Vorhabens: das Projekt eines Gedenkortes der Opfer deutscher Lebensraumpolitik in Polen und der Sowjetunion und die Initiative für ein Denkmal der ermordeten Polen. Der Deutsche Bundestag hat in seiner Plenardebatte vom 31. Januar 2019 weitere Überlegungen in dieser Frage an den Ausschuss für Kultur und Medien verwiesen.

Wir drei Unterzeichneten haben mit verschiedenen Positionen zu der öffentlichen Debatte beigetragen. Peter Jahn hat 2013 die Initiative Gedenkort für die Opfer deutscher Lebensraumpolitik gegründet. Martin Aust hat 2017 den Aufruf für ein Polenedenkmal unterschrieben und in einem Beitrag in der FAZ (27. August 2018) jedoch auch dafür plädiert, über dem Gedenken an die polnischen Toten die Opfer des Vernichtungskriegs in der Sowjetunion nicht zu vergessen. Markus Meckel hat 2019 bei verschiedenen Gelegenheiten öffentlich dazu aufgerufen, anstatt eines Denkmals für die Opfer einer Nation ein Museum mit Gedenkort zu errichten, das den gesamten Vernichtungskrieg in den Blick rückt.

In Gesprächen haben wir Unterzeichneten unsere Positionen diskutiert und daraus Schlüsse für das künftige Gedenken gezogen.

Wir erkennen an, dass ein Gedenkort allein für alle Opfer des Vernichtungskriegs jenseits der deutschen Öffentlichkeit ein Kollektiv benennt, in dem sich unterschiedliche Nachfahren der Opfer nicht angesprochen fühlen. Wir sind zu dem Schluss gelangt, dass ein Denkmal die Öffentlichkeit nicht hinreichend über die Geschichte informiert. Uns leuchtet ein, dass der Begriff Museum Vorstellungen einer Sammlung und Ausstellung weckt, der fragliche Ort jedoch schlicht informieren und dokumentieren soll.

Folgende Eckpunkte schlagen wir für ein künftiges Gedenken vor:

Ein Ort der Information, des Dialoges und des Gedenkens

Ein angemessenes Wissen über den deutschen Vernichtungskrieg und seine Opfer im östlichen Europa wird in der deutschen Gesellschaft vor allem durch faktenbetonte Information erreicht. Die Planungen und Handlungen der deutschen Täter und das Leid der Opfer des deutschen Ver-

nichtungskrieges zunächst gegen Polen und dann gegen die Sowjetunion müssen zusammenhängend und ausführlich dokumentiert werden. Dabei müssen sowohl individuelle und gruppenspezifische Erfahrungen von Gewalt und Vernichtung in Polen und der Sowjetunion als auch übergreifende Zusammenhänge deutscher Vernichtungspolitik deutlich werden. Dazu bedarf es eines Ortes der Information. Dieser Ort soll zugleich für den Dialog mit Historikerinnen und Historikern sowie zivilgesellschaftlichen Erinnerungsinitiativen aus Polen, der Ukraine, Belarus, Russland, Estland, Lettland und Litauen offen sein. In einem internationalen, wissenschaftlichen Beirat des Ortes erfährt dieser Dialog eine Institutionalisierung. Auch der Austausch mit lokalen Erinnerungsinitiativen sowie Schulklassen aus Deutschland findet hier Platz. Nicht zuletzt soll der Ort auch Räume für gruppenspezifisches Gedenken umfassen. Das Ensemble von Information, Dialog und Gedenken fördert Empathie mit den Opfern.

Deutsche Erinnerungsverantwortung für den Vernichtungskrieg

Mit der Einrichtung eines solchen Ortes kommt Deutschland seiner Erinnerungsverantwortung für die Vernichtungspraktiken deutscher Täter im Zweiten Weltkrieg nach. Wir können nur aus der Geschichte lernen, wenn wir uns den rassistischen Handlungsrahmen bewusst machen, in dem dieser Krieg geführt wurde. Er begann mit dem Hitler-Stalin-Pakt und dem deutschen Überfall auf Polen, in Kooperation mit der Sowjetunion. Dieser Krieg zielte auf die Vernichtung der polnischen Eliten. Mit dem deutschen Überfall im Juni 1941 radikalisierte sich der Krieg zum umfassenden Vernichtungskrieg gegen Juden, kommunistische Eliten und große Teile der Bevölkerung, vor allem in den Städten und Kriegsgefangenenlagern. Die Überlebenden hatten millionenfach Zwangsarbeit zu leisten. Die Dokumentation muss die ganze Breite der Entscheidungsabläufe und Vernichtungspraktiken des deutschen Krieges aufzeigen: vom »Kommissarbefehl« und »Generalplan Ost« zur Ausmordung ganzer Regionen. Zu dokumentieren sind Deportationen und millionenfacher Tod durch Hunger: der Einwohner Leningrads in der Blockade und der drei Millionen Rotarmisten in deutscher Kriegsgefangenschaft, ferner deutsche Massaker an der Zivilbevölkerung wie im Warschauer Aufstand 1944 und die Massenerschießung von Juden hinter der Front.

Für den Aufruf der Initiative »Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik« vom März 2013 sowie dessen Erstunterzeichner siehe www.gedenkort-lebensraumpolitik.de/der-aufruf/

Mahnmal und Erinnerungsort kombinieren

Wolfgang Templin

Die Auseinandersetzung um einen Gedenkort für die Opfer der deutschen Besatzung in Polen ist in vollem Gang. Damit verbunden sind die Fragen nach dem Sinn, der Gestaltung, der Form und dem Ort eines solchen Denkmals, seiner Verbindung mit einem Gedenkort oder der Alternative eines Museums.

Museen sind Orte historischer Rekonstruktion und können bestimmte eindringliche Formen des Gedenkens nicht ersetzen. Denkmäler in ihrer klassischen Form, Personen oder Ereignissen gewidmet, sind uns häufig fremd geworden. Wie aber soll von nachfolgenden Deutschen aber dem Umgang mit ihren nächsten Nachbarn gedacht werden, wenn nicht mit einer Form, welche die emotionale Kraft eines Mahnmals mit der aufklärenden Funktion eines Erinnerungsortes verbindet? Ein gewöhnliches Museum, das meist der rationalen Rekonstruktion historischen oder kulturellen Geschehens gewidmet ist, kann das nicht leisten. Nötig ist vielmehr eine Kombination von Mahnmal und Erinnerungsort.

In Berlin standen die Kommandozentralen nationalsozialistischer Verbrechen- und Vernichtungspolitik. Hier sollte auch der Platz für solch einen Erinnerungsort sein. Ganz konkret wäre er in der Nähe des Anhalter Bahnhofs zu finden. Der Anhalter Bahnhof und seine Umgebung sind ein exponierter historischer Ort, in dessen unmittelbarer Nähe Planungszentren und Kommandostäbe für die Deportation und Lenkung des millionenfachen Stroms von Zwangsarbeitern lagen.

Der Verweis auf ein bereits vorhandenes Denkmal im Osten Berlins sollte dagegen aus der Diskussion verschwinden. Bei dem antifaschistischen Siegesdenkmal im Friedrichshain geht es um übelste kommunistische Geschichtsklitterung. Es reduziert die polnischen und deutschen Opfer sowie den polnischen und deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus auf die daran beteiligten Kommunisten. Es verschweigt zugleich deren ebenso vorhandene Täterrolle. Auch der Vorschlag eines kollektiven Denkmals für alle slawischen Opfer ist untauglich, weil er der Komplexität der extrem verschiedenen nationalen Geschichten und deren Verflechtung nicht gerecht wird.

Bis zum 1. September 2019 sollte die Entscheidung über den Erinnerungsort gefällt sein. Denn dann jährt sich der deutsche Überfall auf Polen als Ausgangspunkt des zweiten Weltkriegs zum achtzigsten Mal. Lange

Zeit standen der deutsche Überfall auf die Sowjetunion im Jahre 1941, die damit verbundenen Verbrechen sowie die Opfer- und Siegerrolle der Sowjetunion im Mittelpunkt deutscher Erinnerung und Beschämung. Die Rolle und der Platz unseres unmittelbaren Nachbarn Polens dabei blieben nachrangig.

Erst in den zwei letzten Jahrzehnten vermochten es internationale Geschichtsinitiativen und die Arbeiten von Historikerinnen und Historikern zahlreicher Länder hier die Erinnerung zu schärfen. Sie zeigten, wie die Zusammenarbeit Hitlerdeutschlands mit der Sowjetunion in der Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges aussah. Polen wurde zwischen 1939 und 1941 zum ersten Opfer der unmenschlichen Besatzungspolitik beider totalitärer Mächte. Damit verbunden waren die Verbrechen und die Deportationspolitik Stalins in den gleichfalls okkupierten baltischen Staaten.

Die Vorgeschichte einer auf Versklavung und letztlich Auslöschung unseres unmittelbaren polnischen Nachbarn gerichteten Politik blieb im öffentlichen Bewusstsein eine weitgehende Leerstelle. Der im Holocaust gipfelnde fanatische Antisemitismus, dem große Teile des deutschen Volkes verfielen, und die damit verbundene unermessliche Schuld und Verantwortung dafür haben sich in das Gedächtnis der nachfolgenden Generationen eingebrannt. Der Hass aus »Mein Kampf«, die abgrundtiefe Verachtung und die im Vernichtungswillen gipfelnde Haltung zu den slawischen Nachbarn vor allem Polen blieben im historischen Gedächtnis nachrangig.

Eine Verachtung und eine Haltung, die große Teile der deutschen zivilen und militärischen Eliten teilten, welche in den dreißiger Jahren an der Planung und Vorbereitung des nächsten, alles entscheidenden Krieges beteiligt waren. Auf den Westen fixierte Fehler wilhelminischen Weltgeltungsstrebens sollten nicht wiederholt werden. Es galt, Lebensraum im Osten bis weit über den Ural zu gewinnen, die dort lebenden Völker zu unterjochen, zu versklaven und letztlich der Vernichtung preiszugeben.

In der überlieferten Haltung preußischer und deutscher Eliten während der Teilungen Polens zwischen dem Ende des 18. Jahrhunderts und dem Jahre 1918 lässt sich ein solcher Vernichtungswille zwar nicht festmachen, sehr wohl aber Überlegenheitswahn und Verachtung gegenüber dem slawischen Nachbarn. Es war die Bereitschaft, alle positiven Seiten einer über Jahrhunderte währenden weitgehend friedlichen Nachbarschaftsexistenz mit einem souveränen polnischen Staat in Frage zu stellen. Dieser Staat hatte sein selbständiges Existenzrecht verwirkt und sollte nie wieder entstehen.

Davon war auch die deutsche Haltung zum Polen der wiedererstandenen II. Republik in der Weimarer Republik geprägt. Berechtigte Kritik an

der Einseitigkeit und Ungerechtigkeit der Versailler Verträge, verschmolz mit einer Revisionspolitik, welche die Existenzberechtigung des polnischen »Saisonstaates« in Frage stellte. Hitler und die Nationalsozialisten fanden nach der Machtergreifung 1933 eine ideale Grundlage, ihre viel weiter gehenden Pläne im Osten vorzubereiten und durchzusetzen.

Der deutschen Besatzungspolitik in Polen fielen insgesamt mehr als sechs Millionen polnische Staatsbürger zum Opfer, darunter drei Millionen polnische Juden. Es waren unermessliche Mordtaten, die nicht von »Hitler und den Seinen«, sondern von Deutschen im Namen Deutschlands begangen wurden. Hier setzt sich nicht eine deutsche Schuld von Generation zu Generation fort, schon gar nicht eine Kollektivschuld, sehr wohl aber Verantwortung für eine andere Nachbarschaft und eine über die Zeiten hinweg schmerzende Wunde der Erinnerung.

Der Tagesspiegel, 3. Mai 2019

Raum für Erinnerung. Ein prominenter Ort der Begegnung für Deutsche und Polen in Berlin ist nötig

Alexander Müller, Dietmar Nietan, Thomas Nord, Manuel Sarrazin, Paul Ziemiak

Die Frage des Gedenkens und Erinnerns ist in den deutsch-polnischen Beziehungen von besonderer Bedeutung. Am 1. September 2019 jährt sich der Überfall Deutschlands auf Polen zum 80. Mal. Gleichzeitig ist das Bewusstsein über den besonderen Charakter des deutschen Besatzungs- und Vernichtungsregimes in Polen zwischen 1939 und 1945 heute bei uns in Deutschland noch nicht hinreichend ausgeprägt.

Heute schauen wir in eine gemeinsame friedliche Zukunft. Gleichzeitig sind wir überzeugt, dass ein ausgeprägtes deutsches historisches Bewusstsein für die gemeinsame Geschichte auch Grundlage unserer guten Beziehungen ist. Es ist unsere Aufgabe, die Erinnerung und das Gedenken an den deutschen Vernichtungskrieg gegen Polen und die nationalsozialistische Besatzung lebendig zu halten und der Erinnerung Raum zu geben.

Aus diesem Anlass soll an prominenter Stelle in Berlin ein geeigneter Ort gefunden werden, der den Opfern des Krieges und der Besatzung in Polen gewidmet ist. Er sollte mit einem geeigneten Konzept der Erinnerung, Aufklärung und vor allem auch der Verständigung und dem Abbau von Vorurteilen dienen. Wir stellen uns darunter auch einen Ort der

Begegnung und Auseinandersetzung vor, der Deutsche und Polen zusammenbringt und damit zur Vertiefung unserer Beziehungen und Freundschaft beiträgt. Hierzu sollten 2019 – achtzig Jahre nach dem Überfall auf Polen – seitens der deutschen Politik entsprechende Initiativen auf den Weg gebracht werden.

Deutschland und Polen pflegen heute besondere freundschaftliche Beziehungen. Wirtschaftlich und kulturell sind beide Länder eng verbunden: Deutschland ist Polens größter Handelspartner, es gibt hunderte Städtepartnerschaften, umfangreichen Austausch zwischen Regionen, Schul- und Hochschulkooperationen und enge Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft. Nirgendwo ist Deutsch als Fremdsprache so populär wie in Polen. Auch auf zwischenmenschlicher Ebene sind die Beziehungen ebenfalls sehr intensiv und so werden jährlich hunderte deutsch-polnische Ehen geschlossen.

Dies ist jedoch keine Selbstverständlichkeit, da die deutsch-polnische Geschichte über Jahrhunderte davon geprägt ist, dass Deutsche Polen immer wieder bekriegen, beherrschen, unterjochen oder sogar vernichten wollten. Noch heute denken viele Menschen in Polen beim Blick auf Deutschland auch an die Geschichte der Teilungen des eigenen Staates oder die Versuche der Prussifizierung und der Germanisierung, die in den vergangenen Jahrhunderten stattfanden. Im Zentrum der Debatte über die deutsch-polnische Geschichte steht jedoch die Zeit zwischen 1939 und 1945.

Mit dem Überfall Deutschlands auf Polen begann am 1. September 1939 der Zweite Weltkrieg und damit die Umsetzung grausamster, rassenideologischer Vernichtungspolitik. Eine Voraussetzung für diesen Angriffskrieg war die im kurz zuvor geschlossenen Hitler-Stalin-Pakt vereinbarte vierte Teilung Polens. Die militärische Kapitulation wurde auch durch den zur deutschen Invasion hinzukommenden Einmarsch Stalins in Polen erzwungen.

Schon in den ersten Kriegstagen zeigte sich, dass die Nationalsozialisten Polen nicht nur als Staat auflösen wollten. Todesschwadronen begannen sofort nach dem Einmarsch mit der lange vorbereiteten »Intelligenzaktion«, der zehntausendfachen Ermordung von Bürgerinnen und Bürgern der zweiten polnischen Republik. Betroffen waren hochrangige Vertreter polnischer Politik und Intelligenz, Lehrer, Ärzte, Priester und politisch Andersdenkende – unter ihnen viele Menschen jüdischen Glaubens.

Sofort begann auch eine Kriegsführung der Wehrmacht, die nicht nur auf einen militärischen Sieg, sondern auf eine dauerhafte Aneignung des Territoriums gerichtet war. Diese Kriegsführung war von Anfang an von zahllosen Kriegsverbrechen gegen Orte wie Wielun oder Czestochowa und illegalen Exekutionen tausender polnischer Zivilisten geprägt. Bald

begann die systematisch geplante Vertreibung von Menschen aus den Gebieten, die dann vom Deutschen Reich annektiert wurden. Vor allem aber wurde das Gebiet Vorkriegspolens von den Nationalsozialisten wenig später zu dem Ort gemacht, an dem sie in deutschen Vernichtungslagern den fabrikmäßigen Massenmord an den europäischen Juden durchführten und auch Millionen Jüdinnen und Juden ermordeten, die Bürgerinnen und Bürger des polnischen Staates gewesen waren.

Das multiethnische Polen war ab dem 1. September 1939 das Gebiet, auf dem die Nationalsozialisten alle Komponenten ihres rassenideologischen Vernichtungskrieges, ihrer grausamen Besatzungspolitik, ihrer rassistischen Lebensraumideologie, ihren eminenten Antisemitismus und auch Antislawismus erstmals in vollem Umfang umsetzten. Das Gebiet der zweiten polnischen Republik wurde zudem als Versuchslabor für die Kriegsführung des nationalsozialistischen Deutschlands im Osten missbraucht. Die physische Entfernung polnischer Menschen aus den bald annektierten Gebieten einerseits und die Unterjochung, Ausbeutung, Verschleppung und Versklavung der Polen in den Gebieten des späteren Generalgouvernements andererseits, waren von Beginn an Ziel und zentraler Bestandteil der Idee des Kriegs gegen Polen. Todesmutig leisteten Millionen Polinnen und Polen dagegen Widerstand. Hunderttausende kämpften auch in den Armeen der Alliierten für den Sieg über Hitler. Ebenso viele bezahlten diese Opferbereitschaft mit ihrem Leben.

Dass sich wenige Jahrzehnte nach dem Kriegsende zwischen Deutschland und Polen unsere Versöhnungsgeschichte entwickelte, grenzt an ein Wunder. Die polnischen Bischöfe streckten 1965 in ihrem Brief an die deutschen Amtsbrüder mit dem Satz »Wir vergeben und bitten um Vergebung« die Hand an die Nation der Täter aus. Es folgten auch aus der polnischen und den deutschen Zivilgesellschaften wertvolle Impulse und Initiativen zur Versöhnung und Verständigung zwischen Menschen in Polen und beiden deutschen Staaten. Polen und polnisch stämmige Bürger in Deutschland, Vertreter der deutschen Minderheit und Deutsche in Polen, ebenso wie Aussiedler und Vertriebene, deren verschiedene Schicksale in Erinnerung bleiben, gehören zu wichtigen Brückenbauern zwischen beiden Ländern und Kulturen.

Nach 1989 taten auch die ersten demokratischen Regierungen Polens viel für die Versöhnung mit Deutschland. So wären die deutsche Einheit und die Integration des geeinten Deutschlands in europäischen Strukturen ohne den Mut und den Willen unseres östlichen Nachbarn, welcher die eigene europäische Integration in Übereinstimmung mit der deutschen Einheit sah, nicht möglich gewesen.

Gazeta Wyborcza, 5. Mai 2019

Deutsche wollen ein Polendenkmal: »Es ist unsere Aufgabe, die Erinnerung und das Gedenken an den deutschen Vernichtungskrieg gegen Polen lebendig zu halten«

Bartosz T. Wieliński

»Lasst uns in Berlin ein Denkmal für die polnischen Opfer des Dritten Reichs errichten«, appelliert eine Gruppe von Bundestagsabgeordneten ein knappes halbes Jahr vor dem 80. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs. Zu lesen ist der Aufruf in der Berliner Tageszeitung »Der Tagesspiegel«. »Ein prominenter Ort der Begegnung für Deutsche und Polen in Berlin ist nötig«, lautet die Überschrift des von Manuel Sarrazin (Die Grünen), Dietmar Nietan (SPD), Paul Ziemiak (CDU), Alexander Müller (FDP) und Thomas Nord (Die Linke) unterzeichneten Texts. Mit Ausnahme von Ziemiak – dem derzeitigen CDU-Generalsekretär, der in Szczecin geboren wurde und seine ersten Lebensjahre in Polen verbrachte – handelt es sich um langjährige Mitglieder der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe, die Delegierte aus Sejm und Bundestag versammelt. Ihr Aufruf soll der seit längerer Zeit laufenden Debatte über eine Gedenkstätte für die polnischen NS-Opfer in Berlin einen neuen Impuls verleihen. [...]

Aus dem Polnischen von Bernhard Hartmann

Der Tagesspiegel, 6. Mai 2019

Deutschland kann der Kontroverse nicht mehr ausweichen

Christoph von Marschall

Anfang Mai 2019 in Moskau: Auf dem Roten Platz sind die Tribünen für die große Militärparade zur Feier des Kriegsendes 1945 aufgebaut. Große Banner zeigen wie zu Zeiten der Sowjetunion Roten Stern, Hammer und Sichel, preisen die »СССР«, das kyrillische Kürzel für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, und »Победя«: den Sieg im »Vaterlän-

dischen Krieg«. Nichts deutet auf eine Korrektur des Geschichtsbilds seit Auflösung der UdSSR vor 28 Jahren hin.

Anfang Mai in Berlin: Der innenpolitische Kalender der Nachrichtenagentur dpa enthält keinen Termin von Bundesregierung oder Bundestag zur Erinnerung an das Kriegsende – obwohl der Wahlkampf für die Europawahl auf Hochtouren läuft, und die Integration der EU dort gerne als Frage von Krieg oder Frieden dargestellt wird.

Anfang Mai in Pultusk, Polen: Der Vorsitzende der Regierungspartei PiS, Jaroslaw Kaczynski, bekräftigt bei einem Wahlkampfauftritt nördlich Warschaus: Deutschland schuldet Polen mehrere hundert Milliarden Euro Reparationen.

Acht Jahrzehnte sind seit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs verstrichen und drei Jahrzehnte seit dem Sturz der kommunistischen Diktatur. Hatten Deutsche, Polen und Russen nicht genug Zeit, um ihr Verständnis von dem historischen Einschnitt und seinen Folgen zu klären? Und doch stolpert Deutschland schlecht vorbereitet auf Jubiläen wie den 80. Jahrestag des Überfalls auf Polen im September und den 75. Jahrestag der Kapitulation im nächsten Mai zu.

Viel zu spät und zaghaft hat das Gespräch darüber begonnen, mit welcher Geste die Deutschen den Polen am 1. September 2019 gegenüber treten wollen. Soll es einen Gedenkort in Berlin geben und wie soll er gestaltet werden? Deshalb treibt der Tagesspiegel diese Debatte nun voran. Nur: Wird die Zeit für einen Beschluss des Bundestags reichen?

Und: Müsste ein aufrichtiges öffentliches Gedenken nicht bereits am 23. August ansetzen, dem Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts? »Damals sprangen sich zwei Ungeheuer an die Kehle« hat der verstorbene polnische Bestsellerautor Andrzej Szczypiorski den Blick der Polen auf 1939 beschrieben. Am 1. September marschierten die Deutschen von Westen, am 17. September die Sowjets von Osten ein. Ähnlich ist die Perspektive der Balten. Hitler und Stalin degradierten sie zu Tauschobjekten bei der Absteckung ihrer Einflussphären. Deutschland geht mit der Erinnerung daran anders um als Russland, aber es fällt den Deutschen schwer, den Dissens in Moskau anzusprechen. Das gilt als heikel und konfliktträchtig.

Gewiss sollten Deutsche nicht als Ankläger der Sowjetunion auftreten. Das würde den Verdacht nähren, sie wollten ihre Schuld relativieren. Aber sie dürfen die Komplexität auch nicht beliebig reduzieren. Das Beschweigen russischer Mitverantwortung löst in Europa ebenfalls Misstrauen gegen Deutschland aus, wie die Konflikte mit EU-Partnern um die Nord-Stream-Gaspipeline, die Nato-Präsenz in Polen und im Baltikum und um die Antwort auf Moskaus Aggression gegen die Ukraine belegen.

Schnell ist der Verdacht bei der Hand, Deutsche und Russen könnten sich über die Köpfe der Mitteleuropäer hinweg verständigen.

Aus den Veränderungen der politischen Karte Europas erwachsen neue Herausforderungen für den Umgang mit der Geschichte. Die sowjetischen Opfer des Krieges waren nicht alle Russen. Ein Großteil waren Ukrainer und Weißrussen. Ähnliches gilt für die Rotarmisten, die Mitteleuropa von den Nazis befreiten. Früher, als die Ukraine und Weißrussland wie Anhängsel Moskaus behandelt wurden, sah man darüber hinweg.

Heute sind sie souveräne Staaten. Und Russland führt Krieg gegen die Ukraine. Das hat Folgen für das Gedenken in Berlin: Ukrainer begehen das Kriegsende am Ehrenmal in Tiergarten, Russen in Treptow. Die Bundesregierung wird diese Spaltung berücksichtigen müssen bei ihren Plänen, wo und mit wem sie 2020 auf 75 Jahre Kriegsende zurückblickt.

Weitermachen wie gewohnt geht also nicht. Nur, was tun? Soll die Bundesregierung Wladimir Putin vorschlagen, den Hitler-Stalin-Pakt gemeinsam am 23. August zu verurteilen? Soll die Kanzlerin am 9. Mai 2020 nach Kiew statt nach Moskau fahren, um Opfer zu ehren?

Der Blick auf die Geschichte bedeutet eine Ortsbestimmung für die Gegenwart. Sie ist abhängig von den Umständen und Bedürfnissen des Zeitpunkts. Nach dem Krieg mussten die Deutschen zunächst klären, was Krieg und Holocaust für ihr nationales Geschichtsbild bedeuten. Heute ist Deutschland die Macht in Europas Mitte und muss lernen, dass die Entwicklung der EU nicht nur von ökonomischen Faktoren abhängt, sondern auch davon, ob eine Verständigung über die Vergangenheit gelingt. Geschichtsbilder gehören zum Kern der nationalen Identitäten, haben enormes Mobilisierungspotenzial, können die Bereitschaft zur europäischen Integration fördern oder lähmen.

»Das Vergangene ist nicht tot, es ist nicht einmal vergangen.« Was William Faulkner über die Südstaaten der USA schrieb, gilt auch für Mitteleuropa. Das Vergangene muss aber nicht zur Fessel werden. Mit dem Wandel der Geschichte wandeln sich auch die Geschichtsbilder.

Das braucht freilich Zeit. In der Bundesrepublik dauerte es eine ganze Generation, bis akzeptiert war, dass sich 1945 nicht von 1939 trennen lässt und der Zusammenbruch zugleich eine Befreiung war. Richard von Weizsäckers Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes 1985 drückte aus, dass die Westdeutschen die Ambivalenz für sich akzeptiert hatten.

Auf die Ambivalenz des Jahres 1945 für die Nachbarn im Osten achteten vor dem Fall der Mauer wenige Westdeutsche, obwohl das Schicksal der DDR-Bürger eine Mahnung hätte sein können. Sie reduzierten die Teilung Europas auf die Teilung Deutschlands und nahmen sie als Strafe für die deutschen Verbrechen hin.

Für Polen, Esten, Letten, Litauer bedeutete das Kriegsende nicht nur die Befreiung von den Nazis, sondern auch den Übergang in eine andere Diktatur und Fremdherrschaft. Die eigentliche Befreiung kam für die Mitteleuropäer erst 1989, beziehungsweise 1991 mit der Auflösung der UdSSR.

1945 und 1939 lassen sich nicht trennen, das gilt weiter. 1989 ist als Bezugspunkt europäischer Geschichte hinzugekommen. Im Bemühen um Verständigung mit Russland wurde das Bild der Befreiung von 1945 auf 1989 übertragen. Es gebe keine Sieger und Verlierer im Kalten Krieg. Alle seien die Gewinner. Gegen diese Harmonie-Parole wäre wenig einzuwenden, wenn sie ihren heilenden Zweck erfüllen würde. Tut sie das?

Die Bilder aus Moskau und die Gespräche mit Russen im Mai 2019 wecken Zweifel. In den Feiern zum Kriegsende auf dem Roten Platz, im Umgang mit den heute souveränen Staaten, die bis 1991 Sowjetrepubliken waren, und in der Rhetorik der russischen Medien lässt sich schwerlich übersehen: Russland sieht sich nicht als Gewinner. Es hadert mit dem Verlust des Imperialreichs. Michail Gorbatschow mag für die Deutschen ein Held sein. In Russland gilt er als Versager oder gar Verräter.

Der Gewinn an Freiheit durch den Sturz der Diktatur wird nicht als Ausgleich für den Statusverlust wertgeschätzt. Angehörige der Eliten wünschen sich eine Revision der Ereignisse von 1991. Russland möchte so behandelt werden und so agieren dürfen, als sei der Kreml weiter die Machtzentrale, die halb Europa die Entwicklung vorgibt. Und Gegenmacht auf Augenhöhe mit den USA und China sein, von Syrien über Nordkorea bis Venezuela.

Wie soll das gehen ohne die ökonomische Grundlage für eine Machtbalance? Das können die Gesprächspartner in Moskau nicht so recht erklären. Russland hat ungefähr die Wirtschaftskraft Spaniens: etwa ein Siebtel im Vergleich mit China, den USA, der EU. In der Öffentlichkeit wird die Diskrepanz mit stolzer Rhetorik überspielt. »Kim ist unser Mann« titelt die »Iswestja« nach dem Treffen Putins mit Kim Jong Un in Wladiwostok. Der Kreml gibt russische Pässe an Bürger der besetzten Gebiete in der Ukraine aus.

In Moskau, das machen die Szenen im Mai 2019 klar, möchte man 1945 ohne 1939 haben, möchte sich mit der Doppelrolle – bei Kriegsbeginn Mitaggressor, am Ende Siegermacht – nicht befassen, auch wenn Russland sich damit im europäischen Gedenkjahr 2019 isoliert. West- und Mitteleuropa können gar nicht anders, als 1939, 1945 und 1989 samt ihrer Bedeutung für die Gegenwart gemeinsam zu denken. Daraus ergeben sich Konflikte, denen Deutschland nicht ausweichen kann. Die deutsche Ortsbestimmung der Gegenwart muss zu einer europäischen Ortsbestimmung der Gegenwart erweitert werden. Sonst kann Europa nicht zusammenfinden.

Zeit für ein Denkmal für die polnischen Opfer

Piotr Jendroszczyk

Es gibt eine neue deutsche Initiative für die Erinnerung an Polen und das den Polen zugefügte Unrecht.

Es solle »an prominenter Stelle in Berlin ein geeigneter Ort gefunden werden, der den Opfern des Krieges und der Besatzung in Polen gewidmet ist«, heißt es in einem Aufruf von fünf Vertretern aller – mit Ausnahme der Alternative für Deutschland – im Bundestag vertretenen Fraktionen. Zu den Unterzeichnern gehört auch der in Szczecin geborene CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak. Der Aufruf erschien vor einigen Tagen in der Berliner Tageszeitung »Der Tagesspiegel«. Er spricht von den »zahllosen Kriegsverbrechen« in Polen, von der Absicht, »Polen nicht nur als Staat aus[zu]löschen«, von »grausamster, rassenideologischer Vernichtungspolitik« sowie von der vierten Teilung Polens auf Grundlage des Ribbentrop-Molotow-Pakts. Das vorgeschlagene Denkmal soll an diese Ereignisse erinnern und so zur Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen und Freundschaft beitragen.

Es ist nicht der erste Aufruf dieser Art. Die Frage der Erinnerung an die polnischen NS-Opfer hat eine lange Geschichte. Es gab eine Reihe von Initiativen, unter anderem von Władysław Bartoszewski oder dem bekannten SPD-Politiker Markus Meckel. Doch es blieb immer nur bei vagen Versprechungen von deutscher Seite. Ein Denkmal für die polnischen NS-Opfer müsste die Zustimmung des Bundestags finden, der wie im Falls des Berliner Holocaust-Mahnmals einen Wettbewerb ausschreiben und die Kosten tragen müsste.

Vor diesem Hintergrund riefen vor anderthalb Jahren mehr als hundert Wissenschaftler, Politiker und Sozialaktivisten den Bundestag auf, die Initiative des pensionierten Stadtplaners Florian Mausbach zu unterstützen, der in der Vergangenheit den Bau mehrerer Denkmäler zur Erinnerung an die jüdischen NS-Opfer initiierte. Mausbach plant ein Denkmal am Askaniischen Platz, gegenüber dem im Bau befindlichen Zentrum gegen Vertreibungen und unmittelbar neben dem Anhalter Bahnhof. Dort hatte im November 1940 NS-Außenminister Joachim von Ribbentrop mehr als ein Jahr nach der Aufteilung Polens Wjatscheslaw Molotow empfangen.

»Diese Initiative ist noch immer Gegenstand von Diskussionen, Konsultationen und Analysen, auch unter Beteiligung von Bundestagsdelegierten. Wir begreifen den Aufruf der fünf Abgeordneten als indirekte Unter-

stützung für unser Projekt«, sagt Dieter Bingen, Direktor des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt und Unterzeichner des Aufrufs für ein Denkmal auf dem Askanischen Platz. Er sagt aber auch, dass der Konsultationsprozess in einer solchen Frage viel Zeit erfordere.

So auch im Fall eines konkurrierenden Projekts, das im Januar dieses Jahres Gegenstand einer Parlamentsdebatte war. Die Partei Die Linke forderte die Errichtung »eines zentralen Gedenkortes« für alle Opfer des deutschen Kriegs in Osteuropa, also für Polen, Weißrussen, Ukrainer und andere Völker. Nach Auffassung von Prof. Bingen hat dieser Antrag keine Existenzberechtigung. Er wurde in einen Ausschuss verwiesen und die Chancen sind gering, dass er noch einmal im Bundestag diskutiert wird. Gleichwohl ist er Ausdruck der Sorge, dass mit einer Gedenkstätte für die polnischen Opfer Forderungen aus anderen Ländern laut werden könnten. Diese Sorge leitete offenbar auch die Autoren des Koalitionsvertrags der gegenwärtigen Regierung Angela Merkels. Dort werden im Abschnitt über das Gedenken an neue Opfergruppen die Polen nicht erwähnt, stattdessen ist allgemein von den »Opfer[n] des deutschen Vernichtungskriegs im Osten« die Rede.

»Unser Projekt ist nicht als Konkurrenz zu anderen Initiativen zu betrachten. Man kann auch nicht nichts tun, weil man Wortmeldungen seitens anderer Gruppen erwartet«, sagt der Grünen-Abgeordnete Manuel Sarrazin, einer der Verfasser des im »Tagesspiegel« veröffentlichten Aufrufs. Er verweist aber auf den besonders verbrecherischen Charakter der deutschen Besetzung in Polen, um den Vorschlag eines eigenen Denkmals für die polnischen Opfer zu begründen.

Umso mehr, da der 1. September [2019] naht und noch unklar ist, wie der Bundestag dieses Datum würdigen wird. Es ist nicht ausgeschlossen, dass es den Initiatoren des letzten Aufrufs gelingt, eine große Zahl von Abgeordneten für ihre Idee zu gewinnen, was es ermöglichen würde, dem Bundestagspräsidenten ein entsprechendes Projekt vorzulegen. Bis zur parlamentarischen Sommerpause bleibt jedoch nicht mehr viel Zeit. Die breite Unterstützung, die Florian Mausbachs Projekt zuteil wurde, könnte die Sache aber beschleunigen.

»Das ist kein Thema, das die Deutschen nicht schlafen lässt. Gleichwohl muss man anlässlich des 80. Jahrestags des Kriegsbeginns Polen als wichtigem Partner ein Signal senden«, sagte ein deutscher Experte aus Diplomatenkreisen, der anonym bleiben möchte, dieser Zeitung. Er wies darauf hin, dass jede Initiative zum Gedenken an die polnischen Opfer des deutschen Terrors von Warschau aktiv mitgetragen werden müsse. Dies geschehe nicht in ausreichendem Maße.

Nach Ansicht des »Tagesspiegel«-Redakteurs Christoph von Marschall hat die deutsche Seite »zu spät und zu ängstlich« begonnen, über eine Geste

in Richtung Polen anlässlich des 1. September nachzudenken. Von Marshall schreibt, Berlin solle sich in der Bewertung der Verantwortung für das Schicksal von Polen oder Balten entschlossener gegenüber Russland positionieren. Man dürfe Russland nicht offen anklagen, weil das als versuchte Geschichtsrevision missverstanden werden könne, aber man dürfe auch die Mitverantwortung Russlands nicht verschweigen, weil dies das Misstrauen gegenüber Deutschland nähere.

Aus dem Polnischen von Bernhard Hartmann

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. Juni 2019

Kein großer Sack für alle Slawen. Wie ein Mahnmal für die polnischen NS-Opfer aussehen müsste

Pawel Ukielski

Vor einigen Wochen – kurz vor dem 80. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs – stellte die russische Stiftung »Historische Erinnerung« (historyfoundation.ru) Dokumente ins Internet, deren Veröffentlichung sie als Sensation bezeichnete. Es waren die gescannten Originale der russischen Ausfertigung des Hitler-Stalin-Paktes vom 23. August 1939 und seines geheimen Zusatzprotokolls. Das Geheimprotokoll legte in Mitteleuropa zwischen dem Dritten Reich und der Sowjetunion »Einflusssphären« fest. Auf dessen Grundlage entfesselten die zwei totalitären Mächte den Zweiten Weltkrieg, teilten sechs zwischen ihnen liegende Länder unter sich auf und begannen, sie zu besetzen.

Für Historiker ist die Veröffentlichung keine Sensation. Der Inhalt der Dokumente ist seit langem bekannt und ist für die meisten Wissenschaftler kein Gegenstand der Kontroverse mehr (wenngleich in Russland »Negationisten« die Existenz des Zusatzprotokolls bis heute in Frage stellen). Dennoch fand die Veröffentlichung in Polen und in Russland ein großes Echo; der Zweite Weltkrieg bleibt ein gesellschaftlich relevantes Thema.

Denn ein Ergebnis des Paktes war die Teilung Polens durch Deutschland und die Sowjetunion, und die Gebiete, die Stalin an sich gerissen hatte, kehrten nie mehr zu Polen zurück; Städte wie Lemberg (Lwiw) und Wilna (Vilnius), die in seiner Geschichte eine herausragende Rolle gespielt hatten, waren unwiederbringlich verloren. Einen Monat nach Unterzeichnung des Paktes hielten Wehrmacht und Rote Armee im bisher polnischen

Brest gemeinsam eine Parade ab. Die nächsten sechs Jahre erlitt Polen eine brutale Besatzung, die sechs Millionen Bürger des Landes ihr Leben kostete und unvorstellbare materielle Verluste bringen sollte.

Nach dem Krieg fand sich das Land in der sowjetischen Einflussosphäre und unter kommunistischer Herrschaft wieder. Über die nächsten 45 Jahre wurden Ereignisse wie der Hitler-Stalin-Pakt, das Massaker von Katyn (als die Sowjets 1940 mehr als 20 000 gefangene polnische Offiziere ermordeten) oder der Warschauer Aufstand entweder totgeschwiegen oder von der Propaganda verfälscht. Dennoch lebte die Erinnerung daran in der polnischen Gesellschaft weiter und war ein wichtiger Brennstoff für den Widerstand gegen die totalitäre Knechtschaft.

Zugleich verblasste im Westen die Erinnerung an den Hitler-Stalin-Pakt, und das, obwohl bereits der Kalte Krieg begonnen hatte. Eher wurde das Gedenken daran gepflegt, dass der »gute Uncle Joe« (Stalin), im ersten Teil des Krieges Aggressor, im zweiten Teil Verbündeter des Westens geworden war und geholfen hatte, Nazi-Deutschland zu besiegen. Wenn heute britische Besucher in Polen ins Museum des Warschauer Aufstands kommen, sind sie regelmäßig erstaunt, wenn sie erfahren, dass die deutschen Flugzeuge in der Luftschlacht um England mit sowjetischem Treibstoff flogen. Das deutsch-sowjetische Bündnis vom August 1939 machte solche Lieferungen möglich.

Als Polen 1989 wieder unabhängig wurde, boten sich neue Möglichkeiten für eine freie Forschung und eine ungehinderte Debatte. In dem Maße, wie sie sich entfaltete, wurde deutlich, dass die Geschichte auch für die Beziehungen zu den Nachbarn keine geringe Rolle spielt. Das traf auch auf die deutsch-polnischen Beziehungen zu, obwohl wir Verbündete in der Nato und (vor allem wirtschaftlich) enge Partner in der EU sind und der Prozess der Versöhnung fortgeschritten ist. Dennoch empfinden viele Polen, dass die historischen Fragen kein restlos abgeschlossenes Kapitel darstellen. Dies umso mehr, als die verbreitete Auffassung, Polen habe von allen im Krieg geschädigten Staaten die geringste Wiedergutmachung erhalten, durch Zahlen bestätigt werden.

Daher stieß die seit 2017 diskutierte Initiative, in Berlin ein Mahnmal für die polnischen Opfer des Zweiten Weltkriegs zu errichten, in Polen auf Interesse. Ins Leben gerufen hatte sie die Initiative auf Anregung von Florian Mausbach, des früheren Präsidenten des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung; einige deutsche Intellektuelle und Politiker schlossen sich ihr an. Als möglicher Standort erscheint der Platz vor der Ruine des Anhalter Bahnhofs.

In der innerdeutschen Debatte zum Thema gibt es aber auch zwei Gegenvorschläge, die sich gegen eine »Nationalisierung der Erinnerung« richten. Der eine empfiehlt, das Mahnmal allen Opfern des deutschen Krieges

im Osten zu widmen, der andere lautet, es solle allen slawischen Völkern gelten. Beide Gegenvorschläge berücksichtigen jedoch nicht den historischen Kontext, was sie für die polnische Gesellschaft unannehmbar macht.

Das Argument, alle Slawen seien – im Geiste der NS-Ideologie – als »Untermenschen« behandelt worden, ist nur theoretisch schlüssig. Tatsächlich wurden die slawischen Völker sehr unterschiedlich behandelt. Die Besatzungsherrschaft in Polen unterschied sich von jener im »Protektorat Böhmen und Mähren«, und einige der slawischen Völker waren Verbündete des Dritten Reiches – Slowaken, Kroaten, Bulgaren, nicht zu vergessen die Sowjetunion in den Jahren 1939 bis 1941. Es gibt keinen gemeinsamen Nenner für die Schicksale der Slawen im Zweiten Weltkrieg, und alle Versuche, sie zu vergemeinschaften, müssen künstlich wirken.

Die Verbrechen der Funktionsträger des Dritten Reiches in Polen zielten auf das polnische Volk und wurden absichtsvoll und planmäßig ins Werk gesetzt. Einfach gesagt: Die Polen starben, weil sie Polen waren. Überdies hatten die Deutschen vielfach klar gesagt, die Polen seien »Untermenschen«, die zivilisatorisch auf einer weit niedrigeren Stufe stünden als die Deutschen. Die zu erinnernde Gruppe zu einer übernationalen zu erweitern wäre ungerechtfertigt, da ihrer Angehörigen als Opfer einer totalitären Ideologie und Verbrechensmaschine gedacht wird, die als Grund, sie zu ermorden, eben ihre Nationalität ansah. Den Opfern die Eigenschaft zu nehmen, aufgrund derer sie ihr Leben verloren, kann als abermaliger Versuch empfunden werden, sie ihrer Identität zu berauben.

Die Idee, ein Mahnmal für »alle Slawen« zu errichten, hat noch einen weiteren Kontext. Aus polnischer Sicht ist das Konzept des Slawentums als einer besonderen politischen Einheit untrennbar mit dem russischen imperialen Anspruch und entsprechenden geopolitischen Konzepten verbunden. Daher haben die russischen panslawistischen Konzepte, wie sie im 19. Jahrhundert entstanden, als Polen geteilt war, dort nie eine breitere Anhängerschaft gefunden. Sie wurden vielmehr vom Standpunkt der polnischen Staatsräson aus als gefährlich erachtet. Entsprechend galten die Polen in der russischen Propaganda oft als »Verräter des Slawentums«. Die Identifikation mit dem Slawentum ist im heutigen Polen schwach ausgeprägt.

Die zweite Idee, die Ausrichtung des Mahnmalkonzepts auf die Opfer der deutschen Herrschaft im Osten, würde fast ausschließlich polnische und sowjetische Bürger umfassen. Das heißt, sie würde der Polen und der Bürger eines Aggressorstaats zusammen gedenken. Darin könnte man eine neue, symbolische »Sowjetisierung« der Opfer des deutschen Vernichtungskrieges im Osten sehen. Gegen die berühmte »Wehrmachtausstellung« in den neunziger Jahren, in der die Verbrechen in Polen nicht vorkamen, richtete sich ähnliche Kritik. In Polen reagiert man auf eine solche

Darstellung besonders empfindlich; das Gleiche könnte heute auch für andere Völker gelten, die damals in den Grenzen der Sowjetunion lebten, insbesondere die Ukrainer. Diese Darstellung könnte auch als herablassend gegenüber jenen Völkern empfunden werden, an deren Opfer doch erinnert werden soll: Sie werden nicht als Subjekte ernst genommen, sondern in einen Sack geworfen mit der Aufschrift »alles, was damals im Osten geschah«.

Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag 2018 festgeschrieben, dass das Leid der »bisher weniger beachteten Opfergruppen des Nationalsozialismus« mehr Anerkennung und Aufarbeitung verdient habe. »Wir stärken in der Hauptstadt das Gedenken an die Opfer des deutschen Vernichtungskrieges im Osten im Dialog mit den osteuropäischen Nachbarn«, heißt es dort. In diesem Monat hat die Bundesregierung auf eine Anfrage im Bundestag deutlicher als bisher mitgeteilt, dass sie die Pläne der von Florian Mausbach initiierten Bürgerinitiative »unterstützt«. Das Gedenken ist eine sehr sensible Sphäre, vor allem in der Beziehung zwischen zwei Völkern, die eine so schwierige Geschichte verbindet. Erinnerung braucht Dialog. Wenn das Projekt eines Mahnmals für die polnischen Opfer in Berlin gelingen soll, ist es wichtig, alle Umstände zu verstehen und klar auszusprechen: Eine »Erweiterung« des Konzepts im oben beschriebenen Sinne würde mehr Schaden als Nutzen bringen.

Aus dem Polnischen von Gerhard Gnauck

Autorenverzeichnis

Aleida Assmann ist emeritierte Professorin für Anglistik und Allgemeine Literaturwissenschaft an der Universität Konstanz. Gastprofessuren führten sie unter anderem an die Universitäten Princeton, Yale, Chicago und Wien. Mit Arbeiten zu Kulturanthropologie und kulturellem Gedächtnis prägte sie maßgeblich die deutsche und internationale Erinnerungskultur. Gemeinsam mit ihrem Ehemann, dem Ägyptologen Jan Assmann, erhielt sie 2018 den Friedenspreis des deutschen Buchhandels.

Dieter Bingen ist Direktor des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt; Honorarprofessor an der Hochschule Zittau/Görlitz und Gastprofessor für Politikwissenschaft an der TU Darmstadt. Zahlreiche Veröffentlichungen zu den Forschungsschwerpunkten: polnische Zeitgeschichte, Innen- und Außenpolitik, Religion und Kirche in Polen seit 1945, politische Systeme und Transformation in Ostmittel- und Südosteuropa, deutsch-polnische Beziehungen (Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949-1991, 1998).

Jochen Böhler ist Historiker mit Schwerpunkt im Bereich Krieg, Gewalt und Repression in Ostmitteleuropa im 20. Jahrhundert. Von 2000 bis 2010 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut in Warschau, seit 2010 am Imre Kertész Kolleg in Jena. Ab Oktober 2019 vertritt er den Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte an der dortigen Friedrich-Schiller-Universität.

Jan Grabowski ist Professor für Geschichte an der Universität Ottawa und Gründungsmitglied des Polnischen Zentrums für Holocaust-Forschung in der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Gastprofessuren an Universitäten in Frankreich, Polen, Israel und den USA sowie in Yad Vashem und am United States Holocaust Memorial Museum. Jan Grabowskis Forschungsschwerpunkt liegt auf der Geschichte der Juden im von Deutschland besetzten Polen.

Simon Lengemann ist Historiker und Referent im Arbeitsbereich Erinnerungskultur, Antisemitismus und Gedenkstätten der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Inhaltliche Schwerpunkte: Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust, antisemitismus- und antiziganismuskritische Bildungsarbeit, historisch-politische Bildung. Daneben Veröffentlichungen zur Sozialgeschichte Berlins in der Weimarer Republik.

Miloš Řezník ist Historiker und Direktor des Deutschen Historischen Instituts Warschau. Zuvor war er nach Stationen an den Universitäten Prag, Liberec, Leipzig und Olmütz Professor für Europäische Regionalgeschichte an der TU Chemnitz (derzeit beurlaubt). Forschungsschwerpunkte: Regionalgeschichte, Geschichte Ostmitteleuropas, kollektive Identifikationsprozesse sowie (Geschichts-)Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

Bild- und Textnachweis

Abbildungen

- S. 17 mr-kartographie, Gotha
- S. 20 United States Holocaust Memorial Museum, courtesy of B. Ashley Grimes II
- S. 25 United States Holocaust Memorial Museum, courtesy of Lilli Schischa Tauber
- S. 28 Instytut Pamięci Narodowej
- S. 42f. mr-kartographie, Gotha
- S. 44 Augustyn Dagnan / Sammlung Marek Tomaszewski
- S. 46 Augustyn Dagnan / Sammlung Marek Tomaszewski
- S. 54 Olaf Gulbransson / © VG Bild-Kunst, Bonn 2019
- S. 56 akg-images
- S. 76 akg-images / Schütze / Rodemann
- S. 81 Dieter Bingen
- S. 83 Miloš Řezník

Texte der Debatten-Dokumentation

Die Rechte für die Texte auf den Seiten 86–160 liegen bei den Verlagen der Erstveröffentlichung bzw. bei den Autorinnen und Autoren.

Für S. 99–101, S. 123–127, S. 157–160: © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv.

Deutsche Besatzungspolitik in Polen 1939–1945

Mit dem deutschen Angriff auf Polen am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg. Das östliche Nachbarland hatte Millionen Opfer zu beklagen, und der bis 1945 andauernde Besatzungsterror hat bis heute in der polnischen Gesellschaft offene Wunden hinterlassen. In Deutschland dagegen ist dieses Leid weit weniger präsent, manch einer spricht gar von einer Leerstelle der historischen Erinnerung. Die Beiträge dieses Bandes adressieren dieses Ungleichgewicht: Neben der Darstellung der historischen Ereignisse leuchten sie die Besonderheiten des deutsch-polnischen Gedächtnisses aus und fragen nach den allgemeinen Bedingungen für ein gelingendes transnationales und zeitgemäßes Gedenken. Ausführlich wird zudem die in deutschen und polnischen Medien geführte Debatte um ein Denkmal für die polnischen Opfer der deutschen Besatzung dokumentiert. Die Perspektiven und Positionen in dieser erinnerungspolitischen Kontroverse verdeutlichen sowohl die Herausforderungen als auch die Chancen des Gedenkens deutscher Verbrechen im europäischen Kontext.